Heft 8 August 2001 8,– DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

A 65 68 · CH sfr. 8,– · L lfr 193 · I lir 10.000 · E ptas 900 · NL hfl 10,– · GR 1.600 Dr

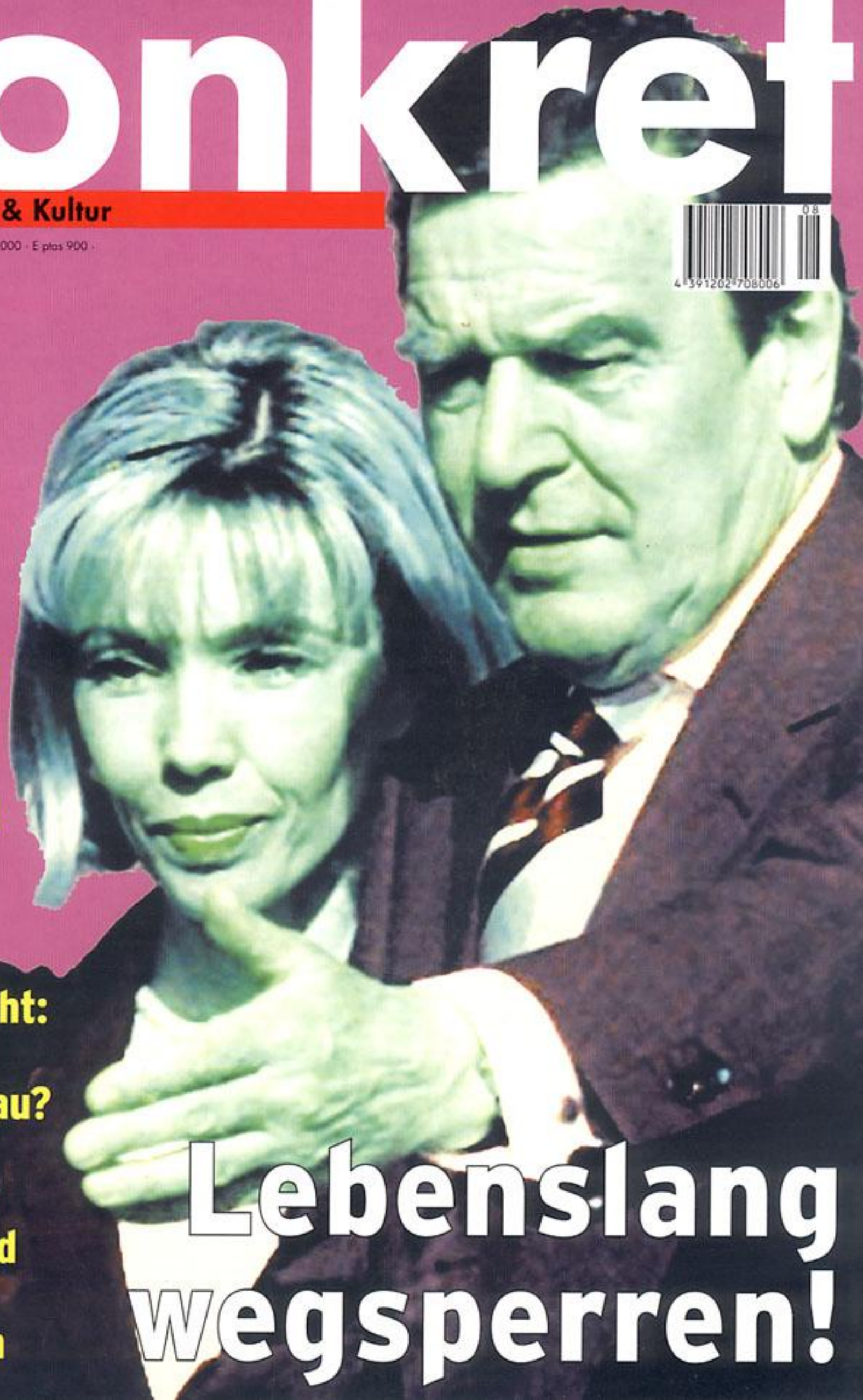
4 391202 708006 08

Milosevic: Rache für Nürnberg

Beate Klarsfeld über Assad in Berlin: Salut für Judenmord

Interview mit Sahra Wagenknecht: PDS trotz Gysi und Pau?

Euro-Cup: Deutschland besiegt Mazedonien



Lebenslang wegsperren!

in konkret August 2001

hier konkret von Beate Klarsfeld

KONKRET sprach mit der deutsch-französischen Journalistin Beate Klarsfeld über die von ihr mitorganisierten Proteste gegen die Besuche des syrischen Diktators Baschar al-Assad in Paris und Berlin

von konkret

an konkret

Manneken Pismarck von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Arturo Ui in Belgrad von Jürgen Elsässer

Wie Milosevic gekidnappt wurde: Der deutsche Hinterhof zwischen Gangsterherrschaft und Faschismus

»Der Nationalismus ist das schlimmste Problem« von Slobodan Milosevic

DokumentationWas Milosevic 1989 auf dem Amselfeld wirklich gesagt hat – und wie es in Deutschland verfälscht wird

»Kriegsgefangener der Nato« von Toma Fila

»That's your problem« – mit diesem Satz gewann Milosevic die erste Runde in Den Haag. Über seine weiteren Chancen und die Hintergründe des Prozesses äußert sich sein Anwalt Toma Fila

Zurück ins Archaische von Oliver Tolmein

Die Auslieferung Milosevics an das Haager Tribunal konterkariert den Aufbau einer internationalen Strafgerichtsbarkeit

»Wie in Vietnam« von Rosa Fava

Deutschland drängt als erster Nato-Staat auf einen »robusten« Kampfeinsatz in Mazedonien – auf einen Krieg mit Bodentruppen

Neues über Krieg und Tod von Jan Süselbeck

Auslandseinsätze der Bundeswehr, in den achtziger Jahren noch undenkbar, sind längst »wieder« Normalität geworden; der erste deutsche Angriffskrieg nach 1945 ist bereits Geschichte. Wie aber verkauft sich die neue »selbstbewußte« Truppe eigentlich in ihrem aktuellen Info- und Werbematerial, und welche Ziele werden hier abgesteckt? Welche Signale sendet das Auswärtige Amt in seinen Ausbildungsbroschüren für kommende »selbstbewußte Diplomaten«? Ein kursorischer Blick ins Propagandamaterial

Falsche Freunde von Bernhard Schmid

Erwiderung auf Jürgen Elsässers und Martin Hantkes Beitrag »Che kämpft um Korsika« in KONKRET 7/01

Antikommunismus ohne Kommunisten von Joachim Rohloff

Wie der Kalte Krieg im Wahlkampf der ehemaligen Frontstadt Berlin neu-, aber fehlgeboren wurde

»Dann wird die PDS überflüssig« von Sahra Wagenknecht, Jürgen Elsässer

Gysi plus Wowereit gleich Sozialismus minus Mauer plus Kollateralschäden? Über die Berliner Wahl und den Zustand der PDS sprach KONKRET mit Sahra Wagenknecht, Vertreterin der Kommunistischen Plattform und Mitglied des

Parteivorstands

In diesem Sinne - Staats-Kumpanei von Georg Fülberth

In diesem Sinne - Auf nach Mallorca von Fritz Tietz

Der dumme August von Ralf Schröder
Selbst schuld: Im VW-Tarifstreit wurde IG-Metall-Chef Klaus Zwickel zum Feind der Arbeitslosen

Zu Protokoll
Auszüge aus einer TV-Debatte (Phoenix, 27.6.2001) mit Peter Glotz (Ex-SPD-Bundesgeschäftsführer), Olaf Henkel (Ex-Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie) und Martin Schulze (Moderation) über Globalisierung, Menschenrechte und Gewerkschaften

... und nicht weiter von Gaby Hommel
Auch die »Festung Europa« läßt sich nicht hermetisch abriegeln. Schlupflöcher lassen sich immer finden. Allerdings steigt ihr Preis ebenso wie der Aufwand der Gegenseite, sie zu schließen

Gruppenbild mit Nazisse von Peter Bern
Eine Nazifunktionärin sorgt an der Universität Hamburg für Empörung unter ihren Kommilitoninnen und Kommilitonen – über die Gruppen, die ihre Anwesenheit öffentlich machten

»Völlige Befreiung« von Thomas Uwer, Thomas von der Osten-Sacken
Die Palästinenser eskalieren den Nahost-Konflikt, den sie doch nur verlieren können. Bislang scheint ihre Rechnung aufzugehen. Nach zehn Monaten Intifada wird der Staat Israel selbst offen in Frage gestellt

zu Protokoll
KONKRET dokumentiert, leicht gekürzt, einen Beitrag aus der israelischen Tageszeitung »Ha'aretz« (27.6.2001) über die Haltung der Palästinenser zu Intifada, (Selbst-)Mordattentaten und Friedensprozeß sowie, vollständig, eine Pressemitteilung des stellvertretenden FDP-Bundesvorsitzenden Jürgen W. Möllemann zum Besuch des syrischen Diktators Assad in Berlin

Kunst & Gewerbe von Günther Jacob

Verfassungs-& Gefühlspatriotismus von Gerhard Scheit
Kulturkolumne

Bilder keiner Ausstellung von Rayk Wieland
Wie Medien und Kulturpolitik den DDR-Maler Willi Sitte ausmanövrierten

Ornament und Abstraktion von Georg Seeßlen
Die Fondation Beyeler hat in Basel einen kunsthistorischen Dialog inszeniert, den man durchaus auch politisch verstehen kann

Buch des Monats von Gerhard Henschel
Jörg W. Gronius: Ein Stück Malheur. Roman, Weidle Verlag, Bonn 2000, 180 Seiten, 38 Mark

Zwischen Fixstern und Finsternis von Brigitte Kronauer
Zur Funktion von Illusion und bürgerlicher Moral bei Joseph Conrad

Buch & Deckel von Petra Ehrenfort
Christian Gerlach (Hg.): Durchschnittstäter. Handeln und Motivation. Assoziation A, Berlin/Hamburg 2000, 269 Seiten, 32 Mark

Buch & Deckel von Peter Fasel
Viviane Forrester: Die Diktatur des Profits. Hanser, München 2001, 210 Seiten, 35 Mark

Versteckspiel im Massengrab von Jens Hoffmann
Thomas Harlan, Sohn des »Jud Süß«-Regisseurs Veit Harlan, macht sich an den Opfern seines Vaters zu schaffen

Melodie & Rhythmus von Tim Schomacker

Die deutscheste der Wissenschaften von Gerhard Scheit
Neue Bücher über die NS-Sonderkommandos der deutschen Musikwissenschaft

Durchs wilde Kommunistan 2 von André Thiele
Von einer unbedachten Handbewegung aus seiner gewohnten Welt gerissen, durchleidet der Autor auf der Suche nach einer politischen Heimstatt eine Reise der Mühsal und der Qualen durch Länder und Reiche, in denen Vernunft und Kommunismus sich hart im virtuellen Raume stoßen. Zweiter Teil seines Berichts

Unterwegs in die Biotech-Republik von Alexander Bogner
Ob Embryonenforschung oder Euthanasie: Die Deregulierung moralischer Standards zum Wohl des Standorts erfordert Fingerspitzengefühl. Der Bioethiker Reinhard Merkel verfügt darüber

»Denn Gott hat mich gelangweilt angepißt« von Ulrich Holbein
War Klaus Kinski ein Dämon? Und wenn ja, was für einer? Neue Bildbände zeigen zu seinem 75. Geburtstag den jungen und den alten Kinski

FilmTheater von Martin Büsser
Tomb Raider

FilmTheater von Jürgen Kiontke
Ressources Humaines

FilmTheater von Dietrich Kuhlbrodt
Final Fantasy

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas Express von Hermann L. Gremliza

Konkret 08/01, S. 3

Beate Klarsfeld

hier konkret

KONKRET sprach mit der deutsch-französischen Journalistin Beate Klarsfeld über die von ihr mitorganisierten Proteste gegen die Besuche des syrischen Diktators Baschar al-Assad in Paris und Berlin

konkret: Warum haben Sie mit der Organisation der Söhne und Töchter der deportierten Juden aus Frankreich Proteste gegen den Besuch Baschar al-Assads in Paris und Deutschland initiiert, der doch im Westen als »Modernisierer« seines Landes gilt?

Klarsfeld: Assad der Ältere war nicht so gesprächig wie sein Sohn; er überließ es seinem Verteidigungsminister Mustafa Tlass, den Haß gegen die Juden zu artikulieren – einem unermüdlichen Propagandisten der Protokolle der Weisen von Zion. Assad der Jüngere läßt hingegen keine Gelegenheit aus, das Wort gegen die Juden zu ergreifen. Einen Höhepunkt antisemitischer Propaganda gab es während des Papstbesuchs in Syrien im Mai. Assad hetzte gegen die »Israelis«, die sich als auserwähltes Volk betrachteten – sie hätten »das Gebot der Gleichheit massakriert, als sie behaupteten, daß Gott ein Volk geschaffen hat, das über anderen Völkern steht«; sie hätten »Jesus verraten« und versucht, »den Propheten Mohammed zu töten«. Auf dem Gipfel der arabischen Staaten im März verglich er Juden und Nazis: »Es ist die israelische Öffentlichkeit, nicht nur die Führer, die selbst wie Nazis sind«, so Assad, und: »Die israelische Gesellschaft ist eine rassistischere Gesellschaft als der Nationalsozialismus«. Dieser Mann will den Staat Israel von der Landkarte tilgen.

Diejenigen, die ihn in Frankreich und Deutschland offiziell empfangen haben, bringen zu seinen Gunsten vor, daß er jung sei und unerfahren, unvorbereitet darauf, die Nachfolge seines Vaters anzutreten, und beeinflußbar. Das bezweifle ich: Ein Mann von 35 Jahren, mit wissenschaftlicher Ausbildung, der in London studiert und als Augenarzt gearbeitet hat und der sich zu so heftigen antijüdischen Äußerungen hinreißen läßt, wird sich als Antisemit nicht mehr ändern. Er wird wahrscheinlich lernen, sich nicht mehr gar so offenherzig zu äußern, aber uns kann er nichts mehr vormachen.

konkret: Wie sahen die Proteste in Frankreich aus?

Klarsfeld: Nachdem mein Ehemann, Serge Klarsfeld, einen offenen Brief an den Präsidenten geschrieben hatte, schlossen sich zahlreiche jüdische Organisationen dem Protest an. In Paris demonstrierten 8.000 Menschen, in Marseille 3.000. Aufgerufen hatte der Dachverband der jüdischen Institutionen, CRIF. Aber auch nichtjüdische Franzosen unterstützten die Proteste, Leute aus allen politischen Lagern. Der Pariser Bürgermeister Delanoe ging Assad nicht, wie es üblich ist, im Pariser Rathaus entgegen, sondern blieb auf der Treppe stehen und verurteilte in seiner Rede Rassismus, Antisemitismus und Geschichtsverleugnung. Das ganze Zeremoniell des Staatsbesuchs fiel nicht so groß aus wie ursprünglich geplant. Vor dem Hintergrund einer sehr proarabisch eingestellten Öffentlichkeit sind die Proteste ein Erfolg gewesen.

konkret: Eine Woche vor Assads Visite in Deutschland veröffentlichten Ihr Ehemann und Sie einen Protestaufruf an die Deutschen. Wie schätzen Sie nun, nach dem Besuch, den Erfolg dieser Initiative ein?

Klarsfeld: Wir hatten gehofft, daß es in Deutschland als sehr problematisch empfunden wird, wenn ein antisemitischer Demagoge von Staats wegen empfangen wird. Von seiten des Zentralrats der Juden gab es wohl Befürchtungen, daß man nicht genug Leute gegen den Besuch auf die Beine bringen würde. Immerhin schaltete man zwei große Anzeigen in der »Welt am Sonntag« und der »Welt«. Wir waren jedoch ebenso überrascht wie froh, daß sich proisraelische linke Gruppen zu einer Kundgebung durchringen konnten, und die Berliner Jüdische Gemeinde und der Zentralrat riefen zur Teilnahme auf.

konkret: Es waren nur etwa 200 Menschen dort, Mitglieder linker und jüdischer Gruppen und Organisationen: eine sehr ungewöhnliche Konstellation.

Klarsfeld: Der gemeinsame Nenner war die Gegnerschaft zu jeder Form des Antisemitismus und die Verteidigung des Existenzrechts Israels. Daß sich dazu nur wenige bekennen mochten und viele fehlten, von denen man es eigentlich erwarten konnte, ist erstaunlich.

konkret: Wen haben Sie noch erwartet?

Klarsfeld: Ich hatte auch zur Grünen-Parteivorsitzenden Claudia Roth Kontakt aufgenommen, aber man beschied mir im Vorzimmer, daß es undenkbar sei, gegen den eigenen Minister auf die Straße zu gehen. Danach habe ich nichts mehr gehört, aber den Zeitungen entnommen, daß Frau Roth sich wenigstens gegen die Unterstützung der Hizbollah durch Syrien ausgesprochen hat. Mit der PDS-Abgeordneten Ulla Jelpke habe ich einmal telefoniert und dann nichts mehr von ihr gehört.

Insgesamt habe ich den Eindruck, daß man in der rotgrünen Regierung sehr daran interessiert ist, von der eigenen Vergangenheit abzulenken. Schröder und Fischer hätten als Vertreter ihrer Generation sagen können, was sie sonst auch immer sagen: Wir sind die, die aus der Geschichte gelernt haben, und deswegen verurteilen wir Assads Äußerungen aufs

schärfste. Sie haben es nicht getan, das spricht für sich. Wie kann man mit Prunk und Ehren in Deutschland, in Berlin, einen Staatschef empfangen, der an die Tradition der widerlichsten Nazipropaganda anknüpft? Selbst Staatsräson und Realpolitik rechtfertigen die Banalisierung seiner antijüdischen Tiraden nicht, die andere arabische Staatschefs ermutigen, in diesen demagogischen Refrain einzustimmen.

Interview:Tjark Kunstreich

Konkret 08/01, S. 4

von konkret

»Fast automatisch hat so gut wie die gesamte Linke fast jeder nationalen Befreiungsbewegung ihre Solidarität erklärt. Und doch an keinem Ort der Welt einhelliger und unbeirrbarer als in Palästina, im Kampf der dort lebenden, von dort geflüchteten oder vertriebenen Araber mit dem Staat Israel ... Die Palästinenser und ihre Befreiungsfronten ... wurden zum innigsten Identifikationsobjekt der deutschen Linken. In nichts waren die Parteien und Gruppen, von der DKP bis zu den Hausbesetzern der Hamburger Hafenstraße, treulicher vereint, bei keiner anderen Frage reagierten sie auf Kritik oder Abweichung aus den eigenen Reihen empfindlicher als hier.«

Wären diese Sätze aus Gremlizas Beitrag zum KONKRET-Buch *Hat Israel noch eine Chance?* eine Prophezeiung gewesen (und nicht eine Diagnose), sie hätte sich in den letzten Wochen auf vielfache Weise erfüllt. Die »Marxistischen Blätter«, herausgegeben von Mitgliedern der DKP, druckten als »marxistische Antwort auf KONKRET« ein Sonderheft »Israel, die Palästinenser und wir«, in »erhöhter Auflage«, weil man bei diesem Thema auf Zuspruch nicht nur von Marxisten, sondern auch aus anderen, allzeit bereiten Kreisen der deutschen Bevölkerung hoffen durfte.

Im Vorwort heißt es, der Antisemitismus gehe »im vereinigten Deutschland Hand in Hand mit anderen (auch antiarabischen, antiislamischen!) Formen des Rassismus«, sei also, in Deutschland, nix Besonderes. Das sei das eine. »Das andere freilich ist, daß wir uns von diesen Tatsachen der deutschen Geschichte und Gegenwart den Blick auf die Wirklichkeit des nahöstlichen Geschehens und seine historischen Wurzeln, die sich keineswegs auf den Holocaust reduzieren lassen, nicht verstellen lassen dürfen.« Bloß nicht zuviel an den Holocaust denken. »Der Zionismus – bis heute quasi offizielle Staatsdoktrin Israels – ist älter als der deutsche Faschismus ... Das Staatshandeln Israels folgt, von der Massakrierung ganzer Dörfer ... bis zu den heutigen Okkupations-, Repressions- und ›Siedlungs‹praktiken klassischen kolonialistischen Traditionen. Ist dies festzustellen antisemitisch? Wer das behauptet, wie Teile der (sich selbst so nennenden) ›antideutschen‹ oder ›antinationalen‹ – und gnadenlos ›philosemitischen‹ – Linken, beweist nur, daß er sich von den Schemata des bekämpften völkischen Denkens nicht frei zu machen vermag.« Antideutsch und philosemitisch, nämlich gegen die Deutschen und für die Juden – da schüttelt's den Volksgenossen.

»Dies kann«, heißt es weiter hinten, »auch mit dem Hinweis auf die Kollaboration von palästinensischen Führern mit Nazi-Deutschland nicht neutralisiert werden. Auch wenn Haji Al-Hussaini sich mit Hitler traf, weil er von ihm eine Unterstützung seiner Bewegung erhoffte, ist damit nichts, aber auch gar nichts an israelischen Verbrechen gerechtfertigter.« Eine Anzeige des befreundeten Dietz-Verlags stellt die dazu passende Frage: »Waren die Araber, die im Zweiten Weltkrieg Deutschen dienten, Patrioten oder Kollaborateure?« Als ob das nicht auf eins rauskäme.

Als Gremliza das KONKRET-Buch in einem überfüllten Hörsaal der Universität Heidelberg vorstellte, wurde er mit Flugblättern empfangen und durch Schreie wie »Schluß! Du redest nicht über unsere Märtyrer!« unterbrochen. Die abschließende Frage an die Palästina-Soli der Stadt, ob es ihr nicht ungemütlich werde, in dieser einen Frage ganz und gar einig sich zu sehen mit der gesamten Bürgerpresse und ihrer Bundesregierung, von den Naziparteien nicht zu reden, schien ihre Wirkung nicht völlig zu verfehlen. Ein Zuhörer meldete den Verlauf der Heidelberger Veranstaltung seiner Parteiführung, die damit das Internet bereicherte und »ergänzend bemerkte«, daß Gremliza ihr schon im Vormonat einschlägig aufgefallen sei.

Für diesmal sei nur eine weitere Firma noch genannt, sie heißt »Medico«, deren Vertreter seine Position gegenüber KONKRET bei einem Vortrag (in Rüsselsheim) auf den Satz zuspitzte: »Auf die Gefahr hin, selbst sofort des Antisemitismus bezichtigt zu werden, meine ich, daß sowohl die aktuelle Entwicklung als auch ihr Hintergrund verlangen, mit einer unzweideutigen Nennung und Verurteilung der Gewalt des israelischen Staates und der Deckung dieser Gewalt durch die rassistische Mehrheit der israelischen Gesellschaft zu beginnen.« Der Nazi ist immer der Jude. Die israelischen Soldaten bilden eine »ultrazionistische Soldateska«, es kommt zu »brutalen Ausschreitungen gegen arabische Menschen«, deren Mordanschläge einem »System rassistischer Apartheid« gelten.

Sie sind aber nicht nur mies. Sie fordern »Anerkennung des Rückkehrrechts der PalästinenserInnen als des unbedingten Gerechtigkeitsanspruchs, der die israelische Herrschaft – nicht aber den israelischen Staat oder die israelische Gesellschaft als solche! – zentral in Frage stellt.« Ein bißchen blöde sind sie auch.

Wer, neugierig geworden durch André Thieles Reisebericht »Durchs wilde Kommunistan 1« (KONKRET 7/2001), mehr erfahren wollte über die »Kommunistische – ›Es ist Zeit das wir uns erheben‹ – Partei Bayerns« und zu diesem Zweck die von Thiele angegebene Internetadresse www.kpb.de anwählte, landete nicht etwa beim »Tribunal das unter der Leitung von den Genossen Bender, Musch, Albert stehen«, sondern bei einem Kunststoffabrikanten, der sich über seine sprunghaft gewachsene Popularität nicht wenig gewundert haben dürfte. Das Rätsel läßt sich lösen: Am frühen Nachmittag des 29. Juni, dem Tag, an dem KONKRET an den Kiosken erschien, wurde die von Thiele über www.redworld.online.de

angesteuerte Website des bayerischen Kommunismus aus dem Netz genommen. Möglicherweise trägt auch die folgende Annonce zur Klärung des Vorgangs bei:

Der neueste Kommunismus gibt bekannt:

tom – 01.06.2001 09:54:05 Uhr

hiermit gebe ich bekannt das sich

die KPB sich mit der KED

vereinigt hat und sich

jetzt der name KED bleibt dadurch

sind wir ab jetzt bundesweit KPP

Quelle: Gästebuch Redworld unter www.redworld.online.de.

Die Redaktion gratuliert ganz herzlich zur Vermählung. Diese Annonce geht aufs Haus. Möge die Braut rasch von einem kräftigen Dativ sich genesen!

Lesung und Diskussion mit Hermann L. Gremliza: »Antisemitismus und Antizionismus - Die deutsche Linke und der Staat Israel«, am 30.8. um 20 Uhr in Saarbrücken, Stadtgalerie, St.-Johanner-Markt.

Konkret 08/01, S. 6

an konkret

Neudeutsch

KONKRET 7/2001: Titel und »Ich rat' euch, SPD zu wählen« von Hermann L. Gremliza

Ein Lob dem Gestalter/der Gestalterin des Titelbildes. Ein Bild sagt mehr als tausend Worte, so heißt es, und hier stimmt es auch. Auf *einem* Bild sind die Spaßgesellschaft und ihr ernstes Coming-out zu besichtigen. Das also war des Pudels Kern, des ganzen Selbsterfahrungsgruppenrummels, des Neuen Deutschen Heimatgefühls, des Stellens der nationalen Frage von links etc.

Was das Titelbild versprach, das hielt der Inhalt. So einen schönen Etikettenschwindel wie Gremliza hat mir noch selten einer angedreht.

Samy Yildirim

Zaandam/Niederlande

Weiterhin

KONKRET 7/ 2001: »Schily in Rosa« von Eike Stedefeldt und »Ich rat'euch, SPD zu wählen« von Hermann L. Gremliza

Es ist ein Kreuz mit den naiven, braven Homosexuellen, die ihre zunehmende Medienpräsenz als Zeichen für gestiegene Akzeptanz deuten und im Hochgefühl ihres Teilchenerfolges übersehen, wie sehr sie noch immer in lediglich kleinen, mehr oder weniger abseitigen Bezügen vorgeführt werden. Ihre medialen Streicheleinheiten erhalten sie in der Regel nur, wenn sie entweder der Rolle als Narr oder als Betroffenheitsmacher entsprechen.

Warum aber bitte, sehen wir eigentlich (fast) niemanden der ach so großen, stolzen, schwulen »Szene« ganz normal, eine Hand in die andere Hand des anderen gelegt, durch die Stadt gehen? Höchst fraglich erscheint es, ob es für die Schwulen und Lesben eine positive Werbung darstellt, nur als schrill, bunt oder lustig wahrgenommen zu werden, da sie dadurch bisweilen selbst ihr ernsthaftes Anliegen diskreditieren. Sie halten sich an jenen Tagen für besonders mutig, an denen sie mit gesträubten Brusthaaren, lilafarbenen Perücken und Stringtangas kostümiert ihr leidlich sehenswertes Spektakel inszenieren und enthemmt allen Muttis zeigen, wie viele Freunde sie doch auf der Welt haben. Wenn weiterhin an der eigenen Darstellungsweise nichts geändert wird, bleibt alles so, wie es ist – und viel ist das nicht, bei Lichte betrachtet.

Tanja Krienen

Unna

Heute

KONKRET 7/ 2001: »Europa der Stämme« von Jürgen Elsässer

In »Europa der Stämme« belegt Jürgen Elsässer einmal mehr seine Kenntnis des derzeitigen Geschehens auf dem Balkan und der Rolle, die Deutschland dabei spielt. Mit den wenigen Zeilen, die er über Minderheitensprachen verliert, zeigt er hingegen, daß er wenig von Sprachen und nichts von Linguistik versteht. Er schreibt zum Beispiel von der »Reanimation versunkener oder nie grammatikalisch ausgebildeter Sprachen wie des Korsischen, des Baskischen und des Deutschen in den Grenzgebieten Belgiens, Frankreichs«. Keine dieser Sprachen ist versunken. Das Korsische ist nach wie vor in Gebrauch, das Baskische wird heute noch von ca. 700.000 Personen in Spanien und Frankreich gesprochen, und auch die deutschen Dialekte in den Nachbarländern sind bisher nicht versunken.

Gesetzt den Fall, Elsässer hat »grammatikalisch ausgebildete Sprache« nicht mit »Schriftsprache« verwechselt, schreibt er wirklich dummes Zeug, wenn er behauptet, einige dieser Sprachen verfügten über eine unausgebildete Grammatik. Die einzigen Sprachen, für die dies zutrifft, sind die sogenannten Pidgin-Sprachen, relativ neu entstandene Mixturen aus unterschiedlichen Sprachen mit begrenztem Vokabular und wenig ausgeprägter Grammatik. Baskisch hingegen ist eine uralte Sprache, für die bisher keinerlei Verwandtschaft mit anderen Sprachen nachgewiesen werden konnte. Korsisch war ursprünglich ein italienischer Dialekt, der sich mittlerweile jedoch so sehr vom Italienischen entfernt hat, daß er für

Italienischsprecher heutzutage nicht mehr zu verstehen ist und daher von einigen Linguisten als Sprache und nicht als Dialekt eingeordnet wird.

Es besteht kein Grund, Mehrsprachigkeit innerhalb eines Staatsgebildes als solche zu verdammen. In den meisten Staaten der Welt ist Mehrsprachigkeit die Regel und nicht die Ausnahme. Eine Sprache allein macht noch keine sezessionistische Bewegung. Also, Herr Elsässer: Nicht den Sack schlagen, wenn der Esel gemeint ist.

Lars v. Karstedt

Hamburg

Früher

KONKRET 7/2001: »Anschlußkompetenz« von Manfred Dahlheim

Kleine Korrektur: Der Friedenspreis des deutschen Buchhandels an Walser war 1998; 1999 war es dann der Historiker Fritz Stern (ein guter Jude, höflich und germanophil), 2000 war es Assia Djebar, die bekannteste Schriftstellerin des Maghreb, in deren Rede die bundesrepublikanische Wirklichkeit nicht vorkam, 2001 jetzt ist es erst Habermas.

Mirjam Glaser

Frankfurt am Main

(Post-)Modernes

KONKRET 7/2001: »Die Modernisierung der Identität« von Günther Jacob

Die Immigrantenkinder wurden aus der Rapszene ausgeschlossen? Das ist ja ganz was Neues. Was ist zum Beispiel mit den nicht nur in der »Szene« bekannten Kindern afrikanischer Immigranten Xavier Naidoo, Samy Deluxe, Torch, Denyo, die nicht nur als Solokünstler oder als Mitglieder deutscher HipHop-Gruppen (Denyo gehört zu den Absoluten Beginnern) hierzulande erfolgreich sind, sondern neuerdings auch im Zusammenschluß Brothers Keepers nicht zu überhören sind? Das ist nur ein Beispiel für Jacobs Neigung, sich die Dinge zurechtzukonstruieren und sich ganz nebenbei als einsamer Streiter gegen die Popfaschos zu inszenieren.

Karen Moebius

per E-Mail

Nichts Neues

KONKRET 7/2001: »Neues von Uncle Joe« von Jürgen Elsässer

Elsässers Auffassung, aus den Tagebüchern Dimitroffs ließen sich neue Erkenntnisse über Stalin gewinnen, ist zu widersprechen. Je mehr Quellen zur Herrschaft Stalins zugänglich werden, desto grauenvoller fällt deren Bilanz aus. Heute sollte völlig klar sein, daß ein im Sinne des Kommunistischen Manifestes verstandener Kommunismus sich in keinster Weise auf Stalin berufen darf.

Daß Stalin Majakowski schätzte, ist bekannt. Dieser starb freilich 1930, und so blieb ihm das Schicksal eines Babels oder Tretjakows erspart. Auch Stalins Aversionen gegen selbstbewußte (und manchmal falsche nationale) Ambitionen in den KPen außerhalb Rußland sind nichts Neues. Genau diese dürften aber zu Dimitroffs nebulösem Verschwinden in die Sowjetunion 1949 und seinem ungeklärten Tod beigetragen haben. Dimitroffs zeitweilig herausgehobene Stellung in der Komintern beruhte nicht etwa auf Stalins Toleranz, sondern ist im Zusammenhang katastrophaler Ereignisse seiner Politik zu sehen. Die sträfliche Unterschätzung des Nationalsozialismus durch die von Stalin angeführten Kommunisten und die Theorie vom Sozialfaschismus waren für den Triumph des Nationalsozialismus und die vernichtende Niederlage der KPD mit verantwortlich. Der Triumph Dimitroffs im Reichstagsbrandprozeß machte dessen Position dagegen zeitweilig unanfechtbar. Die Volksfrontstrategie wie auch die Dimitroffsche Einschätzung des Nationalsozialismus konnten so gegen Stalin durchgesetzt werden. Die nach 1945 von Dimitroff und Tito beabsichtigte Balkanförderung stieß schließlich auf die Ablehnung Stalins. Im übrigen ist die Problematik des häufig tödlichen Stalinschen Antizionismus von Arno Lustiger erschöpfender dargelegt worden als von Menachem Begin.

Jonas Dörge

Kassel

Überzeitliches

KONKRET 6/2001: »Die Nachtseite der Ästhetik« von Peter Hacks

Kein Wort zu Dr. med. Dr. poe. Hacks. Doch was die Illustration jenes Artikels angeht, möchte ich ein Angebot unterbreiten: Gegen die beiden entzückenden Zeichnungen des E.T.A. Hoffmann (das Selbstportrait könnt ihr behalten, das ist mir zuwenig »bekifft«) tausche ich meine aquarellierte Zeichnung der römischen Campagna des J. W. v. Goethe ein. Was ich als fürchterliche, weil typische Entgleisung geißeln wollte, stimmt mich nun allerdings heiter. Weil das Untertiteln von Redakteuren für Adressaten, die vielleicht lesen, aber nicht sehen können, etwas unbeschädigt läßt: die kleinen, zwar in Dienst genommenen Zeichnungen, die aber als Kunstwerke den ganzen Text blamieren. Das sieht man doch, oder?

Christoph Krämer

z.Zt. Cesio Imperia/Italien

Konkret 08/01, S. 9

Hermann L. Gremliza

Manneken Pismarck

»Kastration – Pranger – Warnschilder am Auto/ Wie andere Länder Kinderschänder bestrafen ... Saudi-Arabien: Kinderschänder werden gehenkt. Das gilt für die meisten islamischen Länder.«

Die »Bild«-Zeitung in einer Serie über Kanzler Schröders Forderung, Sexualstraftäter lebenslang wegzusperren

Helmut Kohl, als er an die Regierung wollte, hatte nichts weniger versprochen als eine Kulturrevolution, die er »geistig-moralische Wende« nannte: das Ende der Libertinage, die unter den Sozen nach 1968 ausgebrochen war, und die Rückkehr zu den Zeiten, die keiner so schön schildern kann wie der einstige Chefredakteur des »Spiegel« und der »Welt am Sonntag«, Claus Jacobi: »Gras wurde gemäht, nicht geraucht. Pornographie war keine Massenunterhaltung. Nächstenliebe hieß noch nicht Solidarität. Wer sich selbst verwirklichen wollte, ging arbeiten. Feigheit galt nicht als mutig, Jungsein nicht als Verdienst, eine Ohrfeige nicht als Folter. Kinder wurden erzogen, sich manierlich zu benehmen, und boten Erwachsenen in der Straßenbahn ihren Platz an. Ehen wurden auf Lebenszeit geschlossen und schwule Paare nicht von Pastoren getraut.« Nur ein Krematorium rauchte manchmal da und dort.Die deutsche Frau aber nicht.

»Pflichtgefühl, Berechenbarkeit, Machbarkeit, Standhaftigkeit ... Das sind Sekundärtugenden. Ganz präzis gesagt: Damit kann man auch ein KZ betreiben«, hatte damals, 1982, der Hallodri Lafontaine dem Bundeskanzler gesagt, aber nicht dem neuen, sondern dem alten, dem eigenen, Helmut Schmidt. Weil es ein paar solcher Lafontaines gab, stand die parlamentarische Linke im ganz unverdienten Ruf, bezüglich Gott, Familie und Vaterland nicht jederzeit Gewähr zu bieten, sondern es eher mit *Se□ □n□ Drugs □n□ Rock □n□ Roll* zu halten, auch wenn sich dieser Hang der Genossen zumeist bei der Musik von James Last und Erdbeerbowle beim Tanz in den Mai austobte. Dennoch wurde ihm die Durchseuchung der Republik mit Inflation und Anspruchsmentalität zugeschrieben.

Kohl, wie gesagt, hat die Wende gewollt, aber nicht so recht gekonnt. Das Lager, aus dem er kam, machte ihn zum Überzeuger der Überzeugten, und nach sechzehn Jahren geistig-moralischer Wende mußte besagter Claus Jacobi eine entsetzliche Bilanz ziehen: »Die derzeitige Malaise hat eine dreifache Wurzel: Der Zerfall von Familien, Ehen auf Zeit, die Zunahme von Alleinerziehenden, Scheidungs-Welle, der Drang der Frauen in den Beruf ... Zerstörung der Klassengemeinschaft, Mengenlehre und Rechtschreibreform ... Humanismus, Gottesfurcht und Patriotismus sind weithin abgeschafft.«

Auf Zumutungen von rechts oben pflegen die Massen störrisch zu reagieren. Sie ideologisch auf künftige materielle Zumutungen vorzubereiten, bedarf es immer eines braven Mannes von links unten. Eines armen, national und sozialistisch gesinnten Gefreiten des Weltkriegs, zum unpassenden Beispiel, oder des ebenso braven wie strebsamen Sohnes einer Kriegerwitwe. Solche Leute sind immer doppelt geeignet: als Kronzeugen gegen die Feinde der Gesellschaft wie als Beweis, daß jeder es in ihr zu was bringen kann.

Gerhard Schröder hat das Land geistig-moralisch gewendet, gründlicher als es die Achtundsechziger vermocht hatten, und in umgekehrter Richtung. Der deutsche Stammtisch und seine Weisheiten sind durch ihn zum Grundgesetz der Republik erhoben. Ob es um ermordete Juden geht, denen ein Denkmal zu setzen er überflüssig findet, um lebende, denen er anläßlich der Bombardierung durch irakische Skud-Raketen die Solidarität verweigerte, um Martin Walsers Antisemitismus (»Ein Dichter muß das sagen dürfen. Ein Bundeskanzler darf das nicht«), um NS-Zwangsarbeiter, denen er »keine zweite Wiedergutmachung« gewähren wollte, um »ausländische Gewaltkriminalität«, um »internationale Schlepperkriminalität«, um Entwicklungshilfe, die nur kriegen soll, wer abgeschobene Ausländer aufnimmt, um »kriminelle Ausländer«, die er »rauswerfen«, Asylbewerber, denen er die Leistungen kürzen, Sozialhilfeempfänger, die er zu Arbeit zwingen will, oder um Arbeitslose. Schröder: »Wer arbeiten kann, aber nicht will, der kann nicht mit Solidarität rechnen. Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft! Das bedeutet konkret: Wer arbeitsfähig ist, aber einen zumutbaren Job ablehnt, dem kann die Unterstützung gekürzt werden.«

Zu gerne hätte er auch die Angst des deutschen Prämiensparers vor dem europäischen Kanakengeld bedient. »Endlich«, hatte er ausgerufen, »haben wir Sozialdemokraten wieder ein nationales Thema«, aber da wurde ihm bedeutet, daß man ihn sich dazu nicht halte. In einem Schnellkurs erfuhr der Chauffeur der Nation (»Ich bin ein Automann«) von »meiner Wirtschaftsnähe, zu der ich mich durchaus bekenne«, und wo des Stammtisches Platte endet. Platz auf ihr finden Bekenntnisse wie: »Es gibt keine rechte und linke Wirtschaftspolitik, sondern nur eine moderne und unmoderne« oder: »Wenn es den Unternehmen gut geht, geht es auch denen gut, die dort arbeiten – das ist die alte Wahrheit.« Und was er in einer einzigen Parteitagsrede zum vaterländischen Standort vorzubringen hatte, reichte über drei Runden Bommi mit Pflaume hin: Vom Export, »der Gott sei Dank die Position der Deutschen auf den internationalen Märkten behauptet und

verbessert hat«, von den »Menschen in Deutschland«, »der Situation in Deutschland«, den »wirklichen Leistungsträgern der Nation«, die »dieses Volk ins nächste Jahrhundert führen«, über »Handlungsmöglichkeiten nationaler Politik gegenüber den Aktionen international operierender Konzerne«, die Erweiterung der »Handlungsmöglichkeiten nationaler Politik«, und natürlich »meine Mutter als Putzfrau«, den »Standort«, über »70 Prozent des Volkes«, die »Spaltung in unserem Volk«, über »Deutschland« und »die Stärke dieses Landes.« Zickezackezickezackehoihoihoi. Die Kritik am Euro aber mußte er schnell untern Tisch fallen lassen, denn der Populist, als der er oft beschrieben wird, darf den Instinkten des Mobs nur dort Luft machen, wo sie den Interessen des Kapitals dienen. Beim Euro ist das nicht der Fall. Bei der Anwerbung kanakischer Informatiker auch nicht.

Von Schröder, nicht von Kohl, erfuhr die Welt, daß es, wenn einst bei der SS bestellte Zwangsarbeiter den ihnen vorenthaltenen Lohn verlangen, »die Pflicht des deutschen Bundeskanzlers ist, sich schützend vor die deutschen Unternehmen zu stellen«, und nicht etwa umgekehrt; daß es von ihm keinen Pfennig gibt (Schröder: »Die Staatskasse bleibt zu«), wenn aber die Unternehmen sich freikaufen wollen, der Staat 75 Prozent der Rechnung begleicht; und daß sechzig Jahre danach dreitausend Mark für einige überlebende Krüppel ein »würdiges Angebot« sei, in dessen Glanz sich die ganze Nation mit einer Bundesstiftung spiegeln darf, die leider nicht heißt, wie sie müßte: »Erinnern zum Vergessen«, sondern dem einzigen Zweck dient, die deutsche Industrie vor Ansprüchen von Zwangsarbeitern zu schützen. Was sie und ihr Kanzler Rechtssicherheit nannten, war die Sicherheit, daß die Opfer der Nazi-Industrie kein Recht bekommen.

Der abgeschaffte Patriotismus ist, nicht zuletzt durch den ersten siegreichen Krieg seit 1870/71, wieder angeschafft, die Lohnabhängigen sind zugunsten des Allianz-Konzerns um ein paar Milliarden jährlich beraubt, bei den Kranken steht die gleiche Operation noch bevor. Für den Rest der Amtszeit kann der Kanzler sich den Volkserziehern widmen, die endlich wieder draufhauen sollen statt sozialisieren. Oder resozialisieren, und gar Triebtäter. Zwar geht die Zahl der Sexualstraftaten, dem »Sicherheitsbericht« der Bundesregierung zufolge, stetig zurück, ist die Zahl der sogenannten Lustmorde an Kindern so gering, daß eine Tat mehr oder weniger in der Statistik als dramatische Zu- oder Abnahme erscheint. Gerhard Schröder aber macht den »Bild«-Lesern jeden Tag einen neuen Vorschlag, was man mit Sexualstraftätern alles anstellen kann. Noch hält er bei »lebenslang wegsperren«. Ob er auf den Gedanken kommt, den der Name seiner Gattin nahelegt?

Schließlich ist auch aus Kohls »Familje« erst unter seinem Nachfolger was geworden. Schröder hat nicht *viermal* geheiratet, sondern viermal *geheiratet*, also aus jedem Abenteuer eines von Amts wegen gemacht, und im vierten Anlauf eine Schwester im Geiste des Claus Jacobi erkoren, die spricht wie aufs Deckchen gestickt: »Ich neige von Natur aus zur Strenge. Ich war immer fleißig. Ich habe den Ehrgeiz, meine Arbeit gut zu machen, ob als Jungredakteurin beim □Augsburger Landboten□ oder jetzt«, beim Tischdecken im Kanzleramt: »Da muß alles passen, sonst hin zur Blumendekoration.« Der »Spiegel« nennt die nicht besonders helle, aber sekundärtugendhafte, strenge und fleißige Dekorateurin deshalb die »Traumgattin der Neuen Mitte«.

Konkret 08/01, S. 10

Herrschaftszeiten

Rotgrün schafft Frieden

8. Mai, »Hamburger Abendblatt«:

Kiel gilt als das Mekka der U-Boot-Bauer. Dort sitzt die Howaldtswerke Deutsche Werft AG (HDW), deren Boote nicht nur für die Deutsche Marine fahren, sondern auch in Ländern wie Brasilien, Venezuela, Indien, Israel oder – gerade genehmigt – Südkorea. Auch die unversöhnlichen Nato-Brüder Griechenland und Türkei belauern sich in der Ägäis mit typgleichen Booten von der HDW. Und der mächtige Verbündete USA möchte solche Boote auch in Taiwans Gewässern tauchen sehen. Der Grund dafür ist so einfach wie überraschend: Die USA – größte Marinemacht der Welt – sind nicht in der Lage, kleine U-Boote zu liefern.

Zwar geht ausgerechnet die rot-grüne Bundesregierung relativ liberal mit der Genehmigung von Waffenlieferungen um – so wurden im vergangenen Jahr drei U-Boote für Südafrika genehmigt. Doch was Taiwan angeht, bleibt die Koalition bei einem klaren Nein. Wohl weniger aus politischen Erwägungen als aus wirtschaftlichen. Hinter den Kulissen wird in Berlin freimütig eingeräumt, daß mit dem Exportverbot nur der große Handelspartner China beruhigt werden soll.

Leitkultur

30. Mai, »Ostsee-Zeitung«:

Der Greifswalder Obdachlose Eckhard Rütz mußte sterben, weil er nach Meinung eines 16jährigen Schülers »dem deutschen Steuerzahler auf der Tasche liegt«. »Wir wollten ihm nur eine Lektion verpassen. Dabei haben wir ihn leider totgehauen.« Das Geständnis von Maik J., einem der drei Angeklagten, gestern vor dem Landgericht Stralsund. Mit ihm müssen sich in dem Prozeß um den brutalen Tod eines Obdachlosen noch Marcel L. (16) und der 21jährige Maik D. verantworten. Alle drei bewegten sich in der rechten Szene in Greifswald. Einer der beiden 16jährigen war nach den Angaben der Staatsanwaltschaft bis kurz vor der Tat noch NPD-Mitglied.

»Ich bin der bekannteste Deutsche seit Hitler«, läßt Boris Becker schon mal in trauter Runde vom Stapel. Doch diesen Trumpf könnte er schon bald verspielt haben

---

Aus der Illustrierten »Gala«

Zoran der Deutsche

9. Juni, »Frankfurter Rundschau«, Gespräch mit Serbiens Premier Zoran Djindjic:

FR: Wie haben Sie das Frankfurt der siebziger Jahre erlebt?

Djindjic: Frankfurt war für mich das Zentrum der Welt – wegen der Frankfurter Schule.

FR: Stimmt es, daß Sie in der Karl-Marx-Buchhandlung bei Joschka Fischer Bücher gekauft haben?

Djindjic: Ich erinnere mich, wie ich mal ein Buch von Carl Schmitt über Verfassungslehre bei Fischer gekauft habe. Es kostete 80 Mark.

FR: Was dachten Sie?

Djindjic: Als ich nach Deutschland kam, habe ich zunächst mit Baader-Meinhof sympathisiert. Aber der Streit über die Gewaltfrage hat mich skeptisch gemacht. Habermas hatte mich überzeugt. So bin ich auch konservativer geworden.

FR: Haben Sie auch Steine geworfen?

Djindjic: Ja klar. Ich stand natürlich auf der Seite dieser Unzufriedenen, weil ich dachte, daß sie als Kinder dieser Nazigeneration im Recht sein müssen. Es ist eine große Leistung von Joschka Fischer, Cohn-Bendit und anderen Leuten, diese Szene legalisiert zu haben. Und daß es jemand aus dieser Szene zum Außenminister geschafft hat, ist ein gutes Zeichen. Das ist ein Beweis dafür, daß das System gesund ist.

Albaner-Peter

22. Juni, »Funkkorrespondenz«:

Das Stück, über das die Auslandsredakteure (der ARD) reden wollen, ist ein Bericht des Leiters des Südosteuropa-Studios, Peter Miroschnikoff (BR). Miroschnikoff beginnt mit einem Filmbild, das albanische ARD-Mitarbeiter zeigt, wie sie den blauen Windschutz der Mikrophone austauschen. Abgenommen wird das Stück, das deutlich das Zeichen der ARD trägt. Ersetzt wird es durch eines, das nur das Zeichen und den Namen des BR zeigt. Miroschnikoff sagt dazu: »Momentan nicht ratsam, im Kosovo als ARD-Team aufzutreten.« Er spielt damit auf die Folgen an, die ein für das Erste Programm produzierter Film der WDR-Reihe »Die Story« in Albanien zeitigte. In diesem Film hatten Jo Angerer und Mathias Werth ihre Ansicht über die Ursprünge des Kosovo-Kriegs dargelegt. Titel: »Es begann mit einer Lüge.«

Am Ende seines Beitrags zeigt Miroschnikoff einen UCK-Kommandanten namens Lieshe. Als Lieshe die Kamera passiert, lächelt er und streckt ihr den Daumen entgegen. Dann ruft er auf der Straße mit herrischer Geste nach einem Wagen. Der Kommentar sagt: »Massaker zu leugnen wird nicht nur von Betroffenen verübelt. UCK-Kommandant Lieshe war darüber so wütend, daß er ankündigte, die Autoren der Sendung liquidieren zu wollen, sollten sie jemals wieder im Kosovo auftauchen.«

Dieser Satz ist der Skandal des Films. Der BR-Korrespondent zitiert so etwas wie die Ankündigung eines Mordes, genauer gesagt, eine Morddrohung. Miroschnikoff zitiert Lieshe – mit dem das Team auf gutem Fuß zu stehen scheint – , ohne sich von diesem Satz zu distanzieren.

Tomislav Piplica, Rudi Vata, Janos Matyus, Faruk Hujdurovic, Laurentiu-Aurelian Reghecampf, Bruno Akrapovic, Andrzej Kobylanski, Moussa Latoundji, Vasile Miriuta, Antun Labak, Franklin Bittencourt

---

Mannschaftsaufstellung des Fußballvereins Energie Cottbus im Spiel gegen den VfL Wolfsburg

Heldenvater

22. Juni, ARD-»Weltspiegel«:

In einem jetzt bekannt gewordenen Brief hat der Palästinenserpräsident Yassir Arafat das Selbstmordattentat von Tel Aviv, bei dem in der Nacht zum 2. Juni junge Diskothekenbesucher ums Leben kamen, als eine »heldenhafte Märtyreroperation« bezeichnet. Die Tat des bei Amman geborenen 22jährigen Attentäters Said Hassan Hussein El Hotari lobt Arafat als das beste Beispiel für Heldentum, Männlichkeit und Opferbereitschaft, weil er aus seinem Körper eine Bombe gemacht habe. Der Brief, der der in Jordanien lebenden Familie des Attentäters wenige Tage nach dem Massaker zugestellt wurde, ist im Auftrag des Palästinenserpräsidenten von der palästinensischen Botschaft in Jordanien verfaßt worden und ist gezeichnet mit Yassir Arafat, Präsident von Palästina und Vorsitzender der PLO. Der Brief liegt dem ARD-Büro Kairo vor.

Dummheit & Stolz

24. Juni, »Welt am Sonntag«, Interview mit Hilmar Kopper, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutschen Bank und Lebensgefährte der Kanzlerwitwe Seebacher-Brandt:

WamS: Haben Sie ein Problem mit dem Deutschsein?

Kopper: Nein, hatte ich auch nie. Ich habe vor fünfzehn Jahren eine Tour durch deutsche Schulklassen gemacht. Und ich habe schon damals kein Hehl aus meinem Stolz gemacht. Es muß, verdammt noch mal, auch wieder möglich sein, zwischen national und nationalistisch zu unterscheiden.

WamS: Dürfen wir also wieder stolz sein?

Kopper: Ach, hören Sie mir mit dieser Debatte auf. Das war doch genau wieder so typisch deutsch! Stolz ist ein so altes, schönes und schlichtes Wort. Eine solche Debatte hätte es in keinem anderen Land Europas gegeben.

Historikerstreit

26. Juni, »Der Spiegel«, Interview mit Michel Friedman:

Spiegel: In Ihrer letzten Sendung haben Sie mit dem Regierenden Bürgermeister Berlins über die Zahl der Mauertoten gestritten. Wowereit sprach von über 100, Sie von 765 Toten. Wollten Sie ihn vorführen?

Friedman: Im Gegenteil. Ich erwarte aber, daß Politiker, die im Land Berlin Verantwortung tragen, bei einer so wichtigen Zahl im Geschichtsunterricht aufgepaßt haben – weil Wissen Voraussetzung ist, Geschichte richtig zu bewerten.

Spiegel: Laut Berliner Staatsanwaltschaft wurden an der innerstädtischen Grenze »nachweislich 110 Personen getötet«. Wowereit hat recht.

Friedman: Meine Zahlen stammen aus dem Archiv des Museums am Checkpoint Charly.

Holocaust

Juli 2001, »Contraste – Die Monatszeitung für Selbstorganisation«:

Am 1. Mai 2001 zwischen 0 und 3 Uhr kam es zu einem bewaffneten Angriff von ca. 50 Personen auf die Projektwerkstatt in Reiskirchen-Saasen. Das Besondere am Pogrom gegen die Projektwerkstatt ist nicht der Angriff als solches ... Während der Hausdurchsuchung war Herr Arnold von der Gemeinde Reiskirchen da. Zum Pogrom sagte er nichts ... Zum Pogrom gegen die Projektwerkstatt ...

Die CDU war die geeignetste Partei, um die staatliche Einheit herzustellen.

Gregor Gysi (PDS)

Fahnenflucht

Juli 2000 – »M«, Zeitschrift der Gewerkschaft ver.di:

Verteidigungsminister Scharping hat seinen juristischen Kampf gegen einen ihn als Kriegslügner schwer belastenden WDR-Film nach nur kurzem Scharmützel aufgegeben ... Dabei sind die Vorwürfe kein Pappenstiel, die die beiden WDR-Autoren Jo Angerer und Mathias Werth in ihrem umstrittenen Streifen erheben: Nur mit Desinformation und Propagandalügen sei die Zustimmung zum Kosovo-Krieg in Deutschland schließlich doch noch gewonnen worden ... Anders als von Scharping behauptet, habe es kein Massaker in Rugova gegeben, kein Konzentrationslager im Stadion von Pristina, keine Zerstörung albanischer Häuser durch Kerzen und Gas, keinen »Hufeisenplan« zur systematischen Vertreibung der albanischen Bevölkerung ... Dennoch hielt Scharping erstaunlich still. »Warum hat der Minister die durch die Hamburger Kanzlei Prinz dem WDR zugestellte Unterlassungserklärung nicht weiterverfolgt bzw. gerichtlich durchgesetzt?« wollte »M« in einer Anfrage an das Verteidigungsministerium wissen. In einer zweiten Anfrage an das Verteidigungsministerium verwies »M« auf dessen gesetzliche Auskunftspflicht gegenüber der Presse und wollte wissen: »Trifft es zu, daß der Minister bis heute keinerlei juristische Schritte gegen den WDR oder die Autoren des Films angestrengt hat, obwohl der Sender den Film bereits einmal wiederholt und soeben erst weitere Wiederholungen angekündigt hat?« Die Antwort: »Kein Kommentar.«

Feeling well

1. Juli, »Welt am Sonntag«:

Hotel in Hitlers Festung. Der Freistaat Bayern läßt auf dem Obersalzberg bei Berchtesgaden für 70 Millionen Mark ein Luxus-Hotel mit Wellness-Center und Golfplatz errichten. Das Resort entsteht an der Stelle, an der einst der Bauernhof von Reichsmarschall Hermann Göring stand, nur einen Steinwurf entfernt vom »Berghof«, Adolf Hitlers Sommerresidenz.

Ein Dissident

2. Juli, »Bild«-Kolumne von Oskar Lafontaine (SPD):

Die Deutschen gingen mit schlechtem Beispiel voran. Gegen Washington, Paris und London setzten sie die Anerkennung Kroatiens und Sloweniens durch. Jugoslawien fiel auseinander ... Mit der Bombardierung Belgrads wollte die Nato Milosevic stoppen. Aber der Krieg war völkerrechtswidrig. Die Uno wurde übergangen. Unschuldige Zivilisten kamen ums Leben. Große Teile Serbiens wurden zerstört. Über 60 Milliarden Dollar sind notwendig, um alles wiederaufzubauen. Die USA wollen 100 Millionen Dollar geben. Ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Bundesregierung will »nach besten Kräften« helfen. Die Kräfte von Hans Eichel sind bekannt ... Wenn es um Krieg geht, sind Milliarden da. Wenn es um den Wiederaufbau geht, fehlt das Geld.

Des Staates Sicherheit

6. Juli, »Frankfurter Allgemeine«:

Die Revolution ist vorbei. Das Kohl-Urteil revidiert den Umgang mit den Stasi-Akten ... In Erinnerung wird bleiben, daß die rechtsprechenden Juristen in diesem Urteil mit der ihrem Berufsstand eigenen formalen Kühle die deutsche Revolution von 1989 für beendet erklärt haben ... Einigermaßen zwanglos nämlich läßt sich die Berliner Entscheidung als Absage an die versprengten Restbestände revolutionären Gedankenguts deuten, die sich an manchen Stellen des Stasiunterlagengesetzes auch zehn Jahre nach der Wende noch erhalten hatten ... Das Gesetz sollte eine allgemeine

Offenlegung der Unterdrückungs- und Bespitzelungsstrukturen möglich machen. Damit aber huldigte die Norm einer geradezu schwärmerischen Transparenz-Vorstellung, die sich nur aus der Euphorie der frühen Nachwende-Zeit erklären läßt.

Ein Stratege

6. Juli, »Tageszeitung«, Interview mit Egon Bahr (SPD):

Taz: Was sollte die UCK veranlassen, (der Waffenabgabe) zuzustimmen?

Bahr: Die Einsicht in die Aussichtslosigkeit des bisherigen Vorgehens.

Taz: Aber die UCK hat doch gewonnen.

Bahr: Bisher ja.

Bundesbeer

10. Juli, »Hamburger Abendblatt«, Interview mit Angelika Beer (Grüne):

HA: Frau Beer, die Grünen haben sich für einen Einsatz in Mazedonien ausgesprochen. Ist das nicht verwunderlich?

Beer: Jeder Militäreinsatz ist für die Grünen eine Herausforderung ... In gewisser Hinsicht ist es jetzt leichter, eine Entscheidung zu fällen, weil die völkerrechtliche Grundlage gegeben ist. Das war bei den Lufteinsätzen im Kosovo nicht der Fall. Jetzt hat die mazedonische Regierung die Nato eingeladen, die rechtliche Grundlage ist damit gegeben.

HA: Na ja, offiziell haben die Tschechen die Russen 1968 auch eingeladen ...

Beer: Die Notwendigkeit eines internationalen Einsatzes ist unbestritten. Wenn wir uns raushalten, besteht die Gefahr, daß alles, was an Stabilität auf dem Balkan da ist, den Bach runtergeht.

HA: Wie lange werden wir denn noch westliches Militär auf dem Balkan benötigen?

Beer: Einen Zeitraum von unter zehn Jahren brauchen wir gar nicht zu diskutieren.

Plätzchenbomben

20. Juli, Netzwerk Friedenskooperative:

Ausstellung »Die Atombombe und der Mensch« von Nihon Hidankyo, dem japanischen Verband der Atombombenopfer. Eröffnung 16 Uhr, mit Getränken, Gebäck und musikalischer Begleitung durch Blue Flower, Bürgerhaus Stollwerck, Kölner Südstadt.

Homosexuelle in der deutschen Politik sind keine Innovationen

---

Helmut Markwort, Chefredakteur der Illustrierten »Focus«

Konkret 08/01, S. 12

Jürgen Elsässer

Arturo Ui in Belgrad

Wie Milosevic gekidnappt wurde: Der deutsche Hinterhof zwischen Gangsterherrschaft und Faschismus

Angeklagter, reißen Sie sich zusammen. Sie stehen vor Gericht. Sie werden der Brandstiftung beschuldigt. Bedenken Sie, was für Sie auf dem Spiel steht!*

Ein Verbrecher, wie er im Buche steht: In einem einzigen Jahr ermordeten seine Schergen 1.027 Menschen und verschleppten 945 weitere. Im selben Jahr – wohlgemerkt: einem Friedensjahr, ohne militärische Auseinandersetzungen – wurden nach Angaben des Internationalen Roten Kreuzes mindestens 180.000 Menschen von seinen Sonderkommandos vertrieben. Den Haag verfügt über eine Akte, nach der seine Killer allein sechs politische Rivalen ausgeschaltet haben. In seiner Hauptstadt verschwanden in einem einzigen Monat 100 junge Frauen und Mädchen – Sexsklavinnen für den Fleischmarkt.

Gut, daß einem solchen Kriminellen endlich der Prozeß gemacht wird? Schön wär's. Bei dem Genannten handelt es sich um Hashim Thaci, den Chef der kosovo-albanischen Guerilla UCK. Die erwähnten Verbrechen verübte er, nachdem eine »robuste Friedenstruppe« der Nato im Juni 1999 mit 40.000 Soldaten in das Kosovo eingerückt war. In der Hauptstadt Pristina kontrollieren seine Revolvermänner alles. »Von jedem Schnitzel, das ich hier esse, bekommt Thaci 50 Pfennig«, berichtete ein deutscher Polizist dem »Hamburger Abendblatt« im März 2000. Crime does pay: Den Haag dementierte die von der »New York Times« behaupteten Ermittlungen gegen Thaci wegen der Fememorde an rivalisierenden UCK-Kommandeuren. Thaci mußte sich nicht nur – wie etwa Radovan Karadzic oder Ratko Mladic – nie aus Angst vor plötzlicher Verhaftung verstecken, sondern machte mit dem Segen von Uno und Nato sogar Karriere: Seit zwei Jahren fungiert er als eine Art Ministerpräsident der völkerrechtlich immer noch jugoslawischen Provinz.

Die Freiheit à la Pristina hält nun auch in Belgrad Einzug. Seit dem Machtwechsel im Oktober letzten Jahres wurden 250 Oppositionelle verhaftet, Angehörige der Sozialistischen Partei SPS und der Vereinigten Linken Jul. Im Gegenzug wurden 143 Kosovo-Albaner, die von serbischen Gerichten wegen Terrorismus verurteilt worden waren, freigelassen. Der Triumph des Gangstertums wurde manifest mit der Auslieferung des Ex-Präsidenten Slobodan Milosevic nach Den Haag. Das Vorgehen des jetzt in Belgrad regierenden DOS-Bündnisses war von bemerkenswerter Skrupellosigkeit: Da sowohl die jugoslawische als auch die serbische Verfassung eine Auslieferung von Staatsbürgern verbietet und man im Parlament keine Mehrheiten fand, um diese Bestimmungen aufzuheben, wurde die Maßnahme einfach auf frühbolschewistische Art per Regierungsdekret beschlossen – und zwar gegen das Votum des Koalitionspartners, der montenegrinischen Volkspartei. Als dann das Jugoslawische Bundesverfassungsgericht dieses Dekret stoppte, um es einer juristischen Prüfung zu unterziehen, schickte der serbische Regierungschef Zoran Djindjic seine Spezialisten: Milosevic wurde aus der Zelle geholt, in einem als Zivilfahrzeug getarnten Polizei-PKW weggefahren und auf den US-Stützpunkt im bosnischen Tuzla gebracht. Von »Kidnapping« spricht zu Recht Milosevics Anwalt Toma Fila (vgl. S. 18), der jugoslawische Präsident Kostunica von einem »begrenzten Staatsstreich«, er selbst sei zur »Geisel« gemacht worden.

Giri (schreiend):

Das ist der Mann, der mit verruchter Hand

Den Brand gelegt hat! Die Petroleumkanne

Hielt er an sich gedrückt, als ich ihn stellte.

Steh auf, wenn ich mit dir sprech! Steh auf!

Für die deutschen Medien steht die Schuld des Entführten außer Zweifel. Schnell waren die Seiten mit den gewohnten Invektiven gefüllt: »Der Schlächter von Belgrad« (das Berliner Boulevardblatt »BZ«), das »Balkanmonster ... sieht aus wie eine Bulldogge ohne Knochen« (»Bild«), »Horst Mahler vergleichbar« (»Taz«), das »Ungeheuer« (»Freitag«). »300.000 Tote klagen Milosevic an« lautete die Headline der Münchner »Abendzeitung«, der »Spiegel« schrieb tags darauf hanseatisch-zurückhaltend von »nahezu 300.000«. Damit sind alle Opferrekorde gebrochen.

Da die bisherigen Lügen offensichtlich nicht genügen, wurde draufgesattelt: »Milosevic plante Raketenangriff auf Blair«, meldete das »Hamburger Abendblatt« am 2. Juli. Demnach habe der jugoslawische Armeechef Nebojsa Pavkovic im Mai 1999 den Befehl erhalten, den britischen Premier bei einem Besuch in Skopje mit einem Raketenangriff in die Luft zu jagen. Pavkovic habe die Ausführung jedoch verweigert, »weil er zivile Opfer ... und eine mögliche Anklage als Kriegsverbrecher gefürchtet habe«. Der Leser soll also glauben, Pavkovic habe sich einfach der Anordnung Milosevics

widersetzt, ohne daß der »Schlächter« ihn wegen dieser Renitenz zur Rechenschaft gezogen oder wenigstens seines Amtes enthoben hätte. Pavkovic blieb bis zum Ende von Milosevics Amtszeit auf seinem Posten und ist dort heute noch.

Genauso toll ist die Story über die pünktlich zur Auslieferung gefundenen Leichen von Kosovo-Albanern aus Suva Reka: »Mindestens 36« seien in der Nähe von Belgrad ausgegraben worden, stand etwa in der »Neuen Zürcher Zeitung«. »Alle hätten in derselben Straße gelebt, wie die gefundenen Dokumente zeigten«, hieß es mit Verweis auf das serbische Innenministerium. Wenige Sätze weiter ist jedoch zu lesen: »Die Identifizierung der Opfer werde mehrere Monate dauern.« Will man uns weismachen, Milosevics »Soldateska« habe Leichen zur Vertuschung von Verbrechen über mehrere hundert Kilometer nach Belgrad transportiert, ihnen dann aber, um es Den Haag leichter zu machen, die Personalpapiere gelassen? Und: Was sind das für seltsame Dokumente, aus denen man den Wohnort der Opfer bis auf die Straße genau ablesen kann – nicht aber deren Identität?

Der serbische Innenminister Dusan Mihajlovic »schätzt«, daß etwa tausend Leichen von Kosovo-Albanern »auf Geheiß von Milosevic« aus dem Kosovo abtransportiert und in Serbien vergraben wurden. Kleiner Schönheitsfehler: Gefunden wurden bisher – neben den erwähnten 36 – erst 12, letztere sollen aus einem in der Donau versunkenen Kühllastwagen stammen. Aber sicherlich wird man aus serbischen Friedhöfen weitere Skelette besorgen und mit garantiert echten Personalpapieren versehen können – schließlich leitet die Ausstellungsbehörde für diese Dokumente, das serbische Innenministerium, die Ausgrabungsarbeiten, und mit ein bißchen Bakschisch ist da manches zu machen. Man wird sich allerdings anstrengen müssen: Die Differenz zwischen den angeblich im Kosovo ermordeten Albanern – laut Den Haag genau 11.334 – und den nach 13 Monaten intensiver Suche gefundenen Toten – laut Den Haag 2.788 – ist doch recht groß.

Der Verteidiger: Haben Sie Herrn Giri gesehen? ...

Hook (Zeuge): Unmittelbar vor dem Brand. Er ging mit vier Leuten, die Petroleumkannen trugen, durch das Lokal ...

Wenn es wieder hell wird, sitzt Hook im Zeugenstuhl. Er ist zusammengebrochen, hat einen Stock neben sich und Binden um den Kopf und über den Augen.

Kostunicas starkes Wort von Djindjics »Staatsstreich« kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß er selbst, der als Präsident auch Oberbefehlshaber der Armee ist, durch seine Passivität diesen Staatsstreich möglich gemacht und auch im nachhinein nicht die Schuldigen zur Verantwortung gezogen hat. Der gelernte Jurist, von dessen Wahl sich die Jugoslawen die endliche Durchsetzung von Recht und Gesetz erhofften, hat offensichtlich kapituliert.

Wie er von Djindjic ausmanövriert wurde, ist ein Gangsterstück erster Güte. »Nur weil Djindjic auf seine eigene Kandidatur verzichtete und als Königsmacher den wenig polarisierenden Kostunica favorisierte, konnte die Opposition ... die nötige Schlagkraft mobilisieren«, kommentierte der »Spiegel« nach dem Machtwechsel im Oktober. »Ich bin für die breite Masse bei uns nicht wählbar gewesen«, räumt Djindjic selbst ein. Die »Frankfurter Rundschau« nennt ihn den »ersten serbischen Premier, der in Deutschland beliebter als in Serbien ist«, auf den Straßen Belgrads werde er als »nemacki covek«, als »deutscher Mensch«, bisweilen auch als »Hitlers Enkel« tituliert. Der Kostunica-Bonus wurde selbst noch bei den Wahlen zum serbischen Parlament am 23. Dezember ausgereizt: Obwohl Djindjic der designierte Premier des DOS-Bündnisses war, wurde er in den Wahlkampfmaterialien von DOS nirgends erwähnt, sein Konterfei war auf Plakaten nicht zu sehen. Auf dem Stimmzettel stand über der DOS-Liste in großen Lettern DR. VOJISLAV KOSTUNICA, erst unter ferner liefen folgte Djindjic. Trotz dieses Tricks lag die Wahlbeteiligung nur bei 58 Prozent – die Euphorie des großen Aufbruches hatte sich bereits verbraucht.

Die DOS-nahen Historiker Dragan Bujosovic und Ivan Radovanovic vergleichen Djindjics Vorgehen in ihrem Buch *Der 5. Oktober – ein 24-Stunden-Coup* (Belgrad 2000) mit dem von Mussolini: »Die DOS-Führer lasen offensichtlich Curio Malapartes *Technik des Staatsstreichs.* Als Mussolini im Oktober 1922 nach Rom aufbrach, konnte ihn keiner stoppen. Das war der erste Teil.« In allen Großbetrieben wurden nach dem 5. Oktober die Direktoren verjagt, oft durch gewalttätige Go-Ins von Straßengangs. Gewalt ebnete auch den Weg zur Gleichschaltung der Medien: Nach der Brandschatzung des Staatsfernsehen RTS in der Nacht des 5. Oktober war die Sache gelaufen. Während zu Zeiten Milosevics die Mehrheit der Printmedien und der zahlosen lokalen TV-Stationen von der Opposition kontrolliert wurde – ganz anders als im Westen dargestellt – , stehen mittlerweile alle Medien auf der Seite von DOS (mit Ausnahme einer kleinen Tageszeitung der Sozialisten). Die eingangs schon erwähnten willkürlichen Verhaftungen von Linkspolitikern nähren ein Klima der Angst, der tägliche Kampf ums Überleben – immer wieder kommt es zu Strom- und Heizsperren, was es bei Milosevic nur gab, wenn Nato-Bomber ein Kraftwerk ausgeschaltet hatten – lenkt die Leute von der Politik ab.

Djindjics entscheidende Waffe ist die Kontrolle über die Polizei, insbesondere über die Sonderpolizei, mit der er schon vor dem Machtwechsel Fühlung aufnahm. Deren Stillhalten ermöglichte den kaum bewaffneten Demonstranten am 5. Oktober 2000 die Eroberung der Macht, und maskierte Sonderpolizisten ohne Uniform- und Rangabzeichen führten den Sturm auf

Milosevics Villa in der Nacht zum 1. April 2001 durch. Hätten Armee-Einheiten den Angriff nicht abgeschlagen, wäre Milosevic wohl schon damals nach Den Haag entführt worden. (Erst am frühen Morgen wurde ein regulärer Haftbefehl erstellt, aufgrund dessen sich der Ex-Präsident dann ohne Widerstand festnehmen ließ.) Auch das Kidnapping am 28. Juni wurde von der Polizei durchgeführt – Djindjic brüstete sich im nachhinein, wie geschickt er die Armee ausmanövriert habe.

Der gefährlichste Mann des neuen Regimes ist ein Haudegen, der pikanterweise auch unter Milosevic schmutzige Jobs erledigt hat, von denen sein Präsident nichts wußte oder nichts wissen wollte: Sreten Luketic, heute Chef der Polizei, während des Krieges Kommandeur der Sonderpolizei im Kosovo. Höchst seltsam, daß die Anklage Den Haags vom Mai 1999 neben Milosevic alle möglichen und unmöglichen weiteren serbischen Politiker nennt, aber ausgerechnet ihn nicht, der mehr als jeder andere über Säuberungsaktionen im Kosovo wußte. Wurde von langer Hand ein Deal vorbereitet, der Luketic im Falle eines Seitenwechsels Straffreiheit zusicherte? Jedenfalls: Luketic leitete am 1. April höchstpersönlich die Kommandoaktion gegen seinen früheren Chef.

So stammt der Plan, nach Cicero vorzustoßen

Gar nicht von dir? ‘s ist nur ein Plan des Trusts?

Arturo, jetzt versteh ich alles.

Die Auslieferung Milosevics erfolgte pünktlich am Vorabend einer Internationalen Geberkonferenz, viel war deshalb in Kommentaren von einem Tauschhandel, vom Verkaufen des Angeklagten und von Prostitution zu lesen. Doch wer würde von Prostitution sprechen, wenn der Kunde die Dienstleistung mit Hosenknöpfen oder Glasperlen vergölte? So handelte es sich auch in diesem Fall nicht um eine Ware-Geld-Beziehung zwischen Freien, sondern um Nötigung und Betrug, de jure auch im Kapitalismus strafbare Delikte: Bewilligt wurden gerade 1,25 Milliarden Dollar – angesichts von Bombardierungsschäden in Höhe von 40 Milliarden Dollar (Schätzung der Weltbank) nicht mehr als ein Almosen. Von der ersten »sofort auszahlbaren« Tranche in Höhe von 300 Millionen Euro werden 255 Millionen Euro nie in Jugoslawien ankommen, weil sie zur Bezahlung von Altschulden verwendet werden müssen.

Nun muß auch ein Blumenhändler seine Schulden abzahlen, wenn er von der Bank Geld leiht, um etwa sein Geschäft zu vergrößern, so funktioniert eben die Marktwirtschaft. Im konkreten Fall verhält es sich aber etwas komplizierter: Die Auslandsschuld Jugoslawiens beträgt aktuell 12,2 Milliarden Dollar. Im Jahr 1990 lag sie bei nur sieben Milliarden Dollar. Seltsam: In den letzten zehn Jahren hat Belgrad keinen einzigen Auslandskredit aufgenommen, schließlich lag das Land unter einem totalen Wirtschaftsembargo – und trotzdem hat sich die Auslandsschuld beinahe verdoppelt. Des Rätsels Lösung: Die Vermehrung der Schuld geht ausschließlich auf die aufgelaufenen und kapitalisierten Zinsen zurück.

Der ganze Vorgang würde bei unserem Blumenhändler etwa so aussehen: Die Bank riegelt zehn Jahre seinen Laden ab und sorgt dafür, daß er keinen Umsatz hat, schmeißt ihm schließlich noch die Scheiben ein und verwüstet die Einrichtung – und stellt sich dann hin und verlangt, daß die Kreditschuld mit Zins und Zinseszins abgezahlt wird. Da zwischenzeitlich allerdings der Blumenhändler aus dem Weg geräumt wurde und nun Gewährsmänner der Bank das Geschäft führen, fällt die Ungeheuerlichkeit des Vorgangs nicht weiter auf. Die Komplizen wurden recht gut entlohnt: Der Wahlkampf der DOS im letzten Herbst wurde mit umgerechnet 200 Millionen Mark gesponsert (vgl. KONKRET 11/2000), und der italienische Journalist Giovanni Maria del Re von der Zeitschrift »Ernesto« will herausgefunden haben, daß das Auswärtige Amt seit 1997 sogar 1,2 Milliarden Mark in den Aufbau der serbischen Opposition investiert hat. Der nach Milosevics Auslieferung von Berlin zugesagte Betrag von 153 Millionen wäre dagegen vergleichsweise gering.

Die entscheidende Gegenleistung für diese Sümmchen ist nicht die Herausgabe von Milosevic, sondern die Auslieferung der serbischen Wirtschaft. Daß auch jene Kredite diesem Ziel dienen, die nicht umstandslos und sofort in die Taschen westlicher Gläubiger zurückfließen, sondern vorgeblich als »Infrastruktur- und Aufbauhilfe« im Land bleiben, zeigt das Beispiel einer in Kragujevac geplanten Zigarettenfabrik. Die kroatische Wochenzeitung »Nacional« berichtete Ende Mai, daß British American Tobacco (BAT, u.a. mit den Marken Lucky Strike, Dunhill, Rothmans) in den Bau dieser Fabrik 150 Millionen Mark investieren will, die Regierung verspricht 5.000 neue Arbeitsplätze in der zerbombten Region. Allerdings schweigt Djindjic darüber, daß BAT im Gegenzug von allen Steuern und Abgaben befreit werden soll, und zwar nicht nur für das Werk in Kragujevac – auch die BAT-Zigaretten aus Westeuropa sollen zollfrei eingeführt und verkauft werden können. Auf diese Weise hätte sich die Investition von 150 Millionen Mark für den Konzern in zwei Jahren rentiert – und in derselben Frist wird vermutlich die einheimische Zigarettenindustrie gegenüber dem subventionierten ausländischen Konkurrenten die Segel streichen müssen. Djindjic sei für den Deal mit BAT »ordentlich belohnt« worden, berichtet »Nacional«, und habe »einflußreiche und reiche Freunde gewonnen, die ihm immer beim politischen Fortkommen und bei der Finanzierung von Wahlkämpfen behilflich sein können«.

Solche wie diesen Ui gibt es jetzt viele schon.

Das überzieht die Stadt jetzt wie ein Aussatz.

Die Recherche über Kragujevac ist nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Sittengemälde, das »Nacional« über die balkanische Zigarettenmafia und ihre politischen Helfer zeichnet. Im Zentrum steht Stanko Subotic Cane, laut »Nacional« der »Kopf der gesamten Balkan-Mafia«, ein Serbe mit mittlerweile kroatischem Paß, der zusammen mit BAT die neue Fabrik finanzieren will. Sein Kapital kommt aus dem Verkauf unverzollter Zigaretten – allein in Serbien mit einem Umsatz von jährlich zwei Milliarden Mark. Canes wichtigster Bündnispartner ist Milo Djukanovic, der als Präsident von Montenegro eine möglichst schnelle Abspaltung von Jugoslawien favorisiert – Kritiker bezeichnen das künftige Staatswesen als »Philipp-Morris-Republik«. »Nacional« hat 300 Stunden Telefongespräche zwischen Cane und Djukanovic abgehört und berichtet über die Jetset-Aktivitäten der beiden – teure Geschenke, wüste Partys, Mißbrauch Minderjähriger – , vor allem aber über die Finanzierung der Wahlkämpfe Djukanovics aus der Schmuggelkasse des Mafioso: 50 Millionen sollen dafür seit 1995 geflossen sein, weitere 130 Millionen seien auf Privatkonten unter anderem in Zypern geparkt.

Djindjic ist der Dritte im Bunde: Seine gute Beziehungen mit dem »ehrenwerten Geschäftsmann« (Djindjic über Cane) umfassen nicht nur die politische Rückendeckung beim Projekt Kragujevac (das für Cane als Geldwaschanlage wichtig ist), sondern vor allem die Niederschlagung eines Haftbefehls, den die serbische Polizei im April 1997 erlassen und so Cane zur Flucht nach Kroatien gezwungen hatte. Seit Djindjic amtiert, kann Cane wieder ungehindert in Serbien einreisen – was auch für Djindjic Vorteile hat: Vor kurzem flog er mit Canes Privatjet zum Staatsbesuch nach Moskau, »Politika« zeigte das Foto auf der Titelseite.

Autoren wie Ernst Lohoff (*Der dritte Weg in den Bürgerkrieg*, Bad Honnef 1996) oder auch Paolo Rumiz (*Masken für ein Massaker*, München 1999) könnten an dieser Stelle einwenden, die mafiose Struktur sei kein Ergebnis des Übergangs Serbiens in den Nato-Einflußbereich, sondern bereits typisch für die Milosevic-Ära gewesen. Daran ist genausoviel wahr wie an der wissenschaftlich richtigen Feststellung, daß sowohl Eidechse wie Krokodil zur Tiergattung der Reptilien gehören. Den Unterschied zwischen beiden zu vergessen, könnte in der Realität allerdings tödlich sein. Von der Eidechse zum Krokodil: Die serbische Mafia, die aufgrund der ökonomischen Krise des Selbstverwaltungs-Sozialismus schon einige Zeit vor Milosevic entstanden war, wurde von diesem instrumentalisiert, um das Wirtschaftsembar- go nach 1991 zu unterlaufen. Leute wie Arkan und Cane (manchmal wird auch Milosevics Sohn Marko genannt) schmuggelten all das ins Land, was die Nato-Blockade nicht durchlassen wollte. Das war für die Nationalökonomie wichtig – und für die Schmuggler einträglich. Der Philosoph Mihailo Markovic, bei einer Säuberung 1995 aus dem Vorstand der SPS entfernt, behauptet, Milosevic habe eigens die Jul als Auffangbecken für die Mafia gegründet.

Milosevics Neue Ökonomische Politik scheiterte, der Pakt mit dem Teufel wurde aus der Hölle aufgekündigt: Nach dem Vertrag von Dayton ließ Cane auf seinen bisherigen Kontaktmann, den damaligen SPS-Präsidenten Milorad Vucelic, ein Attentat verüben, im April 1997 wurde der frühere Vize-Polizeiminister Stojicic Badze mitten in Belgrad ermordet. Der blutige Show-down markiert den Übergang des Zigarettenkönigs von Milosevic zu Djukanovic. Der erschien der Mafia nach seiner Trennung von den pro-jugoslawischen Sozialisten attraktiver, weil er sich nicht nur zum Protagonisten der Eigenstaatlichkeit Montenegros, sondern auch des freien Unternehmertums gemausert hatte. Zügig erarbeitete Djukanovic ein Konzept zur vollständigen Privatisierung der Staatsindustrie – während in Serbien nur Minderheitsbeteiligungen möglich waren und die Belegschaften selbst dabei eine Art Vetorecht hatten. Mit anderen Worten: Unter Milosevic konnten die Mafiosi zwar reich werden, aber sie kamen nie aus der Zirkulationssphäre heraus und blieben so von ihm abhängig; unter Djukanovic konnten sie dagegen Eigentum an Produktionsmitteln erwerben und so zu veritablen Kapitalisten werden – zur herrschenden Klasse. Mit Djindjic wird das nun auch in Serbien möglich. (Damit das niemand merkt, ließ er den Vertrieb von »Nacional« verbieten.)

Der Coup vom 28. Juni konnte nur gelingen, weil er den Interessen sowohl der Balkan-Mafia wie der Großmächte entsprach. Beiden ging es nicht nur um die politische Liquidierung Milosevics, sondern Jugoslawiens. Mit dem Handstreich von Djindjics Polizei wurden die letzten drei Klammern, die die Föderation noch zusammenhielten, gesprengt – die Verfassung wurde gebrochen, die Armee und der Präsident der Lächerlichkeit preisgegeben – , und genau deswegen trifft der Begriff »Staatsstreich« den Kern der Sache. »Serbien und die Bundesrepublik Jugoslawien in ihrer heutigen Verfaßtheit sind ein Produkt des brutalen Herrschaftswillens Milosevics ... Nachdem sich Milosevic wohl für immer von Jugoslawien hat verabschieden müssen, ist es auch für den Westen an der Zeit für einen Abschied von Jugoslawien«, kommentierte die »FAZ«. Dadurch werden gleich mehrere Probleme gelöst: Da das Kosovo laut UN-Resolution 1244 nicht mehr serbische, sondern jugoslawische Provinz ist, würde es mit der Auflösung des Bundesstaates problemlos in die Unabhängigkeit entlassen werden können. Kostunica, der einzige institutionelle Kritiker von Djindjics Mafiaherrschaft, würde sein Amt verlieren. Und: Montenegro, in das sowohl die Mafia wie die Bundesbank schon soviel investiert haben, könnte sich endlich als selbständiger Staat für die Zuwendungen erkenntlich zeigen. Der Erfolg macht Appetit auf mehr: »Schließlich braucht der Vielvölkerstaat Serbien selbst eine neue Verfassung, die den Autonomiebestrebungen im Sandzak

und in der Vojvodina Rechnung trägt«, schreibt die »FAZ«.

Hört ihr, ihr müßt
Euch wehren, Leute! Diese schwarze Pest
Muß aufgehalten werden! Soll das Land
Von dieser Seuche aufgefressen werden?

»*Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui* ... ist ein Versuch, der kapitalistischen Welt den Aufstieg Hitlers dadurch zu erklären, daß er in ein ihr vertrautes Milieu versetzt wurde«, schreibt Brecht über sein Stück. Das Milieu ist die Gangsterwelt Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre in Chicago, Arturo Ui ein Synonym für Al Capone. Er übernimmt Stadtteil um Stadtteil nach dem immergleichen Muster: Zuerst überfallen seine Schläger die Geschäfte und zünden die Lagerhäuser an, und zwei Tage später betritt ein Gentleman den verwüsteten Laden und offeriert Schutz gegen weitere Überfälle – selbstverständlich gegen Entgelt. Für den Terror wird mit großem Trara ein Unschuldiger verantwortlich gemacht – Brecht spielt auf den Reichstagsbrandprozeß an.

Exakt nach dieser Methode verläuft die Ausdehnung des deutschen Imperiums: Zuerst schickt man die Killer der UCK, die Banden von Cane, die Einsatzkommandos von Djindjic – und dann bietet man den Opfern den Schutz der Nato, die Aufnahme in die EU oder die Wirtschaftshilfe des IWF an. Zur Ablenkung wird in Den Haag gegen einen Sündenbock verhandelt. Die Gesetzlosigkeit, die am Beispiel der Auslieferung Milosevics geschildert wurde, ist dabei keine serbische oder balkanische Spezialität, sondern Ausdruck der Neustrukturierung des Kapitalismus am Ende einer »Langen Welle« (Kontratieff). Im Übergang zu einer neuen Produktivkraftbasis – in den dreißiger Jahren mit Henry Ford, heute mit Bill Gates assoziiert – experimentiert das Kapital mit neuen Formen der politischen Hegemonie, streift zu diesem Zweck legalistische Fesseln ab und beschäftigt Banditen und Diktatoren: Thacis Faschismus im Kosovo, Petritschs Kolonial-Protektorat in Bosnien, Djukanovics und Djindjics Zigaretten-Königreiche. Wie der Herr, so der Knecht: Warum sollten die Genannten gesetzestreuer sein als Fischer, der die UN-Charta, das Nato-Statut und das Grundgesetz gebrochen hat und trotzdem (oder deswegen) zum beliebtesten Politiker der Deutschen aufgestiegen ist?

Brechts Lehrstück arbeitet das Spezifikum der damaligen (und heutigen) Periode heraus, ohne alles über einen Kamm zu scheren: Arturo Ui ist Al Capone und Adolf Hitler in Personalunion, das neue Modell kann sich also unter Beibehaltung einer demokratischen Fassade durchsetzen wie in Chicago oder als totalitäre Herrschaft wie in Deutschland. Im ersten Fall ist das Experiment allerdings störanfällig – Al Capone wurde von einer Bürgerkommission als »Public Enemy« gebrandmarkt, damit begann sein Abstieg. Wer das bei Hitler versuchte, landete sofort im KZ – die ganze Welt mußte erst aufstehen, um ihn zu stürzen. Ob sich heute das Modell Capone/Djindjic oder das Modell Hitler/Thaci durchsetzt? Das entscheiden Schröder und Fischer. Die können mit beiden gut.

***** Zwischentexte aus Bertolt Brecht: *Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui*

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 7/2001 über Schröders »Europa der Stämme«

Konkret 08/01, S. 16

Slobodan Milosevic

»Der Nationalismus ist das schlimmste Problem«

Dokumentation
Was Milosevic 1989 auf dem Amselfeld wirklich gesagt hat – und wie es in Deutschland verfälscht wird

Zu den Propagandastandards für die Rechtfertigung des Kriegs gegen Jugoslawien gehört die Lüge über den großserbischen Nationalismus, dessen Verwirklichung Slobodan Milosevic in einer Rede auf dem Amselfeld (Kosovo Polje) am 28. Juni 1989 annonciert habe. So behauptete Rudolf Scharping auf dem SPD-Kriegsparteitag im April 1999: »1989 hat Milosevic auf dem Amselfeld eine Rede gehalten und ein ethnisch reines Großserbien verkündet.« Zur gleichen Zeit schrieb der »Spiegel«: »Auf der 600-Jahr-Feier der Amselfeld-Schlacht hämmerte Milosevic 1989 Hunderttausenden geschichtsseligen Landsleuten ein, daß sie ›vor weiteren Kämpfen‹ stünden. Zwei Jahre später fielen in Slowenien, das mit solchen Serben nichts mehr zu tun haben wollte, die ersten Schüsse des neuen Balkankrieges.«

Die Auslieferung des »Schlächters« (»Bild«, »Hamburger Morgenpost« und andere über Milosevic) nach Den Haag just am 12. Jahrestag der Rede haben die deutschen Medien für eine Neuauflage dieser Behauptungen genutzt. ARD und ZDF berichteten übereinstimmend, »der Diktator« habe seinen Landsleuten damals ein »Großserbien versprochen« und in den folgenden zehn Jahren »vier Kriege geführt, um dieses Versprechen einzulösen«. »Mit dieser Rede mobilisierte Milosevic die serbischen Nationalisten für die Kriege in Kroatien, Bosnien und im Kosovo,« schrieb die »Tageszeitung«. Auch in der »Frankfurter Rundschau« hieß es, Milosevic habe seinen Auftritt genutzt, um »Krieg als mögliches Mittel zur Erreichung der serbischen Ziele anzukündigen«.

Daß diese Darstellungen nicht der Wahrheit entsprechen, kann man hier nachlesen: KONKRET veröffentlicht erstmals die angebliche Brandrede in voller Länge auf deutsch. Die Fassung der »FAZ« vom Juni 1999 unterschlug wesentliche Passagen – diese werden im folgenden durch Kursivierung kenntlich gemacht – und enthielt insbesondere am Schluß einige tendenziöse Fehler.

Die Rede

An diesem Ort, im Herzen Serbiens, auf dem Kosovo Polje, hat vor sechs Jahrhunderten, vor genau 600 Jahren, eine der größten Schlachten aller Zeiten stattgefunden. Fragen und Geheimnisse haben dieses Geschehen wie viele andere große Ereignisse begleitet, es wurde Gegenstand ununterbrochener wissenschaftlicher Untersuchungen und nicht zuletzt auch der Neugier des Volkes. Durch soziale Umstände bedingt, findet das große 600jährige Jubiläum der Kosovo-Schlacht in einem Jahr statt, in dem Serbien nach vielen Jahrzehnten seine staatliche, nationale und geistige Integrität wiedergefunden hat. So fällt es uns heute nicht schwer, die Frage zu beantworten: Wie werden wir vor Milos1 auftreten? Wie das Leben und die Geschichte spielen, sieht es so aus, als ob Serbien gerade 1989 seinen Staat und seine Würde wiedergewonnen hat, um das historische Ereignis ferner Vergangenheit zu feiern, das für Serbien sowohl symbolisch als auch historisch eine große Bedeutung für die Zukunft hat.

Heute ist schwer zu sagen, was bei der Kosovo-Schlacht historische Fakten sind und was zur Legende gehört. *Aber das ist auch nicht mehr wichtig.* Erfüllt von Schmerzen, aber auch von Hoffnung, ist das Volk gewöhnt, sich zu erinnern, ganz wie es eigentlich auch bei anderen Völkern der Fall ist. Das Volk hat sich wegen des Verrates geschämt, hat aber auch die Tapferkeit gepriesen. Deshalb ist heute schwer zu sagen, ob die Kosovo-Schlacht eine Niederlage oder ein Sieg für das serbische Volk war, ob wir als Folge der Niederlage in die Sklaverei kamen oder ob wir aus dieser Niederlage gelernt haben, die Zeiten der Sklaverei zu überleben. Die Antworten auf diese Frage suchen das Volk und die Wissenschaft unablässig. Was aber nach all diesen Jahrhunderten, die hinter uns liegen, Gewißheit geworden ist, das ist die Tatsache, daß wir auf dem Kosovo Polje vor 600 Jahren unsere Uneinigkeit erfahren mußten.

Wenn wir eine Niederlage auf dem Kosovo Polje erlitten haben, dann war das kein Ergebnis der gesellschaftlichen oder militärischen Überlegenheit des Osmanischen Reiches, sondern Ergebnis der tragischen Uneinigkeit an der Spitze des serbischen Staates. Damals, im fernen 1389, war das Osmanische Reich nicht nur stärker als das serbische Königreich, sondern auch glücklicher. Uneinigkeit und Verrat im Kosovo haben das serbische Volk weiter als böses Schicksal durch seine ganze Geschichte hindurch begleitet. Auch im letzten Krieg haben Uneinigkeit und Verrat das serbische Volk und Serbien in eine Agonie geführt, deren geschichtliche und moralische Konsequenzen die der faschistischen Aggression übertroffen haben.

Auch später, nach der Gründung des sozialistischen Jugoslawiens, war die Spitze der serbischen Führung in diesem neuen Land uneinig und neigte zu Kompromissen auf dem Rücken des eigenen Volkes. Die Zugeständnisse, die viele der serbischen Führer zum Nachteil des eigenen Volkes machten, wären weder historisch noch ethisch von irgendeinem Volk

auf der Welt akzeptiert worden. Dies gilt um so mehr, als die Serben während ihrer ganzen Geschichte niemals Eroberer oder Ausbeuter waren. Das nationale und historische Wesen der Serben in ihrer ganzen Geschichte, insbesondere auch während der beiden Weltkriege, war die Befreiung von Knechtschaft und das Leben in Freiheit, und so bleibt es auch heute. Die Serben haben sich immer wieder selbst befreit und, wenn es ihnen möglich war, halfen sie auch anderen, sich zu befreien. Und die Tatsache, daß sie in dieser Region als ein großes Volk gelten, ist doch keine Schande und keine Sünde. Es ist ein Vorteil, den sie niemals gegen andere ausspielten. Aber ich muß sagen, hier auf diesem legendären Kosovo Polje, daß die Serben diesen Vorteil auch niemals zu ihrem eigenen Wohl genutzt haben.

Den serbischen Politikern und Führern und deren Vasallenmentalität ist zu verdanken, daß die Serben Schuldgefühle den anderen und sich selber gegenüber hatten. Die Uneinigkeit der serbischen Politik hat Serbien zurückgeworfen, und deren Inferiorität hat Serbien gedemütigt. Das ging so über Jahre und Jahrzehnte. Wir sind heute hier auf das Kosovo Polje gekommen, um zu sagen, daß heute die Dinge anders liegen. *Es gibt keinen anderen, keinen geeigneteren Ort als Kosovo Polje, um zu sagen, daß die Einigkeit in Serbien dem serbischen Volk, den Serben und jedem Bürger Serbiens, unabhängig von seiner nationalen und religiösen Zugehörigkeit, Wohlstand bringen wird.*

Serbien ist heute geeint und anderen Republiken gleichgestellt. Es ist bereit, alles zu tun, um das materielle und soziale Leben aller seiner Bürger zu verbessern. Mit Verständnis füreinander, mit Zusammenarbeit und Geduld wird Serbien dabei erfolgreich sein. Deshalb ist auch der Optimismus mit Blick auf die Zukunft, wie er heute allenthalben in Serbien festzustellen ist, durchaus gerechtfertigt. *Dieser Optimismus basiert auf der Freiheit, die allen Menschen ermöglicht, positive, kreative und humanitäre Fähigkeiten zum Wohl der gesamten Gesellschaft und auch zum eigenen Wohl zu entfalten.*

In Serbien haben niemals nur Serben gelebt. Heute leben in diesem Lande mehr als jemals zuvor Bürger anderer Völker und Nationalitäten. Und das ist natürlich kein Nachteil für Serbien. Im Gegenteil: Es ist ein Vorteil Serbiens. *In diesem Sinne ändert sich die nationale Zusammensetzung auch in anderen Ländern, insbesondere in den hochentwickelten Ländern der Welt. Immer mehr und immer erfolgreicher leben Bürger verschiedener Nationen und verschiedener Religionen in einem gemeinsamen Land zusammen.* Im besonderen Maße soll der Sozialismus als eine progressive, demokratische Gesellschaft die Menschen zusammenführen und dazu beitragen, deren Trennung nach nationaler oder religiöser Zugehörigkeit zu überbrücken. Der einzig maßgebende Unterschied zwischen den Menschen im Sozialismus sollte der Unterschied zwischen denen sein, die arbeiten, und denen, die nicht arbeiten wollen. Zwischen Menschen, die füreinander da sind und sich gegenseitig achten, und solchen, die keinen Respekt vor ihren Mitmenschen haben. Die Bürger Serbiens, die von ihrer eignen Arbeit leben, verdienen die Achtung aller, sie müssen einander respektieren, *unabhängig von ihrer nationalen Zugehörigkeit.* Gerade auf solchen Prinzipien der gegenseitigen Achtung und des gegenseitigen Respekts basiert unser Land.

Jugoslawien ist eine multinationale Einheit und kann nur überleben, wenn völlige Gleichberechtigung zwischen allen im Land lebenden Nationen hergestellt wird. Die Krise, die Jugoslawien getroffen hat, hat sowohl nationale als auch soziale, kulturelle und religiöse Zwietracht hervorgebracht. Dabei ist der Nationalismus das schlimmste Problem. Ihn zu überwinden ist die Voraussetzung dafür, die anderen Mißstände zu beseitigen und die Konsequenzen zu mildern, die sie hervorgebracht haben.

Seit dem Bestehen von multinationalen Gesellschaften war deren Schwachstelle immer das Verhältnis zwischen den einzelnen Nationen. Es besteht die Gefahr, daß die Frage der angeblichen Bedrohung einer Nation durch eine andere aufgeworfen werden kann, was wiederum zu einer Welle von Verdächtigungen, Anschuldigungen und Intoleranz führen kann, einer Welle, die unaufhaltsam wächst und sehr schwer zu stoppen ist. *Diese Gefahr bedrohte uns die ganze Zeit.* Innere und äußere Feinde multinationaler Gesellschaften wissen das und tun alles, sie durch das Anstacheln nationaler Konflikte zu zerstören. Wir verhalten uns gegenwärtig in Jugoslawien so, als ob wir nie zuvor solche tragischen nationalen Konflikte, die die Existenz unserer Gesellschaft in Frage stellten, zu ertragen gehabt hätten.

Gleichberechtigte und harmonische Beziehungen zwischen den jugoslawischen Völkern sind die unabdingbaren Voraussetzungen *für das Überleben Jugoslawiens, die einzige Möglichkeit, aus der gegenwärtigen Krise einen Ausweg zu finden,* vor allem um ökonomische und soziale Prosperität für das Land zu erreichen. In dieser Hinsicht unterscheidet sich Jugoslawien nicht von anderen Ländern der Welt, und insbesondere nicht von den entwickelten Ländern.

Die heutige Welt zeichnet sich immer stärker durch Toleranz, Kooperation und Gleichberechtigung zwischen den Nationen aus. Die moderne ökonomische, technologische, aber auch politische und kulturelle Entwicklung führt die Menschen verschiedener Nationen zueinander, macht die Völker voneinander abhängig und trägt Zug um Zug zu ihrer Gleichberechtigung bei. Zur Zivilisation, der die Menschheit zustrebt, haben vor allem die gleichberechtigten und vereinten Völker Zutritt. Auch wenn wir nicht an der Spitze dieses Weges in die Zivilisation sein können, so möchten wir doch auch nicht die letzten sein.

Zur Zeit der großen historischen Schlacht auf dem Kosovo Polje blickten die Menschen hinauf zu den Sternen, von denen sie sich das Heil erhofften. Jetzt, sechs Jahrhunderte später, blicken sie wieder hinauf zu diesen Sternen – um sie zu erobern (»FAZ«: »... und bitten für den Sieg«). Und auf jeden Fall dürfen sie sich heute nicht mehr erlauben, uneinig zu sein und sich von Haß und Verrat leiten zu lassen, leben sie doch nicht mehr in kleinen, schwachen und kaum miteinander verbundenen Welten. Heute können die Menschen dieses Planeten nicht einmal ihren eigenen Planeten erobern, geschweige denn andere Planeten, solange sie nicht in Harmonie und Solidarität leben.

Gerade deshalb haben auf dem Amselfeld, dem Symbol der Uneinigkeit und des Verrats, vielleicht wie nirgendwo sonst auf dem Boden unseres Heimatlandes die Worte Einigkeit, Solidarität und Gemeinsamkeit so viel Sinn. Diese Uneinigkeit, die für die Niederlage in der Schlacht verantwortlich war und auch für das unglückliche Schicksal, das Serbien ganze fünf Jahrhunderte lang ertragen mußte, ist im Gedächtnis des serbischen Volkes und wird es bleiben. Auch wenn es mit den historischen Gegebenheiten nicht unbedingt übereinstimmen mag, so bleibt doch die Gewißheit, daß das Volk seine Uneinigkeit als seine größte Tragödie erlebt hat. Deshalb haben wir die unbedingte Verpflichtung, die Uneinigkeit zu überwinden – das ist die unbedingte Voraussetzung, um künftig Niederlagen, Mißerfolge und Stagnation durchzustehen.

Das Volk in Serbien ist sich in diesem Jahr bewußt geworden, daß es seine innere Einheit als unverzichtbare Voraussetzung für das heutige Leben und seine weitere Entwicklung finden muß. Ich bin überzeugt, daß Serbien aufgrund dieses Bewußtseins der Einigkeit nicht nur als Staat, sondern auch als erfolgreicher Staat leben wird. Deshalb, so denke ich, macht es doch Sinn, gerade hier auf dem Kosovo Polje, wo einmal Uneinigkeit auf tragische Weise und für Jahrhunderte Serbien zurückgeworfen hat, zu sagen, daß nur die Einheit uns die Kraft geben wird, Serbien zu erneuern und die Würde zurückzuerlangen. *Und dieses Bewußtsein von der inneren Einigkeit stellt auch für Jugoslawien eine Notwendigkeit dar, weil das Schicksal Jugoslawiens in den Händen aller seiner Völker liegt.*

Die Kosovo-Schlacht ist auch ein Symbol für Tapferkeit. Das drückt sich in Gedichten, Legenden, in der Literatur und in Erzählungen aus. Die Helden des Kosovo inspirieren seit sechs Jahrhunderten unsere Kreativität, sie nähren unseren Stolz, sie lehren uns, nicht zu vergessen, daß es einmal eine Armee gegeben hat, die tapfer und stolz war – eine der wenigen, die trotz der Niederlage nicht verloren hat. Sechs Jahrhunderte später stehen heute wieder Kämpfe bevor. (»FAZ«: »Sechs Jahrhunderte später befinden wir uns wieder in Kriegen ...«) Es sind keine bewaffneten Kämpfe (»FAZ«: »Schlachten«), die wir auszutragen haben, obwohl auch solche nicht auszuschließen sind. Aber unabhängig davon, welche Kämpfe uns bevorstehen, sie können nicht ohne Entschlossenheit, Tapferkeit und Aufopferung gewonnen werden, also nicht ohne die guten Eigenschaften, die man auch damals auf dem Kosovo Polje demonstrierte.

Unser heutiger Kampf zielt auf die Verwirklichung der ökonomischen, politischen, kulturellen, der umfassenden Prosperität unseres Landes. Und dieser Kampf wird um so erfolgreicher sein, je mehr wir uns der Zivilisation nähern, in der die Menschheit im 21. Jahrhundert leben wird. Auch für einen solchen Kampf brauchen wir Tapferkeit. *Natürlich eine andere Art von Tapferkeit.* Es bleibt aber eine Herzensangelegenheit, ohne die nichts auf der Welt, nichts Ernsthaftes, nichts wirklich Großes erreicht werden kann. *Eine Tapferkeit, die aus dem Herzen kommt und immer für die Menschheit lebensnotwendig bleiben wird.*

Vor 600 Jahren verteidigte Serbien hier auf dem Kosovo Polje tapfer nicht nur sich selbst, sondern auch Europa. *Serbien stand damals für die Verteidigung europäischer Kultur, Religion und der europäischen Gesellschaft insgesamt.* Deshalb ist es heute ungerecht und im Widerspruch zur Geschichte, ja es ist sogar absurd, die Zugehörigkeit Serbiens zu Europa in Zweifel zu ziehen. Serbien gehört zu Europa, heute wie in der Vergangenheit, *und zwar auf eine Art und Weise, die seiner Würde und seinem Wesen entspricht.* In diesem Geiste möchten wir heute eine Gesellschaft aufbauen, die reich und demokratisch ist. Dadurch wollen wir zum Wohlergehen unserer Kinder und unseres Landes beitragen, das heute völlig zu Unrecht leiden muß. Wir wollen das Unsere tun, um das Streben aller progressiven Menschen unserer Zeit nach einer neuen, schöneren Welt zu unterstützen.

Die Erinnerungen an die Tapferkeit der Kosovo-Helden soll ewig leben!

Hoch lebe Serbien!

Hoch lebe Jugoslawien!

Hoch lebe der Frieden, hoch lebe die Brüderlichkeit zwischen den Völkern!

(Übersetzung nach dem Redetext, abgedruckt in der Belgrader Tageszeitung »Politika« am 29. Juni 1989. Übersetzung: Dr. Donka Lange)

Konkret 08/01, S. 18

Toma Fila

»Kriegsgefangener der Nato«

»That's your problem« – mit diesem Satz gewann Milosevic die erste Runde in Den Haag. Über seine weiteren Chancen und die Hintergründe des Prozesses äußert sich sein Anwalt Toma Fila

Zuerst die spannendste Frage: Ihr Klient Milosevic ist in Den Haag. Hat Sie diese Entscheidung der serbischen Regierung überrascht?

Nein. Ich habe damit fest gerechnet. Ich wußte nur den genauen Tag nicht. Ich rechnete mit diesem Zug von Zoran Djindjic erst Ende Juli, wenn viele Menschen in Belgrad im Urlaub sind.

Woher hatten Sie diese Gewißheit?

Ich weiß ganz genau, was am 30. März dieses Jahres geschah. Der Versuch der serbischen Polizei, die Djindjic unterstellt ist, Milosevic zu entführen, ist zunächst fehlgeschlagen. Anschließend wurde er verhaftet. Nach seiner Verhaftung haben die westlichen Staaten die Sanktionen gegen Serbien aufgehoben.

Dasselbe Szenario hatten wir am 28. Juni. Genau in dem Augenblick, als die Geberkonferenz für Serbien beginnen sollte, wurde Milosevic entführt. Ich sage »entführt«, weil ich als Rechtsanwalt ganz genau zwischen legaler Verhaftung und Entführung zu unterscheiden weiß. Davor wurde schon Milomir Stakic, ein Arzt, auf diese Art nach Den Haag gebracht. Herr Stakic war auf dem Weg zum Elternabend, und dann wurde er verhaftet und schnell nach Holland überführt. Das war kein gesetzeskonformes Vorgehen, sondern Gangstermanier.

Darf man seine eigenen Bürger an eine fremde Macht überstellen? Hat unsere Verfassung überhaupt noch eine Gültigkeit? Sind Serbiens Gesetze so schlecht, daß wir keine Alternative zu Den Haag haben? Wieso wurde den Kroaten erlaubt, ihrem General Norac in Kroatien selbst den Prozeß zu machen?

Sie verteidigen einen Mann, dem Sie ziemlich kritisch gegenüberstanden, als er an der Macht war.

Es geht um etwas anderes: Das Tribunal in Den Haag ist eine politische Institution, geschaffen von den Amerikanern, um auf die Länder und Staaten, die ihnen nicht genehm sind, juristischen Druck auszuüben. Vor allem die Serben sollen die Zellen der Gefängnisse in Den Haag füllen, weil sie den Mut hatten, der Nr.1 der Welt zu trotzen und eigene Interessen zu verfolgen. Die USA wollen uns jetzt bestrafen, demütigen. Das Tribunal versucht vor allem zu beweisen, daß Serbien der Aggressor war. So will man uns zwingen, hohe Reparationsforderungen an die anderen Konfliktparteien im jugoslawischen Bürgerkrieg zu zahlen.

Wie schätzen Sie Milosevics psychische Verfassung ein? Westliche Medien berichten, er sei selbstmordgefährdet.

Milosevic ist psychisch eine sehr stabile Person. Ich war aufgeregter als er, als ich mit ihm über seine Verteidigungsstrategie redete. Ich habe ihn zum ersten Mal zehn Tage vor seiner Verhaftung gesehen, als er den Wunsch geäußert hat, ihn im Falle einer eventuellen Verhaftung zu verteidigen. Er blieb auch dann noch ruhig, als Djindjic und der Polizeichef Mihailovic mit spektakulären »Enthüllungen« vor die Presse gingen: mit neuen Massengräbern in Serbien oder illegalen Überweisungen Milosevics von zehn Milliarden US-Dollar. Djindjic drohte Milosevic mit der Todesstrafe. Milosevic aber blieb unbeeindruckt, weil er wußte, daß es für diese Vorwürfe keine Beweise gibt.

Milosevic in Den Haag: Endlich Gerechtigkeit?

Nein. Ich bin gegen diese Anklage, die man in Den Haag gegen ihn erhoben hat. Die Anklageschrift ist juristisch gesehen ein Nichts. Das Tribunal hält ihn für etwas für verantwortlich, von dem es selbst weiß, daß man ihm das juristisch gar nicht nachweisen kann. Es geht nicht nur um Milosevic, sondern um mehr als hundert Serben. Kroatien hat noch keinen einzigen Kroaten aus Kroatien ausgeliefert. Es gibt in Den Haag zwar ein Paar Kroaten, aber die kommen alle aus Bosnien.

Milosevic wurde ausgeliefert, und im Gegenzug wurde Serbiens Staatskasse gefüllt. Ein guter Deal?

Das glaube ich nicht. Wir hätten auf der Geberkonferenz ohnehin eine schöne Summe bekommen. Jetzt ist es etwas mehr geworden, aber: Was ist der Preis dafür? Ich mache mir Sorgen um die kleinen Leute, die jetzt wahrscheinlich nach Den Haag ausgeliefert werden. Diese kleinen Leute sind nicht schuldig, und ihr Platz ist nicht im Gefängnis, weder in Serbien noch in Holland.

Wie beurteilen Sie Milosevics ersten Auftritt in Den Haag?

Tatsache ist, daß er sich gut geschlagen hat. Milosevic hat deutlich gesagt, daß er das Tribunal nicht anerkennt. Sie wissen, daß bei der ersten Vorführung drei Anwälte aus meiner Kanzlei anwesend waren. Da Milosevic keinen rechtlichen Beistand verlangte, blieben die drei nur als Zuschauer im Gerichtssaal. Hätte er sich nach den Regeln des Tribunals verhalten und meine Kollegen hinzugezogen, hätte er diese Institution indirekt anerkannt. Der Richter war verwirrt. Es war das erste Mal, daß ein Angeklagter in Den Haag keinen Verteidiger haben wollte.

Haben Sie oder ein anderer Rechtsanwalt ihm empfohlen, sich so zu verhalten?

Nein. Das war seine persönliche Entscheidung. Milosevic hat überhaupt keine Ambitionen, sich mit den Regeln des Tribunals vertraut zu machen. Er benimmt sich zivilisiert wie ein Kriegsgefangener der Nato: vor dem Gericht der Nato, die im Jahre 1999 sein Land zerstörte und dessen Bewohner, überwiegend Zivilisten, bombardierte. Ich glaube, daß diese Verteidigungsstrategie hervorragend war, denn jede Zusammenarbeit mit dem Tribunal, und das schließt die Anwesenheit der Rechtsanwälte ein, hätte Den Haag eine Legitimität gegeben. So wurde das Tribunal vor der ganzen Welt bloßgestellt als eine Institution der Reichen und Satten dieser Erde. Milosevic sieht sich als Opfer und nicht als Täter. Und: Er sieht sich schon jetzt als moralischer Sieger über die USA.

Wie geht es weiter in Den Haag?

Ich würde Milosevic raten, im weiteren Verlauf des Prozesses ein Team von Rechtsanwälten zu engagieren. Es gibt eine ganze Anzahl von Prominenten auch aus westlichen Ländern, die dazu bereit wären.

Interview: Nikola Zivkovic

Toma Fila (60) ist einer der bekanntesten Rechtsanwälte in Serbien. Berühmt wurde er durch die Verteidigung von Titos Witwe, Jovanka Budisavljevic-Broz, gegen eine Bereicherungsklage. In den letzten fünf Jahren vertrat er vier Serben vor dem Haager Tribunal, darunter auch Slavko Dokmanovic, der im Juni 1998 in seiner Zelle in Den Haag tot aufgefunden wurde

Konkret 08/01, S. 19

Oliver Tolmein

Zurück ins Archaische

Die Auslieferung Milosevics an das Haager Tribunal konterkariert den Aufbau einer internationalen Strafgerichtsbarkeit

Vor bundesdeutschen Gerichten gab es Ende der achtziger Jahre eine scharfe Kontroverse: Wie ist mit Straftätern zu verfahren, die rechtswidrig aus einem anderen Land geschafft und vor bundesdeutsche Gerichte gestellt wurden? Bundesgerichtshof und Bundesverfassungsgericht entschieden: Ein solches Verfahren ist mit einem Makel behaftet – wenn der Staat, in dem sich der nunmehr Angeklagte aufgehalten hat, dessen Rücküberstellung verlangt, muß die bundesdeutsche Justiz auf das Verfahren verzichten. Etliche namhafte Rechtswissenschaftler gingen noch weiter: Wenn die Auslieferung eines Straftäters nicht rechtmäßig erfolgt ist, stellt das einen Verstoß gegen den »fair trial«-Grundsatz dar und ist damit in jedem Fall ein Hindernis für eine Durchführung des Prozesses überhaupt. Mit der jetzt erfolgten Überstellung von Slobodan Milosevic an das Ad-hoc-Kriegsverbrechertribunal für das frühere Jugoslawien ist der ehemalige Staatschef seiner Rechte vor der jugoslawischen Justiz beraubt und damit ist auch jugoslawisches Recht gebrochen worden. Kaum jemand zweifelt daran, daß der serbische Ministerpräsident nicht befugt war, Milosevic auszuliefern. Zudem war nach dem Spruch des Verfassungsgerichts äußerst zweifelhaft, ob die jugoslawische Regierung selbst die Auslieferung nach jugoslawischem Recht hätte verfügen dürfen – selbst wenn sie nach internationalem Recht zur Auslieferung verpflichtet ist, weil jeder Staat mit dem UN-Tribunal zu kooperieren hat. Aber es ging in der Auslieferungsentscheidung nicht um strafprozessuale Grundsätze, sondern um 3,5 Milliarden Mark, mit denen der serbische Ministerpräsident hofft, die wirtschaftliche Lage seines Landes verbessern zu können.

Wie das Internationale Kriegsverbrechertribunal in Den Haag auf die Umstände von Milosevics Überstellung im Verfahren reagieren wird, ist prinzipiell offen – allerdings zeigen bisherige Urteile des Tribunals, daß die Richter dieses vom UN-Sicherheitsrat eingesetzten Spruchkörpers bei der Anerkennung von Verfahrenshindernissen überaus zögerlich, wenn es um ihre Zuständigkeit geht, dagegen ausgesprochen großzügig verfahren. Erstaunlich ist das nicht: Wer als Richter dazu berufen wurde, schlimmste Kriegs- und Menschheitsverbrechen zu ahnden, läßt sich nicht gern durch formale prozessuale Grundsätze von einem Verfahren abhalten – eine Haltung, die auch den Kommentaren westlicher Medien und Politiker zugrunde lag, die Milosevics Überstellung nach Den Haag lobten, das ökonomische Kalkül der serbischen Regierung nüchtern konstatierten, für die »legalistischen Schachzüge« Milosevics, wie seinem Verfahren vor dem jugoslawischen Verfassungsgericht, aber nur herablassende Floskeln übrig hatten.

Hier zeigt sich ein grundsätzliches Problem der internationalen Strafgerichtsbarkeit: Ihr Anliegen, schwere Verstöße gegen Menschenrechte, die durch kriegführende Staaten verübt werden, nicht einfach nur zu beklagen, sondern die Verantwortlichen dafür vor der Staatengemeinschaft zur Verantwortung zu ziehen, klingt zwar modern und zeitgemäß. Der Weg dorthin führt aber zurück ins Archaische. In dem Maß, wie die mit Macht ausgestatteten Teile der Welt eine Verurteilung erwarten, verlieren hart und mühselig gegen die machtvollen Herrscher erkämpfte moderne prozessuale Garantien an Bedeutung. Auf einer Unschuldsvermutung mag man schon gar nicht mehr beharren. Auf Beschuldigte, die, wie Milosevic, besonders begehrt sind, werden zudem Kopfgelder in enormen Höhen ausgesetzt – wenn das Kopfgeld auch als Hilfsgeld einer internationalen Geberkonferenz geführt wird, ändert es doch nichts daran, daß die, zu deren Erlangung es ausgesetzt wird, damit wie zu jenen Zeiten, als die formale Staatsgewalt kaum Macht über ihr Territorium hatte, als vogelfrei gelten und von jedem, egal mit welchen Mitteln, der Jurisdiktion zugeführt werden sollen. Gerechtigkeit ist aber nicht um jeden Preis zu erlangen. Zudem gibt es im internationalen Strafrecht kein Legalitätsprinzip, das bei Verstößen gegen die gesetzten Normen ein Strafverfahren erzwingen würde. Was im nationalen Strafrecht beispielsweise der USA schon problematisch, aber durch vielfältige Kontrollmechanismen in den Griff zu bekommen ist, kann auf internationaler Ebene, wo die politischen Opportunitäten der entscheidende Faktor sind und eine effiziente öffentliche politische Kontrolle nicht existiert, zu einem juristisch-politischen Willkür-Regime führen.

Im Windschatten der Überstellung von Milosevic wurde in Belgien ein Verfahren betrieben, das pars pro toto für die künftige Entwicklung internationaler Strafgerichtsbarkeit steht, auch wenn es vor einem nationalen Gericht betrieben wird. Als Reaktion auf den Besuch des israelischen Ministerpräsidenten Sharon in Belgien strengten Palästinenser ein Strafverfahren gegen ihn wegen Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit an, deren er sich als damaliger israelischer Verteidigungsminister durch die Verantwortung für die Massaker von Sabra und Shatila schuldig gemacht haben soll. Völkerstrafrecht wird hier vornehmlich als Instrument im Dienst der aktuellen politischen Auseinandersetzung um die Rechte der Palästinenser eingesetzt – eine Handlungsweise, die im Beschluß des UN-Sicherheitsrates, das Ad-hoc-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag einzusetzen, ihren Vorgänger hat. Daß ein israelischer Politiker dabei bevorzugtes Ziel ist, überrascht angesichts des weltweit virulenten Antisemitismus nicht. Es ist auch nicht zu erwarten, daß die Schaffung des Ständigen Internationalen Strafgerichtshofes in Rom diesen Entwicklungen einen Riegel vorschieben würde: Den Staaten der Arabischen Liga ist es in der Auseinandersetzung um dessen Statut gelungen, einen unmißverständlich

gegen die israelische Siedlungspolitik gerichteten Straftatbestand zu etablieren. Internationales Strafrecht erweist sich so als politisches Strafrecht im eigentlichen Sinn – als Institution, die ihre Wurzeln eher im 19. Jahrhundert hat, als im 21.

Auch der Zweck der Strafe, wie er in Urteilen des Den Haager Kriegsverbrechertribunals in den letzten drei Jahren konzipiert worden ist, stellt nicht die in den letzten Jahrzehnten in den meisten westlichen Industriestaaten gesetzten Ziele von Strafe – Resozialisierung und Stabilisierung des Vertrauens der Rechtsgemeinschaft in die Gültigkeit der Normen – in den Vordergrund, sondern orientiert sich an traditionalen Konzepten wie Vergeltung und Abschreckung.

Damit liegt das internationale Strafrecht zwar im Trend der westlichen Kriminalpolitik, in der schon seit einigen Jahren das Prinzip des »schneller, härter, mehr bestrafen« zusehends Anhänger gewinnt. Im nationalen Recht wird dieser harte Kurs gegen Individuen allerdings vor allem mit der Idee verknüpft, Sicherheit zu gewährleisten. Mit dem Wahlkampf-Slogan »Opferrechte statt Täterschutz« hat die Hamburger CDU diese autoritären Vorstellungen zugespitzt, in denen der Beschuldigte kurzerhand zum Täter gemacht wird und seine grundlegenden Rechte, die aus dem Rechtsstaatsprinzip erwachsen, plötzlich wie eine verstecke Kollaboration der Justiz mit dem Feind wirken. Das internationale Strafrecht wird dagegen von seinen Verfechtern als ein aufgeklärtes Strafrecht präsentiert, das mit dem Anspruch angetreten ist, Menschenrechte zu befördern, also den Freiheitsspielraum gegenüber dem Staat zu vergrößern – die repressive Art und Weise, mit der es praktiziert wird, mag ihm kurzfristig Erfolge verschaffen, auf lange Sicht besteht die Gefahr, daß es sich der Grundlagen, auf denen es aufbauen soll, beraubt.

Oliver Tolmein schrieb in KONKRET 7/2001 über die Biopolitik-Debatte

Konkret 08/01, S. 20

Rosa Fava

»Wie in Vietnam«

Deutschland drängt als erster Nato-Staat auf einen »robusten« Kampfeinsatz in Mazedonien – auf einen Krieg mit Bodentruppen

Kein Preis ist der deutschen Regierung zu hoch für ein neues Protektorat auf dem Balkan, auch nicht ein Krieg. Weil es bei dem bevorstehenden Nato-Einsatz in Mazedonien »nicht um eine Verpflichtung der Regierung, sondern Deutschlands« gehe, so Gerhard Schröder, reicht es ihm, wenn allein die rotgrüne Mehrheit im Parlament das Mandat erteilt und dem erstmaligen Kampfeinsatz auch von Bodentruppen zustimmt – ein Konsens mit CDU/CSU und FDP wie in den letzten Jahren wird gar nicht mehr angestrebt. Auch ein Uno-Mandat hält Schröder nicht für erforderlich, da der Nato eine Einladung des mazedonischen Präsidenten Boris Trajkovski vorliege. Daß der Innenminister Boskovski wegen der »Politik der Kapitulation« zurückgetreten ist und Premierminister Georgievski den westlichen Vermittlern beständig Widerstand entgegensetzt, sind Nebensächlichkeiten, die den Kanzler nicht weiter stören. Schließlich gilt es, »Schutzklauseln« (Joseph Fischer) für Minderheiten zu installieren. Da die albanische Bevölkerung in Mazedonien laut Verfassung als Minderheit schon geschützt ist, darf man gespannt sein, wie das Ergebnis aussieht. Roman Herzog wird jedenfalls an der Ausarbeitung einer neuen mazedonischen Verfassung teilnehmen.

Anders als vor dem Krieg gegen Jugoslawien kann Schröder den unbedingten Willen zur Entsendung deutscher Truppen nicht damit kaschieren, er habe nach einem Anruf aus den USA nur eine Zigarrenlänge Zeit gehabt, über Krieg und Frieden zu entscheiden. Die USA hatten nämlich angekündigt, die kommende Operation lediglich logistisch zu unterstützen. Ende Juni, als in Brüssel die Stationierung von Soldaten beschlossen wurde, erklärten sowohl der amerikanische Verteidigungsminister Rumsfeld als auch der Nato-Generalsekretär Robertson, die USA seien noch nicht an dem Punkt angelangt, Aussagen über die Beteiligung eigener Truppen machen zu können. Während Robertson betont, vor dem Einsatz der Nato müsse ein »dauerhafter« Waffenstillstand in Kraft treten, hält Verteidigungsminister Scharping dagegen, man dürfe Mazedonien die »Hilfe« nicht verweigern, nur weil der eine oder andere »Knallkopp« das Schießen nicht lassen könne. Deutschland dürfe nicht »abseits stehen«, so Schröder, da man sonst, »mitten im Selbstfindungsprozeß einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, von Briten und Franzosen abgehängt« werden könnte (»Frankfurter Rundschau«).

Die Nato-Beschlußlage sieht »ein kurzzeitiges, begrenztes Engagement« vor, um die Waffen der UCK einzusammeln. Daß dieses Konzept irreal ist, liegt auf der Hand: Der britische Verteidigungsminister Geoff Hoon berichtete, daß die mazedonische UCK von der Nato die Absicherung der Teilung erwarte, »wie die Grüne Grenze auf Zypern«, und selbst Rudolf Scharping fiel auf, daß die albanischen Terroristen nach dem Beschluß der Nato aggressiver geworden seien, um möglichst viel Geländegewinn zu machen.

Warum die Bundeswehr, wie Fischer meint, »zur Verhinderung eines Bürgerkriegs« in Mazedonien einrücken müsse, wenn doch ein vorheriger dauerhafter Waffenstillstand die Voraussetzung dazu sei, versteht auch der ehemalige Verteidigungsminister Volker Rühe nicht: »Dann könnte das auch das Rote Kreuz machen.« Fischer ist natürlich klüger, als er zugibt, und deswegen lehnte Deutschland es auch zunächst ab, für die ursprüngliche Rote-Kreuz-Planung (3.000 Soldaten für dreißig Tage) Truppen anzubieten, sondern wartete, bis im Nato-Rat die Zahl 30.000 kursierte, um dann die Teilnahme an einem »robusten Mandat« (Schröder) zu verkünden. »Damit ist Deutschland ... das einzige Nato-Mitglied, das schon jetzt seine Bereitschaft erklärt hat, sich an einem ›robusten‹ Nato-Einsatz zu beteiligen – einer Operation, die von der Allianz offiziell noch gar nicht in Betracht gezogen wird«, kommentierte die »FAZ« Mitte Juli.

Anders als 1995 gegen die bosnischen Serben und 1999 gegen Jugoslawien hat die Nato diesmal nicht zuerst die Kapitulation des Gegners herbeigebombt. Sollte die Trennung von UCK und mazedonischer Armee nicht gelingen, wird sie aber auch in diesem Krieg Partei ergreifen. Auf welcher Seite ist wenig zweifelhaft: Schon seit Beginn der Kämpfe im Frühjahr arbeitet sie mit mittlerweile drei Sonderbeauftragten an der Fesselung der mazedonischen Regierung (vgl. KONKRET 7/2001). Als die mazedonische Armee unmittelbar vor Skopje Ende Juni wieder einmal UCK-Verbände eingekesselt hatte, handelte Javier Solana deren freien Abzug aus – unter Mitnahme aller Waffen und in Begleitung von 17 US-Militärberatern. Nachdem 15.000 Demonstranten in Skopje aus Wut über diese Kapitulation nach dem Diktat des Westens das Parlament gestürmt hatten, beschlossen die Außenminister der EU, Mazedonien weitere finanzielle Hilfe zu verweigern. Begründung: Das Land würde »knappe Ressourcen für Bomben und Raketen« verschwenden.

Der Ablauf zeigt: Bevor in den von der UCK »befreiten« Gebieten, die an das Kosovo und an Albanien anschließen, ein Protektorat errichtet werden kann, muß es gesichert werden – und zwar gegen die Mazedonier. Für die Nato ist es ein Problem, daß die Zivilbevölkerung sich zu bewaffnen beginnt, um die Etablierung eines Terrorregimes wie im Kosovo zu verhindern. Einen detaillierten Ausblick auf den erwarteten Krieg gab die »FAZ« am 10. Juli: Sie entwickelte ein Eskalationsszenario, in dem sich der UCK nicht nur die mazedonische Armee, sondern auch Paramilitärs und

»Nationalisten aus den slawischen Nachbarländern« entgegenstellen, um die – für die »FAZ« – noch offene »mazedonische Frage« zu klären. Nachdem die Autoren so das Opfer zum Aggressor erklärt und den Westen von seiner Mittäterschaft freigesprochen haben, kann die Nato die Bürde des weißen Mannes auf sich nehmen: »Dabei wäre ein Kriegseintritt auf seiten der mazedonischen Armee nach dem jetzigen Stand der Dinge militärisch zwar die einfachere Lösung, politisch aber schwierig: Viele Albaner im Kosovo würden gegen den Westen aufgebracht werden, so daß die Kfor es dort mit einer feindlichen Umwelt zu tun hätte. Die Nato müßte also versuchen, die Kontrolle über die Front ... zu erlangen und die Parteien zu trennen.« In den Bergen seien dafür »Heeresverbände in einer Stärke von vielen tausend Mann erforderlich«, es »dürfte sich eine Situation entwickeln, die dem Vietnamkrieg nicht unähnlich wäre«. Aus der Logik der »FAZ« folgt, daß der Einsatz, der nicht pro-mazedonisch sein darf, auf jeden Fall pro-albanisch enden wird: Würde die Nato die »Trennung der Parteien« nicht im Sinne der UCK vornehmen, bekäme es die Kfor im Kosovo nämlich wieder »mit einer feindlichen Umwelt« zu tun. Diese – von der Nato selbst geschaffene! – Gefahr wird erst gebannt sein, wenn Großalbanien Wirklichkeit geworden ist.

Wie die Nato in eine Vietnam-Situation geraten könnte, machte auch Theo Sommer in der »Zeit« deutlich, allerdings auch er nicht in kritischer Absicht: Um den allgemeinen Zerfall aufzuhalten, müsse Deutschland aufhören, »Außenpolitik nur in humanitärem Überschwang« zu betreiben, und »erst recht eingreifen«, wenn zwischen Albanern und »Slawen« »die Verständigung mißlingt ... Die USA«, die immer noch Anti-Milosevic-Politik betreiben, seien dabei »als Partner willkommen, aber ... (sie werden) der unruhigen Region irgendwann den Rücken kehren.« Warum es so wichtig ist, daß die EU »in ihrem Vorhof Frieden« schafft, kann niemand außer Sommer so exakt erklären: »Die Bundesrepublik (müßte) wohl wieder 3,5 Milliarden im Jahr für einen neuen Flüchtlingstrom ausgeben«.

Der Streit im Bundestag um die Bundeswehrentsendung trat gegenüber einer Auseinandersetzung um die richtige Hinterhofpolitik zurück. Als Opposition erlauben sich die Unionsparteien die »Sorge ..., wie denn letztlich unsere Soldaten wieder mal aus dem Balkan herauskommen sollen« (Michael Glos), da ihre »Durchhaltefähigkeit« (Volker Rühe) gefährdet sei. Hinter der Drohung, die Zustimmung zum Einsatz zu verweigern, stecken technische Fragen: »Mehr Soldaten, von 30.000 Mann ist die Rede, und für einen unbefristeten Zeitraum. Wer soll diese Soldaten dann stellen, vor allen Dingen, wenn die USA sich nicht beteiligen werden, was ist zu erwarten? Die Bundeswehr hat jedenfalls dafür nicht mehr die notwendigen Kräfte« (Karl Lamers). Fast scheint es, als sei die Union zur Friedensbewegung geworden, wenn Rühe mahnt: »Soldaten können nicht den Frieden erzwingen.« Die Union hält die Außenpolitik der Regierung für »wenig einfallsreich« (Rühe), da ihr ein »Gesamtkonzept für den Balkan« (Lamers) fehle. Lamers hingegen hatte, um der »schleichenden Militarisierung der Außenpolitik« entgegenzuwirken, den Einfall, eine Südosteuropäische Union zu gründen, ein Integrationsmodell für die Balkan-Kleinstaaten. Eine solche regionale Vereinigung hält er für realistischer als die »ferne, vage und insofern völlig illusionäre Perspektive« einer Aufnahme der Staaten in die EU. Im Rahmen der Föderation könne etwa das Kosovo unabhängig werden. Oder es könnten auch gleich, wie es in einem älteren Entwurf der Konrad-Adenauer-Stiftung stand, die »Kroatische Frage«, die »Bosnische Frage«, die »Serbische Frage«, die »Montenegrinische Frage«, die »Mazedonische Frage«, die »Albanische Frage« und die »Rumänische Frage« gleichzeitig gelöst werden, wobei die EU »die Rolle der Garantiemacht zu übernehmen« hätte.

Einig waren sich Regierung und Opposition in ihrer Aggressivität: »Wir waren es, die in den neunziger Jahren gegen den erbitterten Widerstand aus Ihren Reihen Auslandseinsätze überhaupt erst durchgesetzt und die Voraussetzungen dafür geschaffen haben«, rief Rühe SPD und Grünen zu, bevor Gernot Erler von der SPD Lamers lobte: »Sie haben mit Ihrem Papier eine ... hervorragende Analyse vorgenommen.« Die Raumordnungsvorstellungen von alter und neuer Elite ergänzen sich eher, als daß sie einander entgegenstehen; Lamers' Föderation läßt sich als eine Art Weiterentwicklung des Stabilitätspakts denken. Der von Fischer konzipierte Stabilitätspakt für Südosteuropa garantiert schon jetzt, daß in den Staaten der Region bzw. in den neu zu bildenden Euroregionen keine Brücke gebaut oder kein Schulbuch gedruckt wird ohne die Zustimmung der »internationalen Staatengemeinschaft«, genauer: Bodo Hombachs. Die Zerschlagung Jugoslawiens, das zweimal in diesem »Raum« der deutschen bzw. deutsch-österreichischen Expansion ein Ende setzte, hat sich schon dafür gelohnt.

Rosa Fava schrieb in KONKRET 5/2001 über die Verhaftung von Milosevic

Konkret 08/01, S. 22

Jan Süselbeck

Neues über Krieg und Tod

Auslandseinsätze der Bundeswehr, in den achtziger Jahren noch undenkbar, sind längst »wieder« Normalität geworden; der erste deutsche Angriffskrieg nach 1945 ist bereits Geschichte. Wie aber verkauft sich die neue »selbstbewußte« Truppe eigentlich in ihrem aktuellen Info- und Werbematerial, und welche Ziele werden hier abgesteckt? Welche Signale sendet das Auswärtige Amt in seinen Ausbildungsbroschüren für kommende »selbstbewußte Diplomaten«? Ein kursorischer Blick ins Propagandamaterial

»Jeder Beruf will ja wohl florieren; und wo Berufstotschläger sind, werden sie also auch den Totschlag wollen.«

Arno Schmidt

»Der Krieg, an den wir nicht glauben wollten, brach nun aus, und er brachte die – Enttäuschung. (...) Er setzt sich über alle Einschränkungen hinaus, zu denen man sich in friedlichen Zeiten verpflichtet, die man das Völkerrecht genannt hatte (...). Der kriegführende Staat gibt sich jedes Unrecht, jede Gewalttätigkeit frei, die den Einzelnen entehren würde. Er bedient sich nicht nur der erlaubten List, sondern auch der bewußten Lüge und des absichtlichen Betruges gegen den Feind (...). Der Staat fordert das Äußerste an Gehorsam und Aufopferung von seinen Bürgern, entmündigt sie aber dabei durch ein Übermaß von Verheimlichung und eine Zensur der Mitteilung und Meinungsäußerung, welche die Stimmung der so intellektuell Unterdrückten wehrlos macht gegen jede ungünstige Situation und jedes wüste Gerücht.«

Sätze, die nicht etwa aus einem 1999er KONKRET-Kommentar zum Kosovo-Krieg stammen: Sie sind von Sigmund Freud, der sich 1915 (sechs Monate nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges) in einem Vortrag mit dem Titel *Zeitgemäßes über Krieg und Tod* Gedanken über Umstände machte, die dem kritischen Beobachter neuerer deutscher »Sicherheitspolitik« und ihres Medienechos nur allzu bekannt vorkommen dürften. Über die skandalösen Lügen, die den Kosovo-Krieg erst möglich gemacht haben und die von Rudolf Scharping einfach so lange weiter erzählt werden, bis sie sprichwörtlich geworden und im kollektiven Gedächtnis fest verankert sind, ist schon viel geschrieben worden. Wer bei der Bundeswehr allerdings Informationsmaterial anfordert, kann direkt ins Herz der »logischen Verblendung« sehen, »die dieser Krieg oft gerade bei den besten unserer Mitbürger hervorgezaubert hat« (Freud), in die unverschlüsselten Affekte, Leidenschaften und urdeutschen Gefühlsregungen, die das letzte Jahrhundert in Schutt und Asche gelegt haben und jetzt mit Hilfe althergebrachter *Rationalisierungen* zum neuen Aufbruch in die »Großmachtpolitik« wiederaufgewärmt werden.

Schlagen wir also zunächst die Broschüre *Einsätze der Bundeswehr im Ausland* (Stand: August 2000) auf, und lassen wir uns ganz unbedarft an die Hand nehmen, um die Entwicklung der letzten Dekade Revue passieren zu lassen. Kapitel »Rechtliche Grundlagen«: »Bis zur weltpolitischen Wende von 1989/90 hatte es über Auslandseinsätze der Bundeswehr kaum Diskussionen gegeben. Vor dem Hintergrund der Ost-West-Konfrontation waren Hauptaufgaben der Bundeswehr die Landesverteidigung und die Beistandsleistungen im Rahmen der Nato. Andere Einsatzszenarios wurden angesichts der sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen kaum in Erwägung gezogen«, wie es da fast bedauernd heißt. »Gleichwohl wurde in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre mehr und mehr darüber nachgedacht, ob die geltende Verfassungslage nicht doch auch Bundeswehreinsätze außerhalb des Nato-Rahmens zuläßt« (S. 5). Na also: Es folgt eine Abbildung grimmig dreinschauender deutscher Kfor-Söldner in Herrenmenschenpose, die von ihrem Panzer aus eine Straße auf dem Balkan kontrollieren (S. 6). Wir lesen weiter: Das Bundesverfassungsgericht habe nach 1994 bereits »keinen Anlaß« mehr gesehen, die Klage der SPD-Bundesfraktion gegen »out-of area«-Einsätze gemäß Art. 87a GG überhaupt zu prüfen (S. 7); wir blättern um und – haben oben auf der nächsten Seite bereits den deutschen Afrikakämpfer vor uns, der ein hübsches kleines Somalikind herzt: In voller Montur, mit umgehängtem Karabiner, Tropenmütze à la »Deutsch-Südwest« und Armbinde »Germany«, solche Bilder sind an dieser Stelle natürlich wichtiger als der staubtrockene, wenn auch kaum weniger deutliche Text. Es geht jetzt schnell voran mit der Bundeswehr auf den folgenden Seiten. Souveräne deutsche Rekruten stecken auf ihren Feldkarten plötzlich lachend Gebiete auf dem Balkan ab, ziehen Grenzen neu (S. 10), und dann kommen auch schon die soldatischen Weltkarten, die dem Betrachter auf einen Blick die bisherigen internationalen Einsätze der Bundeswehr präsentieren (S. 16 und 19 ff.): Ex-Jugoslawien, Kaukasus, Irak, Somalia, Persischer Golf, Kambodscha, Ruanda, Ost-Timor – *Wir sind wieder wer auf der Welt!* ruft es aus dem Karten- und Zahlenmaterial, das da »sachlich« ausgebreitet wird. Hier zählen tatsächlich keine Argumente, sondern die aufgehäuften Bilder, Daten und (neuen) Grenzlinien, die im geneigten Betrachter stolze Gefühle erzeugen, Maßstäbe setzen und die letzten Zweifler vor vollendete Tatsachen stellen: Was geographisch festgehalten ist, hat Sein-setzende und Sein-sollende Kraft, ist nicht mehr zu tilgen, ist bereits Fakt: okkupiert und »deutsch«.

Eine weitere Broschüre: »Armee der Einheit 1990-2000« (Stand: September 2000). Wir erinnern uns: 1990, die NVA wird geschluckt, »es wächst zusammen, was zusammengehört« – »Die Uniform des ehemaligen, staatlich propagierten *Klassenfeindes* anzuziehen war für manche Soldaten der NVA und die betroffenen Familien mit äußerst zwiespältigen

Gefühlen verbunden, obwohl der Befehlshaber des Bundeswehrkommandos Ost, Jörg Schönbohm, den Geist der Kommandoübernahme durch Offiziere der Bundeswehr in einer treffenden Formulierung vorgegeben hatte: »Wir kommen nicht als Sieger zu Besiegten, sondern als Deutsche zu Deutschen« (S. 14). Auch hier wieder ist es das dominierende Bild auf dem oberen Drittel der Seite, das den heldischen Grundton vorgibt: Der »Führer« Schönbohm – hier noch im ausgewaschenen, direkt schmuddelig wirkenden Bundeswehrhemd – blickt im Vordergrund des Fotos dem NVA-Mann direkt in die Augen – eine pure, von Erotik nicht freie soldatische Männerphantasie, wie wir seit Klaus Theweleits Studie wissen. Einmal vom Blick des Vorgesetzten erfaßt, gibt es kein Entrinnen mehr – Bildunterschrift: »Generalleutnant Schönbohm: *Deutsche kommen zu Deutschen*«! Das also war die große »weltpolitische« Wende, der Rest der Geschichte ist bekannt: strammgestandenes Rekrutengelöbnis mit soldatischem Fahneneid (Foto S. 15), August 1994 Abmarsch russischer Truppen aus Berlin (Foto S. 21) und dann, S. 28 ff.: Scharping schon auf dem Balkan, traditioneller Ort deutscher Militäreinsätze, europäischer »Hinterhof« (bzw. »Vorhof«, wie Theo Sommer in der »Zeit« Nr. 27/2001 meinte), Spielwiese deutscher Herrenmenschen nicht erst seit gestern (vgl. Matthias Küntzel, KONKRET 5/2001).

Und da ist er schon wieder, der ungebrochene Blick des Führers (diesmal Scharping) in die Augen des Mannes im Einsatzgebiet (Foto S. 31). Laut Freud ist dieser direkte Blick in die Augen massenpsychologisch deswegen ein so wichtiges (Bild-)Motiv, weil darin die Verwandtschaft des Führers mit dem Hypnotiseur offensichtlich wird – und damit auch mit dem Unheimlichen, dem Archaischen, der Macht des Urvaters der Urhorde (siehe *Massenpsychologie und Ich-Analyse*). Dieser »tierische Magnetismus« ist auch bestimmendes Motiv der Bundeswehrpropaganda: Der Blick Scharpings in die Augen »seines« Soldaten, das ist »Masse zu zweit«, hier wirkt eine »Überzeugung, die nicht auf Wahrnehmung und Denkarbeit, sondern auf erotische Bindung gegründet ist« (Freud). So geht das weiter, bis die Broschüre am vorläufigen Ziel anlangt, dem mittlerweile bekannten Foto des umjubelten Einzugs des 2. Konvois der deutschen Einsatzbrigade bei Skopje 1999, vom albanischen »Bergvolk stolzer Waffenträger« (Hitlers Balkanbeauftragter Hermann Neubacher) ähnlich frenetisch umjubelt wie der Einzug der Wehrmacht im September 1943, als man in Prizren die »Zweite Prizren-Liga« bildete, um zusammen mit albanischen Kämpfern (ab Februar 1944 auch in der »SS-Division Skanderberg«) ein »ethnisch reines Großalbanien« durchzufechten.

In der farbigen Broschüre *Bundeswehr heute* (November 1999) ist dasselbe Foto als Abbildung über eine ganze Doppelseite (84/85) noch eindrucksvoller eingesetzt, daneben effektvoll in Rot ein (mittlerweile hinlänglich widerlegtes) Zitat Gerhard Schröders aus der Bundestagsdebatte vom 26. März 1999: »Bis zuletzt hat sich die Staatengemeinschaft bemüht, dem Morden auf diplomatischem Wege Einhalt zu gebieten (...) – alles vergebens. Wir hatten deshalb keine andere Wahl, als gemeinsam mit unseren Verbündeten die Drohung der Nato wahrzumachen und ein deutliches Zeichen dafür zu setzen, daß wir als Staatengemeinschaft die weitere systematische Verletzung der Menschenrechte im Kosovo nicht hinzunehmen bereit sind.« Erfundene »serbische Hufeisenpläne« und fingierte »Massengräber«, der von Joschka Fischer verschwiegene »Annex B« des Rambouillet-Vertrags und andere Propagandalügen, die zum Kosovo-Krieg geführt haben, spielen im Propagandamaterial der Bundeswehr natürlich keine Rolle. Und doch ist es atemraubend, wie hier mit Hilfe von emotionalisierenden Bild- und Textlayouts nationaler, ja internationaler Konsens, rückhaltlose Begeisterung und militärpolitische Einigkeit vorgetäuscht werden: »Wir alle wissen, daß dies das erste Mal seit dem Zweiten Weltkrieg ist, daß deutsche Soldaten in einem Kampfeinsatz stehen. Ich darf Ihnen versichern, daß sich die Bundesregierung die Entscheidung nicht leichtgemacht hat. Aber wir wissen uns einig und in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung« (Schröder) – steht direkt neben dem zentralen, die Doppelseite beherrschenden farbigen Bild umjubelt im Kosovo einmarschierender Bundeswehrsoldaten. So funktioniert Propaganda: »Selbst zu allen Extremen geneigt, wird die Masse (...) nur durch übermäßige Reize erregt. Wer auf sie wirken will, bedarf keiner logischen Abmessung seiner Argumente, er muß in den kräftigsten Bildern malen, übertreiben und immer das gleiche wiederholen« (Freud).

Althergebrachtes in plakativer Verklärung wiederholen: Das ist auch die Hauptaufgabe der Bundeswehr-Broschüren. Der soldatisch-deutsche Gefühlshaushalt wird mit hinlänglich bekannten, »reinen« Affekten ausgestattet: Da hält etwa die *weiße Krankenschwester* dem lächelnden bettlägerigen Verwundeten (im *weißen* Shirt) das Händchen (*Bundeswehr heute*, S. 54), auch dies eine bei Theweleit (*Männerphantasien*, Bd. 1) anhand von Freikorps- und Naziliteratur ausführlich demonstrierte aseptische Sexualpathologie des soldatischen Mannes, die in einem solchen Bilderbogen auf keinen Fall fehlen darf. Natürlich – auch dies gehört zum unverzichtbaren Bestand – segnet auf einem anderen Foto ein katholischer Priester den jungen, blonden und demütigen deutschen Soldaten mit feierlicher Geste (ebd., S. 74): Hier wird sanktioniert und heiliggesprochen, und auch wenn das »Gott mit uns« nicht mehr auf dem Koppelschloß steht, im beherrschenden bunten Bildhintergrund dieser Broschürenseite wirkt es um so deutlicher nach. Ein weiteres »althergebrachtes«, immer funktionierendes Gefühlsbild: Scharping hätschelt ein niedliches »kleines Kind im Lager Cegrane. Das Lager wurde von deutschen Soldaten errichtet« (Bildunterschrift auf S. 87). Welche Staatsoberhäupter und Kriegsherren sich im letzten Jahrhundert gern in ähnlicher Weise beim Körperkontakt mit Kindern haben fotografieren lassen, muß hier wohl nicht aufgezählt werden.

Besonders deutlich wird, was die deutschen Ansprüche auf »Verantwortung« und »Aufgabengebiete« betrifft, die englischsprachige, international ausgerichtete und deswegen auch noch etwas aufwendiger gestaltete Broschüre *German Security Policy and the Bundeswehr* (ebenfalls November 1999). Gleich zu Beginn prangt über eine Doppelseite (4/5) die Karte »Germany in Europe«. Das hier vielfarbig aus blauem Dunst heraufziehende »Verantwortungsgebiet« umfaßt ziemlich genau dasjenige, welches man in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts schon einmal im Visier hatte: ganz Europa inklusive Skandinavien, Nordafrika und Nahem Osten, und erst tief im russischen Osten, irgendwo hinter Kasachstan, taucht der blaufarbene Rahmendunst der Grafik das »Aufgabengebiet« wieder in (noch) gnädige Ungewißheit. Da ist sie wieder, die altbekannte geopolitische Vision, derzufolge Deutschland durch seine europäische »Mittellage« zur Großmachtpolitik geradezu »verdammt« beziehungsweise »verpflichtet« sei. Schon in den achtziger und Anfang der neunziger Jahre haben Historiker wie Michael Stürmer, Hagen Schulze und Gregor Schöllgen begonnen, die deutsche Vergangenheit mit dem Verweis auf diese »Mittellage« zu relativieren, die dem Land seit jeher »Alptraum und Versuchung«, »Versuchung und Verdammnis« gewesen sei.1 Mittlerweile ist daraus längst eine offene Rückkehr zu geopolitischen Thesen geworden: Die Osterweiterung der EU und nicht zuletzt der Kosovo-Krieg machen deutlich, wohin die Reise in der neuen alten deutschen Außenpolitik geht. Das Déjà vu, das die beschriebene Karte in der internationalen Informationsbroschüre der Bundeswehr hervorrufen muß, wenn man an die geopolitischen Ziele der Deutschen im Ersten und Zweiten Weltkrieg und an ihre »wissenschaftlichen« Rechtfertigungsmodelle von Ideologen wie Friedrich Ratzel, Friedrich Naumann, Rudolf Kjelljén oder Karl Haushofer denkt, scheint allerdings hierzulande kaum jemanden zu irritieren.

Der Erlanger Historiker Gregor Schöllgen, den man nicht von ungefähr im Informationsmaterial über die *Ausbildung zum höheren Dienst* im Deutschen Auswärtigen Amt als schneidigen Geschichtslehrer »des 50. Attachélehrgangs« dozierend vor einem Globus (!) erkennen kann,2 hat solche Entwicklungen mit seiner Nationalgeschichtsschreibung mit vorangetrieben: indem er zum Beispiel schon 1992 in seinem programmatischen Buch *Die Macht in der Mitte Europas* formulierte, Deutschland sei jetzt *wieder* eine »Großmacht« und habe die »Potenz für (eine) aktive Großmachtpolitik« *wiedererlangt*. Geradezu gönnerhaft fuhr Schöllgen fort, eine solche »Großmachtpolitik« müßte »keineswegs auf kriegerischem Weg erfolgen«. Schöllgen drohte jedoch schon damals offen mit dem Austritt der »Großmacht« Deutschland aus der Nato, wenn dies im deutschen Interesse liegen sollte. Gerade deshalb solle Deutschland auch »keine Angst vor der Macht« haben: Die Deutschen hätten es nach 1945 leider »verlernt, in den Kategorien der Macht zu denken«, doch nunmehr sei ihnen ein weiterer »Urlaub von der Weltgeschichte« nicht mehr gestattet. Schließlich sei Deutschland »ein halbes Jahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg wiedervereinigt, abermals ein Nationalstaat und damit auch wieder auf dem Weg zu einer europäischen Großmacht«. Um es zu wiederholen: Schöllgen ist nicht nur Hochschullehrer, sondern auch Ausbilder zukünftiger deutscher Diplomaten.

Andere sind kurz nach der »Wende« noch deutlicher geworden: »Wenn die Schwierigkeiten der Wiedervereinigung überwunden sein werden – in fünf, zehn oder fünfundzwanzig Jahren – , wird Deutschland gar nicht darum herumkommen, Osteuropa ökonomisch zu durchdringen, und wahrscheinlich wird ihm auf diesem Wege zufallen, was das Dritte Reich mit ein paar Hundert Divisionen nicht erreichte – die Vorherrschaft in jenen unabsehbaren Räumen zwischen Weichsel, Bug, Dnjepr und Don«, so der Verleger Wolf Jobst Siedler 1991 im Gespräch mit Arnulf Baring, »Deutschlands bestem Historiker« (»Bild«).3 Daß solche Prophezeiungen, nun, da sie wahr geworden sind, ihren Niederschlag im Propagandamaterial einer Einrichtung gefunden haben, die dazu da ist, deren Umsetzung abzusichern, ist nicht verwunderlich. Allenfalls die Dreistigkeit, mit der hier die ominöse »Wiederholung« deutscher »Großmachtpolitik« als »Friedensauftrag«4 verkauft wird.

Anmerkungen:

1 Vgl. Wolfgang Wippermann: »Tragische Mittellage«? Entschuldung durch Geographie. In: Wolfgang Wippermann: *Wessen Schuld? Vom Historikerstreit zur Goldhagenkontroverse*. Berlin 1997, S. 34 – 58, hier: S. 34.

2 Vgl.: *Wie weit können Sie gehen? Der höhere Auswärtige Dienst. Politik, Wirtschaft, Recht, Kultur, Presse.* Eine Information der Aus- und Fortbildungsstätte des Auswärtigen Amtes, Bonn 2001, S. 13. Direkt darunter ragen übrigens die Weimarer Statuen Goethes und Schillers in die Seite hinein: Hier wird kein Klischee des »Kulturnation«- beziehungsweise »Leitkultur«-Konstrukts ausgelassen.

3 Vgl. Arnulf Baring: *Deutschland, was nun?* Berlin 1991, S. 33.

4 Vgl. auch die aktuelle CD-Rom des Bundesministeriums für Verteidigung: Auftrag: Frieden. Bonn 2000. Wie auch das übrige hier zitierte Material gratis anforderbar über www.bundeswehr.de beziehungsweise www.aus

waertiges-amt.de. Die CD-Rom wurde übrigens durch die Deutsche Public-Relations-Gesellschaft (DPRG) in der Kategorie »PR mit Hilfe neuer Medien« mit dem Deutschen PR-Preis »Goldene Brücke 1998« ausgezeichnet.

Jan Süselbeck promoviert an der FU Berlin über Arno Schmidt und Thomas Bernhard

Konkret 08/01, S. 25

Bernhard Schmid

Falsche Freunde

Erwiderung auf Jürgen Elsässers und Martin Hantkes Beitrag »Che kämpft um Korsika« in KONKRET 7/01

Wir sind zutiefst universalistisch, aber wehe, der Ausländer hat keine Papiere. So oder ähnlich lautet das Credo des französischen Linksnationalisten und Ex-Innenministers Jean-Pierre Chevènement, der in KONKRET 7/01 von Jürgen Elsässer und Martin Hantke über den grünen Klee gelobt wird. Erstaunlich für eine Zeitschrift, die sich radikaler Kritik verschrieben hat, erstaunlich vor allem angesichts eines Mannes, der als Polizei- und Abschiebeminister während seiner Amtszeit nur in Nuancen anders agierte als sein deutscher Amtskollege Schily. So erteilte der damalige Innenminister Chevènement im Oktober 1999 seinen Untergebenen in den Präfekturen beispielsweise eine Anweisung, die verlangte, »eine spürbare Steigerung der tatsächlich durchgeführten Entfernungs(Abschiebungs, B.S.)-Maßnahmen während der letzten Monate des laufenden Jahres« zu erzielen. Begründung: Die Quote der tatsächlich erfolgten Abschiebungen von nach geltendem Recht »entfernbaren« Personen sei seit dem Jahr 1996 von 28 auf 20 Prozent bedenklich zurückgegangen und habe ein »unnormal niedriges Niveau« erreicht.

Doch werden Elsässer und Hantke sich nicht mit solch belanglosen Details aufhalten. Daß sie im übrigen von ihrem Thema nicht sonderlich viel verstehen, zeigt bereits ihre grundfalsche Einordnung von Begriffen. So verorten sie Chevènement als Kopf der »politischen Strömung ... der Souveränisten«, die es strikt von »rechte(n) oder rechtsradikale(n) Nationalisten« zu unterscheiden gelte. Das ist Unsinn: *Les souverainistes* ist eine Selbstbezeichnung der stramm rechts angesiedelten Partei, die der autoritäre Populist Charles Pasqua und der ultrarechte Graf Philippe de Villiers im November 1999 begründeten: den RPF (Rassemblement pour la France), eine Vereinigung, die heute nach allerlei Streitereien bereits ein Trümmerhaufen ist. Auch stammt der politische Begriff des »Souveränismus« aus dem bürgerlich-rechten Sprachgebrauch: Er entstand Ende der sechziger Jahre, als es um den Einsatz der französischen Gaullisten für die Souveränität des frankophonen Québec im englischsprachigen Kanada ging. Wie so oft in der französischen Großmacht- und Weltpolitik wurde dieses Engagement natürlich nicht mit Blut und Boden, Ethnie oder Konfession, sondern mit Kriterien der Sprachpolitik begründet.

Die Strömung rund um Chevènement hört ihrerseits auf den Namen *nationaux-républicains*. Der gesellschaftliche Einfluß der Linksnationalisten ließ sich übrigens in der Vergangenheit in Einzelfällen an Wahlergebnissen ablesen, anders als Elsässer/Hantke schreiben. Der MDC, die Kleinpartei Chevènements, trat etwa zur Europaparlamentswahl 1994 an und erhielt landesweit zwei Prozent der Stimmen. Wenn Chevènement als Person heute weitaus populärer ist als seine Splitterpartei, dann liegt das vor allem daran, daß er sich als Innenminister einen Namen etwa im Kampf gegen »illegale Immigration« gemacht hat – die Sozialisten wollten nach der Regierungsübernahme 1997 anfänglich die Drecksarbeit nicht selbst übernehmen.

Chevènement kam, nach seiner Tätigkeit als Chefideologe des sozialistischen Think-Tanks Ceres, in den achtziger Jahren zu ministeriellen Weihen. Zunächst als Bildungs-, später als Verteidigungsminister, unter dessen Ägide Frankreich unter anderem militärisch in Zaire, Gabun und im Tschad intervenierte. Im Januar 1991 trat er zum erstenmal als Minister zurück – aus Protest gegen den US-geführten Golfkrieg gegen den Irak. Freilich nicht, weil er zum sensiblen Pazifisten mutiert wäre: Chevènements Verständnis »nationaler Interessen« sah eben die französische Großmacht besser an der Seite des traditionellen Pariser Verbündeten Irak plaziert. Chevènement – seit 1985 Vorsitzender der franko-irakischen parlamentarischen Freundschaftsgesellschaft – ist einer der wichtigsten Irak-Lobbyisten in der französischen Politik. Gerade hier kommt sein spezieller Umgang mit den Konzepten von »Nation« und »Republik« zum Tragen. Denn sein Engagement für den irakischen Präsidenten Hussein, den er noch 1990 als »modernen Staatsmann« lobte, begründete er nicht zuletzt damit, das irakische Regime und dessen Nationenbegriff entsprächen im großen und ganzen der französischen Konzeption des Nationalstaats. Denn im Irak bestehe ein zentralistisches und laizistisches Regime. So essentialistisch also und fern jeglicher historisch-gesellschaftlichen Genese hantieren Leute wie Chevènement mit geschichtlich gewachsenen Modellen – wie dem des republikanischen Nationalstaats französischer Form.

Tatsächlich weist Frankreich eine sehr spezifische politische und soziale Organisationsform auf, der heutzutage – unter dem Druck wirtschaftlicher Globalisierung und europäischer Blockbildung – Verwerfungen drohen (vgl. KONKRET 10/00). Die Hauptursache dafür ist freilich nicht »Deutschland«, sondern die Metamorphose des modernen Kapitalismus, der von seiner national- und sozialstaatlich organisierten Phase (die ihre hohe Zeit während der Jahre 1945-1975 durchlief) zu neuen Organisationsformen übergeht. Große Teile der ökonomischen und politischen Eliten folgen, auch in Frankreich, dieser Entwicklung nicht etwa gezwungenermaßen, wie 1940-1944 anläßlich des Versuchs einer europäischen Blockbildung unter deutscher Führung, sondern aus eigener Überzeugung. Die Übertragung einiger Bestandteile politischer Souveränität und Regulierungsmacht auf andere, dem Nationalstaat über- oder untergeordnete Ebenen (Wirtschaftsblöcke wie die EU oder kleinere regionale Gebilde) erlaubt ihnen dabei, auf nationaler Ebene verfestigte Klassenkompromisse zu unterlaufen oder zu umgehen. Daß im europäischen Rahmen dabei die deutschen Eliten die mit Abstand größten Gewinner

sind, ist unbestritten – ändert aber nichts daran, daß die übrigen europäischen Bourgeoisien an diesem Prozeß in der Regel aus eigenem Interesse und nicht unter äußerem Druck teilnehmen.

Ein kleiner Teil der politischen Klasse und einige verlorene Ex-Linke (namentlich heimatlos gewordene Ex-Kommunisten und einflußlose Grüppchen die sich derzeit am Rande der rapide versozialdemokratisierten KP tummeln) versuchen sich diesem objektiven Prozeß entgegenzustemmen, indem sie ihn tendenziell als Ergebnis einer von außen gesteuerten Verschwörung uminterpretieren. Verzweifelt appellieren einige unter ihnen an ihre nationale Bourgeoisie, diese Entwicklung doch bitte aufzuhalten. Aber zu einem historischen, national- und/oder sozialstaatlichen Kompromiß gehören zwei Seiten, und wenn das andere Lager nichts mehr von ihm wissen will, dann bleibt die Berufung auf überkommene Kompromißformen ohnmächtig. Eine solche essentialistische »Verewigung« einer historischen Momentaufnahme – in jedem Einzelfall Ergebnis einer sozialen und politischen Auseinandersetzung – blockiert jedoch die Entfaltung gesellschaftlicher Kämpfe unter den neuen Bedingungen.

Es verwundert indes nicht, daß ein Autor wie Elsässer für solche rückbezogenen Diskurse anfällig ist, ist das Verständnis konkreter gesellschaftlicher, vor allem sozio-ökonomischer Verhältnisse und ihrer Entwicklungsverläufe doch seine Stärke nicht. Statt dessen verteilt er Noten für »gute« (weil im Konflikt mit der deutschen Politik stehende) beziehungsweise »schlechte« Nationen, ohne sich für die sozialen Kräftekonstellationen in deren Innerem überhaupt noch zu interessieren.

Daß der französische Nationalstaat, als Resultat seiner spezifischen politischen und sozialen Geschichte, ein insgesamt positiveres Erscheinungsbild aufweist als der deutsche Nationalismus, ist unbestreitbar. Doch den einen Nationalismus (den »staatsbürgerlichen«) essentialistisch-global gegen den anderen (»völkisch-ethnischen«) zu verteidigen, heißt übersehen, daß die Grenzen zwischen beiden Formen durchaus fließend sein können. Der Postgaullist Paul-Marie Couteaux etwa kooperiert zwar mit Chevènement, schreibt aber auch (am 6. Juni dieses Jahres) in der rechtsextremen Wochenzeitung »Minute«, um unter den Neofaschisten Anhänger für den »Widerstand gegen den Euro« zu werben.

Bernhard Schmid schrieb in KONKRET 6/01 über die französische Afrikapolitik

Konkret 08/01, S. 26

Joachim Rohloff

Antikommunismus ohne Kommunisten

Wie der Kalte Krieg im Wahlkampf der ehemaligen Frontstadt Berlin neu-, aber fehlgeboren wurde

»Zwischen Amerika und Weimar bestehen grundlegende Unterschiede«, schrieb vor Zeiten der Historiker Fritz Stern. Dasselbe gilt wohl auch für Gütersloh und Asien, doch scheint die in fünfzig Jahren bundesdeutscher Geschichte immer wieder formulierte Einsicht, daß Bonn bzw. Berlin nicht Weimar sei, neuerdings zweifelhaft. Vor einigen Wochen nämlich, als die CDU auf dem Alexanderplatz den Berliner Wahlkampf eröffnete, wurden ihr Spitzenkandidat Frank Steffel, Angela Merkel, Edmund Stoiber und Friedrich Merz von einigen nicht identifizierten Personen ausgebuht. Und als Merz diese Personen ein »Gesindel« nannte, das »in Deutschland niemand mehr haben will«, flogen einige Eier und mindestens eine Plastikflasche. »Die Täter haben billigend in Kauf genommen, daß jemand verletzt, schlimmstenfalls getötet wird«, vermutete Steffel. Er selbst hätte wohl, auch wenn es im Fernsehen anders aussah, sein Leben um der Freiheit willen gern geopfert, seine Frau aber hatte, wie es der Frauen Art ist, Angst, ja sogar, um es mit der »BZ« zu sagen, ANGST: »Meine Frau hatte ANGST um mich.« Steffel wußte auch, wer hinter alldem steckte: »Ich habe den Eindruck, daß Herr Wowereit die Geister, die er rief, nun nicht mehr los wird. Das ist das Ergebnis der Einbindung radikaler Parteien wie der PDS in politische Verantwortung.« Und der Historiker und »BZ«-Kolumnist Michael Stürmer wurde von einem wohlbekannten Wind umweht: »Ein Hauch von Weimar liegt in der Luft, von Haß und Unversöhnlichkeit. Jetzt geht es für die Nadelstreifen-Träger im Willy-Brandt-Haus und im Kanzleramt um Schadensbegrenzung. Sonst kann man der anno 1998 so hilfreichen und 2002 wieder unentbehrlichen ›Neuen Mitte‹ ein letztes Lebewohl zuwinken. Die Nation aber müßte sich auf eine andere Republik einstellen.«

Denn eine kommunistische Machtergreifung stünde bevor. Einen »linken Putsch« beobachtete Steffel bereits, als die SPD, die PDS und die Grünen Eberhard Diepgen stürzten, den »regierenden Bürgermeister der Herzen«. Trotz eines Schuldenbergs von 120 Milliarden Mark, der sich am Ende der Ära Diepgen aufgehäuft hatte, und obwohl der heimliche Vorsitzende der Berliner CDU, Klaus Rüdiger Landowsky, sich dabei hatte erwischen lassen, wie er in seiner Funktion als Vorstand einer landeseigenen Bank einigen seiner Günstlinge eine halbe Milliarde zuschob, die ihm wiederum vierzigtausend Mark zurückschoben, damit er einige seiner Helfer befriedigen konnte, ohne das Privatvermögen anzugreifen, habe es keinen Grund gegeben, die langjährige und selbstredend erfolgreiche Koalition zu kündigen. Nun war die SPD gewiß nicht schuldlos an der öffentlichen Misere, aber mit größenwahnsinnigen Kleingeistern, die für weniger als ein Monatsgehalt ihre Karriere riskieren, wollte sie doch nicht mehr gesehen werden.

Der neue Spitzenmann der CDU hat ein mittelständisches Raumausstattungsunternehmen zwar nicht auf-, aber doch immerhin »ausgebaut«. Dennoch schwante ihm wohl, daß der bevorstehende Wahlkampf mit der ideologischen Auslegeware der vorletzten Saison schon deshalb nicht zu gewinnen ist, weil die Konkurrenz denselben Ramsch anbietet: Innovation, Unternehmergeist, Sparsamkeit, Bildung usw. Also verfiel er auf die absurde Idee, den Geist der Frontstadt noch einmal aufzuwecken. Den Part der Kommunisten, die den freien Westen mit Enteignung, Mißwirtschaft und Diktatur bedrohen, sollte der sozialdemokratische Heimatverein namens PDS übernehmen. Zwar finden sich unter deren Fußvolk allerhand unsympathische Figuren, aber für welche Partei gälte das nicht? Und diejenigen, die noch immer den Kapitalismus abschaffen wollen, sind von ähnlich großem politischen Einfluß wie die Pazifisten in der grünen Partei. Warum der Vergleich mit den Grünen trotzdem nicht taugt, erklärte Thomas Schmid in der »FAZ«: »Die Grünen verfügten mit Ökologie, Nachhaltigkeit und Dezentralisierung von Beginn an über Themen, die in die Problemlandschaft der Bundesrepublik Deutschland paßten. Und es ist den Grünen seitdem halbwegs gelungen, ihre Ideen vom Ballast trüber Ideologien zu befreien.« Die PDS halte hingegen »stur an den Grundzügen einer politischen Philosophie fest, deren versuchte Verwirklichung den Kalten Krieg erzwungen hat und Millionen Menschen im Osten im wörtlichen, mehr noch im übertragenen Sinn um ihr Leben gebracht hat«. Man fragt sich allerdings, in welcher Problemlandschaft Schmid das letzte Jahrzehnt verschlafen hat, die deutsche kann es nicht gewesen sein.

Die Utopie der PDS jedenfalls liest sich im Entwurf eines Wahlprogramms so: »Die Ostdeutschen haben die Mauer zum Einsturz gebracht, die konservativen Parteien haben die staatliche Einheit herbeigeführt. Die Herstellung wirklicher, geistig-kultureller Einheit wird die Aufgabe der Linken sein. Dafür bedarf es einer neuen politischen Kultur des Miteinander, des Zuhören-Könnens, der Fähigkeit zum vorurteilsfreien und fairen Diskurs. Politik für die ganze Stadt ist mehr als Parteipolitik. Dafür steht« nun aber nicht Johannes Rau oder Wolfgang Schäuble, sondern »der Kandidat der PDS für das Amt des Regierenden Bürgermeisters, Dr. Gregor Gysi.« Er will, man glaubt es kaum, »die Verwaltungsstrukturen verschlanken. Es gibt nur einen Weg: Du mußt sagen, in Bildung legen wir drauf, und bei Kultur wird nichts abgezogen. Alles andere steht zur Disposition.« Auch er müßte die öffentliche Armut verwalten, den privaten Reichtum ausgewählter Gesellschaftskreise vermehren und im übrigen »den Menschen beibringen, daß sie, um besser zu leben, mehr arbeiten, vielleicht auch weniger verlangen sollten« (Konrad Adam).

Der Antikommunismus soll der CDU zum Wahlsieg verhelfen, obwohl es an Kommunisten fehlt. Diese Strategie wird keinen Erfolg haben, trotzdem tun die journalistischen Hilfskräfte unverdrossen mit. Der Dümmste unter ihnen ist wieder einmal Georg Gafron, der sich für nichts zu schade ist und deshalb nun die »BZ« leitet. Hat ihm sein Herr Döpfner nicht gesagt, er solle den Verkauf im Osten ankurbeln? Und trotzdem kommt er mit so etwas: »Nur ein Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung und im vierzigsten Jahr des Mauerbaus werden wieder Kommunisten in dieser Stadt mitregieren. Die Mehrheit der Berliner ist entsetzt und fassungslos. Darüber können auch wer-weiß-wie-zustandegekommene Umfrageergebnisse nicht hinwegtäuschen.«

Nun fehlt eigentlich nur noch jemand, der auf seinen Koffern sitzt, um im Fall einer Beteiligung der PDS an der Berliner Landesregierung nach Bayern zu emigrieren. Cora Stephan kündigte in den Spalten der »Welt« immerhin an, sie werde sich demnächst womöglich fürchten: »Was die Toten betrifft, die der ›antifaschistische Schutzwall‹ gekostet hat, so ist die PDS nicht nur als offizielle Nachfolgepartei, sondern auch dank personeller Kontinuität weit näher an diesem Verbrechen gegen die Menschlichkeit dran als NPD oder Republikaner an den Verbrechen Hitlerdeutschlands.« Da ehemalige SS-Männer inzwischen auch unter den Mitgliedern der NPD nur noch eine kleine Minderheit bilden, wird diese Partei der Gnade der späten Geburt teilhaftig, die PDS aber muß sich vorhalten lassen, daß der »Antifaschismus der Komintern mit dem am wenigsten zu tun hatte, was wir heute als Zentralanliegen des Kampfes gegen Hitler identifizieren: die Vernichtung der Juden zu verhindern«. Denn es war hohe Zeit, endlich einmal auszusprechen, daß die Russen mit dem, was sie zufällig und widerwillig doch taten, am wenigsten zu tun hatten, und es konnte nur von einer deutschen Grüblerin gesagt werden. Demnächst wird sie auch das »Zentralanliegen« der Amerikaner identifizieren und so die bekanntlich vorbildliche Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit vollenden. »Alles andere aber und damit viele weitere Tote und Gequälte wird mit ungewöhnlicher Vehemenz verdrängt – auf eine für gewachsene Gemeinschaften unerhörte Weise, denn da kommt einiges zusammen: im alliierten Feuersturm gestorbene Ziviltote, in Arbeitslagern verbrauchte Kriegsgefangene, Enteignete, Entrechtete, Vertriebene und Vergewaltigte, in Lagern Verreckte, ohne rechtsförmiges Verfahren zum Tode Verurteilte, beim Verlassen eines Arbeiter-und-Bauern-Staates Erschossene ... Das Verdrängte wiederholt sich, ist ein alter freudianischer Glaubenssatz. Wenn das stimmt, dann ist es Zeit, sich wieder zu fürchten.«

Selbstverständlich benutzte Rudolf Augstein den Anlaß zu einem weiteren historischen Besinnungsaufsatz und kramte wohl zum hundertsten Mal die alte Rechnung hervor, die noch immer offen ist und schmerzt. Es war nicht schön anzusehen, wie Politiker aller anderen Parteien vor der PDS den Zeigefinger erhoben und verlangten, sie solle die Mauer gehörig verurteilen und sich distanzieren, das Ergebnis der einschlägigen Bemühungen aber im eigenen taktischen Interesse bewerteten. Herr Müntefering, dessen Berliner Parteifreunde demnächst womöglich, wenn es gar nicht anders geht, mit der PDS koalieren, erkannte die ehrliche Absicht, und zumindest seine kommunal- und landespolitische Moral war besänftigt, im Bund müsse sich aber noch einiges tun. Frau Merkel fand, wie nicht anders zu erwarten, die Erklärung unbefriedigend und verlogen. Augstein hingegen erkannte, daß sich die PDS überhaupt nicht zu entschuldigen habe. »Da man dem damals 13jährigen Gysi den Bau der Mauer im August 1961 nur mit großer Anstrengung in die Schuhe schieben kann, hat man sie gleichwohl wieder entdeckt und will mit ihr gegen die PDS mobilmachen.« Und obwohl das so sei, deshalb gehe es nicht. »Gregor Gysi heute noch einen rot lackierten Faschisten zu nennen, ist schlechte Propaganda. Er muß sich für den Bau der Mauer nicht entschuldigen. Gut, wir stoßen hier wieder auf die Doppelmoral des Westens. Ich bezweifle sehr, daß man den Bau der Mauer rings um West-Berlin als Kriegsverbrechen bezeichnen kann. Hingegen bin ich sicher: Der atomare Angriff auf Nagasaki, nachdem Hiroshima schon atomisiert war, ist ein Kriegsverbrechen gewesen, für das sich bisher noch kein Repräsentant der USA entschuldigt hat.«

Was aber hält die seriöse Presse, die sich zum Wahlkampf zu schade ist und unter keinen besonderen historischen Anliegen leidet, von der Kampagne der CDU und der Springer-Zeitungen? »Die Beschwörung der Weimarer Republik«, schrieb Johannes Willms, »spannt einen Erfahrungshorizont, auf den sich alle möglichen schrecklichen Erwartungen projizieren lassen.« Jeder andere hielte so etwas wohl für unmöglich, Willms findet es immerhin ungut. Klaus Hartung fürchtet, daß »ein Mehr an Etatismus und Korporatismus hervorlugt«, wenn die PDS an der Berliner Landesregierung beteiligt wird. »Doch heischt die Zukunft Berlins den Bruch mit dem Status quo. Berlin braucht mehr Markt, aber Gysi bedeutet mehr Staat und im Zweifel Bundeszuschüsse.« So einfach ist liberale Politikberatung. Wenn der Markt versagt, kann man immer noch mehr Markt verlangen; denn soviel Markt, daß man genug von ihm hätte, gibt es gar nicht.

Wir fassen zusammen: Wenn die Kommunisten in Berlin an die Macht kommen, wird Gysi, der vierzig Jahre lang an der Mauer in seinen Schuhen gebaut hat, ein lugendes Mehr auf den Erfahrungshorizont der Problemlandschaft projizieren. Und davor braucht man doch wirklich keine ANGST zu haben.

Joachim Rohloff schrieb in KONKRET 4/2001 über die Grünen-Politikerin Claudia Roth

Konkret 08/01, S. 28

Sahra Wagenknecht, Jürgen Elsässer

»Dann wird die PDS überflüssig«

Gysi plus Wowereit gleich Sozialismus minus Mauer plus Kollateralschäden? Über die Berliner Wahl und den Zustand der PDS sprach KONKRET mit Sahra Wagenknecht, Vertreterin der Kommunistischen Plattform und Mitglied des Parteivorstands

Frau Wagenknecht, wann werden Sie sich bei Frau Merkel und Herrn Westerwelle für die Verbrechen der DDR entschuldigen?

Ich habe nicht vor, das zu tun. Es interessiert mich nicht, ob Frau Merkel und Herr Westerwelle eine gute Meinung von der PDS haben. Davon hängen die Akzeptanz und die Wirkung einer linken Partei nicht ab. Es lohnt also nicht, sich an der antikommunistischen Geschichtsumschreibung zu beteiligen.

Mit Ihrer Weigerung, sich für den Bau der Berliner Mauer zu entschuldigen, standen Sie aber im Vorstand der PDS allein. Ihre Stimme war die einzige Gegenstimme.

Von Entschuldigung ist in der Erklärung nicht direkt die Rede. Helmut Holter hatte beantragt, das reinzunehmen, ist aber mit nur zwei Für-Stimmen nicht durchgekommen. Aber inhaltlich läuft die Erklärung natürlich auf Abbitte hinaus. Sie hat nichts mit historischer Analyse zu tun und sehr viel mit politischen Opportunitätserwägungen.

Warum haben Sie mit Nein gestimmt?

Weil die Erklärung an den Realitäten vorbeigeht. Es wird nicht mal erwähnt, welche weltpolitische Konstellation zum Mauerbau geführt hat. Es gab den Kalten Krieg, der jederzeit in einen heißen hätte umschlagen können, und es gab objektive Gründe dafür, daß die DDR zum damaligen Zeitpunkt ökonomisch unterlegen war. Wenn ein Land Milliarden an Reparationen zahlt und das andere bekommt üppige Aufbauhilfe, dann hat das unter allen Bedingungen wirtschaftliche Ungleichgewichte zur Folge; diese zum »Nachweis der Unterlegenheit des stalinistisch geprägten Sozialismustyps der DDR gegenüber dem realen damaligen Kapitalismustyp« hochzudeuten ist einfach unseriös. Es ging damals um Sein oder Nichtsein der DDR als sozialistische Alternative. Nach der Logik der Erklärung hätte man sich fürs Nichtsein entscheiden sollen. Die ganze Mauerdebatte zielt letztlich auf diesen Punkt: die nachträgliche Delegitimierung der DDR. Eine berechtigte Kritik wäre, daß die DDR, nachdem die Mauer existierte, nicht genug dafür getan hat, sie wieder überflüssig zu machen. Das NÖS (Neue Ökonomische System, Anm. d. Red.) wäre wirtschaftlich der richtige Weg gewesen. Er wurde leider Anfang der siebziger Jahre abgewürgt.

Sie haben 1994 in KONKRET geschrieben: »Die DDR war das friedfertigste und menschenfreundlichste Gemeinwesen, das sich die Deutschen im Gesamt ihrer bisherigen Geschichte geschaffen haben.« Sind Sie noch dieser Meinung, auch wenn die beiden Superlative angesichts der übrigen deutschen Gemeinwesen nicht so schwer zu erreichen waren.

Im Unterschied zu ihrem Vorgänger- wie ihrem Nachfolgestaat hat die DDR keine Bomben auf Belgrad geworfen und auch sonst die Welt von deutschen Soldaten verschont. Und ein Gemeinwesen, in dem sich niemand um seine soziale Existenz sorgen muß, finde ich allemal menschenfreundlicher als den Kapitalismus. Das heißt ja nicht, daß ich mir menschenfreundlichere Verhältnisse als die, die wir hatten, nicht auch ganz gut vorstellen könnte.

Das Gespenst, das im Berliner Wahlkampf umgeht, ist der Antikommunismus, obwohl die kommunistische Gefahr so gering ist wie selten zuvor seit Erscheinen des Kommunistischen Manifestes.

SPD und auch CDU haben offenbar Angst, daß ihre Sparorgien irgendwann doch zu sozialen Protestbewegungen führen könnten. Nur um dieser Gefahr zu begegnen, denkt die SPD doch darüber nach, die PDS in den Senat zu holen. Die CDU wiederum sucht alte Frontstadtmentalitäten zu reanimieren, um der SPD Stimmen abzunehmen.

Könnte es nicht auch sein, daß es daran liegt, daß die herrschende Klasse mittlerweile für kommunistisch hält, was sie zu Zeiten der Systemkonkurrenz gezwungen war selbst einzuführen, nämlich etwa Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, Ladenschlußgesetz, Gesundheits- und Rentensystem?

Ich weiß nicht, ob sie das für kommunistisch hält, auf jeden Fall ächtet sie es. Das Problem der PDS wird sein, ob wenigstens sie ihre diesbezüglichen Forderungen beibehält. Die Absicht ist natürlich, uns als tumben, von den anderen Parteien kaum mehr unterscheidbaren Sparkommissar einzubinden. Wenn nun auch schon Teile der PDS ins Privatisierungshorn blasen und Rotstiftkonzepte entwickeln, besteht die Gefahr, daß selbst unsere reformerischen Forderungen auf der Strecke bleiben. Dann wird die PDS überflüssig.

Es ist auf den ersten Blick unverständlich, warum die Parteiführung sich immer nur entschuldigt, anstatt selber die Sozialdemokraten für das nun wirklich größte deutsche Verbrechen nach 1945, den Angriffskrieg gegen Jugoslawien, anzugreifen.

Gerecht sollten wir schon bleiben. Die PDS hat diesen Krieg immer verurteilt und auch dagegen geklagt ...

Warum macht sie nicht für eine Tolerierung von Wowereit zur Bedingung, daß die SPD sich entschuldigt?

Die Kommunistische Plattform (KPF) hatte 1999, als der Krieg geführt wurde, Konsequenzen in Mecklenburg-Vorpommern gefordert. Die Tolerierung eines Übergangssenats bis zu den Berliner Neuwahlen daran scheitern zu lassen, wäre niemandem vermittelbar. Nein, das Grundproblem ist, daß sich die PDS-Spitze generell in eine derartige Defensivstellung hat bringen lassen.

Wie viel Stimmen wird der PDS ihr Mea culpa bringen?

Ich nehme an, keine einzige. Eher wird es die PDS Stimmen kosten. Die meisten, die das begrüßen, wählen uns ohnehin nicht. Und die uns wählen, erwarten von uns in erster Linie eine konsequente soziale Oppositionspolitik. Wenn sie das Gefühl bekommen, daß auch die PDS nicht mehr einlöst, was sie verspricht, dann werden sie sich – zu Recht! – abwenden. Hinzu kommt, daß nach diesen Geschichtserklärungen nicht wenige das Gefühl haben dürften, ihre Biographie, ihr Engagement und ihr Leben werden jetzt auch von der PDS mit Füßen getreten.

Was könnte, wenn man nicht Dummheit oder Käuflichkeit unterstellt, das Motiv der Parteiführung für den Entschuldigungsfuror sein?

Es ist offensichtlich so, daß einige schon nur noch in diesen Kategorien denken: Opposition ist Regierung im Wartestand, und wenn wir politisch etwas beeinflussen wollen, müssen wir ministrabel werden. Als potentieller Koalitionspartner ist da nur die Schröder-SPD in Sicht. Und die hat ihre Bedingungen klar formuliert.

Reden wir von Ihnen. Sie sind ja derzeit in den Zeitungen und auf den Bildschirmen sehr präsent. Welches Interesse könnten die bürgerlichen Medien haben, der »schönen Stalinistin«, wie Sie manchmal genannt werden, Öffentlichkeit zu verschaffen?

Vielleicht wird kalkuliert, daß die Dinge, die ich sage, im tiefen Schwaben oder auf dem bayerischen Land antikommunistische Vorurteile bestätigen und so der SPD das Zusammengehen mit der PDS erschweren. Um die PDS-Wähler geht es dabei weniger. Ohne arrogant sein zu wollen: Ich glaube schon, daß die PDS für viele eher dann keine wählbare Alternative mehr wäre, wenn konsequent antikapitalistische Standpunkte in ihr nicht mehr vertreten wären. Ich bekomme zur Zeit viel Post und bis hinein ins sozialdemokratische Spektrum sehr viel Zustimmung. Leute, die sich aus Enttäuschung von SPD oder Grünen abgewandt haben, wollen natürlich nicht, daß die PDS jetzt nachvollzieht, was sie mit Schröder und Fischer alles schon mal erlebt haben.

In der PDS wird derzeit über ein neues Programm diskutiert. Georg Fülberth hat etwa so argumentiert, daß die PDS eine dermaßen heterogene Partei sei, daß man von ihr kein entschieden linkes Programm verlangen dürfe, egal, ob von Winfried Wolf oder von Wagenknecht. Was meinen Sie?

Ein konsequent marxistisches Programm würde nicht repräsentieren, was die PDS ist. Das ist wahr. Aber es muß ein antikapitalistisches Programm sein, mit bestimmten Kompromissen, so wie das 93er Programm. Zur Eigentumsfrage steht dann eben drin, daß es Leute in der Partei gibt, die Vergesellschaftung und Gemeineigentum wollen, aber auch andere, die nur die Verfügung darüber ändern wollen. Solange ohnehin weder das eine noch das andere politisch machbar ist, kann man mit solchen Kompromissen gut leben. Der Programmentwurf von Brie, Brie und Klein will allerdings diesen Konsens aufkündigen und die marxistische Position völlig streichen. Wolf verzichtet auf die andere Seite, was mir zwar näherliegt, denn seine Position zur Eigentumsfrage ist meine. Nur entspricht eben auch das nicht der Breite der PDS. Es gibt keinen Grund, jetzt in diesem Punkt auf Festlegungen zu drängen. Relevanter ist die Frage, wie die PDS sich heute verhält. Wo ist ihr Platz in der Gegenwart? Ist das die Opposition, auch außerparlamentarisch, die Druck macht und Widerstand organisiert, oder ist es die Regierung?

Unsere Diskussion ist nicht neu, und wir waren uns schon immer uneins in der Bewertung der Entwicklungsrichtung der PDS. Wir haben schon vor Jahren gesagt, die PDS sei SED minus Sozialismus, eine ostdeutsche Volkspartei, ein Block der Vereinigungsgeschädigten. Sie haben dagegengehalten, daß die Entwicklungsrichtung noch nicht ausgemacht sei und daß es doch sehr viel Widerstand an der Basis gebe. In einem Punkt sind unsere Befürchtungen nicht ganz wahr geworden – die Gefahr, die wir Mitte der neunziger Jahre gesehen haben, daß sich in der PDS eine dezidiert völkische Richtung entwickelt und womöglich die Oberhand gewinnt, hat sich nicht bewahrheitet, das Treiben der unsäglichen Frau Ostrowsky scheint seinen Höhepunkt überschritten zu haben. Aber was die Sozialdemokratisierung und die Mitwirkung an antisozialer Regierungspolitik angeht, haben wir leider recht bekommen. Siehe Herrn Holter und seine Regierungstätigkeit in Mecklenburg-Vorpommern.

Es gehört zu den Forderungen der KPF, endlich die Ergebnisse dieses dreijährigen Mitregierens ernsthaft zu analysieren. Das wird von Helmut Holter hemmungslos schöngeredet. Kritische Papiere, wie das einer vom Landesvorstand selbst eingesetzten Kommission, verschwinden in der Schublade. Wer weiß schon, daß die Sparposten im Haushalt noch größer sind als zu Zeiten der großen Koalition? Berlin steht da viel mehr im Zentrum der Aufmerksamkeit. Wenn die PDS hier in eine Regierung eintritt, die eine noch härtere Sparpolitik macht, wird das zu innerparteilichen Auseinandersetzungen

führen. Der Münsteraner Parteitag hat gezeigt, daß bestimmte Vorstöße in Richtung SPD-Kompatibilität von den Mitgliedern zurückgewiesen werden. Im übrigen habe ich nie die Gefahr gesehen, die PDS könnte »völkisch« werden. Viel relevanter ist die Gefahr, daß auch in der PDS Positionen hoffähig gemacht werden, die den Neofaschismus im Osten Deutschlands zum Erbe der DDR umlügen. Die Situation ist also widersprüchlich. Auf der einen Seite gibt es ganz eindeutig die Tendenz, sich einzupassen und auch Dinge mitzutragen, die für Linke eigentlich untragbar sind. Aber die andere Seite ist: Die PDS ist die einzige einflußreiche linke Kraft in diesem Land. Und Austritte von Marxisten und Kommunisten kommen gerade jenen zupaß, die diese »Altlasten« schon lange loswerden wollen. Denn dann hätte nicht nur Holter freie Bahn, und ein neues Münster muß keiner mehr befürchten.

Eine taktische Frage, die man so oder so beantworten kann.

Nein, die Frage heute ist: Lohnt es sich, um die PDS, um die Zukunft dieser Partei zu ringen. Und ich meine, ja. Denn die große Mehrheit ihrer Mitglieder will nach meinen Erfahrungen nicht Mehrheitsbeschaffer für Schröders asozialen Crash-Kurs sein, sondern eine linke Opposition mit antikapitalistischem Ziel. Es gibt sonst auch keinen Grund, Mitglied ausgerechnet der PDS zu sein.

Alle historische Erfahrung lehrt: Eine linke Partei, die sich am parlamentarischen Spiel beteiligt, entwickelt sich nach rechts. Es gibt für dieses Gesetz in der ganzen Parlamentsgeschichte nicht ein Gegenbeispiel.

Wer sagt, das ist ein Gesetz, muß sagen, wie es anders zu machen wäre. Sonst bleibt nur Resignation. Man muß die Möglichkeiten parlamentarischer Opposition nutzen, starkes Gewicht darauf legen, außerparlamentarisch verankert zu sein, und vor allem außerparlamentarischem Widerstand im Parlament eine Lobby geben.

Nehmen wir die Sparvorschläge der Parteien, wie die Finanzkrise in Berlin in den Griff zu kriegen sei. Die im Sparvolumen schlimmsten Vorschläge macht die PDS, die Einsparungen von 3,2 Milliarden Mark vorhat. Das ist mehr als die Einsparungen der SPD und der CDU zusammen. Bei der SPD sind es 1,8 Milliarden, bei der CDU 1,3 Milliarden.

Diese Vorschläge sind innerparteilich überhaupt noch nicht diskutiert. Ich kenne die selber auch nur aus dem »Spiegel«. Die Frage ist, wo gespart werden soll. Ich finde, man kann sich zum Beispiel die Zinsen sparen. Täte man dies, würden elf Millionen pro Tag frei; dann wäre das PDS-Konzept, wenn es das beinhalten würde, natürlich das größte Sparkonzept. Dann könnte man alle Schulen sanieren und Theater sogar noch mit zusätzlichem Geld ...

Wenn man zuvor die Räterepublik ausgerufen hat.

Muß man nicht. Zinsmoratorien sind gesetzlich möglich. Man könnte Berlin auch mit zinslosen Zwangsanleihen umschulden. Außerdem wäre es denkbar, die Aussetzung der Steuerbefreiung für Veräußerungsgewinne zu fordern. Statt Finanzspekulationen der Konzerne zu alimentieren, stünde das Geld dann dem Berliner Haushalt zur Verfügung. Das geht natürlich alles nur über die Bundesebene. Aber da der potentielle Berliner Koalitionspartner ja auch im Bund regiert, wären das doch sinnvolle Forderungen, die wir im Wahlkampf stellen sollten. Weshalb zum Teufel findet man es naheliegender, Schulen verrotten zu lassen und Kita-Plätze zu verteuern, statt die üppigen Gewinnbilanzen der Großbanken ein wenig zu schmälern. Das ist doch Irrsinn, und auf diesen Irrsinn muß die PDS hinweisen.

Im vom »Spiegel« veröffentlichten PDS-Sparkonzept für Berlin heißt es zum Beispiel: »Reduzierung der Ausgaben für Sozialhilfe durch Anreize zur Arbeitsaufnahme«.

Danach habe ich Harald Wolf gefragt. Er hat mir versichert, es seien damit nicht die üblichen miesen Druckprogramme gemeint, Sozialhilfeempfänger zu sogenannten gemeinnützigen Arbeiten zu zwingen oder sonst zu schikanieren. Der Spareffekt solcher Programme ist schlicht der, daß viele sich dann nicht mehr beim Sozialamt melden. Ich glaube nicht, daß die PDS so etwas innerparteilich durchhalten würde. Harald Wolf hat mir gesagt, daß das nicht gemeint sei, sondern es darum ginge, die Sozialämter besser mit Leuten auszustatten. Wobei ich ehrlich gesagt nicht sehe, warum sich deshalb das Budget für Sozialhilfe relevant verringern sollte, denn selbst wenn man jedem Sozialhilfeempfänger einen Sozialarbeiter an die Seite stellt, wird der erstere deshalb noch lange keine Arbeit finden.

Es gibt aktuelle Erfahrungen, wie sich eine Linkskoalition unter Beteiligung von sozialistischen Kräften auswirkt, nämlich die Erfahrungen der letzten Jahre in Italien und in Frankreich: In beiden Ländern wurde von den Linkskoalitionen eine arbeiter- und armenfeindliche Politik betrieben, und dieser Kurs mußte nolens volens abgestützt werden durch die Koalitionspartner Refundazione comunista und PCF. Resultat war das Auseinanderbrechen von Refundazione und ein starker Rückgang von Wählerstimmen für die PCF. Warum sollte das in Deutschland anders kommen?

Wenn die PDS sich so einbinden ließe wie die PCF, würde das die Partei in eine Zerreißprobe bringen, deren Folgen kaum kalkulierbar wären. Die Frage ist aber nicht, sich darauf zu orientieren, sondern zu überlegen, wie man das verhindern kann. Ich wünsche mir solche Entwicklungen nicht, weil das die Linke in diesem Land insgesamt massiv schwächen würde. Die Refundazione, die sich der angeblichen Linksregierung vernünftigerweise ferngehalten hat, war übrigens auch die einzige, die aus der Wahl ungerupft hervorging.

Die PDS scheint in Mecklenburg-Vorpommern stabil, trotz Koalition.

Warten wir die nächsten Wahlergebnisse ab. In den Umfragen ist die PDS jedenfalls rückläufig. Ich wünsche mir nicht, daß wir als Partei eine Niederlage erleiden, sondern daß Leute, die diesen Kurs verfechten, den Rückhalt verlieren und daß die PDS sich wieder stärker auf das besinnt, was eigentlich ihr Feld ist: Oppositionspolitik zu machen, Widerstand gegen Sozialabbau zu ermutigen, auf Alternativen hinzuweisen und vor allem deutlich zu machen, daß die Menschen sich wehren müssen, daß Bewegung in dieses Land kommen muß, weil sonst nichts, gar nichts zu ändern ist.

Es sind jetzt über zehn Jahre, die Sie hier im kapitalistischen Deutschland leben. Gibt es eine Entwicklung in dieser Gesellschaft, die Ihnen besonders bemerkenswert erscheint oder die Sie überrascht hat?

Ich war überrascht, wie schnell sich die Stimmung geändert hat. Wenn man 1993/94 im Westen einen Infostand aufbaute, war man viel stärkeren Anfeindungen ausgesetzt und mit viel stärkeren Vorurteilen konfrontiert, und auch im Osten war der Gegenwind viel vehementer. Heute ist Sozialismus wieder zunehmend positiv besetzt. Es gibt, laut Umfragen, immer mehr Leute, die davon ausgehen, daß es so, wie es ist, nicht weitergehen kann. Laut »Allensbach« sagt eine Mehrheit, »Marktwirtschaft« und »Menschlichkeit« paßten nicht zusammen. Die Menschen merken natürlich, was dieser rüde Shareholder-Value-Kapitalismus für sie persönlich bedeutet. Die Aufgeschlossenheit für Alternativen ist gewachsen, was leider noch lange nicht bedeutet, daß es hier größere Gegenbewegungen gibt. Die fehlen. Aber wenn ich mir angucke, wie schnell Stimmungen sich verändern können, habe ich auch da eine gewisse Hoffnung. Daraus leiten sich allerdings auch konkrete Aufgaben einer linken Partei ab: immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Menschen nicht so ohnmächtig sind, wie man ihnen einzureden sucht, und daß es so, wie es ist, nicht bleiben muß.

Mit Sahra Wagenknecht sprach Jürgen Elsässer

Konkret 08/01, S. 31

Georg Fülberth

In diesem Sinne - Staats-Kumpanei

Staatliche Akten dürfen erst nach einer Sperrfrist von dreißig Jahren geöffnet werden. Enthalten sie persönliche Unterlagen, sind diese erst zugänglich, wenn der Mensch, den sie betreffen, längst tot ist.

Da Kommunisten keine Menschen sind, gilt dies für sie nicht immer. Im Bundesarchiv in Koblenz kann man zum Beispiel ohne besondere Genehmigung die Jugend-, Kriegs- und Ehegeschichten von FDJ-Funktionären lesen, die heute als oft noch rüstige DKP-Mitglieder ihre Rente verzehren: Anfang der fünfziger Jahre waren die Kaderakten vom Verfassungsschutz erbeutet und im Karlsruher Verbotsprozeß gegen die KPD benutzt worden, sie sind heute frei zugänglich. Sind Kommunisten keine Menschen, dann war das von ihnen errichtete Gemeinwesen, die DDR, kein Staat. Also waren dessen Akten bald nach dem Fall der Mauer frei zugänglich.

Für den Nachlaß des MfS hätten einerseits nach normalem westdeutschem Recht die Sperrfristen sowohl für Persönliches als auch für Amtliches gelten müssen, andererseits traf für sie die doppelte Ausnahme zu: freier Zugang zu den Daten von Nichtmenschen und Nichtstaaten. Zur ersten Gruppe gehörten nicht nur SED-Funktionäre, sondern auch deren angebliche oder tatsächliche Gehilfen. So wurde es ja dann auch über ein Jahrzehnt lang getrieben. Jetzt ist Schluß damit. Das Berliner Verwaltungsgericht hat entschieden, daß die MfS-Akten von Helmut Kohl ohne dessen Zustimmung nicht geöffnet werden dürfen.

Dies ist konsequent. Kohl ist ein Mensch, als Bundeskanzler war er und als Abgeordneter ist er Funktions- und Mandatsträger eines real existierenden Staates. Es gilt also der doppelte Schutz, der im Falle von DDR und KPD/SED abwegig ist. Die Staatsgeheimnisse der DDR (wie groß oder klein sie in diesem Fall auch gewesen sein mögen) werden nun durch das Schutzbedürfnis der BRD gedeckt, an sich verfolgungsbedürftige Zuträger werden nicht behelligt, weil sonst ja auch Kohl entblößt würde. Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland« sieht das nicht zynisch, sondern historisch: Irgendwann müsse der Überschwang, welcher einst zur Aktenöffnung geführt habe, vorbei sein. Auf jede Revolution folge die Normalität.

Dies ist vorschnell. Das Berliner Urteil stellte nur eine Ausnahme fest, nicht die Regel – gegenüber der DDR, ihren Funktionären und Helfern – selbst. Außerdem sind – bei abflachender Konjunktur und sich verschlechternder Beschäftigungslage – auch Gesichtspunkte des Arbeitsmarkts zu bedenken. Für die Kostgänger in der Berliner Glinkastaße nämlich, einschließlich ihrer Chefin, Frau Birthler, wäre es schädlich, würde die westliche Diskretion auch auf ihr östliches Jagdgebiet ausgedehnt. Es könnte bedeuten, daß sie, um ihren Job behalten zu dürfen, erst einmal etwas Ordentliches lernen müßten, zum Beispiel Archivar/in.

Andererseits ist es vielleicht nützlich für den Vorgänger, wenn keine Unterlagen darüber Auskunft geben können, wie oft er sein theologisches Examen hatte ablegen müssen, bevor er Pfarrer und Teil des Vorgangs »Larve« wurde.

Konkret 08/01, S. 31

Fritz Tietz

In diesem Sinne - Auf nach Mallorca

Punkterepublik Deutschland. Neben dem 3-Punkt-Sicherheitsgurt, dem Grünen Punkt des Dualen Systems, der 3-Punkte-Regelung im Fußball und den Flensburger Verkehrssünderpunkten soll es nun auch noch den Punkte-Ausländer geben. So jedenfalls schlug es Anfang Juli die von Rita Süssmuth geleitete Zuwanderungskommission der Bundesregierung vor. Demnach wird künftig die befristete Zuwanderung und dauerhafte Integration außereuropäischer Fachkräfte mit Hilfe eines Punktesystems geregelt, das neben Lebensalter (bis zu 20 Punkten), Ausbildung (bis zu 30), Berufserfahrung (maximal 10) und Deutschkenntnissen (20) auch die Anpassungsfähigkeit (mit bis zu 15 Punkten) bewertet. Um die größtmögliche Punktzahl 100 zu erreichen, kommen für einen einwanderungswilligen Ausländer auch Kriterien wie Pünktlichkeit (plusminus 1 Minute), die Qualifikation der Ehefrau (90-60-90) oder die Anzahl seiner rentenversicherungspflichtigen Kinder (möglichst viele) zum Tragen.

Abgesehen von der mitteldeutschen Mathematiker-Innung, die das System noch durch die Vergabemöglichkeit von halben und viertel Punkten ergänzt sehen will, wird das Süssmuth'sche Punktogramm gemeinhin als pragmatische Maßnahme anerkannt, mit der nicht nur endlich Schaden von der deutschen Facharbeitskräftemangelwirtschaft abgewendet werden wird, sondern insbesondere auch der deutschen Bürokratie neue spannende Herausforderungen zuwachsen: in Gestalt beispielsweise einer zentralen Bundespunktebehörde. Daneben hofft natürlich auch die punktefördernde Industrie auf belebende Impulse. Dem nicht ganz uneigennützigen Ansinnen allerdings des Deutschen Tätowierer-Verbandes, allen Zuwanderern fortan die erreichte Punktzahl auf den Unterarm tätowieren zu lassen, wird nur eine geringe Chance eingeräumt. Man denke eher, so ein Sprecher des Berliner Innenministeriums, an eine Tätowierung auf der Stirn.

Völlig unerwartet scheint sich das Punktesystem der Süssmuth-Kommission aber auch als ein lukrativer Exportschlager zu erweisen. Kaum veröffentlicht, haben sich in den vergangenen Wochen mehrere ausländische Regierungsbehörden an das Bundesinnenministerium in Berlin gewandt, um sich die Verwertungsrechte an Frau Süssmuths Punktesystem zu sichern. So auch das Touristikministerium der spanischen Mittelmeerinsel Mallorca. Die Mallorquiner sehen in dem Punktesystem eine geeignete Möglichkeit, den unkontrollierten Zustrom ausländischer, insbesondere deutscher und britischer Urlauberhorden auf die massentouristisch mittlerweile völlig überlastete Baleareninsel künftig besser regeln zu können.

Dem Vernehmen nach will die Inselregierung für das Punktesystem eine Milliarde an Lizenzgebühren nach Berlin überweisen. Im Preis mit eingeschlossen ist die befristete Zuwanderung der 21köpfigen Süssmuth-Kommission auf die Baleareninsel, um vor Ort das deutsche Punktogramm auf mallorquinische Bedürfnisse umzurüsten. Außer für die Hauptkriterien des Auswahlverfahrens – Lebensalter, Bildung und Kenntnisse der spanischen, besser: mallorquinischen Sprache – sollen auch Punkte für Reichtum, Schönheit, Körpergewicht und Alkoholabstinenz vergeben werden. Zudem soll ein mindestens dreiwöchiger Benimmkurs für jeden Mallorca-Touristen zur Pflicht werden. Wer nicht ein entsprechendes Zertifikat einer anerkannten Benimmschule bei der Einreise vorlegen kann, erhält automatisch null Punkte und wird umstandslos in sein Herkunftsland zurückgeschickt. Selbiges widerfährt allen Mallorca-Touristen, die bei früheren Sauftouren auf die Insel mindestens einmal in ihrem Erbrochenen eingeschlafen sind, was auf immerhin 43 Prozent aller bisherigen Mallorca-Touristen zutrifft.

Urlaub auf Mallorca soll künftig nur noch machen dürfen, wer mindestens 70 Qualitätspunkte erreicht. Zum Vergleich: Der deutsche Schlagersänger Jürgen Drews, selbsternannter Urlauberkönig von Mallorca und Prototyp schlechthin des deutschen Touristen, kam in einem Testlauf auf lediglich drei Punkte. Damit kann er Mallorca in Zukunft getrost vergessen.

Konkret 08/01, S. 32

Ralf Schröder

Der dumme August

Selbst schuld: Im VW-Tarifstreit wurde IG-Metall-Chef Klaus Zwickel zum Feind der Arbeitslosen

Zu den besonders tollen Erfindungen der vergangenen Jahre gehört die Redewendung »Zurückhaltung der Tarifparteien«. Nahezu täglich verlangt oder lobt irgend jemand die Zurückhaltung der Tarifparteien. Die Formel ist etabliert, und sie besagt, daß Unternehmer und Arbeitervertreter zu Verhandlungen zusammenkommen, um gemeinsam gegen zu hohe Löhne und damit für das Allgemeinwohl zu kämpfen. Mit ihrer diskreten Behauptung, Lohnbegrenzung erfordere nicht nur von den Gewerkschaften, sondern gleichrangig von den Kapitalisten eine Verzichtsanstrengung, verbirgt die Formel einen zweiten grandiosen, aber ebenfalls allgemein hingenommenen Schwindel. Das alles wird regelmäßig bekräftigt, wenn die Gewerkschaften als Lohn für ihre großzügige Zurückhaltung von den Kapitalisten Beschäftigungsoffensiven fordern. Obwohl empirisch längst widerlegt, sind sich also Wirtschaftswissenschaft, Unternehmer und Gewerkschaften darin einig, niedrige Löhne seien der Volkswirtschaft potentiell zuträglich. (Daß auch das von der keynesianischen Minderheitsfraktion der Ökonomen behauptete Gegenteil Quatsch ist, tut hier nichts zur Sache).

Die allseits anerkannten Vorteile der Zurückhaltung der Tarifparteien wollte nun das Management der Volkswagen AG wieder demonstrieren. In einer neuen Qualität: Das Unternehmen initiierte, was die Gewerkschaften immer verlangen – eine lupenreine Beschäftigungsoffensive. Man bot der IG Metall an, über die Einstellung von 5.000 Arbeitslosen zum Festpreis von monatlich je 5.000 DM zu verhandeln. Sofort bewarben sich – nach unterschiedlichen Angaben – zwischen zehn- und vierzigtausend Interessenten für die Stellen in der Produktion des neuen Minivans. Schließlich sah VWs »5000 x 5000«-Angebot so aus: Fester Lohn von 4.500 Mark plus 500 DM Prämie, falls monatlich tausend einwandfreie Autos vom Band laufen. Regelarbeitszeit 42,5 Wochenstunden, davon 7,5 Stunden als Qualifizierungszeit, die allerdings bei Bedarf als Puffer für die Fertigung dienen sollten. Keinerlei Zuschläge (etwa für Nachtschichten), keine der VW-üblichen Weihnachts- und Urlaubsgelder, der Samstag als Regelarbeitstag. Der gesamte Produktionsprozeß sollte in »Business Units« ablaufen, eigenverantwortliche betriebliche Einheiten mit einer einzigen, den Betriebsrat integrierenden Führungsebene. Fest eingebaut in dieses Modell, das das Kostenniveau nach VW-Angaben dem eines portugiesischen Zweigwerks angleichen sollte, hatte der Konzern eine Rendite von acht Prozent.

Vor der entscheidenden Verhandlungsrunde hatten sich die Betriebsratshäuptlinge der deutschen Autowerke getroffen und danach die Gewerkschaft ermuntert, den VW-Plan abzulehnen. Das tat IG-Metall-Chef Klaus Zwickel Ende Juni mit der Feststellung, der Konzern habe »den Hals nicht voll bekommen können«. In einer differenzierten Stellungnahme (»Frankfurter Rundschau«, 2.7.) erläuterte Zwickel seinen Standpunkt: Die von VW gewollte »Programmentlohnung« sei ein Rückschritt zum Werkvertrag; hier verpflichtet sich der Beschäftigte, unter einer Entkoppelung von Arbeitszeit und Lohn eigenverantwortlich ein bestimmtes Arbeitsergebnis für ein festes Honorar abzuliefern. Zum zweiten, so Zwickel, habe das VW-Angebot seine Politik der Arbeitszeitverkürzung unterlaufen; der VW-Vorschlag sah Arbeitszeiten von bis 48 Wochenstunden vor. Zudem hätte das Modell den weitaus zivilisierteren »VW-Haustarifvertrag relativ geräuschlos aufgekündigt und die Flächentarifverträge in der Metall- und Elektroindustrie insgesamt unter Druck gesetzt«. Insgesamt, so Zwickel, sei es klares Ziel der IG Metall, auch für Arbeitslose den Anspruch auf tarifliche Beschäftigung aufrechtzuerhalten. Deshalb sei die Behauptung gemein, die IG Metall vertrete ausschließlich die Interessen »der Arbeitsplatzbesitzer«.

Zwickels Verhalten brachte die Vetreter der volkswirtschaftlichen Vernunft ernsthaft in Rage. Die »FAZ« – »es geht um die Macht« – stellte fest, die IG Metall habe einen »handfesten Beleg für ihren eigenen Starrsinn und die viel beklagte Inflexibilität auf dem deutschen Arbeitsmarkt geliefert« und »den potentiellen VW-Mitarbeitern einen Bärendienst erwiesen«. Das »Hamburger Abendblatt« betrauerte das »mutige VW-Tarifmodell« und verzweifelte an der »Halsstarrigkeit«, den »dogmatischen Scheuklappen« und den »Funktionärsplatitüden« der IG-Metall-Spitze. Unter der Überschrift »Arbeitslose brauchen eine Lobby« stand im »Bild«-Kommentar: »Das ist eiskalte Machtpolitik der IG Metall. Rund 5.000 Arbeitslose hätten bei VW ... Jobs haben können – mit mehr Arbeit für weniger Geld. Die IG Metall sagt nein. Sie beharrt auf der 35-Stunden-Woche und auf dem Flächentarifvertrag. Wer so handelt, baut mitten in Deutschland eine neue Mauer!« Die »Hannoversche Allgemeine« hingegen betonte, wie innovativ es sei, das unternehmerische Risiko per Werkvertrag umzuverteilen: »Die Gewerkschaft ist noch immer in der Denkstruktur verhaftet, der Industriearbeiter müsse für seine Anwesenheit bezahlt werden. Eine flexible Arbeitsorganisation, in der ein Beschäftigter – auch aus eigenem Antrieb heraus – so lange arbeitet, bis seine Aufgabe erledigt ist, sieht dieses Dogma nicht vor.« Der niedersächsische Ministerpräsident Gabriel (SPD) stellte in den »Tagesthemen« klar, daß es für die von der IG Metall gehegten Bedenken ohnehin zu spät sei: »Den Dumpingwettbewerb gibt es längst, allerdings eben mit Polen, mit Tschechien, mit Ungarn und anderen osteuropäischen Staaten.«

Daß Zwickel nun zum Gegner der Arbeitslosen gestempelt wird, ist nicht allein dem traditionellen gewerkschaftsfeindlichen Ressentiment der meisten Zeitungsredaktionen zuzuschreiben. Der energische Druck auf die –

ohnehin bereits weitgehend ausgefransten – Flächentarife, der auch aus den Reihen der SPD kommt, gilt der letzten Bastion gewerkschaftlicher Handlungsfähigkeit. Durch seine rückhaltlose Eingliederung in die Standortpolitik der Neuen Mitte (vgl. KONKRET 6/2001), also etwa durch die Teilnahme am Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit oder durch seine Zustimmung zur Zerschlagung des paritätisch finanzierten Rentensystems, hat sich der DGB (sozial-)politisch zum Anhängsel der Schröder-Regierung gemacht. Im Gegenzug wurde man von Rotgrün formell als Machtfaktor anerkannt. Die Basis dieser Macht sind die Kernbelegschaften der nationalen Export- und Dienstleistungsbranchen, die ihrerseits mit der Neuen Mitte sympathisieren.

Kritik an der gewerkschaftlichen Sorge um den deutschen Facharbeiter ist angesichts dieser Anordnung durchaus sachdienlich, allerdings in einem gänzlich anderen Sinne, als von den Deregulierungsfanatikern artikuliert. Während diese die klasseninternen Privilegien der Facharbeiter in einer Art selbstverwalteten und hochtechnisierten Schwitzbude auflösen wollen, ist Zwickels Forderung nach der Verallgemeinerung erträglicher Löhne und Ausbeutungsbedingungen nicht weniger demagogisch: Die IG Metall müßte nämlich an der Tariffront viele der schönen Wettbewerbsinstrumente wieder kaputtmachen oder zumindest neutralisieren, die die rotgrünen Minister unbehelligt oder unterstützt von den Gewerkschaften hergestellt haben. Das aber gibt die etablierte Strategie tarifpolitischer Defensive zum einen nicht her, und zum zweiten würde eine denkbare Offensive Verrat an der Unternehmenspflege der Neuen Mitte, also Landesverrat bedeuten: ein für alle Abteilungen des DGB seit jeher unakzeptabler Gedanke. In der Praxis, so Zwickel mittlerweile zum Fall VW, könne man über alles noch einmal reden. Am Ende siegt sie dann vielleicht doch wieder: die Zurückhaltung der Tarifparteien.

Ralf Schröder schrieb in KONKRET 7/01 über Joschka Fischers Israel-Mission

Konkret 08/01, S. 33

Zu Protokoll

Auszüge aus einer TV-Debatte (Phoenix, 27.6.2001) mit Peter Glotz (Ex-SPD-Bundesgeschäftsführer), Olaf Henkel (Ex-Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie) und Martin Schulze (Moderation) über Globalisierung, Menschenrechte und Gewerkschaften

Glotz: Dieser digitale Kapitalismus, den wir jetzt bekommen ist was anderes als der alte Industriekapitalismus ...

Schulze: Was ist digitaler Kapitalismus? Verstehe ich nicht.

Glotz: Das populärste Stichwort ist das Internet. Dadurch bekommen Sie E-Commerce, Sie bekommen völlig andere Handelsstrukturen, Sie bekommen immer mehr Handelsverflechtungen über die ganze Welt. Sie bekommen sogenannte *global player,* das heißt also, Unternehmen kaufen per Aktien Konkurrenten auf, um immer größer zu werden. Das ist eine neue Form von Marktwirtschaft, und dagegen mobilisieren diese Leute (die Globalisierungsgegner, d. Red.) mit zum Teil schwachsinnigen Argumenten, mit zum Teil richtigen Argumenten.

Schulze: Nehmen wir mal an, China wird jetzt Mitglied in der Welthandelsorganisation. Es gibt Investitionen. Kann man so etwas machen, ohne gleichzeitig sein Augenmerk auf die Menschenrechte zu richten?

Henkel: Nein. Und die Geschichte hat ja auch gezeigt, daß im Reisegepäck der Auslandsinvestitionen in solche Länder Menschenrechte und Demokratie als blinde Passagiere mitkommen. Ich kenne keine soziale Marktwirtschaft ohne Demokratie. Und meine Überzeugung ist, daß die Globalisierungsgegner einen fundamentalen Irrtum begehen, weil sie übersehen, daß ja nicht nur Waren, Dienstleistungen, Investitionen um die Welt gehen, sondern eben auch Ideale. Die Idee der Menschenrechte und die Idee der Demokratie gehen um die Welt. Das ist auch eine Folge der Globalisierung.

Schulze: Das bedeutet doch implizit, äh - braucht man eigentlich Gewerkschaften? Nicht mehr, nicht?

Glotz: Das würde ja nicht mal Herr Henkel sagen. Nehmen Sie mal Südafrika. Da gab es eine Gewerkschaftsbewegung, und da hat Mandela mit dieser Gewerkschaftsbewegung ein großes Stück Freiheit erkämpft. Das hätte natürlich nicht ohne diese politische Bewegung funktioniert.

Henkel: Wenn Sie Mandela heute fragen, dann wird er sich bei Jürgen Schrempp, die kennen sich sehr gut, persönlich dafür bedanken, daß Daimler zwei Sachen gemacht hat. Erstens hat Daimler zu der Zeit in Südafrika die Rassentrennung im Unternehmen nicht akzeptiert, also gegen die etablierten Gesetze verstoßen eine Vorbildfunktion ausgeübt, die dazu geführt hat, daß auch die lokale Industrie unter Druck gesetzt wurde. Das gleiche habe ich damals mit IBM in Südafrika gemacht. BMW hatte ähnliche Strategien gefahren. Das zweite, wofür er sich bedankt, ist, daß wir nicht gegangen sind. Und das ist eine Antwort auf diesen möglichen Vorwurf, daß man sagt, warum investiert ihr jetzt in China, wo die Menschenrechte noch nicht organisiert sind.

Wir hatten früher mal einen Slogan, den finde ich sehr gut der stimmt immer noch: World peace through world trade. Und die gleichen Leute, die heute noch sagen, daß die wirtschaftlichen Kontakte zum Osten in Europa dazu geführt haben, auch dieses Unternehmen sozusagen zu uns zu bringen oder die Mauer einzureißen, können sich doch wirklich schlecht darüber beschweren, daß die Industrie auch in solchen Ländern durch ihre Präsenz und durch das gute Vorbild dafür sorgt, daß auch diese Ideale in diesen Ländern verbreitet werden. Es ist letztlich die Entscheidung der Konsumenten. In der Globalisierung ist der Konsument der König. Und der Konsument beschreibt letzten Endes, wo die Reise hingeht. Und das ist hervorragend so.

Glotz: Trotzdem, das System, das da stattfindet, das hat Verlierer und Gewinner. .

Schulze: Man kann die Wirtschaft nicht sich selbst überlassen.

Henkel: Das sagt auch keiner. Wirtschaft braucht Spielregeln ... und wir brauchen natürlich auch Konsequenzen, wenn wer sie verletzt. Mit der WTO sind wir auf dem Weg dahin.

Schulze: Wenn die großen Konzerne mehr Macht haben als Nationen, was wird daraus, wohin geht das? Kann man die noch einfangen, zügeln, oder ist es gelaufen? Heißt das, daß Gewerkschaften immer weniger Macht haben werden? Und wer ist dann eigentlich der Gegenspieler der Konzerne?

Glotz: Bei den Gewerkschaften liegt es natürlich auch an ihren eigenen Fehlern. Die stellen sich nicht genügend auf die neue Welt ein. Und aus diesem Grund verlieren sie an Zustimmung. Ich halte zum Beispiel die Entscheidung der IG Metall gegen diesen Vorschlag von VW - äh, das ist etwas, wo Arbeitslose sagen werden, die vertreten uns nicht.

Henkel: Wir müssen doch mal klar sagen, historisch sind die Gewerkschaften ein Produkt des vorletzten Jahrhunderts. Sie waren auch notwendig, um den einzelnen zu schützen. Heute sieht die Situation doch ganz anders aus. Heute wäre doch der Unternehmer beknackt, wenn er nicht selbst dafür sorgte, daß seine Menschen an Entscheidungsprozessen beteiligt sind, sonst wird er vom Markt gefegt, wenn seine Menschen nicht motiviert sind. Wenn er sie nicht gut genug bezahlt, laufen sie ihm weg. Also mit ganz wenigen Ausnahmen stellen wir einen weltweiten Trend fest, daß überall der Zug der Gewerkschaften abgefahren ist. Deutschland ist aus verschiedenen historischen Gründen und auch, weil sich die jeweiligen Bundesregierungen mit den Gewerkschaftsführern nie anlegen, eine Ausnahme, und vielleicht auch noch Schweden. In Frankreich haben wir noch 1,4 Millionen Gewerkschaftsmitglieder. Die sind fast alle im öffentlichen Dienst.

Glotz: Das ist schlimm.

Henkel: Das ist gar nicht schlimm. Herr Glotz hat von der neuen *economy* gesprochen, vom digitalen Kapitalismus usw. Die Menschen in diesen Bereichen wollen keine Gewerkschaften mehr. Warum? Wissen Sie, an was die Leute glauben? Die glauben nicht nur an Mitbestimmung, die glauben an Selbstbestimmung. Das ist der Punkt. Die Globalisierung treibt eben auch bessere Rezepte als Mitbestimmung oder Gewerkschaften um die Welt. Die Menschen, die dort arbeiten, sagen, lassen Sie mich bloß in Ruhe mit diesem kollektiven System. Ich weiß selbst, wie ich meine Interessen vertrete.

Glotz: Aber in dem Moment, wo die Sache nach unten geht, fangen die Leute an, durchaus hoch interessiert zu sein an Leuten, die sie verteidigen. Und insofern sind Betriebsräte und Gewerkschaften auch im digitalen Kapitalismus absolut notwendig.

Henkel: Was wollen Sie denn verteidigen? Das Phänomen, daß in der *new economy* Betriebsräte und Gewerkschaften nicht wohlgelitten sind bei den Menschen, das finden Sie auch bei den kleineren und mittleren Betrieben in der normalen *economy.* Was meinen Sie denn, warum der Aufschrei bei diesem neuen Betriebsverfassungsgesetz bei den kleinen und mittleren Betrieben so groß war? Die sagen, um Gottes willen, jetzt müssen wir, obwohl wir gar nicht wollen, jemanden wählen, und dann wird er noch freigestellt. Und natürlich kommt irgendwann mal die IG Metall und setzt ihn unter Druck, und dann haben wir plötzlich diese kollektive Geschichte in unserem Betrieb. Das wollen die Menschen heute nicht mehr.

Schulze: Aber Herr Henkel, es gibt ja doch Konfliktfälle.

Henkel: Die werden im Betrieb gelöst.

Schulze: Sie gehen von einem edlen Unternehmer aus, der sagt, ich sorge für alle meine Leute, dann sind die zufrieden. So ist die Welt ja nun wirklich nicht.

Henkel: So ist die Welt inzwischen. Es tut mir leid.

Schulze: Aber wer ist denn der Widerpart der Unternehmen demnächst? Könnten das, ein Vorschlag, die Staaten selber sein ...

Henkel: Wieso suchen wir immer einen Widerpart? Ich verstehe das nicht. Gerade in dieser Gesellschaft, wo Konsens immer das Lieblingswort aller Politiker ist, braucht man einen Widerpart. Was soll das? Der Widerpart - der Vertreter

meiner Interessen bin ich. Ich kann das selbst. Das ist das aufgeklärte Selbstverständnis der neuen jungen Leute. Und das finden Sie überall in der Welt. Ich brauche keinen Vormund, um mich vertreten zu lassen.

Schulze: Sie nicht ...

Henkel: Meine Kinder werden das auch nicht brauchen.

Konkret 08/01, S. 34

Gaby Hommel

... und nicht weiter

Auch die »Festung Europa« läßt sich nicht hermetisch abriegeln. Schlupflöcher lassen sich immer finden. Allerdings steigt ihr Preis ebenso wie der Aufwand der Gegenseite, sie zu schließen

Horst W. aus Castrop-Rauxel ist ein Sozialdemokrat alter Schule. Als Betriebselektriker auf verschiedenen Zechen im Ruhrgebiet hat er seine Rente redlich verdient. Nicht Parteiämter oder Gewerkschaftsfunktionen, sondern seine Ersparnisse haben ihm den Kauf eines Kleinbusses ermöglicht, mit dem er seit dem Tod seiner Frau jedes Jahr ein paar Monate durch Italien, Frankreich oder Spanien gondelt.

Im Sommer 1993 dient der Wagen einem anderen Zweck. Auf einem Feldweg kurz vor der dänischen Grenze entsteigen ihm mehrere Personen. Während sie zu Fuß verschwinden, wendet das Fahrzeug und passiert einen nahen Grenzübergang. Auf deutscher Seite wird der Vorgang beobachtet und umgehend den dänischen Behörden gemeldet. Diese greifen kurze Zeit später vier Männer auf, denen außer dem Wort »Asyl« nicht viel mehr zu entlocken ist, als daß sie aus Rumänien stammen. Der Minitransporter wird wenige Kilometer entfernt gestoppt. Am Steuer sitzt Horst W. und gibt unumwunden zu, ein Gruppe von Roma an die grüne Grenze chauffiert zu haben, um sie nach ihrem illegalen Übertritt auf dänischer Seite wieder aufzunehmen und in die nächste Stadt zu bringen. Als Motiv für seine Unternehmung gibt er die drohende Abschiebung der Leute aus der Bundesrepublik und die Überzeugung an, mit der Unterstützung ihrer Weiterflucht nur seine Pflicht und Schuldigkeit getan zu haben. Diese Einlassungen und der Verzicht auf das Einlegen von Rechtsmitteln bringen dem 68jährigen ein Schnellverfahren sowie zwei Monate Haft in einem dänischen Provinzgefängnis ein.

Mehr Glück hat Gisela A., die sich auf Bitten eines kurdischen Freundes im Januar 1995 ins Auto setzt, um dessen Verlobte am Prager Flughafen abzuholen. In einem tschechischen Dorf an der Grenze zu Bayern trennen sich die beiden Frauen. Die Braut wird von einem Geschäftsmann, dessen Gewerbe im örtlichen Telefonbuch pikanterweise als »Im- und Export« eingetragen ist, auf eine kleine Anhöhe geführt. Am Fuß des Hügels behindert lediglich ein marodes Drahtgeflecht den Zugang auf den Parkplatz eines Supermarkts, der bereits auf deutscher Seite liegt. Und hier findet sich auch ihre Unterstützerin wieder ein, um die Kurdin, der ein Visum zur offiziellen Einreise in die BRD verweigert wurde, aus der Gefahrenzone zu bringen. »Einschleusung« heißt die Handlung von Gisela A. im deutschen Ausländergesetz und kann mit Geld- oder Haftstrafe bis zu fünf Jahren oder sogar, wenn sie gewerbsmäßig erfolgt oder von dem »Mitglied einer Bande« durchgeführt wird, mit zehn Jahren Knast geahndet werden. Neben der Anstiftung und der Beihilfe zum illegalen Grenzübertritt, einschließlich des Transports, der Unterbringung, Verpflegung und sonstigen Versorgung unberechtigter Einwanderer und Einwanderinnen, steht selbstverständlich der Vorgang als solcher unter Strafe. Bis zu einem Jahr Freiheitsentzug droht Personen, die es ohne Erlaubnis wagen, den Fuß auf bundesrepublikanischen Boden zu setzen.

In der Regel riskieren die Betreffenden allerdings unvergleichlich mehr. 57 Männer, Frauen und Kinder, die Angaben des brandenburgischen Innenministeriums zufolge in den vergangenen acht Jahren beim Versuch des Grenzübertritts in Oder und Neiße ertranken, legen hierfür ein schreckliches Zeugnis ab. Ebenso die beiden Jungen, die in Guinea-Conakry in die Triebwerke eines Flugzeug krabbelten und als Leichen auf dem Brüsseler Flughafen ankamen. Der herzzerreißende Appell an »Eure Exzellenzen, die Herren, Mitglieder und Verantwortlichen von Europa«, den Yaguine Koita und Fodé Tounkara mitführten, schreckte im August 1999 die Weltöffentlichkeit auf. Heute ist er genauso vergessen wie der tägliche Verzweiflungsakt einer Vielzahl namenloser Menschen, die sich unter Züge hängen, in Schiffscontainer oder Lkw-Hohlräume quetschen, in Schlauchbooten die Meerenge von Gibraltar zu überwinden suchen oder sich zu Hunderten sogenannten Seelenverkäufern anvertrauen. Für Schlagzeilen sorgen die an der Westküste Afrikas, im Golf von Aden, in der Ägäis, der Adria oder dem Mittelmeer herumirrenden Flüchtlingsschiffe bestenfalls dann noch, wenn sie – wie im vergangenen Februar die »East-Sea«, die 900 kurdische Flüchtlinge an der Côte d'Azur absetzte – das europäische Kernland erreichen. Einen entsprechend unvollständigen Einblick in das Ausmaß weltweiter Fluchtbewegungen liefern folgende Meldungen, die im Juni diesen Jahres über die Nachrichtenticker gingen:

Rom, 5. 06. (AFP) An der süditalienischen Küste sind am Montagmorgen etwa 430 Flüchtlinge, größtenteils Kurden, an Land gegangen. Wie die Hafenmeisterei von Crotone in Kalabrien mitteilte, waren unter den Flüchtlingen an Bord des 30 Meter langen Boots zahlreiche Frauen und Kinder. Sie wurden in ein nahe gelegenes Auffanglager gebracht. Ersten Ermittlungen nach zahlten sie pro Person umgerechnet bis zu 5.800 Mark (fast 3.000 Euro) für die Überfahrt. Das Boot war den Angaben zufolge mehrere Tage von der Türkei aus unterwegs. Die Flüchtlinge seien bei bester Gesundheit, hieß es.

Rom, 11. 06. (AFP) Vor der süditalienischen Küste ist am Sonntagabend ein Boot mit etwa 30 albanischen Flüchtlingen an Bord gekentert. Rund ein Dutzend der Schiffbrüchigen wurde nach dem Unglück noch vermißt, wie die Küstenwache am Montag mitteilte. Das Boot kenterte nur 300 Meter vor der Küste. Einige Flüchtlinge schwammen an den Strand der apulischen Küste, wo sie aufgegriffen wurden.

Athen, 15. 06. (dpa) Beim Versuch, aus der Türkei illegal nach Griechenland zu gelangen, sind mindestens sieben Menschen im Ägäischen Meer ertrunken. Wie der griechische Rundfunk am Freitag meldete, verlief die Suche nach mindestens drei Vermißten ergebnislos. Weitere 59 illegale Einwanderer, zumeist irakische Kurden, und ein griechischer Schleuser hätten sich auf ein Felseneiland östlich der Kykladeninsel Mykonos gerettet. Dort war das Schnellboot des Schleusers nach einem Motorschaden bei starkem Wind zerschellt.

Rom. 15. 06. (dpa) Mehr als vier Jahre nach einer der größten Flüchtlingstragödien im Mittelmeer hat eine italienische Zeitung erstmals Fotos von dem Wrack des damals untergegangenen Schiffs veröffentlicht. Der »größte Friedhof des Mittelmeers« befinde sich in 108 Meter Tiefe zwischen Malta und Sizilien und berge Dutzende von Skeletten, berichtete »La Repubblica« am Freitag. »Wir haben das Geisterschiff« gefunden, titelte das Blatt. Bei dem Drama zu Weihnachten 1996 waren mehr als 280 asiatische Flüchtlinge ums Leben gekommen.

Bratislawa, 17. 06. (dpa) In der Slowakei sind am Wochenende fünf weitere ertrunkene Flüchtlinge aus Indien gefunden worden. Bereits unmittelbar nach dem Unglück vor einer Woche war ein toter Inder gefunden worden. Elf weitere Flüchtlinge, die durch den Hochwasser führenden Grenzfluß nach Tschechien schwimmen wollten, werden noch vermißt. Die Gruppe von insgesamt 20 Indern hatte versucht, die March bei Kopcany (rund 60 Kilometer nördlich der slowakischen Hauptstadt Bratislawa) zu überqueren. Drei von ihnen wurden von slowakischen Grenzbeamten noch am Flußufer gefaßt.

Nairobi, 18.06. (dpa) Seit Unterzeichnung der Flüchtlingskonvention der Organisation Afrikanischer Einheit (OAU) im Jahr 1996 erinnert zumindest einmal im Jahr der »Tag des afrikanischen Flüchtlings« an das Schicksal der Millionen Flüchtlinge auf dem Schwarzen Kontinent. »Auch wenn der 20. Juni in diesem Jahr erstmals zum ›Weltflüchtlingstag‹ umgetauft wird, ändert das nicht, daß Afrika der Brennpunkt bleibt – der vergessene Brennpunkt«, sagt Dominic Bartsch, Sprecher des UNHCR in der kenianischen Hauptstadt Nairobi.

London, 19. 06. (dpa) Sechs russische Asylbewerber haben am Dienstag versucht, den Ärmelkanal zwischen Frankreich und Großbritannien in einem Boot mit Paddeln zu überqueren. Wie die Polizei am Dienstag im südenglischen Fährhafen Dover mitteilte, wurden die Flüchtlinge am Vormittag etwa 35 Kilometer vor der französischen Küste von einer Fähre bemerkt.

London, 22.06. (dpa) Das seit drei Wochen vor Westafrika umherirrende Schiff mit mehr als 150 Liberianern an Bord dümpelt in einer gefährlichen Notlage vor Togo. Dem britischen Sender BBC sagte die Frau des schwedischen Kapitäns, »die Lage ist verzweifelt«. An Bord gebe es weder Treibstoff noch Wasser noch Lebensmittel. »Das Leben der Menschen ist in Gefahr.«

Istanbul, 24.6. (dpa) Die türkische Küstenwache hat auf einem Schiff in der Nähe der Küstenstadt Tekirdag im Marmarameer 277 Flüchtlinge entdeckt. Die Menschen sollten nach Italien und in andere europäische Länder gebracht werden. Das unter ukrainischer Flagge fahrende Schiff mit dem Namen »Tapxahkyt« wurde in der Nacht zum Samstag entdeckt. Die Menschen stammten unter anderem aus Afghanistan, dem Iran, Irak, Bangladesch und der Türkei. Die Flüchtlinge sollen für den illegalen Transport pro Person zwischen 2.000 und 2.500 Dollar gezahlt haben.

Nairobi/Lagos, 26.06. (dpa) Für 186 Liberianer ist am Dienstag ihre tragische Irrfahrt vor der westafrikanischen Küste zu Ende gegangen. Nach über dreieinhalb Wochen auf See lief das schwedische Schiff »Alnar« in den Hafen der nigerianischen Stadt Lagos ein. Lokalen Rundfunkberichten zufolge haben alle Passagiere, darunter 79 Kinder, die Fahrt überlebt. Nach ihrer medizinischen Versorgung werden die Passagiere in ein Flüchtlingslager außerhalb der Wirtschaftsmetropole transportiert. Nach Informationen des Radiosenders BBC haben einige der Angekommenen bereits zugegeben, Flüchtlinge aus dem westafrikanischen Land zu sein. Sie stammten aus dem liberianischen Bundesstaat Lofa, in dem sich Rebellen und Regierungssoldaten seit Monaten erneut heftige Gefechte liefern. Der Kapitän des Schiffes, Henning Kielberg, hatte behauptet, sämtliche seiner Passagiere seien im Besitz gültiger Papiere für die Einreise nach Ghana. Die »Alnar«, die am 1. Juni in der liberianischen Hauptstadt Monrovia abgelegt hatte, war jedoch in Ghana abgewiesen worden. Auch Benin und Togo versagten die Einreise. Um die unfreiwillig lange Reise der eingepferchten Menschen zu beenden, gab Nigeria schließlich auf Drängen der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (Ecowas) die Erlaubnis zum Anlaufen von Lagos.

So wenig in diesen wie in anderen Nachrichten über die Ursachen weltweiter »Flüchtlingsdramen« zu lesen ist, so unbeachtet bleibt auch das weitere Schicksal aufgegriffener Grenzgänger/innen. Ob sie in Auffanglager oder hinter Gittern landen, in ihr Herkunftsland oder einen anderen Staat abgeschoben werden, einfach sich selbst überlassen bleiben, weiterfliehen, letztlich überleben oder auch nicht: Die herrschende Öffentlichkeit interessiert der Preis der Flucht nicht. Statt dessen wird in Mark, Dollar und neuerdings Euro errechnet, was – ist nicht gerade ein schwedisches Ehepaar im Spiel – die Dienste sogenannter Schlepper oder Schleuser kosten. Von ökonomischer Auspressung ihrer »Opfer« und grausamen Praktiken auch ansonsten ist die Rede, von Mafiamethoden, osteuropäischen oder albanischen Banden und seit jüngstem von »Snakeheads«, die für den qualvollen Erstickungstod von 58 Chinesen auf der Fähre von Rotterdam nach Dover im Juni letzten Jahres verantwortlich sein sollen. Tatsächlich gefaßt und verurteilt wurden ein Lastwagenfahrer, eine

Tellerwäscherin sowie sieben weitere Handlager. Doch gelten die gegen sie verhängten langjährigen Haftstrafen als Exempel im Kampf gegen das »internationale Schleusertum«. Der britische Richter Alan Moses zog gar die Genfer Flüchtlingskonvention heran, um die Härte der Urteile als Pflicht der Unterzeichnerstaaten und ganz im Sinne des Flüchtlingsschutzes zu verkaufen. Eine unfreiwillige Karikatur des »Schocks von Dover« lieferte der englische Automobilclub mit seiner diesjährigen Aufforderung an alle Osterurlauber, ihre Pkw und Wohnmobile bei einer Überquerung des Ärmelkanals sorgfältig zu kontrollieren, da seit der Einführung scharfer Kontrollen bei Berufspendlern private Reisende zum – so wörtlich – »Hauptziel« von Flüchtlingen geworden seien.

In ähnlicher Weise stellen europaweite Debatten und Maßnahmen das Problem auf den Kopf, die unter dem Stichwort »Menschenhandel« firmieren. »An den Stränden im Süden Spaniens werden tagtäglich die Leichen illegaler Einwanderer angeschwemmt«, beklagte etwa die Sozialistin Carmen Cedeiria kürzlich im EU-Parlament und forderte zur Abschaffung des Übels entschlossenes Handeln gegen die Ausbeutung notleidender Menschen durch – was lehrte Rosa Luxemburg? – »Schleuserbanden«. Doch nicht nur, daß gemäß dem Motto »Haltet den Dieb« von den wirklichen Ursachen der weltweiten Flüchtlingsströme und ihren tödlichen Folgen abgelenkt wird – unter dem Vorwand, kriminellen Machenschaften begegnen zu wollen, werden ebendiese durch die fortschreitende Abriegelung der Grenzen von Lappland bis Gibraltar gefördert und wird, weit wichtiger, das eigentliche Ziel, die Bekämpfung illegaler Einwanderung, vom Geschrei über die Brutalität und Habgier einiger Figuren verdeckt, die im internationalen Geschäft mit Flüchtlingen nur Nebenrollen spielen.

Mit welchen Mitteln man dabei vorgeht, zeigt der Beschluß der europäischen Justiz- und Innenminister Ende Mai in Brüssel, neben einer Vereinheitlichung der Strafen für Fluggesellschaften, die Personen ohne gültige Papiere befördern, das Delikt des »Menschenhandels« auf die Anwerbung, den Transport und die Aufnahme von Menschen ohne Aufenthalts- beziehungsweise Reisegenehmigung auszuweiten. Eine noch weit deutlichere Sprache sprechen Aktivitäten, die bezeichnenderweise von Fachleuten wie der schwedischen Staatssekretärin für Entwicklung, Zuwanderung und Asyl getragen werden, die nach einem Treffen des Balkan-Stabilitätspakts (!) am 3. April dieses Jahres gemeinsame Schritte gegen – wie es in einem Atemzug heißt – Menschenhandel und die wachsende illegale Einwanderung vornehmlich aus Asien und dem Mittlerem Osten ankündigte. »Der westliche Balkan ist eine Drehscheibe für illegale Einwanderung in die Europäische Union«, befand Gun-Britt Andersson und versprach Abhilfe durch die Entsendung von Experten, die lokale Behörden in Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Jugoslawien, Mazedonien und Albanien bei Grenzkontrollen und neuen Gesetzesvorhaben unterstützen sollen.

Überraschend ist dabei nicht der Versuch, jenseits der Effektivierung von Abschiebemaßnahmen und sonstigen Aufräumarbeiten im Inneren sowie der Bewachung der eigenen Grenzen die Abwehr von Flüchtlingen ins Vorfeld der »Festung Europa« zu verlegen. Entsprechende Anstrengungen sind spätestens seit dem Abkommen von Schengen, der sogenannten Drittstaatenregelung und der Intervention im Kosovo bekannt, die – wie vor allem von deutscher Seite wiederholt erklärt wurde – auch den Zweck hatte, eine Fluchtwelle ähnlich dem gleichfalls mit militärischen Mitteln bekämpften Massenexodus aus Albanien 1997 in die Staaten Zentraleuropas zu verhindern. Speziell die Entsendung westeuropäischer Polizeibeamter und Grenzschützer, Verwaltungsbeamter, Mitarbeiter/innen von Wohlfahrtsverbänden und sonstiger Experten, um Fluchtrouten und Sammelpunkte der Migration in allen Teilen der Welt zu kontrollieren, ist so alt wie die Abschaffung des Asylrechts in Deutschland und, nachfolgend, in seinen Nachbarländern. Unter dem Etikett »Bekämpfung der internationalen Schlepperindustrie« wird so das Einsatzgebiet der Allzweckwaffe »humanitäre Notwendigkeit« erheblich ausgeweitet. Der Spieß aber läßt sich umdrehen. Ausgerechnet Bundesinnenminister Schily hat im Rahmen einer Ministerratstagung zum Thema »EU-Asylpolitik« im März dieses Jahres festgestellt: »Wenn es heute Länder gibt, die menschenrechtswidrige Praktiken haben, kann man jemanden, der einen Menschen aus dieser Situation herausholt, nicht bestrafen.«

Gaby Hommel schrieb in KONKRET 6/01 über Ulrich Herberts »Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland«

Konkret 08/01, S. 37

Peter Bern

Gruppenbild mit Nazisse

Eine Nazifunktionärin sorgt an der Universität Hamburg für Empörung unter ihren Kommilitoninnen und Kommilitonen – über die Gruppen, die ihre Anwesenheit öffentlich machten

An der Uni Hamburg, der Alma mater jener Stadt, in der »alles anders« gewesen sein soll, ohne daß etwas anders war, war auch nichts anders. Etwa zwei Drittel der Lehrenden waren in der NSDAP, neben Korporationen und der Hochschulgruppe des »Stahlhelm« gab es einen studentischen SA-Sturm, den NS-Studentenbund und eine »Arbeitsgemeinschaft Nationalsozialistischer Studentinnen«. Nach Kriegsende wußte man ob der Nazis in der Akademie, pflegte aber darüber zu schweigen. Erst zwei Jahrzehnte nach Kriegsende leistete die studentische Basis Kritik an der Institution. Die Rückschau der Uni Hamburg in den Folgejahren tat keiner wissenschaftlichen Biographie mehr weh. Dafür fielen einige Legenden: Akademische Rationalität und faschistischer Wahn, so ließ sich feststellen, schließen sich nicht aus.

Inzwischen haben sich die Dinge geändert, einige sogar gründlich. Mittlerweile trifft an derselben Hochschule institutionelle Vernunft auf basisdemokratischen Wahn. In der Märzausgabe der Frauenzeitschrift »Allegra« wurden Aktivistinnen der »Mädelschar Deutschland« (MSD) vorgestellt. Neben Selbstverständnis und Aktionen der Gruppe wurde ausführlich über das »zivile Leben« der Frauen als Arzthelferin, Angestellte oder Studentin berichtet. Aufgelockert war die Reportage mit Porträtfotos der bekennenden Nationalsozialistinnen. Als »Mutter der Kompanie« inszenierte sich dort auch die 31jährige Inge Nottelmann. Sie studiere Geschichte an der Hamburger Universität, »die Kommilitonen wüßten Bescheid über sie und ihre Ansichten. Auch ihre Profs.«, schrieb »Allegra«. Mit Nottelmann hatte das Magazin einen Kader des norddeutschen Nazinetzwerkes herausgegriffen. Eine Multiplikatorin, die sich akademisch schulen läßt.

Der über diese Szene gewöhnlich gut informierte Regionalteil der »Tageszeitung« lieferte einen Hintergrundartikel über die »Mädelschar« und deren Hamburger »Führerin«: Die Studentin sei bereits als Anmelderin bei diversen Naziaufmärschen und -aktionen in der Hansestadt aufgetreten und gehöre ins Umfeld des verbotenen »Hamburger Sturms«. Auch hier Fotos, die die Frau in ihrem »Kampf für Deutschland« zeigen, allerdings weniger ästhetisierende. Schließlich verteilten antifaschistische Gruppen, die mediale Präsenz nutzend, Flugblätter und Plakate auf dem Campus.

Nottelmann selbst reagierte darauf mit Anzeigen, auch gegen die Uni, wegen »mangelnder Sorgfaltspflicht« und beantragte Personenschutz beim LKA. Beide Behörden waren mit dem Fall »nicht glücklich«, wiesen aber darauf hin, einer »sozialen Isolation der Frau unter ihren Kommilitoninnen und Kommilitonen« nichts entgegensetzen zu können, solange »sie nicht in ihren Grundrechten eingeschränkt werde«. Insgesamt hänge man aber »die Sache sehr tief«.

Weniger entspannt reagierte die studentische Basis. »Zu brutal«, fand der AStA die Verbreitung der Bilder aus der Frauenzeitschrift, der Fachschaftsrat Geschichte hatte derartige Probleme mit der Form der Akti- on (»Fahndungsmethoden«), daß er der Kampagne die Unterstützung verweigerte. Das Herausgreifen einer »konkreten Figur« bleibe auf der »personifizierenden Ebene«, der gesamtgesellschaftliche Kontext werde vernachlässigt. Tatsächlich hatte die Initiative aber auf ihren Flugblättern mit gesellschaftlichen Einschätzungen nicht gespart. Daß man sich den politischen Schritt vorbehielt, führende Nazis bekanntzumachen, war eher Stein des Anstoßes.

In der Kritik der Aktionsform sollte der akademische Nachwuchs auch bald lobende Unterstützung von berufener Seite erhalten. Das »linksradikale Spektrum« plakatiere »Steckbriefe«, befand das konservative »Hamburger Abendblatt« und formulierte auch sonst gründlich vorbei: »Inge Nottelmann«, so ein Artikel, der sich der Kampagne, nicht der Nazifunktionärin widmete, sei »aus der Anonymität der braunen Masse herausgetreten«. Das traf's nicht ganz, eher war sie aus der Anonymität der Hamburger Universität herausgezerrt worden. Was nun vom »Abendblatt« als »Menschenjagd« beschrieben wurde, arbeitete indessen mit Kanzler-Paraphrasen: »Alle Anständigen, die Inge Nottelmann an der Uni, in der Mensa oder in Seminaren begegnen«, seien gefordert, so die Flugblätter, »aufzustehen und ihr unmißverständlich klarzumachen: Für Nazis ist kein Platz an dieser Uni!«

Eine ganze Reihe Studierender sah das jedoch anders. Man bewertete die Weltanschauung der Frau ähnlich wie irgendeinen Fall kultureller, sexueller oder sonstiger Devianz und wertete deren »Outing« als diskriminierenden Akt. Es solle grundsätzlich niemand ausgegrenzt werden, die Kampagne sei eine »Hetzjagd« und ein »Aufruf zur Gewalt«. Seitens der Initiatoren der Aktion gewann man mittlerweile den Eindruck, die Tatsache, daß es um einen weiblichen Nazikader ging, mobilisiere zusätzlich zum politischen Unwillen patriarchale Reflexe wie Beschützerinstinkt oder die Unterschätzung Nottelmanns.

Studentische Reaktionen, wie die in einer Diskussion geäußerte, man könne ihr »ja gleich einen Judenstern aufstempeln«, verheißen auch für die Zukunft der Hamburger Geschichtswissenschaft nichts Gutes. Das Entlarven einer Nazifunktionärin mit der »Kennzeichnungspflicht für Juden« im Nationalsozialismus gleichzusetzen, zeugt von einem Uni-Milieu, das es nicht mehr so genau wissen will. Anti-Nazi-Arbeit, so der Geistesblitz, stigmatisiere eben Nazis, verteile also »Judensterne«.

Eine eigenwillige Definition, denn Fotos zeigen Inge Nottelmann mit dem Zeichen der »Schwarzen Sonne«, einem Emblem der »freien Kameradschaften«, das einem Bodenmosaik in der SS-Wewelsburg entlehnt wurde – Hausherr: Heinrich Himmler. Die Einführung des »Judensterns« geht übrigens auf Vorschläge von dessen rechter Hand, Reinhard Heydrich, zurück.

Aber woher soll die Fähigkeit, Täter- und Opfersymbolik zu unterscheiden, auch kommen? Dr. Führer, dessen Vorlesung Nottelmann beiwohnte, wird vom »Abendblatt« zitiert: »Ich werde keine Selektierung von Studenten vornehmen.« Ein Historiker, der sich einer Zeitung gegenüber ausgerechnet mit dem Begriff der »Selektierung« vernehmen läßt, wenn es um einen aktiven Nazikader in seinem Auditorium geht, dürfte diesen in seiner Vorlesung über den Nationalsozialismus kaum verstimmen.

Peter Bern schreibt für die Zeitschrift »Der Rechte Rand«

Konkret 08/01, S. 38

Thomas Uwer, Thomas von der Osten-Sacken

»Völlige Befreiung«

Die Palästinenser eskalieren den Nahost-Konflikt, den sie doch nur verlieren können. Bislang scheint ihre Rechnung aufzugehen. Nach zehn Monaten Intifada wird der Staat Israel selbst offen in Frage gestellt

Die Staatsbesuche des israelischen Ministerpräsidenten Sharon in Frankreich und Deutschland haben die arabischen Medien zu Recht als einen Sieg im Kampf gegen den »zionistischen Aggressor« verbucht. Denn während die beiden europäischen Regierungen zwar auch die Palästinenser verbal auf eine Einhaltung des Mitchell-Plans drängten, ließen sie keinen Zweifel daran aufkommen, wem sie das absehbare Scheitern des amerikanischen Friedensplans zur Last legen werden. Keiner der europäischen Staaten hat bislang konkrete Schritte unternommen, den Friedensplan praktisch zu unterstützen. Angesichts der in Belgien anhängigen Klage gegen Sharon wegen Völkermordes und Kriegsverbrechen im Zusammenhang der 1982 von libanesischen Falangisten verübten Massaker in Sabra und Shatila, muß Gerhard Schröders Erklärung zum Sharon-Besuch in Berlin, das »Selbstbestimmungsrecht der Völker« stelle die Basis deutscher Politik auch im Nahen Osten dar, als offene Drohung verstanden werden. Sharon weiß nun, daß er auch in Europa längst nicht mehr als israelischer Ministerpräsident, sondern als Personifikation eines Landes wahrgenommen, dem als Staat jene Behandlung zu Teil wird, die Hans Mayer einst dazu verleitete, Israel als den »Juden unter den Nationen« zu bezeichnen und die ihren aktuellsten Ausdruck in den Erklärungen des Bundeskanzlers gefunden hat, der auch mehr als fünfzig Jahre nach Gründung Israels noch betonen mußte, daß Deutschland das Existenzrecht Israels anerkenne, und der sich zugleich darüber beschwerte, daß er »mehr als einen Rat nicht geben« könne. Der unbeliebte Sharon ist zum Synonym für den unliebsamen Staat Israel geworden.

In dieser Gleichsetzung liegt der größte Erfolg der palästinensischen Milizen nach zehn Monaten Intifada. In der arabischen Welt besteht längst kein Zweifel mehr daran, daß es um Israel geht, wenn von Sharon die Rede geht, der »nichts weiter (ist) als ein Kriegsverbrecher und ein Terrorist, der vor ein internationales Gericht gestellt werden sollte« (»Tishrin«, Syrische Tageszeitung, 10.7.2001). Die daraus resultierende Kompromißlosigkeit der Konfrontation machen sich zunehmend auch die europäischen Staaten zu eigen. Nicht nur fordern zu jeder Gelegenheit europäische und arabische Staaten die Entsendung internationaler Schutztruppen, längst auch hat die EU signalisiert, daß sie bereit ist, Übergriffe und Anschläge auf Israelis in der Westbank und im Gazastreifen zu dulden. Während Arafats Aufruf, jeden Tag einen Siedler zu töten, wie am 12. Juli die israelische Tageszeitung »Maariv« meldete, unkommentiert hingenommen wurde, sucht man die Verantwortung für die Anschläge von Hamas und Islamischem Djihad in der israelischen Politik, die eben auf eine Schwächung der Palästinensischen Nationalverwaltung zugunsten islamischer Terrorgruppen hinauslaufe. Der seit nunmehr neun Monaten zu beobachtende Versuch Arafats, den Konflikt zu entgrenzen und zu internationalisieren, trägt somit Früchte.

Längst geht es der palästinensischen Führung nicht mehr darum, Israel mit Gewalt an den Verhandlungstisch zu bringen. »Keine politischen Verhandlungen oder gar politischen Gespräche (sind) mit der jetzigen israelischen Regierung möglich«, erklärte der Leiter der palästinensischen medizinischen Hilfsdienste Mustafa Barghouti, der für seine Leistungen gerade von der Weltgesundheitsorganisation ausgezeichnet wurde – sie müsse vielmehr »umzingelt und gestürzt« werden. Laut jüngsten palästinensischen Umfragen votieren inzwischen 41,2 Prozent der Befragten für eine »völlige Befreiung Palästinas«, was nichts anderes bedeutet, als die Zerschlagung Israels. Gerade einmal 9 Prozent sehen in der Intifada ein politisches Druckmittel für Verhandlungen. Diese Entwicklung geht mit einem vollständigen Verzicht auf konkrete Lösungsvorschläge einher. Wurde in Scharm al-Sheikh noch über die zukünftige Verfassung eines palästinensischen Staates diskutiert, so drehen sich die Auseinandersetzungen mittlerweile einzig noch um Fragen der praktischen Abwicklung des Kriegszustandes bzw. darum, um welche Uhrzeit der aktuelle US-vermittelte Waffenstillstand beginnen soll. Die Intifada ist zum Selbstzweck geworden. Längst auch kommt von palästinensischer Seite außer Durchhalteparolen kein Vorschlag mehr, der am Verhandlungstisch diskutiert werden könnte. Wenn die Tatsache, daß inzwischen 62 Prozent der Palästinenser weniger als zwei Dollar am Tag verdienen, einzig noch als Drohung, man habe eh nichts mehr zu verlieren, gegen Israel gerichtet wird, scheint außer dem Alles-oder-Nichts keine Lösung mehr in Sicht.

Mit der Verhärtung der Positionen geht eine Libanisierung des Konflikts einher, die den Kriegszustand in den palästinensischen Gebieten als gesellschaftlichen Idealzustand festschreibt. »Auf dem Schlachtfeld ist die Koordination vorbildlich. Es gibt eine einheitliche Führung der Intifada und mehrere Nebenkomitees, aber das ist alles auf Volksebene. Dort sind nicht nur Fatah und Hamas vertreten, sondern auch Institutionen der Zivilgesellschaft« (Barghouti). Die Durchstrukturierung der palästinensischen Gesellschaft, die im zehnten Monat der Auseinandersetzung an der Basis vollständig verarmt ist, während die PLO ihre Abschöpfung internationaler Zuwendungen im Jahr 2000 auf geschätzte 50 Milliarden US-Dollar gegenüber den 38 Milliarden von 1998 noch gesteigert hat, lebt von der Zuspitzung der Konfrontation. Seit dem Inkrafttreten des Tenet-Planes hat die israelische Armee 330 Angriffe aus palästinensischen Stellungen gezählt, bei denen zehn Israelis ums Leben kamen. Zugleich starben bei Gefechten mehr als 20 Palästinenser.

Die Strategie, »Israel von innen zu destabilisieren« (Barghouti) und andere arabische Staaten in die militärische Eskalation hineinzuziehen, kommt denjenigen europäischen Akteuren zupaß, die an einem stärkeren Engagement im Nahen Osten interessiert sind. In Israel fürchtet man, daß ohne Druck der USA auf Arafat in Kürze jenes Worst-case-Szenario Wirklichkeit werden könnte, dessen Umsetzung militärische Hardliner seit Monaten fordern: die Zerschlagung der palästinensischen Administration und ihrer Milizen im Zuge einer militärischen Wiederbesetzung von Westbank und Gazastreifen. Der Verantwortliche für eine solche Besetzung wäre wiederum Sharon. Ein Szenario, daß der Chef des israelischen Nachrichtendienstes, Amos Malka, im israelischen Radio so erklärte: Die Palästinenser versuchen, »uns zu zermürben, uns zu Fehlern zu verleiten, die internationale Einmischung zu stärken und ... die gesamte arabische Welt mit hineinzuziehen – und all dies mit dem Ziel, den Konflikt fortzusetzen und eskalieren zu lassen«. Die palästinensische Eskalation allerdings ist nur ein Teil des Konfliktes. Die Delegitimation Israels betreiben längst diejenigen, die beständig Sharon mit Israel identifizieren.

Thomas von der Osten-Sacken und Thomas Uwer schrieben in KONKRET 6/2001 über Möllemanns Entdeckung des arabischen Marktes

Konkret 08/01, S. 39

□ u Protokoll

KONKRET dokumentiert, leicht gek□ r□ t, einen Beitrag aus der israelischen Tages□ eitung □ Ha□aret□ □ (27.6.2001) □ ber die Haltung der Pal□ stinenser □ u Intifada, (Selbst-)Mordattentaten und Friedenspro□ e□ so□ ie, vollst□ ndig, eine Pressemitteilu des stellvertretenden FDP-Bundesvorsit□ enden J□ rgen W. M□ llemann □ um Besuch des s□ rischen Diktators Assad in Berlin

Ze'ev Schiff

Was die Palästinenser denken

Vieles hat sich in Palästina verändert, seit Arafat den bewaffneten Kampf gegen Israel ausgerufen hat, sowohl im Alltagsleben als auch in der öffentlichen Meinung und den politischen Positionen. In Israel sind die Ergebnisse von Meinungsumfragen durch palästinensische Institute und andere Experten immer mit Interesse verfolgt worden; heute sind solche Erhebungen selten; ihre praktische Durchführung ist schwierig geworden, weil die israelischen Verteidigungskräfte Ausgangssperren über palästinensische Dörfer und Städte verhängt haben. Obwohl die statistische Genauigkeit solcher Meinungsumfragen heute also nicht mehr in vollem Maße gegeben ist, sind sie es doch wert, zur Kenntnis genommen zu werden. Die Ergebnisse der letzten Meinungsumfrage, die im Juni 2001 unter Palästinensern durchgeführt wurde und eine Einschätzung der palästinensisch-israelischen Beziehungen zum Inhalt hatte, wurden in der letzten Juniwoche vom Jerusalemer Medienzentrum unter der Leitung von Rassan al-Hatib veröffentlicht. Es ist die 41. Meinungsumfrage dieser Art, die das Institut durchgeführt hat.

Ihre Ergebnisse bedeuten nichts Gutes, obwohl 38,1 Prozent der Befragten angaben, sie stünden auch weiterhin hinter den Friedensvereinbarungen mit Israel. Wie viele Israelis sind auch die meisten Palästinenser (53,9 Prozent der Befragten) gegen das Osloer Abkommen. Ein hoher Prozentsatz der Palästinenser – 79 Prozent – unterstützen die Intifada; im Dezember 2000 waren es 70,1 Prozent. Darüber hinaus geben jetzt 68,6 Prozent der Befragten an, sie unterstützten die Selbstmordanschläge gegen Israel; im April 2001 waren es 66,2 Prozent, im Mai 1999 nur 26,1 Prozent.

Diese Zahlen spiegeln ein hohes Frustrationsniveau auf seiten der Palästinenser; sie glauben, nur unter Anwendung von Gewalt könnten sie ihren nationalen Zielen näherkommen. Vor allem aber ist besorgniserregend, wie die Befragten die Ziele der gegenwärtigen Intifada definieren. Man sollte annehmen, eine große Mehrheit würde als Ziele des aktuellen Konflikts ein Ende »der israelischen Besatzung« und die Errichtung eines palästinensischen Staates angeben, so wie die palästinensische Führung immer wieder erklärt. Aber nur 45,6 Prozent gaben diese Antwort, während 41,2 Prozent sagten, Ziel der gegenwärtigen Intifada sei die »vollständige Befreiung Palästinas« – »vollständige Befreiung« bedeutet: die Auflösung des Staates Israel. 9,2 Prozent sehen in der Intifada eine taktische Maßnahme zur Verbesserung der Verhandlungsposition gegenüber Israel ...

Die Tendenz, die Ziele der gegenwärtigen Intifada auszuweiten, wird auch in der Haltung gegenüber den jüdischen Siedlungen deutlich. In dieser Frage – einem zentralen Punkt der palästinensischen Propaganda – haben die Palästinenser bereits einen großen Erfolg errungen, als das Mitchell-Komitee ein Einfrieren jeglicher Siedlungsaktivitäten forderte, ungeachtet des ganz natürlichen Wachstums einzelner Siedlungen. Dabei soll dieses Einfrieren nur *ein* Bestandteil eines ganzen Bündels vertrauensbildender Maßnahmen sein, während das Mitchell-Komitee eine Entscheidung über die Zukunft der Siedlungen den abschließenden Status-quo-Verhandlungen überläßt. Selbst für den Fall, daß die Siedlungspolitik generell beendet würde (um die Terminologie der Umfrage aufzugreifen), sprechen sich 67,1 Prozent der Befragten gegen ein Ende der Intifada aus. Nur 25,1 Prozent sagen, die Intifada könne beendet werden, wenn die »jüdische Siedlungspolitik« aufgegeben wird.

Angesichts dieser Antworten – insbesondere der Einschätzung der Intifada als Befreiungskampf für das gesamte Palästina – überrascht der Vorwurf der Palästinenser, Israel reagiere auf die Intifada mit übertriebener Härte und verursache dadurch übermäßiges Leid. Es ist schwer zu verstehen, daß die Palästinenser einerseits den Staat Israel auslöschen wollen und andererseits seine Verärgerung über und seine Reaktion auf dieses Unterfangen beklagen.

Abschließend gaben die Palästinenser eine sehr klare Antwort auf eine Frage, die viele Israelis bewegt: Hat Arafat die Palästinenserbehörde unter Kontrolle? 71,6 Prozent der Befragten sind davon überzeugt.

Aus dem Englischen von Edith Beleites

Jürgen W. Möllemann

Verkehrte Welt

Der stellvertretende Bundesvorsitzende der FDP, Jürgen W. Möllemann, erklärt zum Staatsbesuch des syrischen Präsidenten Assad in Deutschland:

Syriens Staatspräsident Assad kommt auf Einladung von Bundeskanzler Schröder zum Staatsbesuch nach Berlin. Er erwidert damit den Staatsbesuch des Bundeskanzlers in Damaskus im vorigen Jahr. »Herzlich willkommen in Deutschland, Herr Präsident!«

Merkwürdig allerdings die »Begleitmusik«! Die Besuche von führenden Politikern der arabischen Welt (Jordanien, Ägypten, Saudi-Arabien, Syrien u.a.) in Berlin waren überfällig. Zum Nahost-Konflikt sagte übrigens der saudische Kronprinz Abdallah vor wenigen Tagen in Berlin wie Präsident Assad – Frieden wird es nur geben, wenn *alle* Staaten und Völker ihr Selbstbestimmungsrecht erhalten. Also: Israel *und* Palästina. Auch der israelische Ministerpräsident Ariel Sharon war in Berlin. Auch mit ihm hat der Bundeskanzler über den von uns Deutschen gewollten Nahost-Frieden gesprochen. Herr Sharon gefährdet den Nahost-Friedensprozeß meines Erachtens gewiß mehr als Präsident Assad.

Was wäre aber wohl passiert, wenn ich als Präsident der deutsch-arabischen Gesellschaft Ariel Sharon in Anzeigen zur Begrüßung mit seiner Rolle bei den Massakern von Sabra und Shatila, mit seinem die Gewalt bewußt anfachenden Besuch auf dem Tempelberg konfrontiert hätte?! – Double standards – verkehrte Welt! – Nein, da tritt Herr Sharon den Geist der Nobelpreisträger Rabin, Perez und Arafat mit Füßen – und kein kritisches Wort von den Initiatoren der antiarabischen Lobby.

Herr Bundeskanzler, halten Sie Paohl! (?!; d. Red.) – Eine Friedenskonferenz KSZNO nach dem Beispiel der KSZE ist nötig. Die Teilnahme Syriens ist unabdingbar. Jeder vernünftige Mensch kann deswegen nur auf gute Gespräche zwischen dem deutschen Bundeskanzler und dem syrischen Staatspräsidenten hoffen.

In diesem Sinne: Ahlan wa sahlan, Herr Präsident!

Konkret 08/01, S. 40

Günther Jacob

Kunst & Gewerbe

Junges Deutschland

Konferenz »Sozialdemokratie der nächsten Generation«, 17. Dezember 2000, Willy-Brandt-Haus, Berlin; aus der Ankündigung:

Die SPD steht vor einem Generationenumbruch. Es dauert nicht mehr lange, dann ist die seit den 80ern dominierende Generation der »Enkel« im Rentenalter. Aber was kommt danach? ... gelingt es uns, eine neue politische Generation aufzubauen? Wie sieht das Projekt einer »Sozialdemokratie der nächsten Generation« aus? Wie sieht die Zukunft linker Politik aus, wenn die 68er in den Ruhestand gehen? Die Konferenz soll zum anderen einen Beitrag dazu leisten, den Generationenaufbau in der SPD als gemeinschaftliches Projekt zu organisieren. Der erste Schritt wird der Aufbau von Netzwerken sein, in dem jüngere Aktive, Funktionsträger und Mitglieder der SPD einen Erfahrungs- und Meinungsaustausch vornehmen können. Vorträge: Der Auftrag an eine Sozialdemokratie der nächsten Generation, Franz Müntefering. Parteien in der »Netzwerkgesellschaft«, Matthias Machnig. Politik und neue Medien, Steffen Wenzel. Politik und Popkultur, Mark Terkessidis.

Staat und Subversion

Bundestag, Oktober 2000:

Nach dem Stellenwert der Rock- und Popmusik in Deutschland erkundigt sich die CDU/CSU-Fraktion in einer Großen Anfrage (14/4290) »Bestandsaufnahme und Perspektiven der Rock- und Popmusik in Deutschland«. Mit der Anfrage wird auf die wachsende Bedeutung dieser populären Musik- und Kulturform hingewiesen. Dabei steht im Mittelpunkt, daß sich die Pop- und Rockkultur von einer ehemaligen »Außenseiterrolle« zu einem bedeutenden Wirtschaftszweig und einem gesellschaftlich weithin akzeptierten Kulturbereich fortentwickelt hat, der allerdings bisher eine entsprechende politische Aufmerksamkeit nicht gefunden hat. Des weiteren soll die Bundesregierung darstellen, ob und wie die Musikförderung organisiert ist, nach welchen Kriterien der Bund diese unterstütze und wie in diesem Kontext eine Förderung von Popmusik zu sehen sei.

The Rebirth of Cool

»Welt am Sonntag«, 7. Oktober 2000:

Modewörter wie »geil« und »kraß« gelten als unziemlich, weil pauschal und undifferenziert. Zu Unrecht. »Cool« zum Beispiel ist ein höchst komplexer Begriff. Zwar definiert ihn der Duden einfältig als »ruhig, überlegen, kaltschnäuzig«, verwandt aber wird er meist im Sinne von »überwältigend«. Daß nun Erfahrungen, deren emotionale Temperatur am Siedepunkt liegt, »cool« genannt werden, hat nichts mit Sprachschluderei zu tun. Im Jazz der fünfziger Jahre war »Coolness« ein Panzer gegen Verletzungen. Heute aber, wo die »Ikonen des Cool« schon zu Gegenständen einer kulturhistorischen Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing werden – heute meint »Coolness« ein ganz neues Schlingern zwischen Begeisterungssucht und Gelassenheit. Das prägte auch den 3. Oktober 1990: Erregt waren wir ja schon, als wir uns der welthistorischen Umwälzungen erinnerten, aber die Selbstkontrolle verloren wir nicht. Die Einheit ist cool – so ähnlich dürfte sich Margaret Thatcher 1990 den Umgang der Deutschen mit ihrer Nation gewünscht haben. Na bitte, hat doch geklappt.

Von der Kulturfront

»Süddeutsche Zeitung«, 9. Februar 2001; aus der »SZ«-Serie: »Das war die BRD«:

Die Berliner Republik formiert sich noch, und wenn man schon nicht recht weiß, was das neue Deutschland sein soll, so kann man im Rückblick immerhin sagen, was das alte war ... Die Autobiographie ist der Ort, an dem sich diese BRD finden läßt. In der Erinnerung an die eigene Jugend kristallisiert sich etwas heraus, das als Verhältnis zu diesem Land konstitutiv bleibt ... Es muß so ums Jahr 1982 herum gewesen sein – und natürlich waren jene, die sich an der Startbahn West mit Polizisten prügelten, nicht dieselben Leute, die in München in einer langen Schlange vor der Tür der Disco P1 standen; sie gehörten aber derselben Generation an, und was sie antrieb, war ein sehr ähnlicher Impuls: Auch dieses Hindernis war kaum zu überwinden. Die draußen blieben, formierten sich zu einer Art Demonstration: Wir sind da. Wird sind viele. Und im Prinzip sind wir dagegen. Gegen Türsteher!

Neuauflage Berlin – Moskau

»Süddeutsche Zeitung«, 15. Januar 2001:

Der neue Leiter der Berliner Festspiele, Joachim Sartorius, will eine Brücke nach Osteuropa schlagen. Er werde in den kommenden Jahren vor allem der jungen Kunst aus Ländern wie Polen, Tschechien, Ungarn und Rußland einen breiten Raum im Festspielprogramm einräumen. Für das Jahr 2004 hat Sartorius eine große Ausstellung »Berlin – Moskau« in der Zeit von 1950 bis 2000 geplant. Im Mittelpunkt sollen hier Themen wie Kunst im Kalten Krieg, die Dissidenten-Szene und die Entwicklung nach dem Mauerfall stehen. Vom neuen Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin erhofft sich Sartorius eine Erhöhung des Festspieletats von zur Zeit 25 Millionen Mark. Zusätzliche Mittel erhofft er sich von der Wirtschaft. Er könne sich vorstellen, daß Themen wie Jugend, Europa und Kultur für große Unternehmen interessant sein könnten.

Ästhetik nach Milosevic 1

»Woz«, 5. Januar 2001:

Er wurde in der Nacht zum 29. November 2000 zum letztenmal begangen: der Jahrestag der Gründung der »Föderativen Volksrepublik Jugoslawien«. Es ist genau 55 Jahre her, daß die antifaschistische Volksbefreiungsbewegung unter Führung von Josip Tito in ein neues multiethnisches Staatsgebilde mündete. Jetzt freuten sich BelgraderInnen unterschiedlicher Generationen auf ein Konzert der kalifornischen Elektronik-Artrock-Legende Tuxedomoon, die am 13. Dezember mit dem Münchner DJ Hell auftreten sollte – präsentiert vom alternativen Medienkonzern B 92, von der Münchner Plattenfirma International Deejay Gigolo Records und vom Goethe-Institut Belgrad.

Ästhetik nach Milosevic 2

»Die Welt«, 7. Juli 2001:

Das war ein Déjà-vu der ganz und gar famosen wie furchtbaren Art. 13 Streicher, sieben Bläser, drei Sängerinnen aus Bulgarien, ein Trommler, 14 Herren im Chor und jener Goran Bregovic als Meister der Zeremonien ganz vorn im hellen Anzug ... Alles ganz genau wie vor einem Jahr und einem Tag an derselben Stelle ... im Stadtpark ... All der Tänzerinnen und auch Tänzer, der wilden, oft zornigen, manchmal bitteren und nur selten nichts als fröhlichen Gesichter entsinnen wir uns gut. Was dieser Bregovic, seit er der Heimat Sarajevo aus wohlbekannten Gründen entfloh, in Töne, Verse, Rhythmen gießt, das bildet den schauderhaften Zustand seines schönen Heimatlandes ab. Es gärt dort, es wird immer noch gestorben, und hätte man nicht soeben einen Mann namens Milosevic nach Den Haag verschafft, wen hätte all das Elend interessiert? Gedanken wie diese schleichen sich unter die Haut, wenn man Goran Bregovic und seiner Wedding & Funeral Band zuhört. Da ist Vielfalt, wie mit dem Füllhorn ausgegossen ... da geistern ... komplexe Rhythmen wie aus Rumänien und ein paar Reminiszenzen an die K.u.k.-Monarchie durch die Luft ... Todtraurig wie Russen zu Weihnachten, aber diesen Rausch kann man nicht ausschlafen, der verfolgt die Heimatlosen wie Bregovic durch jeden Tag und jede Nacht. Das Auditorium lauscht jedem Ton und jedem Wort des freundlichen Landsmanns mit Enthusiasmus. Aber wessen Landsmann ist der Serbokroate noch, und wie wird es morgen sein? ... Zerstoben in alle Winde die guten Wünsche.

Ästhetik nach Milosevic 3

»Prinz«, Juli 2001:

Serbien, Synonym für Krieg, Leiden, Völkermord. Ein geschundenes, zerstörtes Land – doch das Schöne in den Menschen, die hier leben, ist nicht verlorengegangen, wie uns eine ganz neue und sehr feine Zusammenstellung von House- und Downbeat-Stücken aus Belgrad, der Landeshauptstadt, zeigt. Die Szene um den oppositionellen Radio- und TV-Sender B 92 und den fantastischen, 1998 gegründeten Houseclub Industria erfährt hier eine in Rhythmus und Klang kongeniale Spiegelung ... Und wenn man die Augen schließt, ist endlich Frieden.

Hamburger Anthologie*

Böse lachen oder wütend weinen

Von Wolf Biermann

Der Moloch krepierte wie nebenbei

Stocknüchtern und treudeutsch vernünftig – so haben

Wir ohne Pogrome und Weltkrieg III.

Den Kommunismus zu Grabe getragen
Ein lachender Racherausch war einst, mein Gott!
Der Sturm auf die Bastille dagegen
Da tanzte der Pöbel um das Schafott
Besoffen vom blutroten Frühlingsregen
Tyrannenmörder war Michel noch nie
Und seine Untaten warn keine Taten
Mir reicht eine mausgraue Demokratie
Schön bunt brauch ich nur unsre Demokraten
Die sanfte Spaziergänger-Revolution
Sie glückte zum Glück ohne Re-vo-lu-tio-näre
Wer weiß, wenn bei unserer Ost-Rebellion
Das Blut in Strömen geflossen wäre
All meine treuen Todfeinde sind
Mit blauem Auge davongekommen
Die jungen Partei-Kader sind geschwind
In stinkenden Geldflüssen mitgeschwommen
IM »Sekretär« macht nun Mimikry
Als Landesvater in Brandenburg
IM »Notar« spielt Tartüff, führt Regie
Und macht noch dazu den Chefdramaturg
Genosse Major, mein Mielke-Knecht
Heißt heute Herr Reuter, ward Bundes-Spießer
Er ist nun nach bundesdeutschem Recht
Beamter im Ruhestand: Rente-Genießer
Der China-Fan Krenz macht auf tragischen Clown
Manch Menschenjäger spielt Mobbingopfer
Der Denunziant Dehm schreit nun Denunziation!
Das Wort führn ostalgische Sprücheklopfer
Sie haben Jahrzehnte gemordet, gehetzt
Nun fälschen sie ihre Vergangenheit
Die Erben der Nomenklatura schrein jetzt
Nach Demokratie und Gerechtigkeit
Die haben sich clever widervereint
Und machen den Reibach beim Wiedervereinen
Sie sühln sich im Bett mit dem Klassenfeind
Und lachen sich eins ins Fäustchen beim Weinen
Marxistisch verklart, ganz ohne Krampf
Im alten Jargon kann ich singen und sagen:
Das Volk, jawohl! hat im Klassenkampf
Historisch den Sieg davongetragen!
Im übrigen weiß ich: Kein Racheakt

Könnt Jürgen Fuchs mir lebendig machen

Ich lebe! und stehe nun splitternackt

Mal wieder am Anfang und weine beim Lachen

In seinem Buch »Gargantua und Pantagruel« erörtert der große französische Dichter der Renaissance François Rabelais (1494-1564), welche von den Möglichkeiten, sich den Hintern zu wischen, die vortrefflichste sei. Das Kapitel heißt »Die Geschichte vom Arschwisch« beziehungsweise genauer: »Wie Grandgousier die bewunderungswürdigen Anlagen Gargantuas an der Erfindung des Arschwisches erkannte«. Gargantua begann seine Experimente mit samtenen Masken und Häubchen, ging über zum Halstuch (»die Scheißgoldperlen, die daran waren, zerkratzten mir den Hintern«), probierte mit Federn besetzte Pagenmützen, eine junge Märzkatze, testete die Handschuhe der Mutter. Hierauf wischte er mit Salbei, Fenchel, Anis, Majoran und Rosen, mit Kürbis-, Kohl-, Runkelrüben-, Wein-, Pappel- und Weißdornblättern (»womit man den Hintern scharlachrot färben kann«), mit Königskerze und Lattich (»was alles meinem Hinternkastell sehr wohl tat«), mit Bingelkraut, Pfefferminze, Nesseln und Beinheil. Er nahm Laken, Bettdecken, Vorhänge, Kissen, Teppiche, Handtücher, Tischtücher, Servietten, Schnupftücher und Pudermäntel – und das alles hat ihm »wohler getan als einem Grindigen, wenn man ihn kraut«. Zum Einsatz kamen ferner Heu, Stroh, Werg mit Kuhhaar, Wolle und Zeitungspapier, bedruckt mit Lyrik von Wolf Biermann (»um die Ballade/war's nicht schade«). Er testete Kopftücher, Ohrkissen, Pantoffeln, Jagdtaschen und sogar einen Korb (»das war ein miserabler Arschwisch«), nahm sich die Hüte vor (»Die Filzhüte sind die besten, weil sie den Dreck am vollständigsten wegnehmen«), ging schließlich zu Tieren über, namentlich Henne, Hahn und Küken, arbeitete mit Kalbfell, einem Hasen, einer Taube, einem Kolkraben, um dann die Sache mit einem »Aktenbeutel«, einem Barttuch und einer Kindermütze gegenzuchecken. Am Ende der sublimen Erkundungen läßt Rabelais seinen Gargantua vermelden »daß es keinen bessern Arschwisch gibt als ein recht flaumiges junges Gänschen ... Die Weichheit des Flaums wie die natürliche Wärme des Tiers tun dem Arschloch ganz besonders wohl, welches Gefühl sich dann sofort dem Mastdarm und den übrigen Eingeweiden mitteilt und von da zu Herz und Hirn weiterdringt.«

* aus literaturwissenschaftlichen Gründen dokumentierte Gedichte

Konkret 08/01, S. 43

Gerhard Scheit

Verfassungs-& Gefühlspatriotismus

Kulturkolumne

Den Deutschen fehle ein poetisch-gefühlsstarker Bezug zu ihrer fernen Vergangenheit, beklagte – wie berichtet wird – Karl Heinz Bohrer bei seiner Eröffnung der »Gadamer-Stiftungsprofessur« in Heidelberg. Der Raum des Geschichtsbewußtseins sei geschrumpft auf das Davor und Danach des nationalsozialistischen Zivilisationsbruchs, ein Verhältnis zu historischer Ferne existiere nicht mehr, die mentale Verfassung der Bundesrepublik reduziere sich auf ein Nahverhältnis zu jener Geschichte, gegen die sie gegründet worden sei und deren Vorgeschichte sie unter denselben Gesichtspunkten traktiere wie ihr verhängnisvolles Resultat. Diese Kritik der »Erinnerungslosigkeit« – wie sie Henning Ritter in der »FAZ« zustimmend referiert – richtet sich also gegen die praktizierte »Erinnerungskultur«, gegen das Nahverhältnis der Betroffenheit und den moralisierenden Umgang mit der jüngsten Vergangenheit.

Es ist nun tatsächlich die Frage, warum sich öffentliche Erinnerung zwanghaft in »akademische Kitschrituale« (Bohrer) verwandelt. Daß der Zwang zum Kitsch etwas mit der fortgesetzten nationalen Identifikation zu tun hat, in deren Namen die Erinnerung betrieben wird, bleibt aber notwendig unbegriffen, geht es Bohrer doch offenkundig um eine Ausweitung gerade dieser Identifikation: um ein »Fernverhältnis« der Betroffenheit und einen ästhetisch vermittelbaren Umgang mit der fernen Vergangenheit, die eine endlich zivilisierte Nation benötige. Die Befreiung der Geschichte aus der Dienstbarkeit unmittelbar moralischer Interessen wäre erst die wahre Zivilisierung. Als Vorbild dazu wird Frankreich präsentiert, wo selbst die Große Revolution keine Grenze des Geschichtsbewußtseins bilde, vielmehr die gesamte Geschichte des Landes das Reservoir orientierender Gestalten und Ereignisse bestücke. Bei Deutschland müßte das allerdings zwingend heißen: je ferner die orientierende Vergangenheit, desto besser, am besten die hinter dem Limes.

Immer wieder hat es Karl Heinz Bohrer unternommen, bestimmte Elemente deutscher Kultur durch westliche, speziell französische Bezüge so anzureichern, daß sie im Kampf gegen moralisierende Spießer und akademischen Formalismus deutscher Provenienz neue Geltung und mitunter unverdienten Glanz gewinnen konnten: Ernst Jünger erschien plötzlich als französischer Surrealist. Das mangelnde »Fernverhältnis«, das die deutsche Geschichte dem nationalen Gefühlshaushalt entfremdet habe, lastet Bohrer jetzt vor allem dem ahistorischen Verfassungspatriotismus der Habermas-Schule an. Darin liegt eine gewisse Notwendigkeit: Die von Habermas kodifizierte Moral abstrakter Staatsbürgerlichkeit und die nach Adorno ganz auf Positivismus und Systemtheorie heruntergekommenen Sozialwissenschaften – sie entsprechen nicht mehr dem intellektuellen Image, das sich Deutschland geben möchte, sie repräsentieren mittlerweile nur noch eine Seite der Berliner Republik. Die kommende Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an Habermas (Laudator: Jan Philipp Reemtsma) ist eine Art Abschiedsgeschenk für jemanden, der in den verdienten Ruhestand tritt, als Konsulent aber gerne weiterhin beschäftigt wird, um keinen Bruch in der Firmengeschichte herbeizuführen und das Vertrauen alter Geschäftspartner zu behalten. Mit seiner Kommunikationstheorie allein läßt sich in Zukunft nicht mehr Staat machen. Sie ist lediglich die transparente Kuppel auf dem Reichstag, der aber wieder »dem deutschen Volke« gehören muß. Was wäre sie ohne das historische Gebäude, was die Kommunikationstheorie ohne das deutsche Volk: Käseglocke ohne Käse.

Die Ideologie der Berliner Republik ist noch nicht gesättigt. Mit Verfassungspatriotismus und Gedenkritualen abstrahierte man von der deutschen Geschichte zugunsten einer reinen, gesellschaftlich entleerten Moral und einer vollständig formalisierten Demokratie. Dagegen wird nun offenbar ein konkreter Gefühlspatriotismus eingefordert: Die Emotionen für das Land und seine Geschichte wären neu zu mobilisieren, die Identifikation in die ferne Vergangenheit auszudehnen und ebendort zu konkretisieren – nicht zuletzt, wie es heißt, um den völkischen Gefühlen und der antisemitischen Identifikation offen entgegentreten zu können, die vom Verfassungspatriotismus immer nur wegrationalisiert werden.

Im Juliheft des »Merkur« hat Bohrer unmißverständlich jede totalitarismustheoretische Gleichsetzung des nationalsozialistischen Massenmords mit irgendeinem anderen politischen Verbrechen zurückgewiesen. Gerade die Unvergleichbarkeit, die er wesentlich schärfer herausstreicht als Habermas und seine Adepten, führt ihn ja dazu, in der ferneren, noch in zivilisatorischen Kategorien zu beschreibenden Vergangenheit der Deutschen das verlorene Objekt der nationalen Identifikation zu suchen. Die »Akzeptanz der Unvergleichbarkeit« soll es möglich machen, in den Kreis des »Zivilisationsgewissens« zurückzukehren, in dem die nationale Identität ihre Unschuld behalten habe: »Es ist vorstellbar, daß eine neue Generation kulturell so begabt ist, daß sie ohne Absicht, ohne das wishfull thinking ihrer politisch korrekten Eltern, die Gegenwart jener furchtbaren Vergangenheit verinnerlicht hat, so daß ihr Selbstbewußtsein oder Selbstwissen nicht mehr schielt. Man sieht aber auch: Niemals wird man aus der hermeneutischen Bedingung des Zivilisationsgewissens herauskommen.« Es gehört aber im besten Fall zum wishfull thinking der politisch korrekten wie der weniger korrekten Ziehväter, großzügig darüber hinwegzusehen, daß die Citoyen-Gefühle hierzulande durchaus ihre Eigendynamik haben und sich unwiderstehlich völkisch substantialisieren. Diese Dynamik entsteht gerade im fortwährenden Hin und Her zwischen der Besinnung auf die »normalen«, vergleichbar zivilen Traditionen und dem in den Kitschritualen kultivierten Sündenstolz auf das Unvergleichbare des »Zivilisationsbruchs«: Wir als Deutsche sind aufgrund unserer jüngeren Geschichte mehr als

andere verantwortlich für das normale Ganze – es immer wieder gewaltsam durchzusetzen, gibt uns erst die Gewißheit und das Gefühl, deutsch zu sein.

Die Synthese der beiden intellektuellen Seiten Deutschlands herzustellen, ist eigentlich überflüssig, denn sie bietet sich jedem von selber an. Gustav Seibt vertraut darum (in seiner Stellungnahme zu Bohrers Rede in der »Zeit«) ganz auf die Aura der neuen Hauptstadt: Hier wird das Abstrakte mit dem Konkreten, der verfassungspatriotische Verstand mit den ästhetischpatriotischen Gefühlen organisch ergänzt werden, ohne daß es großmächtiger Inszenierungen und Debatten bedürfte: »Die Hauptstadt ist zurückgekehrt auf den Berliner Schauplatz, auf dem das gedrängte preußisch-kleindeutsche Drama noch anschaubar und fühlbar ist, in der einzigen deutschen Geschichtslandschaft, die nichts Disneylandhaftes hat; auf Dauer dürfte sie beeindruckender wirken als aller Verfassungspatriotismus. Auf diesem renovierten Trümmerfeld wird sich die Frage nach der Anknüpfung an die ältere deutsche Geschichte ganz neu stellen.«

In die renovierten Trümmer der deutschen Geschichte sich einfühlen und dabei den Eid auf die Verfassung schwören, kulturelle Begnadigung für den singulären Zivilisationsbruch erwirken und zugleich kommunikativ räsonierend in jeden beliebigen Krieg ziehen, der Deutschland wieder ein wenig mächtiger werden läßt – das ist die Antwort, mit der zu rechnen ist.

Konkret 08/01, S. 44

Rayk Wieland

Bilder keiner Ausstellung

Wie Medien und Kulturpolitik den DDR-Maler Willi Sitte ausmanövrierten

In den Jahren nach 1989 zieht sich Willi Sitte, der große und, wenn das zu sagen geht, repräsentative Maler der DDR, in sein Atelier zurück, um zu arbeiten. Anders als prominente Kollegen, die empfangene Orden und Auszeichnungen meinen abstoßen zu müssen, verzichtet er darauf, seine Abrechnung mit dem »DDR-Regime« zu machen. Er arbeitet an einem Zyklus von Zeichnungen, der, »Herr Mittelmaß« betitelt, Sittes drastisch ausfallende Kommentare zum Wendegeschehen versammelt. Im Grunde sind diese Zeichnungen Illustrationen, wenn nicht Karikaturen. Im Zentrum steht (hockt / sitzt / liegt) ein entblößter Mann, jener »Herr Mittelmaß« (mitunter auch »Herr Dr. Mittelmaß«), in dessen Physiognomie und Habitus Blödheit und Opportunismus allzu deutliche Spuren hinterlassen haben. So zeigt »Herr Mittelmaß beim angestrengten Nachdenken« (1990) einen auf dem Rücken schlafenden Mann, der seine Hände satt und selbstzufrieden auf die Wampe legt. »Herr Mittelmaß in Beeinflussung« (1990) hat übergroße Ohren, in die von beiden Seiten schemenhafte Köpfe ihre »Beeinflussungen« eintrichtern. In »Herr Dr. Mittelmaß bewundert die Avantgarde-Weltkunst« (1990) trägt Herr Dr. Mittelmaß eine Brille und befindet sich in devot-verzückter, hockender Haltung vor einer Vitrine, in der ein Scheißhaufen ruht. In »Herr Mittelmaß findet immer Anschluß« (1990) sieht man den eilfertigen Protagonisten einer Menschenmenge folgen, die rechts aus dem Bild drängt. Und in »Herr Mittelmaß wittert Morgenluft« (1990) sitzt der wieder mit großen Ohren und diesmal auch mit einer langen Nase, die nach oben gereckt wird, ausgerüstete Mann vor einer Mauer, hinter welcher eine Fahne im Wind flattert. Die Zeichnungen verraten einiges: über Willi Sittes biographische Situation, über Stil und Kunstverständnis und über seine politische Reflexionen des Niedergangs der DDR.

Die Figur des Herrn Mittelmaß hat der Maler offenbar erfunden, um sie zu denunzieren. Er ist der Depp, den die Demokratie gebiert, der Mitläufer, der Unselbständige, der Herdenmensch oder, kunstimmanenter, der Dilettant, der Drittklassige, der Minderwertige, der das Schicksal der DDR besiegelt und seither das Sagen hat. Sitte erklärt in dem Zusammenhang 1994 in einem Interview: »Plötzlich merkten diese Menschen (hier: an der Hochschule für industrielle Formgestaltung in Halle, wo Sitte Professor und bis 1987 Direktor der Sektion Bildende und Angewandte Kunst war; R.W.), daß der freiberufliche Künstler in der Marktwirtschaft zum Freiwild wird und daß eine Festanstellung eine Absicherung ist. Dann kamen diese Evaluierungskommissionen, die mit ihren Stasilisten von Hochschule zu Hochschule zogen und sagten: Der raus, der kann bleiben. Leute aus der zweiten und dritten Reihe, die nie aufgefallen waren, weder als Künstler noch sonst irgendwie, waren plötzlich da, man staunte Bauklötze, und die anderen flogen, unabhängig davon, was sie geleistet hatten, raus.« Es ist nur konsequent, wenn Sitte das Mittelmaß auch in der Arbeiterklasse entdeckt und mit ihm abrechnet: »... Halle war immer ein roter Bezirk, auch Chemnitz, Magdeburg. Es ist für mich erschütternd, daß in der Mehrheit bürgerliche Landräte und Bürgermeister gewählt wurden. Arbeiterklasse! Diesen Arbeitern habe ich Denkmale geschaffen! Huldigungen. Und dieses Bild ›Erdgeister‹ habe ich 1990 gemacht. Sie stecken alle mit den Köpfen im Dreck ... Erledigt. Das ist mein letztes Bild zum Thema Arbeiterklasse. Dazu mach' ich nichts mehr. Die Menschen haben mich bitter enttäuscht. Ich hab Illusionen gehabt, das geb' ich zu. Illusionen darf man haben, aber manchmal im Leben sind sie sträflich.« Halten wir also fest: Willi Sitte hat sich nicht getäuscht, sondern die Menschen haben ihn bitter enttäuscht. Die Arbeiterklasse rechtfertigte das Vertrauen nicht, das der Malkünstler in sie gesetzt hatte. Ah ja.

Die ganze Mittelmaß-Idee ist rundum mittelmäßig, die Polemik platt und problematisch. Bildtitel und Zeichnungen des Zyklus' sind völlig redundant und erhellen wenig mehr als den Dünkel des Malers. Daran ändert nichts, daß Sitte hier wie bei vielen anderen seiner Arbeiten weitere symbolische Bildebenen, technische Finessen, skizzierte Alternativen und akurat durchgearbeitete Kompositionen anbietet und so einen gewissen formalen Überschuß erzeugt. Dieser beeindruckende Überschuß, eine Konstante in Sittes Werk und oft das »Barocke« seiner Bildsprache genannt, steht quasi quer zur obsessiven Allegorik, die er pflegt und die nicht selten trivial und plakativ wirkt. Es geht von der Nacht zum Licht, von links unten nach rechts oben, vom Ernst zum Lachen, von der Sonnenfinsternis zum Regenbogen, aus den Gräbern und Schlachtfeldern (unten) in eine lichte Zukunft (oben). 1988/98 fertigt Sitte in einem Auftragswerk für die Metallgesellschaft AG (Achtung: Auftragskunst!) das monumentale Tafelbild »Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geliehen« an, das noch einmal sämtliche Elemente dieses Bilderbogenkitsches aufbietet.

Seither scheint die Sonnenfinsternis oder die verdunkelte, sich verdunkelnde Sonne, im genannten Bild noch in der Mitte postiert und ein historisches Übergangsstadium auf dem Weg in eine ökologisch prekäre, aber noch von einem Regenbogen überdachte Welt anzeigend, zum zentralen Bildmotiv Sittes geworden zu sein. Sowohl im »Überwechsler« (1991) als auch in »Die ›Investoren‹ kommen« (1995) signalisiert sie finstere Zeiten, und es geht, was den Bildaufbau betrifft, von rechts oben wieder rückwärts nach links unten.

Warum Sitte nach allem, nach seinem Rückzug aus der Öffentlichkeit, seiner Abkehr von der einstmals gehuldigten Arbeiterklasse und der seinem Niveau nicht entsprechenden Mittelmäßigkeit, eine Ausstellung seines Werks ausgerechnet im Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg anpeilte, ist schwer zu eruieren. Die Initiative dazu ging jedenfalls nicht

von ihm, sondern, bereits 1993, vom Germanen-Museum aus, dessen Archiv für bildende Kunst vorhat, nach dem Marbacher Vorbild für Literatur ein Künstlerarchiv zu errichten. Als Gegenleistung für Sittes schriftlichen Nachlaß stellte es eine Werkschau für den Sommer dieses Jahres in Aussicht, ein Vertrag wurde geschlossen – und, im vergangenen Dezember, gebrochen. Der Verwaltungsrat des Museums, dem der bayrische Kultusminister Zehetmair vorsteht, stoppte die Pläne seines Kurators und ordnete ein vorgelagertes »wissenschaftliches Symposion« zum offenbar gemeingefährlichen »Fall Sitte« an. Dabei wurde er, der »FAZ« zufolge, unterstützt vom »Naumann-Ministerium«, aber nicht unterstützt von Sitte, der die Ausstellung absagte.

Ein bemerkenswerter Akt von Zensur gewiß, ein merkwürdiger zumal, da Sitte seit Mitte der fünfziger Jahre regelmäßig in der Bundesrepublik ausstellt, auch nach 1989 etliche Male im Westen gezeigt worden ist. Bei den Vernissagen in den achtziger Jahren sprachen Gerhard Schröder und Hans Eichel noch freundliche Grußworte. Hat inzwischen – ohne daß es bemerkt wurde – eine neue Zeitrechnung begonnen? Wird jetzt auch die russische Avantgarde-Kunst verboten? Müssen Brecht und Eisler umgebettet, die frühen Enzensberger und Walser im Ausland bezogen werden? Ist es schon wieder so weit? Sollte im Jahr 2001 tatsächlich indiziert sein, was noch zu Adenauers Zeiten unbeanstandet blieb? Das wäre ja immerhin ein Anhaltspunkt.

Die Argumente, mit denen die Presse der Zensur beispringt, sind infam. Sitte wird, natürlich, mit Arno Breker verglichen. Er sei, schreibt etwa die »Berliner Morgenpost«, »nicht nur der Arno Breker der DDR (gewesen), sondern auch ein eifriger Exekutor der DDR-Direktiven«. Da Sitte Stasi-Verbindungen nicht nachgewiesen werden können, gibt der DDR-Kunstkritiker vom Innendienst Christoph Tannert im »Spiegel« zu bedenken, »daß Sitte niemand war, der im Auftrag der Stasi arbeiten mußte« – aber nur, »weil der Mann noch mächtiger als die Stasi war«. Noch mächtiger als die Stasi? Und noch fürchterlicher als Arno Breker? Ja, dann sollte vielleicht Gerhard Schröder sich schon mal zum Internationalen Gerichtshof in Den Haag begeben, um das Urteil für seine Beihilfe zu Sitte-Ausstellungen zu erwarten.

Sieht man genauer hin, bleibt wenig, was einer Werkschau in der deutschen Provinz im Wege stehen sollte. Sittes Lebenslauf ist weit entfernt von einer glatten Funktionärskarriere. Jahrgang 21, studiert 1940 an der »Hermann Göring Meisterschule für monumentale Malerei«, die er nach einem Jahr wegen Protesten verlassen muß. Er wird zum Kriegsdienst einberufen, 1944 desertiert er und erlebt das Kriegsende als Partisan in Italien. Seit 1947 ist er SED-Mitglied, gerät aber mit seinen Bildern in die Formalismus-Debatte und ab vom »Bitterfelder Weg«. In dieser Zeit malt Sitte expressiv oder wie Picasso. Mitte der sechziger Jahre kann er auf fast 20 Jahre Schikanierung, Ausstellungsverbote, Observation durch die Stasi und politische Diskreditierung zurückblicken. Die Parteiführung störten die formalistischen Modernismen, der Collage- und Montagestil der Bilder. Das ändert sich bald, aber nicht weil Sitte sich ändert. Seit 1974 ist er Präsident des Verbands bildender Künstler der DDR, außerdem Volkskammerabgeordneter und ZK-Mitglied. Er nutzt seinen weitreichenden Einfluß einerseits, die Autonomie des Verbands zu verteidigen, und andrerseits, Dissidenten Möglichkeiten zum Arbeiten, aber nicht zum Auftrumpfen zu verschaffen. Etlichen ermöglicht er Auslandsreisen und -ausstellungen, etlichen nicht. Er genießt Privilegien, die andere nicht genießen, klüngelt mit Kurt Hager und mit Peter Ludwig um Aufträge. Und er hält bis zum bitteren Ende Stücke auf den Sozialistischen Realismus, so wie er ihn versteht: »Der ganze sensationslose Alltag des Arbeiters, seine einmalige und unverwechselbare Individualität sollen sichtbar werden«, schreibt er 1988 in der Verbandszeitschrift »Bildende Kunst«, »darum müssen wir uns stärker bemühen. Sollten nicht gerade die besten realistisch schaffenden Künstler Lust darauf haben, hier auf Entdeckungen zu gehen? Eine echte Avantgarde wäre hier gefragt.«

Die »echte« Avantgarde, jedenfalls ihrem Selbstverständnis nach, war zu diesem Zeitpunkt, 1988, längst in den Westen ausgereist und schiß dort, zum Entzücken des »Herrn Mittelmaß«, in die Vitrinen. Maßgeblich ihren Interventionen dürfte der Ausstellungsstopp zu verdanken sein. Die Stasi agierte im Umgang mit abweichenden bildenden Künstlern ruppig und griff zu Atelierverwüstungen oder zerschredderte Kunstwerke. Sitte, für diese Zustände nicht zuständig, repräsentierte sie jedoch. Und ging den Künstlern, die sich lange vor ihm schlau gemacht hatten, mit seinem Arbeiterquatsch auf die Nerven.

Auf dem eben in Nürnberg beendeten »Symposion«, das nun ohne nachfolgende Ausstellung veranstaltet wurde, ging's folgerichtig weniger um Sittes Bilder als um DDR-Kulturpolitik, deren Archäologie mit grobem Gerät in Szene gesetzt wurde. Ein »Schlachtfest«, berichteten einige Zeitungen mit sichtlichem Stolz auf die zivilisierten Umgangsformen der Deutschen, sei es nicht geworden, obwohl »... die Leichen im Keller von Willi Sitte ... plötzlich auftauchten« (»Tagesspiegel«). Wer aber sind die Leichen in Sittes Keller? Es sind – man hatte es gehofft und befürchtet: »Wolf Biermann, Bärbel Bohley, Eberhard Göschel oder (!) A. R. Penck«, die allesamt auch irgendwie den Eindruck machen, als hätten sie zu lange Zeit dort gelegen.

Vor dem Hintergrund des Symposions betrachtet, gewinnt das erwähnte Werk »Erdgeister« (1990) an Plausibilität. Nur scheint es weniger Sittes Abrechnung mit der Arbeiterklasse ins Bild zu setzen als, umgekehrt, eine Abrechnung, die Sitte gegenwärtig erfährt. Es zeigt im Hintergrund schwarze Statuen, die mit dem Kopf nach unten bis zum Oberkörper eingegraben sind und im Vordergrund einen herabstürzenden entblößten Mann, der evtl. auch in den Erdboden gerammt

werden und das Schicksal seiner »Denkmäler/Huldigungen« teilen soll. »Sie stecken alle«, so sein Kommentar, »mit den Köpfen im Dreck.« Er, Sitte, jetzt wohl oder übel auch.

Eine differenzierte Darstellung des Auftragswesens in der DDR-Kunst ist nachzulesen in: Paul Kaiser/Karl-Siegbert Rehberg (Hg.): *Enge und Vielfalt. Auftragskunst und Kunstförderung in der DDR*. Junius Verlag, Hamburg 1999, 700 Seiten, 88 Mark

---

Rayk Wieland überführte in KONKRET 7/01 Gregor Gysi nach Jordanien

Konkret 08/01, S. 46

Georg Seeßlen

Ornament und Abstraktion

Die Fondation Beyeler hat in Basel einen kunsthistorischen Dialog inszeniert, den man durchaus auch politisch verstehen kann

Auf den ersten Blick scheint es, als wäre das Thema der Ausstellung ein ebenso interessantes wie abgehobenes Thema fürs Kunstgeschichteseminar. Natürlich, so viel weiß man immerhin, haben sich die Schöpfer der Abstraktion vehement gegen die Behauptung zur Wehr gesetzt, in ihren Arbeiten sei Ornamentales zu finden. Die Abstraktion entstand – bei Malewitsch wie bei Klee, um eine mögliche Bandbreite zu benennen – ja in einer Phase der Moderne, in der das Ornamentale bereits verworfen, wenn nicht gar »verboten« war. Wassily Kandinsky setzte die »innere Notwendigkeit« der Abstraktion unversöhnlich gegen die »äußere Form« des Ornamentalen. Der Architekt Adolf Loos (»Ornament und Verbrechen«) verlangte sogar, diese äußere Form nicht nur aus der Kunst, sondern auch aus dem verzierten Teil des Alltagslebens, aus der Architektur, den Gebrauchsgegenständen, der Bekleidung zu verbannen. Äußerst merkwürdig. Das Ornamentale wurde an einer bestimmten Stelle der Moderne so sehr zum Feind wie das gegenständliche Bild anderen Fundamentalisten.

Die Frage ist freilich, ob es sich überhaupt unterdrücken läßt. Der nach-moderne Blick zeigt, daß das gar nicht geht. So konnte man sich einigermaßen gefahrlos im nachhinein darin einigen, das Ornamentale sei wohl durchaus in der Lage gewesen, sich als »Schmuggelware« in der modernen Abstraktion in die Postmoderne transportieren zu lassen, wo man bekanntermaßen ja ein eher entspanntes Verhältnis zur Vieldeutigkeit der ästhetischen Zeichen und eben auch zum Ornamentalen pflegt.

Na bitte! Aber in diesem Seminarthema steckt bei genauerem Hinsehen ein denkbar fundamentaler Diskurs. Und die Baseler Ausstellung führt uns in ihren »Kapitel« genannten Räumen von einem Aspekt zum anderen, am Leitfaden der Geschichte ebenso wie an dem der Dialoge über die Zeiten und Räume hinweg: Im »Prolog« treffen dekorierte Objekte der islamischen Kultur als Ausdruck des radikalsten religiösen Bilderverbots auf die monochromen Tafelbilder der westlichen Abstraktion. Nichts als endlos sich spiegelnde und kreisende Form in einer bemalten Holztür aus dem Marokko des 17. Jahrhunderts, nichts als Rot im »Untitled« von Mark Rothko aus dem Jahr 1968. Das erste Kapitel zeigt den Weg von der Arabeske zur »abstrakten Linie« in der Moderne. Die Arabeske (die aus der islamischen Tradition übernommene florale Ranke) wird um 1800 – Beispiel: Philipp Otto Runge – in das Bild mit einbezogen, um seine Sprache zu erweitern. Die Verhältnisse von Bild und Rahmen ändern sich dabei; es geht nicht mehr um ein Ornament, das einen Inhalt begrenzt, vielmehr beginnen die beiden Bereiche einander zu durchdringen, sich gegenseitig ihre Mittel zu entwenden. Es entstehen Linien, die sich weder an die reinen Formen der ornamentalen Ordnungen halten noch sich der Konstruktion von Inhalt (Körper und »Ding«) unterordnen. Von hier aus ist es möglich, auf immer wieder neue Weise zu zeigen, wie wir in verschiedenen Welten leben, in der der zerfließenden Körper aus Haut und Fleisch und in der der reinen Formen, im Ornament. Bei Paul Gauguin ist dieser Widerspruch durch das Leben selbst noch einmal gelöst. Bei Gustav Klimt ist der dekadente Bruch nicht mehr zu überwinden.

Kapitel 2 (der örtliche Bezug ist München) behandelt die »Zerlegung der Arabeske und ihre Verpflanzung in die Abstraktion«. Wenn die Kunst, die sich durch »Abstraktion« von der Diktatur des Inhalts befreien wollte, hat ahnen müssen, daß ihr Aufbruch auch als Rückkehr zum Ornament verstanden werden konnte (hatte nicht ein Kritiker Kandinskys »Komposition II« aus dem Jahr 1910 verächtlich als »Tapeten-Entwurf« bezeichnet?), so mußte sie wohl eine Aufgabe darin sehen, nicht nur dem Figurativen und Allegorischen zu entgehen, sondern auch die Ordnungen des Ornamentalen zu zerstören. Die Konstruktion eines mehr oder weniger kosmischen Gleichgewichts im Ornament wurde mit einem Angriff auf die Harmonie im Namen der »Gegensätze und Widersprüche« (Kandinsky) beantwortet.

Das nächste Kapitel (auf den Kunstort Wien bezogen) behandelt das Gegenteil: »Die Geburt der Abstraktion aus dem Geiste des Ornaments«. Wie in den Bildern von Gustav Klimt scheint sich da das freie Abstrakte aus einem Schwelgen des Ornaments zu ergeben, das über sich hinausweisen will. Es beginnt ein Spiel mit den Erwartungen; während es sich hier auflöst, düpiert es die Regeln in Ornamenten, die nicht mehr »aufgehen«, und mit Rahmen, die ins Bild drängen, um dort zu zerbrechen wie in Bildern von Frantisek Kupka. Was nun folgen muß ist (Kapitel 4) »Die Eroberung der Wand«. Als Fortsetzung und Widerspruch zum Ornament findet das Abstrakte wieder seinen Platz außerhalb des Bildes, im Lebensraum, oder es wird selber zum Raum (und sei's der Bühnenraum, den Piet Mondrian für »L'éphémère est eternel« gestaltete). Das Abstrakte verbindet sich mit dem Nützlichen (wie in einer Nachttischlampe von László Moholy-Nagy) oder wird »theatralisch« wie im Wandbild von Sol LeWitt.

Jetzt aber zurück ins »Paradies« (Kapitel 5), das man sich vermutlich nicht ohne Ornament vorstellen kann. Henri Matisse erträumt sich eine neue Einheit: »Meine Gemälde basieren auf der Kombination von Farbflecken und Arabesken.« Nur daß diese Arabesken längst ihre Begrenzungen verloren haben, sie reichen über den Bildrand hinaus, ebenso wie sie sich in den »Bildern im Bild« wiederholen. So wie das zersetzte und das entkonstruierte Ornament ist auch das entgrenzte Ornament

dem ordnenden und schmückenden erst einmal entgegengesetzt, und Jackson Pollock hat mit seinem *dripping* versucht, es immer wieder erst zu erzeugen und gleichzeitig zu zerstören. Das Ornament ist weder Mittel noch Verbot in dieser Kunst: Es ist das »Problem«.

Das Problem führt (Kapitel 6) zum »Krieg der Zeichen«, vielleicht aber auch zum »Frieden im Ornament«. Denn so wie man das Ornament gegenüber der Figuration und in gewisser Weise auch gegenüber der Abstraktion, die es enthält und zerstört, als die »tiefere« Darstellung ansehen kann, so ist es ganz sicher die universalste. Und so wie sich das Ornamentale als Schmuggelware in der Abstraktion erhalten konnte, so läßt sich nun umgekehrt ein Austausch von Inhalten als Schmuggelware der Ornamente einbringen, die zwischen den Kulturen ausgetauscht werden. Natürlich ist das Ornament auch ein Schutz gegen die Ausbeutung und den kolonialen Blick – das Ornament widersetzt sich der Aneignung, der die Menschen-, Welt- und Götterbilder ausgesetzt sind. (Was möglicherweise auch bedeutet, daß ein Bilderverbot nicht allein durch seinen inneren Gehalt bestimmt ist, nämlich als Dispositiv der Macht, sondern auch als eine Geste nach außen: Vielleicht kann man ja einer Kultur, die keine Bilder hat, weniger anhaben.) Mit dem »konkreten Bild«, wie es Max Bill forderte und schuf, begann eine Rückwendung der modernen Kunst auf die Gesamtheit des Lebens. Das zerbrochene Ornament legt (»vier quantengleiche farben in acht gleichen feldern«, 1973) seine (»mathemagische«) Rekonstruktion in Aussicht, während die Autorschaft wenigstens zu einem Teil an den Blick delegiert wird. Möglicherweise ist das Ornament dort, wo es als reine Möglichkeit gedacht ist, so befreiend, wie es dort, wo es das Bilderverbot (das des Fundamentalismus ebenso wie das der Moderne) umschließt, allenfalls »zwingend« sein kann.

Kapitel 7 (»Das Bild will Ornament werden«) führt vom Ornament der Renaissance bis zu den Bildern von Frank Stella und dokumentiert anschaulich eine Ausdehnung des Ornamentalen im Raum, die sich, langsam aber gewaltig, in der Buch- und Baukunst zwischen dem 15. und dem 18. Jahrhundert vollzog, und die zum Beispiel bis in die Arbeit des amerikanischen Künstlers reicht. In der Barockarchitektur beginnt das Ornament sich auf andere Weise vom Ordnenden und Schmückenden zu entfernen: Es besetzt, nicht nur in den Scheinarchitekturen und den Raumillusionen, wie dem Spiegelsaal der Amalienburg in München Teile der »Wirklichkeit«; das Ornament konstruiert statt Ordnung Bewegung. Folgerichtig treffen sich Inhalt und Ornament kleinformatig in einem Genre, das im 15. Jahrhundert entsteht und den Titel »Groteske« trägt. Die Groteske kann sich gleichsam nicht entscheiden, sie behandelt Figuren wie Dinge und Dinge wie Figuren, Formen wie Inhalte und Inhalte wie Formen. Das Ornament dient dabei nicht zuletzt der Darstellung von Räumlichkeit, und unter diesem Aspekt verzichtet es hier und dort auf die Aspekte von Ordnung und Schmückung (es wird, wenn man so will, »abstrakt«), wie es dann auch die »letzte originär abendländische« Form des räumlichen Ornaments, die »Rocaille«, das manieristische Muschelgebilde des Rokoko, tut. Das Bild will da nicht nur Ornament werden, das Ornament will auch Raum werden, die Form soll sich in die Welt bewegen, aber sie muß sich dabei in gewisser Weise »verflüssigen«. Noch einmal, auf andere Weise, hebt sich daher die Ordnung auf. Wenn man will, kann man auf einigen Bildern von Frank Stella so etwas wie verrückt gewordene Rocaillen sehen.

In den achtziger und neunziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts (Kapitel 8) ist das Ornamentale für die Kunst kein Problem mehr. Offensichtlich hat hier so etwas wie eine »Ornamentalisierung der Moderne« stattgefunden. Wenn das Abstrakte ein halbes Jahrhundert lang als etwas Dekoratives mißverstanden wurde, war es dann nicht besser, sich gleich dem Ornamentalen wieder zuzuwenden, zumal die abstrakten Tapeten längst schon wieder Geschichte (der Gebrauchsästhetik) geworden sind, die Werbeästhetik alle Kämpfe zwischen Ornament und Abstraktion gefressen und verbraucht hat? Das ist einfach, weil der Mensch dieser Zeit die moderne Kunst als Ausweis seiner Modernität nicht mehr braucht. Und schwierig, weil der Dialog bei weitem nicht so »beliebig« zu führen ist, wie es sich die Kritik der Postmoderne vorstellt. Zunächst ist nicht die Ordnung und das Schmückende das Wesentliche der neuen Ornamente, aber auch nicht die modernen (und wie man bei dem Rundgang durch die Ausstellung sieht: keineswegs nur die modernen) Versuche der Zersetzung, Entgrenzung und Verräumlichung. Das Prinzip nun ist die Wiederholung, das Serielle. So wie das Ornament vielleicht als das fundamentale Bild betrachtet werden kann, das die Dinge und ihre Beziehungen lediglich sehr viel näher anschaut, als es die figurativen Bilder in ihren Lichtwürfen und Perspektivwechseln vermögen, so wird womöglich umgekehrt das serielle Bild, das Bild, das neben sich sein Double hat, wieder zum Ornament. Der Kreis kann sich wieder schließen, und im letzten Ausstellungsraum (»Das [digitale] Ornament der Masse«) können wir einigermaßen verblüfft, aber gut vorbereitet erkennen, wie sehr diese Verhältnisse von Figuration (die Aktualität des Menschlichen in der Welt), Abstraktion (die »expressive Spur«) und Ornament (die Schönheit der Ordnung) der Inszenierung von Gesellschaft und Macht entsprechen. Nicht bloß im Faschismus will der Mensch selber zum Ornament (der Masse etwa) werden. In der wunderschönen, gespenstischen Installation »Gong Yuan 2000, III« von Yue Minjun, in der wir uns durch eine Dreiecksformation von 25 vollkommen gleichen, karikaturrealen, sehr breit lächelnden Männerplastiken bewegen, kann man ahnen, wie sehr man selbst Teil des Problems ist – und wie weit entfernt von der Lösung.

Die Geschichte des Ornaments ist nicht zu verstehen ohne das Modell eines religiös oder ideologisch bedingten »Abbildungsverbotes«. Offensichtlich gibt es eine Anzahl von Göttern (und bemerkenswerterweise sind sie alle männlich, einzig und ewig), die es gar nicht schätzen, wenn die Menschen sich ein Bild von ihnen machen. Ja, sie scheinen von dem Bruch, der mit solchen Bildern oder verkappten Selbstbildern verbunden wäre, so mit Grauen erfüllt, daß sie gleich Bilder

und Gleichnisse von allem verbieten: »Du sollst dir kein Bildnis noch irgendein Gleichnis machen, weder von dem, was oben im Himmel, noch von dem, was unten auf Erden, noch von dem, was im Wasser unter der Erde ist.« Was bleibt da zu tun, wenn man sich entschließt, so ein Gebot wörtlich zu nehmen, was ja nur unter bestimmten Bedingungen nötig ist? Es ist eine Möglichkeit, seine ganze Neugier und Leidenschaft auf den Text zu verlagern und diesem alles Erdenkliche an Form in »Schönschrift« abzuverlangen. Eine andere Möglichkeit ist es, das Bild in ein Gefängnis von Vorschriften zu stecken, in eine Ikonographie, die das Bild nur akzeptiert, weil es unter dem Gesetz steht. Und das dritte ist das Bild, das (scheinbar) ohne Inhalt ist, die reine Form, abgeleitet von den beiden letzten Dingen, die sich dem Bilderverbot entzogen, der Harmonie der Pflanzen und der kristallinen Struktur. Welche dieser Formen des Bilderverbots und der kulturellen Reaktion darauf auch gewählt werden, sie produzieren Unbehagen: der protestantische Geist der Vertextung der Welt, die lähmende Ikonographie der Orthodoxie, die noch ihr revolutionäres Gegenteil ansteckt, und schließlich jener Fundamentalismus, dem wir voll Entsetzen zuschauen, wie er dem Weltkulturerbe zugeschlagene Buddha-Statuen in die Luft sprengt. Umgekehrt scheinen die fröhlichen Bilderkulturen vom Geist der Selbstauflösung zersetzt, Bilderwelten türmen sich über Bilderwelten, im Rokoko und in der Mediengesellschaft, bis niemand mehr weiß, was Bild und was Wirklichkeit ist. Die einen führen Kriege gegen die Bilder, die anderen (wie zum Beispiel die Deutschen im Kosovo) führen Krieg im Namen der Bilder. Vielleicht können wir ja nur Kulturen, die an zu vielen Bildern zugrunde gehen, von solchen unterscheiden, die an zuwenig Bildern zugrunde gehen.

Die »Lösung« der Moderne war die lineare Beschleunigung: Das Bild, das in allererster Linie einmal sich selbst meint, wird vom Welt-Bild zum Zeit-Bild, und das jeweils neue Bild verwirft das alte (oder verweist es wenigstens ins Museum). Bemerkenswerterweise hatte diese Verwandlung des Bildes ja auch das Abbildungsverbot gefressen. Das moderne Bild mußte von sich behaupten, daß es weder etwas »symbolisiert« oder gar »wiedergibt« noch als bloß Schmückendes benutzt werden kann (was nichts anderes ist als eine wörtliche Übersetzung von »Ornament«). Nein, das Bild mußte sozusagen reine Bedeutung werden. Aber das konnte es letztlich nur, solange es zugleich reiner »Skandal« war. Spätestens wenn es in der Schalterhalle der Bankfiliale hängt, sind die beiden verbotenen Aspekte wieder da, das Symbolische wie das Schmückende. Und schwer ist es gewiß nicht, die Abstraktion, unter anderem, als *das* Ornament des Nachkriegskapitalismus zu begreifen.

Das Ornament scheint zunächst auf eine »tiefere« Schicht der Kulturgeschichte zu verweisen als die Figuration. Für seine Wanderungen und Verwandtschaften hätte man wohl den Strukturalismus erfinden müssen. Von der Plamette zur Arabeske bewahrt sich das Ornament anscheinend eine Reinheit über Jahrhunderte und Kontinente, die vom Menschen- und Welt-Bild der Figuration gewiß nicht zu haben ist. Es ist das Wesentliche der Ordnung, der inneren Form der Welt, und die romantischen Künstler waren wohl die letzten, die von einer Versöhnung des Menschen mit der Natur und dabei einer Versöhnung der Figuration mit dem Ornament fasziniert gewesen sind. Dann brechen die beiden Dinge wieder auseinander, beschreiben den Gegensatz, wie in den Bildern von Paul Gauguin, oder sie zersetzen einander wie im Jugendstil.

Warum aber müssen Figuration, Abstraktion, Allegorie und Ornament überhaupt einander als Gegensätze empfinden? In unserer Alltagswelt sind ja durchaus alle drei Formen der Darstellung friedlich miteinander im Einsatz, etwa in den Verkehrszeichen, die Bazon Brock in seiner Polemik gegen das Bilderverbot anführt: Das grüne Ampelmännchen, die Abbildung der Sackgasse, der weiße Balken auf rotem Grund oder einfach ein auf den Kopf gestelltes Viereck mit gelbem Rand – »verstehen« können wir das alles, auch wenn wir jedes davon »anders« verstehen. Die Frage, was passiert, wenn man eine dieser Zeichenarten (zum Beispiel die Figurative der Ampelmännchen) einfach verbietet, ist vielleicht nur zum Teil grotesk, nämlich solange man Zeichen ausschließlich nach ihrem Wert für die Praxis beurteilt. Zum anderen aber führt sie direkt in den Zusammenhang von Bildern und Macht. Dabei sollten wir uns keineswegs einbilden, etwa den, wie es heißt: »barbarischen« Ausbrüchen in Bilderverbot-Gesellschaften überlegen zu sein. Das Machtdispositiv des zwischen Figuration, Allegorie, Ornament und Abstraktion sich wandelnden Bildes ist nur feiner justiert.

Die Frage nach einer Korrespondenz zwischen Abstraktion und Ornament läßt sich daher aus einem kunsthistorischen in einen philosophischen Kontext übersetzen. Das Ornament wird nämlich, paradoxerweise, wieder zu einer Hoffnung in einer Gesellschaft, die fürchtet, an ihren eigenen Bildern zu ersticken. Das Ornament verspricht Ordnung, es verspricht nicht zuletzt das »Aushaltbare« (gegenüber jenen Bildern, die man so wenig aushalten kann, daß man gleich einen Krieg anfangen muß). Und zugleich wird es, vielleicht über einen weiteren Umweg der endlos selbstreferentiellen Computerbilder (Apfelmännchen-Grafik), zur Hoffnung auf eine Darstellung des »nichtlinearen Denkens« (wie Deleuze und Guattari das ausdrücken). Denn wie sollten wir ohne das Ornament unsere Maschinen verstehen?

»Ornament und Abstraktion« ist in der Fondation Beyeler, Baselstr. 101, Riehen/Basel noch bis zum 23.9. täglich von 10 bis 18 (mittwochs 10 bis 20) Uhr zu sehen. Zur Ausstellung ist ein umfangreicher Katalog erschienen.

Georg Seeßlen schrieb in KONKRET 7/2001 über die TV-Show »Big Diet«

Konkret 08/01, S. 49

Gerhard Henschel

Buch des Monats

Jörg W. Gronius: Ein Stück Malheur. Roman, Weidle Verlag, Bonn 2000, 180 Seiten, 38 Mark

So hätten geordnete Verhältnisse aussehen können: »Mein Vater ging zur Schicht. Meine Mutter ging arbeiten. Meine Großmutter mütterlicherseits machte die Wirtschaft.« Doch für das Kind, das hier erzählt, ist das Leben eine Abfolge niederschmetternder, öder oder schreckenerregender Vorgänge ohne Sinn und Verstand. »Schwappte Tee aus meiner Tasse, weil ich schlecht an den Tisch kam aus meiner niedrigen Couchposition, gab es was hinter die Ohren. Hatte es was hinter die Ohren gegeben, war für mich das Essen beendet. Dann gab es weder Würstchen noch Schrippen mit Schabefleisch und italienischem Salat. Statt dessen wurde ich in die Küche gesperrt und mußte dort ins Bett.«

Es muß schauerlich sein, als intelligentes Einzelkind in einer Familie von Debilen aufzuwachsen, zu jeder Zeit und an jedem Ort. In seinem Roman *Ein Stück Malheur* schildert Jörg W. Gronius, wie es in den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts am Lausitzer Platz in Berlin war, aus der Sicht eines Jungen, der die Welt noch nicht versteht: »Ich dachte, von Scharlachberg würde man Scharlach kriegen, eine Krankheit mit roten Flecken im Gesicht.« Auf seine Fragen bekommt der wißbegierige Junge nie eine vernünftige Antwort, und wenn die Erziehungsberechtigten von sich aus Kontakt zu ihm aufnehmen, geschieht dies immer in erzieherischer Absicht und oft gewaltsam: »Mein Vater verfügte über einen kurzen und harten Schlag.« Die Macht dieses Vaters hat allerdings ihre Grenzen, denn beruflich hat er nichts erreicht, was seine Frau und seine Schwiegermutter gnädig stimmen könnte: »Mein Vater war Tankwart, aber das durfte niemand wissen. Jedenfalls niemand in der Schule. Wenn in der Schule nach dem Beruf des Vaters gefragt wurde, mußte ich sagen: kaufmännischer Angestellter.« In dieser kleinbürgerlichen Familienhölle führen die Frauen das Regiment, die Mutter des Erzählers und seine Großmutter mütterlicherseits. »Sie beherrschten die Stube, patrouillierten durch den Korridor und rumorten in der Küche. Sie beherrschten die Wohnung in der ich aufwuchs. Ich wuchs auf in Stube und Küche.«

Unter der Herrschaft dieses Nachkriegsmatriarchats hat der Junge nicht viel zu lachen, denn in den Augen seiner Mutter und seiner Großmutter mütterlicherseits ist er nicht mehr als »ein Stück Malheur«, das streng erzogen und regelmäßig generalgereinigt werden muß. »Besonders gründlich wurde mein Geschlechtsteil abgeseift, das durch die Operation gezeichnet war. Hier mußte ganz besonders gründlich und vor allem genau geseift werden. Mit Hingabe und unter Verrenkungen betrachtete und betastete meine Mutter, aber mehr noch meine Großmutter mütterlicherseits, den Penis, von dessen Ende die Vorhaut entfernt worden war.« Hier nimmt das Bad am Samstagabend Züge einer Vergewaltigung an. Das heiße Wasser dampft aus der Zinkwanne, Hilfe ist nicht in Sicht, schon gar nicht von dem ohnmächtigen, seinerseits wie Falschgeld in der Welt herumstehenden Vater, und es sieht nicht so aus, als ob es vor der geplanten Feuerbestattung noch einmal etwas Schöneres geben könne als vielleicht Klappstullen mit Schlackwurst oder Velveta-Käse. »Starr vor Angst, aber unfähig, den Blick davon abzuwenden, sah ich das trübe Wasser, das sich während meines gründlichen Abseifens endgültig abgekühlt hatte und kein bißchen mehr dampfte, wie es in der von meiner Mutter und meiner Großmutter mütterlicherseits geschleppten Wanne hin und her schwappte, um endlich mit einem großen Platschen in den Ausguß gegossen zu werden.«

Unablässig wird hier abgeseift und ausgescheuert, eingesperrt, geseufzt, geschimpft und zwanghaft renoviert und saubergemacht. Im Wald wird nicht spazierengegangen, sondern »marschiert«, und nicht einmal nachts kehrt Frieden ein in die Wohnschlafküche. »Meine Großmutter mütterlicherseits hielt sich den gläsernen Nachttopf vor ihren nackten Hintern und pinkelte hinein. Danach stellte sie den Nachttopf wieder unter das Bett und legte sich neben mich, ohne das Nachthemd herunterzuziehen. Im Bett preßte meine Großmutter mütterlicherseits ihren nackten, käsigen, eiskalten Hintern an meinen Bauch.«

Daß es jenseits von Stube und Küche eine große weite Welt gibt, weiß der drangsalierte Junge, denn er hat auch eine lebenslustige, von der Mutter und der Großmutter mütterlicherseits weidlich gehaßte Tante, die Peter Stuyvesant und Astor und Gold-Dollar und Peer Export raucht und durch solche und ähnliche Extravaganzen das gänzlich Andere verkörpert, auch wenn sie darauf angewiesen ist, ihren Lebensunterhalt von den kargen Einkünften als Milchverkäuferin in einem improvisierten Kuhstall in Neukölln zu bestreiten. Dabei hat sie durchaus das Format der seligen Tante Cora aus Ludwig Thomas unvergänglichen *Lausbubengeschichten*. Die Rolle der segenspendenden Tante in der deutschsprachigen Kindheitsromanliteratur wäre überhaupt einmal ein Thema für ein Dichtergespräch im Elysium oder wenigstens für eine Doktorarbeit.

Leider muß Tante Lucie schon im allerersten Satz des Romans an Leberzirrhose sterben. Mit diesem Schicksalsschlag fängt alles an, und danach geht es nur noch bergab: »Meine Zuflucht war immer Tante Lucie. Jetzt war sie tot. Ich war ohne Hoffnung.« Hoffnungslos, beklemmend und stumpfsinnig sind dann auch die Zustände und die Vorgänge, von denen auf den folgenden 171 Buchseiten Bericht erstattet wird, aber weder weinerlich noch gehässig, sondern im nüchternen Stil

eines Polizeiprotokolls: »Mein Vater riß mich aus dem Bett, während meine Großmutter mütterlicherseits Wasser in die Zinkwanne laufen ließ. Meine Mutter riß das vollgekotzte Laken und den vollgekotzten Bettbezug auseinander. Mein Vater stellte mich mit dem Ruf: □Jetzt gibt's gleich ein paar hinter die Ohren!□ in die Zinkwanne mit kaltem Wasser, und meine Großmutter mütterlicherseits schrubbte mich von oben bis unten ab.« Und so geschieht das Wunder, Satz für Satz, daß sich das heulende Elend in Wohlgefallen auflöst und komisch wird.

Wenn ein Kind vom Schularzt zum orthopädischen Turnunterricht abkommandiert wird, der in einer dunklen, durchdringend nach Bohnerwachs riechenden Turnhalle stattfindet, unter Anleitung einer grauhaarigen Frau mit Dutt und Buckel, ist das kein Vergnügen, aber wenn Gronius darüber schreibt, verwandelt sich die Tristesse in große Literatur. »Einmal in der Woche mußte ich orthopädisch turnen.« Der Kindheit ganzer Jammer faßt einen an, und zugleich eine eigenartige Heiterkeit. »Wir mußten auf allen vieren auf dem Boden herumkriechen und dabei den Rücken zum Buckel oder nach unten zum Hohlkreuz machen. Der Geruch nach dem Bohnerwachs war dabei fast nicht auszuhalten. Danach mußten wir mit nackten Füßen auf einem Holzbalken balancieren ...« Das ist Zauberei. Man will keines dieser Erlebnisse teilen, aber alle mitgeteilt bekommen.

Ganz nebenher erfährt man dabei viel über das kleinbürgerliche oder besser halbproletarische Milieu im Westberlin der Wirtschaftswunderjahre: »Nebenan nach hinten raus wohnte das Ehepaar Henschel. Er war klein und dick und trug immer ein ärmelloses Unterhemd und hieß Pampel. Sie war groß und dünn, trug immer eine geblümte Kittelschürze, hatte immer ein verheultes Gesicht und hieß Henne.« Und immer wenn der Pampel nach Hause kommt (»Voll wie tausend Mann«), kriegt die Henne, wie des Erzählers Großmutter mütterlicherseits das nennt, »ihr Fett weg«. »Dann hörte man von nebenan klatschende Schläge und unterdrücktes Schreien. Man hörte auch, wie irgendwas umfiel. Dann hörte man die Türe knallen und den Pampel mit schweren Schritten die Wohnung verlassen. Die Henne aber blieb heulend und schluchzend zurück.«

In mein Exemplar des Romans hat Jörg W. Gronius die Worte geschrieben: »Dem legitimen Nachfahren von Pampel Henschel«. Das verpflichtet. Ich wünsche diesem Roman eine riesige Leserschaft.

Konkret 08/01, S. 50

Brigitte Kronauer

Zwischen Fixstern und Finsternis

Zur Funktion von Illusion und bürgerlicher Moral bei Joseph Conrad

Immer wenn es Schlagzeilen über die unglückliche ehemalige belgische Kolonie Kongo gibt (Ermordung des Revolutionärs Lumumba, Vertreibung des Diktators Mobutu, Attentat auf Diktator Kabila), wird hierzulande zwanghaft Joseph Conrads Novelle *Das Herz der Finsternis* raunend beschworen, besser: blindlings zitiert und kolportiert.

Warum ist das zuviel, aber auch zuwenig der Ehre für den großen Polen?

»Zuletzt war nur noch die Trikolore einen spannenden, schier unendlichen Augenblick lang zu sehen, ergreifend und einsam, Mittelpunkt des überquellenden Horizonts. Ganz plötzlich war sie verschwunden wie eine Flamme, die ausgeblasen ist, und es kam den Betrachtern vor, als stünden sie einer grenzenlosen, soeben erst erschaffenen Einsamkeit gegenüber.«

Hier, in *Der Freibeuter*, 1923, ein Jahr vor Conrads Tod, erscheint es noch einmal, das emphatische Wappenzeichen seiner Epik. In oft miteinander austauschbaren Passagen der Haupt- und Nebenwerke hatte er es variiert als unverzichtbares Requisit:

»Mein Schiff hätte ein Planet sein können, der auf seiner vorgeschriebenen Bahn sich drehend, in einem Raum unendlichen Schweigens dahinflog« (*Die Schattenlinie*, 1917).

»... noch nie, niemals war mir dieses Land, dieser Fluß, dieser Dschungel, ja sogar das lodernde Himmelsgewölbe so abgeschottet gegen das menschliche Denken, so erbarmungslos der Schwäche des Menschen gegenüber vorgekommen« (*Das Herz der Finsternis*, 1899).

1. Immer sind es Momente von großer Pracht, Kälte oder untröstlicher Melancholie, in denen hinter einem Menschen oder hinter dem ihn repräsentierenden Gegenstand in vollendetem Desinteresse die Folie des Universums erscheint. Gleichgültig, ohne die beruhigenden Schriftzeichen womöglich unveräußerlicher Ordnungen, entrollt sich der kosmische Hintergrund als strahlende Leere. Das Pathos der Indifferenz von All und das terrestrischer Großnatur nehmen sich nichts an inhumaner Fremde in solchen Augenblicken. Es sind die negativ romantischen Konfrontationen mit einer kahlen Unendlichkeit, denen keiner der bedeutenderen Protagonisten Joseph Conrads entkommt.

2. Folglich kann seinen Helden nicht erspart bleiben, jenen gefährlichen Blick über die Wegmarken zu tun, über das Schutzgeländer weg in einen Abgrund, in dem die Haltegriffe der Gesellschaft, ihre Institutionen, ihre ganze Zivilisation mit Zahlen und Gewichten, mit Geboten und Riten, Konventionen und Tabus, Lob und Bestrafung, Idealen und Moral keinen Platz haben. Es ist die Welt jenseits von Gut und Böse, und egal, wie sehr sich jemand mit ihr einläßt, ohne Spuren bleibt der Schock über die Ungültigkeit sogenannter ewiger Werte zugunsten einer empfindungslosen Freiheit von jeglichem Maß, ohne jede Gemütlichkeit des Geistes und Herzens nie. Selbst die Leidenschaften und truglosen Gefühle erscheinen plötzlich als Vereinbarungen, als konventionelle Reaktionen auf bestimmte Anlässe gemäß einer Verabredung. Der naive Zusammenhang mit der menschlichen Gemeinschaft ist zerstört. Im Gegensatz zu Nietzsches Aphorismen der *Morgenröte* etwa werden diese Infragestellungen aller tradierten moralischen Beschwichtigungen und die Entkoppelung bisher selbstverständlicher Beziehungen zwischen Gefühl und Ursache mit Schaudern, als irreparable Verwundung registriert.

Nur selten sind die Conradschen Protagonisten von vornherein so komplizierte Charaktere wie der geniale Kurtz (*Herz der Finsternis*), dem der kongolesische Urwald ungeahnte Möglichkeiten in das von philanthropischen und anderen europäischen Illusionen aufgegebene Hirn flüstert und der, nachdem einmal der Schritt aus den Stadttoren der Alten Welt und dem Zivilisationskorsett vollzogen ist, entgleist, der leidend, aber vor allem mit Wollust, den Boden unter den Füßen verliert beziehungsweise sich den eigenen Dämonien vorbehaltlos zur Verfügung stellt. Viel öfter sind es Einfältige, die je nach Charakter, aus der fürsorglichen Strenge gesellschaftlicher Satzungen entlassen – und nur die Art und Weise ihres Untergangs ist der Offenbarungseid ihrer Persönlichkeit – , tollwütig werden, wie etwa die beiden harmlosen Kleinbürger, die es in den Dschungel verschlagen hat, in *Ein Vorposten des Fortschritts* oder die mit heroischer und banger Tapferkeit ihre heikle Narbe zu verbergen suchen, wie *Lord Jim*.

Die Grenzüberschreitung, häufig erzwungen, selten erstrebt, in ein Niemandsland ohne gesellschaftlichen Schutz, bedeutet nicht nur Relativierung, sondern Zersetzung fundamentaler Prinzipien und erzeugt den Schrecken einer nicht zu widerrufenden Heimatlosigkeit, die den untadelig engstirnigen Kapitän und Richter Brierly aus *Lord Jim*, durch die schiere Beschäftigung mit Jim, dem »zwielichtigen«, dem »schattenhaften«, in den Selbstmord treibt. Ihn immerhin läßt der radikale, jedoch keineswegs furchtlose Skeptiker Conrad ganz ohne Mitgefühl sterben. Beziehungsweise kennzeichnet ihn durch seinen Freitod doch wenigstens als menschliches Wesen, dem das Gehäuse seiner Überzeugungen geraubt wurde, und damit, wie sich herausstellt, in diesem Fall allerdings die komplette Substanz.

Der nach eigener Aussage »unvollkommene Philosoph« und »unvollkommene Ästhet« Conrad – stets voller Mitgefühl für alle leidenden Wesen und voller Unduldsamkeit gegenüber ihren prekären Oberflächen – , der sich ästhetisch wie philosophisch abgestoßen fühlt nicht nur vom »harten, absoluten Optimismus des Revolutionärs« (*Über mich selbst*, 1912), sondern von jeder Art Ideologie und Rechthaberei – und man darf wohl schon hier hinzufügen: Eindeutigkeit – , schickt aber auch zwei konträr zum Typus Brierly geartete Individuen in eine modifizierte Form der Selbsttötung. Nicht allzu entfernte Verwandte des Autors mit großer Wahrscheinlichkeit:

Heyst, der große Zauderer aus *Sieg* (1915), Sohn eines philosophischen Systemzertrümmerers und entsprechend infiziert, überzeugt von der Absurdität aller Glaubensartikel und des täuschenden Charakters der Leidenschaften, stürzt mit letzter Kraft, man müßte eigentlich sagen: mit dem letzten Rest gesunden Menschenverstands, seiner Geliebten nach, dem eigenen anstößigen Gefühlsschwanken entfliehend, zumindest in die Metapher der Passion, nämlich ins ganz konkrete Feuer, um dort mit ihrem toten Körper zu verbrennen. Nicht weniger trügerisch ist der Tod des lästerzüngigen »boulevardiers« Martín Decoud aus *Nostromo*, der, sozialistischen Ideen so wenig verhaftet wie anderen Illusionen, es sei denn »der höchsten Illusion des Liebenden«, sich wider besseres Wissen in eine revolutionäre Tat wirft und in ihr schauerlich, nämlich sogar von seiner Liebesidee verlassen, zugrunde geht. »Die Einsamkeit ergreift Besitz vom Gemüt und treibt das Denken ins Exil reinen Unglaubens«, und so wird er, ertrinkend, »verschlungen von der unermeßlichen Gleichgültigkeit der Dinge«.

3. Conrad selbst, hier halb kongruent mit seinem Erzähler Marlow, wird nicht müde, als leitendes Trugbild fürs Überleben des so oder so sozialisierten und also sinnabhängigen Ichs in der Unverbindlichkeit des umgebenden Universums, sei es in London oder im malaiischen Archipel, sei es naiv oder reflektiert, die Treue (bei jeder Gelegenheit steif und fest: die Treue!) als sicherndes Tau im moralisch Diffusen ins Spiel zu bringen, allerdings mit einem irritierten, ja warnend phosphoreszierenden Ton. Jims einzige Rettungsboje ist das öffentliche Ansehen, die »Ehre«. Sein alter Vater, der Pastor, hat die Vorsehung und die fürs gesamte Erdenrund geltenden Tugenden in petto. Es sind jene Fixsterne in der Dunkelheit, die in der Schlußszene des um seine reale Liebe betrogenen *Pflanzers von Malata* (1913) vielleicht ihr einprägsamstes Inbild gefunden haben: Er schwimmt in aller Ruhe ins offene Meer hinaus, »die Augen auf einen Stern gerichtet«, der sich für seine Aufgabe, Luftschloß, leuchtende Utopie in der Nacht zu sein, vollständig gelöst hat von der Initialzündung Felicia Morson, jener prangenden, durch ihr taubes Inneres widerlegten, trügerischen Inkarnation der Leidenschaft.

Nebenbei: Es besteht, vielfach kolportiert, die allgemeine Abmachung, Conrad verstünde nichts von Frauen, seine weiblichen Porträts seien fast ausnahmslos schwach. Ob das eventuell der falsche Ansatzpunkt ist, ob es ihm vielleicht gar nicht auf differenzierte Psychologie angekommen ist, vielmehr, möchte ich zu bedenken geben, ausdrücklich auf demonstrierte Projektionen, eben Fixsterne, realitätsferne, aber hartgeschliffene Idole und funktionstüchtige Halluzinationen? Dem irrlichternd Ambivalenten muß er zudem nicht speziell bei den Frauen nachjagen, es liegt als verstohlen morbider Schein über seinem gesamten literarischen Reich. Man halte sich vor Augen, was Marlow in *Das Herz der Finsternis* sagt: »Sie – die Frauen, meine ich – haben damit nichts zu tun. Wir müssen ihnen helfen, in jener schönen eignen Welt zu bleiben, auf daß unsre nicht schlechter werde.« Ob den Frauen die Kostümierung paßt, steht auf einem anderen Blatt.

4. Denn andererseits ist natürlich all das, was bei Conrad, dem nervösen Liebhaber der launischen See, wirklich über Anziehungskraft verfügt, umwölkt, fluoreszierend, mehrdeutig. Das gilt selbst für zwei anscheinend so weit auseinanderliegende Geschöpfe wie Kurtz und Jim. Besitzt Kurtz bei aller Verkommenheit eine unwiderstehliche, idealistische Gefühle weckende Eloquenz, so ist umgekehrt dem Goldglanz von Jim eine »verteufelte Substanz« beigemengt, etwas rätselhaft Glimmendes, unerklärlich fesselnd und deshalb beunruhigend, eine suspekte, spaltzüngige Facette an diesem äußerlich so rechtschaffenen Jungen. Und speziell das aber wird, obwohl gefährlich, manchmal abstoßend, wider alle Vernunft gerade von denen gesucht, die selbst nicht über das gewisse Opalisieren verfügen, denn es ist das, was, sobald es um Personen geht, egal, welchen Geschlechts, zuverlässig erotisiert.

Erstens also die Indifferenz des Universums, zweitens der Blick in den Abgrund einer äußeren oder inneren Welt ohne Maßstäbe – bereits in Conrads erstem Roman *Almayers Wahn*, in neuer Übersetzung: *Almayers Luftschloß* (1895), heißt es von der jungen Nina, sie »konnte beobachten, wie das enge Mäntelchen bürgerlicher Moralvorstellungen ... von ihr abfiel und sie fröstelnd und hilflos am Rande eines tiefen und unbekannten Abgrunds zurückließ« – , drittens die um so inständigere Installation von Fixpunkten – »Schon die Andeutung einer Bewegung wäre ein Schritt ins Nichts, würde bedeuten, daß er begraben würde unter dem krachend niederstürzenden All, dessen einzige Stütze er war«, so ahnt Almayer in einem Alptraum die unmittelbar bevorstehende Ankündigung vom Verlust seines einzigen Lebenssterns, der Tochter Nina, voraus – und schließlich viertens die Attraktion des Zweideutigen: vier Grundkomponenten des Conradschen Werks.

Der enorme Rang, der seiner Novelle *Das Herz der Finsternis* in Popularität und Wertschätzung vor seinen anderen Werken häufig zugestanden wird, ist in diesem Kontext eigentlich überraschend. Ob Bekanntheit und Beliebtheit, vom süffig bedeutungsträchtigen, beinahe volkstümlich gewordenen Titel abgesehen, mit der einschmeichelnden Verquickung von Politik und Symbolik zusammenhängen? Jedenfalls, was die Conradschen Ingredienzien betrifft, ist die Erzählung

eigentlich kein Sonderfall, und wenn man Adam Hochschilds aufrührenden, sehr detaillierten Bericht *Schatten über dem Kongo* gelesen hat, erscheint die Verwendung des zeitgeschichtlichen Hintergrunds – gnadenlose Elfenbein- und Kautschukausbeutung sowie Versklavung des sogenannten Kongo-Freistaats, mit der Folge einer als Völkermord zu klassifizierenden Dezimierung der Einheimischen durch Zwangsarbeit und eine barbarische sogenannte Justiz, alles im Auftrag des unter der Maske des Philanthropen agierenden belgischen Königs Leopold II. und ein Spezialkapitel europäischer Kolonialpraktik – als, gelinde gesagt, unpolitisch. Ganz anders, nebenbei, die grandiose, aber viel weniger bekannte, zu spröde? zu umfangreiche? Fiktion *Nostromo*. Selbst die einleitenden Überlegungen Marlows in *Herz der Finsternis* zu Eroberungsexpeditionen früherer Jahrhunderte wirken ja eher phantastisch-träumerisch assoziiert als ernsthaft historisch.

Das Überwältigende und auch wohl Verführerische der Geschichte ist die Gestalt des Kurtz, verworfener, anziehender Inbegriff der Zweideutigkeit. Es hat gewiß, und nicht nur unter Befehl und Verantwortung Leopolds, bestialischere Männer als ihn gegeben. Sie sind vermutlich überdies jederzeit Begleiterscheinung jeder Art von Krieg. Das aber, was der durch und durch anständige Erzähler Marlow in der Finsternis des eigenen Herzen erkennt, ist die widerliche und betörende Möglichkeit einer Infiltration. Womit? Mit einer knochenerweichenden – es gibt ja, und ich halte es keineswegs für eine Stärke dieser Novelle, immer nur Andeutungen – , übermenschlichen Gesetzlosigkeit, Kontakt mit einem Bereich, der geräumt oder überhaupt unberührt ist von allen Maßstäben der Zivilisation, verkörpert im so inbrünstig gesuchten Kurtz. Marlow entdeckt den Ordnung auflösenden Sog der Ambivalenz, klassisch: Haßliebe. Um so energischer müssen schnell die alten, eisernen Hausgötter angerufen werden: Disziplin, Treue usw.

Die Eintrübungen des Zwielichtigen schlagen sich zunächst in einer atmosphärischen Benommenheit, als Fluidum nieder, das sich mit der Annäherung an Kurtz verdichtet: »Er war allein, und ich, vor ihm, wußte nicht, ob ich auf festem Boden stand oder in der Luft schwebte«. Verlust des Koordinatensystems, der den Einbruch einer anderen Welt, wechselseitiger, einander störender Beleuchtungen ankündigt. Gegen Schluß der Urwald-Novelle aber kommt es zu einem dramatisch dialogischen Auftritt zwischen Marlow und der ahnungslosen, in ersonnenen Idealwelten lebenden Braut des Kurtz in Brüssel, wo trotz aller Düsternis mit dem professionellen Vergnügen am Mißverständnis sowie der Prägnanz einer Shakespeareschen Komödie die Bedeutungen der Worte und Einzelwörter gefälscht werden. Das kulminiert, als der Beileidsbesucher und gierig nach den letzten Worten des Toten gefragte Augenzeuge Marlow anstelle des tatsächlich gesprochenen und später so viel zitierten »The horror! The horror!« in frommer Lüge behauptet, es sei der Name der Braut gewesen, und damit die töricht Überglückliche für den Leser hinter ihrem Rücken zum »Grauen« ernennt.

Hierzu eine Fortsetzung und Paraphrase in der Wirklichkeit. Auf dem Seedeich von Oostende steht ohne sichtbare Erosionsmerkmale ein riesenhaftes Reiterstandbild von Leopold II. Zu seiner Rechten, aber noch weit unterhalb der Pferdehufe, jubeln Kongosklaven mit zerbrochenen Ketten über ihre Befreiung, nicht von Leopold, sondern, kaum zu glauben – durch ihn! Der zunächst empörte Betrachter beginnt sich nach einigem Nachdenken über so viel ungewollte bronzene Doppeldeutigkeit mehr als hundert Jahre nach *Herz der Finsternis* beinahe zu freuen.

Vergleicht man die Afrika-Novelle mit der zu Unrecht kaum bekannten, ursprünglich wohl recht erfolgreichen Erzählung »Ein Lächeln des Glücks« aus der Sammlung *Zwischen Land und See* von 1912, so stellt sich das mehr als zehn Jahre später geschriebene Werk als heller und rationaler, zynischer und als Präzisionsmeisterstück erster Klasse heraus, ohne deshalb auf eine teilweise betörende Sinnlichkeit zu verzichten. Es existieren darin nicht zwei nornische Strickerinnen wie in der älteren Novelle, aber es gibt immerhin eine, und die strickt wie rasend. Wenn man will, nicht weniger, aber diskreter symbolisch. Es wüten keine politisch merkantilen Mächte, aber es wirkt, sehr exemplarisch, private Händlerhabgier. Keine körperliche Bestialität großen Stils steht spektakulär im Hintergrund, dafür schiebt sich eine individuelle, gemüthaft-seelische Grausamkeit in den Vordergrund. In beiden Fällen erlebt man die kalkuliert verzögerte Annäherung an eine Art Legende, dort hieß sie Kurtz, hier heißt sie zur Hälfte Alice, die festgehalten im Herzen einer üppig wuchernden Natur und Finsternis sitzt. Berichtet wird durch den Mund eines Erzählers, leicht borniert, wie meist bei Conrad. Das gilt übrigens auch für den keineswegs stets souveränen Marlow und muß so sein, weil er, vom Reglement der bürgerlichen Gesellschaft wohl oder übel geprägt, derjenige ist, der durch den demoralisierenden Zauber des allen Zivilisationsvorschriften Entzogenen abgestoßen und angezogen werden soll.

»Fast durchsichtig eine bloße Strahlung«, als »traumhaft schöne Vision« erscheint dem Ich-Erzähler, einem jungen Kapitän, aus der Ferne die Tropeninsel, wo er, in der Hoffnung auf hohe Frachtraten, eine Ladung Zucker übernehmen will. Damit ist das Generalthema auf der ersten Seite des Prologs bereits angestimmt, die perfide Verquickung nämlich von edler Utopie und Geschäftemacherei, anders gesagt: Was wird siegen, die Liebe oder die Kartoffeln? Das ist wörtlich zu nehmen, und so ohne weiteres noch gar nichts Bedenkliches. Anrüchig daran ist, daß man es bald, wie die Protagonisten, nicht mehr recht auseinanderhalten kann, so schmiegt sich und schlingert das eine ums andere. Schlüpfrige Vermengung von Käuflichem und Nichtkäuflichem, die sich bis zum korrupten Schluß und durch ihn immer enger ineinanderdrehen. Das »Grauen« moralischer Dekonstruktion wird nicht herausgeschrien oder -gestöhnt, dafür um so konkreter verschwiegen.

Man kann nur Vermutungen darüber anstellen, was bei Conrad zuerst da war, eine Vorliebe fürs Raffinement, für den unbestreitbar dekadenten Reiz des Zwiespältigen, aufgespürt im Leben wie in der Kunst, das er schließlich in der fundamentalsten Konfrontation, im Irisieren zwischen den neutralen Uferlosigkeiten des Universums und den behütenden, ehern geglaubten ethisch-moralischen Sitten der menschlichen Gemeinschaft wiederfand, wobei sich die Zweideutigkeit eben darin vollzieht und vollendet, daß eine endgültige Entscheidung zwischen den zwei einander ausschließenden Perspektiven niemals fällt. Oder ob jenes wuchtigste aller Exempel auch das initiierende war und sich erst dann, nachdem er einmal Blut geleckt hatte, für ihn in tausend banaleren, für den Weltbeobachter und Schriftsteller ergiebigeren Spiegeln brach und reflektieren ließ. Entscheidend ist am Ende, daß Conrad in seiner sehr konzeptuellen Konstruktion von Ambivalenz ein strikt existentielles Verlangen nach unveräußerlichen Tugenden mit Neigung und Zwang zu ihrem radikalen Bezweifeln in Einklang bringen konnte. Das eine am anderen sich wetzend, schärfend.

Der Text ist eine gekürzte Fassung eines Essays über Ambivalenz bei Joseph Conrad. Vollständig erscheint er in einem Aufsatzband im Herbst 2002 bei Klett-Cotta.

Literatur:

Eine vierbändige Neu-Ausgabe der Werke Joseph Conrads mit den Erzählungen *Herz der Finsternis*, *Almayers Luftschloß*, *Freya von den Sieben Inseln* und *Lord Jim* ist bei Haffmans erschienen (1.184 Seiten, 39 Mark).

Adam Hochschild: *Schatten über dem Kongo.* Klett-Cotta, Stuttgart 2000, 494 Seiten, 50 Mark

---

Brigitte Kronauer beantwortete in KONKRET 6/2001 die Frage nach linker Kunst. Letzte Buchveröffentlichung: der Roman »Teufelsbrück« (Klett-Cotta)

Joseph Conrad

(eigentlich Teodor Józef Konrad Korzeniowski), geboren am 3.12.1857 in der Ukraine, wuchs nach dem frühen Tod seiner polnischen Eltern bei seinem Onkel in Krakau auf. Wegen seiner Liebe zum Meer ging er 1874 als Offiziersanwärter der Marine nach Marseille und bereiste die Schauplätze seiner späteren Romane. 1886 erwarb er die britische Staatsangehörigkeit. Als Kapitän erlitt er im Kongo einen schweren Fieberanfall, mußte seinen Beruf aufgeben und verlegte sich aufs Schreiben. Er verfaßte 13 Romane und 28 Kurzgeschichten in englischer Sprache. Am 3.8.1924 starb er in Bishopsbourne/Kent.

Konkret 08/01, S. 53

Petra Ehrenfort

Buch & Deckel

Christian Gerlach (Hg.): Durchschnittstäter. Handeln und Motivation. Assoziation A, Berlin/Hamburg 2000, 269 Seiten, 32 Mark

Die NS-Tätereliten standen in der deutschen Nachkriegsforschung im Mittelpunkt des Interesses. Die Konzentration auf die Eliten kam allerdings einem Freispruch für all diejenigen gleich, die sich noch nie als Täter begriffen hatten oder begreifen wollten: die »ganz normalen Deutschen« *ohne* Parteibuch, ohne leitende Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktion und *ohne* besondere Machtmittel.

In der Reihe »Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus« ist ein neuer Band, *Durchschnittstäter,* erschienen, dem es nicht darum geht, »einen imaginären ›Durchschnitt‹ zu ermitteln, sondern einfach um Täter jenseits der sozialen und ideologischen Eliten der deutschen Gesellschaft in der NS-Zeit«. Das ist für eine Klärung des Begriffes »Durchschnittstäter« leider zu wenig; und die Schwierigkeiten mit diesem undeutlichen Begriff ziehen sich durch alle fünf Aufsätze.

Claudia Brunner etwa kommt in ihrer Lokalstudie über die Sozialpolitik des Münchner Wohlfahrtsamtes zu dem Ergebnis, daß die verdeckt arbeitenden Fahnder der Behörde und die Wohlfahrtspflegerinnen ganz bewußt agierende Täter und Täterinnen waren, die Ausgrenzungspolitik gegen »Sozialschmarotzer« und »Asoziale« betrieben, aber erkennt trotz allem kein eindeutiges Täterprofil, da sie manchen »Volkspflegerinnen« eine verminderte Reflexionsfähigkeit zugesteht.

Die Untersuchung von Jens Nagel und Jörg Osterloh über Verhalten und Motivation der Wachmannschaften in Lagern für sowjetische Kriegsgefangene machen weitere Schwächen der Durchschnittstäterforschung deutlich. Die Kategorisierung in mißhandelnde, in »normale« und Widerstand leistende Wachmänner greift zu kurz und wird noch relativiert, wenn Nagel/Osterloh vermuten, daß die Wachmannschaften dem »Durchschnitt der Bevölkerung« entsprachen, zudem die »Mißhandler« – als grausamste Kategorie – »in Relation zur Gesamtzahl« *vermutlich* wenige gewesen seien. Sind die »normalen« Wachmänner nicht am Betrieb der Lager und den Erniedrigungen der »Untermenschen« beteiligt gewesen?

Rainer Fröbe beschäftigt sich mit Tätern, die ihre Zeit an Schreibtisch und Reißbrett verbrachten. Es geht um die Zentralbauleitung für das Vernichtungslager Auschwitz. Zumindest die Bauleitung 2 unter Josef Janisch war direkt mit der Planung und termingerechten Errichtung von Krematorien und Leichenhallen beauftragt, wobei zwölf zivile Firmen, unter anderen der Krematoriumskonstrukteur Topf & Söhne sowie AEG, beteiligt wurden. Fröbe stellt fest, daß sich aus dem biographischen Material zu Janisch »kaum weitergehende Schlüsse bezüglich der Motivation, Mentalität und politischen Einstellung des Bauleiters von Birkenau« ziehen lassen. Die Frage nach besonderen Eigenschaften der Angehörigen der Zentralbauleitung muß ebenso unbeantwortet bleiben. Am wahrscheinlichsten sei die psychologische Grundstruktur des »autoritären Charakters« der Täter. Obwohl er darauf hinweist, daß es sich bei den Tätern grundsätzlich um »ganz normale Männer« im Sinne Brownings oder um »ordinary Germans« (Goldhagen) gehandelt hat, empfiehlt er die Beschäftigung mit dem »Phänomen einer gemeinschaftlichen Gruppenidentität« und verspricht sich und uns mehr Aufklärung über die NS-Täter, wenn »auf die Analyse der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, auf die beruflichen »Sozialisationsprozesse« und die Adaption der Täter an ihre »Arbeit« künftig mehr Wert gelegt wird.

Konkret 08/01, S. 53

Peter Fasel

Buch & Deckel

Viviane Forrester: Die Diktatur des Profits. Hanser, München 2001, 210 Seiten, 35 Mark

Mit den blutigen Erfolgen des Pinochet-Regimes in Chile begann der weltumspannende Siegeszug einer skrupellosen Ideologie, die gewöhnlich neo- beziehungsweise ultraliberal oder neokonservativ genannt wird. Die Pariser Schriftstellerin und Literaturkritikerin Viviane Forrester betrachtet in der Fortschreibung ihres Bestsellers *Der Terror der Ökonomie* (1996) die neoliberalen Dogmen als ideologische Grundlage eines allenfalls scheindemokratischen, in Wahrheit oligarchischen Systems, das sich unter dem Deckmantel der (von Forrester nicht grundsätzlich in Frage gestellten) Globalisierung versteckt. Globalisierung und Ultraliberalismus sind also nicht, wie oft geglaubt, Synomyme, vielmehr usurpieren die Vertreter des Neoliberalismus den technischen Fortschritt und die – potentiellen – Vorzüge einer ökonomischen Internationalisierung als eigene Leistung und instrumentalisieren sie für ihren eigennützigen, bloß einer winzigen Minderheit der Weltbevölkerung dienenden Zweck: das Erzielen eines möglichst gewaltigen Profits.

Die Verelendung zahlreicher Weltregionen, chronische Massenarbeitslosigkeit bei gleichzeitig grassierendem Beschäftigungswahn (dazu gehört die Frechheit, die menschliche Würde über den Besitz eines Arbeitsplatzes zu definieren), zunehmende Rechtlosigkeit der in Lohnarbeit stehenden Menschen, ökologische Zerstörungen größten Ausmaßes, massenweise Ausbeutung von Kindern nicht nur in der »Dritten Welt«, die treibhausmäßige Hervorbringung ethnisch-nationalistischer und religiöser Verrücktheiten, von Kriegen und Völkermord, dies alles ist für die herrschende Ideologie kein wirkliches Problem, sondern eher zynische Kalkulation. Die Ideologen des Ultraliberalismus verstehen sich als Avantgarde, die, wie Forrester notiert, »Gebräuche praktiziert, die aus dem Mittelalter stammen, und die sich bisweilen kühn bis ins 19. Jahrhundert wagt, jedoch alle, die sich einmischen und derlei Rückschritte verurteilen, der Rückständigkeit beschuldigt«.

Forresters Zustandsbeschreibung ist weitgehend schlüssig, weil offenkundig. In einer Zeit, in der aufgrund enorm fortgeschrittener Produktivkräfte jeder Mensch ohne materielle Not leben könnte, werden tatsächlich die Verwüstungen, die das schrankenlose kapitalistische Weltsystem anrichtet, von Tag zu Tag größer. Forrester hält Resignation für verhängnisvoll und fordert zum Widerstand auf, der vor allem durch weltweit agierende »Gegenmächte« getragen werden soll, die sich mit Hilfe modernster Informationstechniken (Internet) organisieren. Verhältnisse, die von Menschen gemacht wurden, sind auch durch Menschen zu ändern.

Konkret 08/01, S. 54

Jens Hoffmann

Versteckspiel im Massengrab

Thomas Harlan, Sohn des »Jud Süß«-Regisseurs Veit Harlan, macht sich an den Opfern seines Vaters zu schaffen

Es entbehrt nicht der Frivolität, wenn ein Autor, der zwei seiner Hauptfiguren für die Dauer der Erzählung in einem von den Nazideutschen hinterlassenen Massengrab einquartiert, sich über den eigenen, mit Geschick unternommenen Kunstgriff erstaunt und erschüttert zeigt. Mit großen Gefühlen im Gepäck tritt er vor das Publikum, fällt am Rande des Totenfeldes von Chelmno auf die Knie und steigt zusammen mit einem Kamerateam in die Höhle von Rosa Peham und Józef Najman hinab. Die Behausung der beiden wird zum »Tempel« erklärt, Pflastersteine »aus welchen nicht mehr existierenden Dörfern, Städten« fügen sich dort zu unterirdischen Straßen zusammen. Der Autor schaut sich um und meldet die Ankunft in der Region des »kältesten, inneren Kreises der Hölle«. Die großen Gefühle haben also die großen Worte gefunden. Trotz unwirtlicher Raumtemperatur weist die Emotionsbilanz des Autors ein Guthaben auf. Wie gewöhnlich gehen die Toten leer aus.

In achtundzwanzig absatzlosen, gehetzten Kapiteln, datiert vom Frühjahr 1945 bis zum Sommer 1992, erzählt Thomas Harlan, Sohn des »Jud Süß«-Regisseurs Veit Harlan, achronistisch von Ereignissen, die in Beziehung gesetzt werden zu den Ereignissen im ersten Vernichtungslager, das die Nazideutschen im besetzten Polen betrieben haben.

Von Anfang Dezember 1941 bis März 1943 und von Ende Juni 1944 bis Mitte Januar 1945 wurden im 70 Kilometer von der Stadt Lodz entfernten Chelmno jüdische Männer, Frauen und Kinder sowie Roma und Sinti in Gaswagen ermordet. Ihre Leichen wurden im angrenzenden Waldgebiet von Rzuchów in Gruben geworfen. Ab Februar 1943 sind dort unter der Tarnbezeichnung »Aktion 1005« die Leichen der Ermordeten exhumiert und in Feldkrematorien verbrannt worden. Jüdische Häftlinge wurden von den Nazideutschen gezwungen, die unverbrannten Knochenreste zu zermahlen und zusammen mit der Asche in den Fluß Notec (Netze) zu tragen. Ab Anfang 1944 begannen die Nazideutschen mit der systematischen Beseitigung aller Hinweise auf die Morde in Chelmno. Auch zu diesen Arbeiten wurden jüdische Häftlinge gezwungen. Am 19. Januar 1942 gelang Jakob Grojanowski (möglicherweise ein Pseudonym) die Flucht aus dem Lager. Er erreichte das Ghetto von Warschau, wo er einen Bericht über die Vorgänge in Chelmno verfaßte, der im Juni 1942 durch die polnische Exilregierung in London der Öffentlichkeit bekanntgemacht wurde. Sieben Angehörige des Lagerpersonals sind nach 1945 verurteilt worden. Zwei von ihnen wurden in Polen hingerichtet, die übrigen erhielten Haftstrafen. Nach verschiedenen Schätzungen sind in Chelmno zwischen 152.000 und 320.000 Menschen ermordet worden. (Alle Angaben nach: Israel Gutman (Hg.): *Enzyklopädie des Holocaust*. München/Zürich 1995.) Simon Srebnik und Mordechaï Podchlebnik, zwei Überlebende von Chelmno, sprechen in Claude Lanzmanns Film »Shoah« über das Lager.

Scheinbar übersichtlich beginnt Harlan seinen Roman *Rosa*, von dem jetzt auch eine gekürzte Hörspielfassung auf CD erhältlich ist. In der Vergangenheitsform wird eine morgendliche Szene vom Dezember 1949 beschrieben. Józef Najman, vaterloser Sohn einer Leichenwäscherin, bemerkt das Erwachen von Rosa Peham, einer ehemaligen Dienstmagd, die nach der Besetzung Polens von den Nazis als »Volksdeutsche« eingestuft worden ist. Der unterirdische Raum, in dem die Verheirateten leben, wird durch einen Vorhang geteilt. Józef ist es gerade nicht gestattet, Rosas Wohnungshälfte zu betreten. In ihrem Besitz befindet sich eine Schimmelstute ohne Schweif, die Rosa in Erinnerung an einen früheren Geliebten »Franz« getauft hat. Bei jenem Franz Maderholz handelt es sich um »einen Rottwacht- und Zahlmeister, dessen Einheit seinerzeit im Dorf Quartier bezogen hatte«. Das linke Auge fehlt Rosa. Der Erzähler erwähnt einen zunächst nicht näher beschriebenen »Unfall« und bezeichnet ihren Wohnort als »die dunkle Seite des Lebens«. Rosas Haare werden mit Gestrüpp, Wurzeln und Efeu gleichgesetzt. Józef hält ihren Leib für »chlorophyllbeladen«. Als aber die erwachte Pflanzenfrau schließlich an die Erdoberfläche tritt, reißt der Erzähler ein Wunderkerzentütchen auf und zündet »siebenundneunzigtausend Seelen, die jetzt, aufstrebend, allesamt aus seinen tief gegossenen Augenhöhlen ihrem weltlichen Richter den Weg leuchteten«. Gemeint sind jene 97.000 Menschen, die zwischen dem 7. Dezember 1941 und dem 8. März 1943 in Chelmno ermordet worden sind.

Die krude Seelenflugsimulation ist allerdings kein gedankenloser Mißgriff des Autors, sondern integraler Bestandteil von Harlans poetischem Konzept. Wo immer er kann, entscheidet sich der Autor dafür, sein Publikum mit Geheimnissen und Möglichkeiten zu irritieren, nicht mit Klarheiten. Er ist vernarrt in den »Wunsch« und den unwiderstehlichen »Drang«, »dich, Lesender, dich im unklaren zu lassen ..., in der Schwebe«. So ist am Ende des Romans nicht mehr zu bestimmen, ob Helena M., durch deren Recherche das Publikum und der Erzähler zum ersten Mal vom Prozeß gegen Rosa Peham wegen Raubes, Hehlerei und möglicher Beteiligung an den Verbrechen im Lager Chelmno erfahren, zweiundzwanzigjährig und mit schlagartig weiß gewordenem Haar nach Einsicht der Prozeßakten an Herzversagen starb, oder ob die Angestellte im Verlag des ZK der polnischen PZPR mit einem desertierenden Soldaten nach Kanada geflohen ist. Auch von Franz Maderholz, dem angeblichen Zahlmeister des nazideutschen Lagerkommandos, bleiben nur Schemen. Nachdem der Erzähler Maderholzens Aussage in einer Nervenklinik wiedergegeben und sein Fortleben als Dorfgastwirt im östlichen Odenwald beschrieben hat, schickt er ihn im März 1986 nach Lektüre einer Reportage über die nach Westen gerichtete

Wanderung einer Wisentherde durch Polen im Gegenzug zu seiner Geliebten Rosa und den Massengräbern von Chelmno zurück. Gleichzeitig erwägt der Erzähler die Möglichkeit, »daß es vielleicht Franz gar nicht gegeben hatte«, daß er »ein Fabelwesen« und das Gräberfeld von Chelmno »sein Leib gewesen war«.

Allein, Harlan braucht die Geheimnisse und Unklarheiten, die in Kartons von Spielzeugeisenbahnen verpackten gerichtlichen Beweisstücke, die wechselnden Mütternamen bei ein und derselben Figur, die Menschen in Fadengestalt, die tropischen Vögel und kranken Pflanzen im Wald von Rzuchów, um seinen Platz als Ich-Erzähler überhaupt finden zu können. Er benötigt sie für ein Selbstporträt, das keinen schutzlosen Nackten, sondern einen kalkuliert Entblößten beim Erbrechen eigener Geschichte zeigen soll. »Der Vater ist ab«, schreibt der ehemalige Führer der Marine-Hitlerjugend und deutscher Jugendmeister in Seefahrtsknoten auf dem Weg zu Dreharbeiten für den Film »Die Reise nach Kulmhof« an seinen Kameramann. »Erkenntnisse sind an Zuckermoleküle gebunden, nicht an Elternhäuser«, ergänzt Harlan und tauscht die alte Bindung gegen eine neue ein. In herrischer Unfreiheit taucht er nun als Populationsschätzer in Chelmno auf und bucht die Dorfbevölkerung als Görenschwärme, Mütterrudel und schamlose Kerbtiere ab, um sich dann später auf der Latrine des örtlichen Gasthofes schnurrend an die Eisenbahn zu erinnern, die ihm Josef Goebbels zum Geburtstag schenkte.

»Wie alle Geschichten, die kein Ende haben, hatte auch ihre Geschichte keinen Anfang«, schreibt Harlan über Rosa, nachdem er sie schließlich per Himmelfahrt geopfert und »siebenundneunzigtausend Lufthüllen« in die Heliumschicht hat zurückstürzen lassen. Die Geschichte »begann nie; sie war am Ende; sie war nichts weiter; sie war«. »Komme!« ruft ein Mann nach dem Abzählen der Zahlenreihe und öffnet die Augen. »Hab mich schon.«

Thomas Harlan: *Rosa*. Roman. Eichborn Verlag, Frankfurt a. M. 2000, 220 Seiten, 38 Mark

Thomas Harlan: »Rosa – Die Akte Rosa Peham«. Hörspiel. Intermedium records 2001

Jens Hoffmann schrieb in KONKRET 7/2001 über den Dokumentarfilm »Public Enemy«

Konkret 08/01, S. 55

Tim Schomacker

Melodie & Rhythmus

Sampler: Early Modulations. Vintage Volts. Caipirinha Music/Zomba

Lange bevor das Magnetband das Licht der Welt erblickte, verunstaltete der Franzose Pierre Schaeffer eine Schellackplatte. Nicht ziellos, sondern zum Zwecke der identischen Wiederholung eines bestimmten Abschnitts des auf dem Tonträger Gespeicherten. So wurde der Loop erfunden. Frühe Maschinenmusik, lange vor dem Zweiten Weltkrieg: *Musique Concrète*. Dann kam das Tonband, mit ihm die Collage, und auch der Takt mit den ihn unterteilenden Tonlängen wurde als kleinste Zeiteinheit zur Disposition gestellt. Das Verhältnis von Klangmaterial, Archiv und Manipulation sollte sich grundlegend ändern.

Auf der hörenswerten Kompilation »Early Modulations« sind Pioniere der elektronischen und konkreten Musik versammelt. Unter den Stücken, die zwischen 1939 und 1967 entstanden, findet sich auch Schaeffers »Etude aux chemins de fer« (1948). Man hört das Pfeifen und Stampfen von Lokomotiven, das gleichmäßige Rollen der Waggons über die Schienen. Klackernd, in scheinbar endloser Wiederholung begriffen. Indem kaum auszumachen ist, ob die Loops durch den langen Zug selbst oder durch die Manipulation des Klangspeichers zustande kommen, nähern sich Klangobjekt, Material und Sound einander an – ganz im Sinne des italienischen Futuristen Luigi Russolo, der in einem Manifest von 1913 nicht weniger als »die Erneuerung der Musik durch die Geräuschkunst« verlangte. Klänge, die »wie Orchideen im Land der Technologie blühen«.

Die Stücke von Cage oder Xenakis wirken zum einen wie ein Klangarchiv, ein Bezugspunkt aktueller elektronischer Musik. Retrospektiv scheint es fast so, als würden hier heute selbstverständliche Methoden wie Sample, Scratching und andere vorbereitet. Zum anderen gelingt es, unterschiedliche musikalische Standpunkte zu bestimmen. Max Matthews minimalistisches »Bicycle Build For Two« (1961) etwa klingt, als würde jemand zum Casiobeat Kinderlieder singen; seinerzeit aber war es ein Experiment mit stark reduzierten Parametern. Oder Luc Ferraris phantastisches, sich selbst generierendes Klanggebilde »Tête Et Queue Du Dragon« (1959). Musik, scheint's, ist hier »bei sich selbst«.

Peter Badge: Oskar Sala. Pionier der elektronischen Musik. Satzwerk, Göttingen 2000, 100 Seiten, 120 Mark

Oskar Sala. Die vergangene Zukunft des Klanges. Regie: Oliver Rauch und Ingo Rudolff; Deutschland 2000, Upstart Filmproduktion; 83 Minuten; www.upstart.de

Oskar Sala kennt jeder. Wenn auch vielleicht nicht dem Namen nach. Von ihm stammen die merkwürdigen Sounds, zu denen die Vögel in Hitchcocks gleichnamigem Klassiker ins Haus eindringen. Erzeugt werden die ebenso spaßig wie spacig klingenden Tonfolgen auf einem Instrument, das, um 1930 erfunden, wohl das erste rein elektronische Instrument überhaupt ist – dem Trautonium. Mit dem Tüftler Friedrich Trautwein entwickelte Sala eine orgelähnliche Apparatur mit einem, später zwei Manualen, die mittels einer über eine Metallschiene gespannten und ummantelten Saite gespielt wird. Im Laufe der Jahre verfeinerte Sala, der heute einer der wenigen ist, die wissen, wie man das Ding bedient, das Trautonium; er fügte Tonhöhenregler und Echos hinzu.

Jetzt rücken eine Filmdokumentation und ein Fotoband Oskar Sala (Jahrgang 1910), den *Pionier der elektronischen Musik,* wieder ins Licht. Angereichert mit historischen Aufnahmen und Dokumenten sowie einem ausführlichen Interview, präsentiert der großformatige Band einen fotografischen Essay über den neunzigjährigen Klangforscher. Weitreichende Reflexionen über die Entstehungsbedingungen elektronischer Musik, über die zeitgeschichtlichen Kontexte oder über die Bedeutung der Technik in der Kunst des 20. Jahrhunderts allerdings sucht man vergeblich. Zu nah scheint Sala »seinem« Instrument verbunden, ja, man hat mitunter den Eindruck, es handele sich um eine Art Liebesbeziehung – eine Symbiose von Mensch und Technik, die auch die Interviewer nicht durchbrechen wollen oder können. Immerhin werden einige »elektronische Naturphänomene« (Sala) anschaulich erklärt: die subharmonische Reihe, eine Spiegelung der Obertonreihe, oder auch die Möglichkeit, Glissandi und Vibrati zu spielen, wie sie die Klangfarbentheorien zu Jahrhundertbeginn benötigten, mit herkömmlichem Instrumentarium aber nicht hinbekamen.

Die Filmemacher Oliver Rauch und Ingo Rudolff setzen in ihrem etwas Vorwissen verlangenden Porträt »Die vergangene Zukunft des Klanges« unterschiedliche Aspekte des Lebens und Arbeitens Salas nebeneinander. Sie folgen der Biographie des Komponisten, springen aber auch immer wieder zurück, so daß Sala zugleich als liebenswerter alter Herr erscheint, der über die Jahrzehnte mit seinem Instrument verschmilzt, aber auch als Repräsentant (musik)technologischer Neuerung, die, nun ja: vielseitig einsetzbar ist. So sehen wir in »Anders als du und ich«, einem »Aufklärungsfilm« des ach so unpolitischen Veit Harlan von 1957, wie Sala in einer Schwulenbar trautoniert. Auch ein Aufhänger, die »*musique*

concrète, wie es die Franzosen nennen ... unseren, aus der Harmonielehre kommenden Musikvorstellungen« gegenüberzustellen.

Heutzutage muten diese Sounds rührend altmodisch an. Als ein Startpunkt elektronischer Musikproduktion ausgewiesen, bleiben Trautonium und Sala hinter Forderungen zurück, wie sie früh schon von Schönberg oder Russolo formuliert wurden. Salas Schritten sind viele gefolgt, die der »Pionier« aber bestenfalls wohlwollend zur Kenntnis nahm.

Name June Paik: Works 1958-1979. Subrosa/Efa

1959, erinnert sich Nam June Paik, war die Neue Musik das Zentrum aller Künste. In zweifacher Hinsicht konzentrierte sich der 1932 geborene Künstler auf die Materialität von Musik. Das präparierte Klavier im ersten Track (einer Arbeit für den Choreographen Merce Cunningham) wird verdoppelt, ist zugleich Klangquelle und Ausstellungsobjekt. Auch Man Rays Motiv vom menschlichen Körper als Resonanzraum taucht wieder auf. In Gestalt der Cellistin Charlotte Moorman, mit der Paik unzählige Konzerte spielte und die in ihrer Doppelfunktion als Interpretin und mit Instrument bestückter Klangquelle immer weiter in Paiks Musik- und Video-Performances integriert wurde. 1974 spielte sie »TV-Cello«, bei dem der Korpus klanglich durch elektrische Abnahme der Saiten und optisch durch drei übereinandergelagerte Monitore ersetzt wurde. Bis schließlich in der Videoskulptur »Charlotte Moorman« von 1991 nur das Cello und ein angedeuteter menschlicher Körper bleiben.

Die CD versammelt zum erstenmal wichtige Werke des Komponisten Paik aus zwei entscheidenden Jahrzehnten und unterstreicht die Bedeutung des Klanglichen für die Arbeiten des Videokünstlers. Nicht zufällig ist ein frühes Stück »Hommage à John Cage« betitelt. Paik hatte den Amerikaner 1958 in Darmstadt kennengelernt und war beeindruckt von dessen Erkundungen in Richtung von Zufall und Subjektivität in der Musik. Die »Hommage« für Klavier und Tonbänder kann als eigenes Stück stehen. Der Vortrag aber beinhaltet zum Teil gewaltsame Aktionen, die sich in der Brüchigkeit, der Lautstärke, den Schreien des Ausführenden erahnen lassen.

Konkret 08/01, S. 56

Gerhard Scheit

Die deutscheste der Wissenschaften

Neue B□cher über die NS-Sonderkommandos der deutschen Musikwissenschaft

Es gibt geisteswissenschaftliche Fächer, für die hat der Nationalsozialismus einen nie wieder erreichten Höhepunkt an gesellschaftlicher Bedeutung gebracht. Noch heute ist – etwa im stets wachsenden Jammer über die immer geringer werdenden finanziellen Mittel, die Germanistik und Kunstgeschichte, Theater- und Musikwissenschaft in Relation zu den Naturwissenschaften erhalten – an manchen Instituten in Deutschland und Österreich eine eigentümlich melancholische Stimmung zu bemerken, die mit dem plötzlichen Bedeutungsverlust in der Nachkriegsgeschichte zu tun haben dürfte. Diese narzißtische Kränkung muß immer noch verarbeitet werden.

Die inzwischen vor allem vom Ausland aus unternommenen Versuche, die NS-Vergangenheit einzelner Universitätsdisziplinen kritisch aufzuarbeiten, machen erst wirklich sichtbar, was dabei an Reputation und Repräsentativität den deutschesten der Wissenschaften verlorengegangen ist. Pamela M. Potters Buch über die Musikwissenschaft zeichnet sich gegenüber anderen solchen Studien dadurch aus, daß sie sich nicht auf Institutionengeschichte beschränkt, sondern die gesellschaftlichen Funktionen der Musik selbst zur Sprache bringt. Darum auch setzt sie nicht erst 1933 ein, sondern versucht die Geschichte der Musikwissenschaft mit dem Verlauf der gesellschaftlichen Krise in Deutschland engzuführen.

Aus dem Versuch, dem Zerfall der Gesellschaft zu wehren, war hier nämlich in der Musik eine breite Volksbewegung entstanden. Statt Revolution der Gesellschaft eine »Revolution der Amateure«: die Laienmusikbewegung, die auch der Musikwissenschaft zu einem neuen nationalen Selbstbewußtsein verhalf. Man setzte auf die »gemeinschaftsbildende Kraft der Musik«, und insofern handelte es sich natürlich auch um eine Gegenbewegung zur Neuen Musik, die – bewußt oder unbewußt – diese Kraft in Frage stellte und die Unmöglichkeit von Gemeinschaft für eine der Situation des Individuums angemessene Musik behauptete. Im besonderen, so hält die Autorin fest, »waren es die Laienchöre, die sich der Stärkung der deutschen Identität verschrieben hatten«. Das »Dritte Reich« erfüllte dann mit seinen gigantischen musikalischen Staatsapparaten alle Träume dieser Bewegung. Das fortwährende Musizieren und Singen prägte den Alltag der Volksgemeinschaft von HJ und BDM über Arbeitsdienst und »Kraft durch Freude« bis zur Front und ins Vernichtungslager.

Da konnte die Wissenschaft der Musik nicht abseits stehen. Neue Möglichkeiten eröffnete etwa das Sponsoring durch die SS. »Als Geldgeber verfügte das □Ahnenerbe□ über eine Reihe von Vorzügen gegenüber konventionellen Sponsoren, da die SS einen besonderen rechtlichen Status innehatte und auf diese Weise Visums- und Währungsprobleme für diejenigen Wissenschaftler umgangen werden konnten, die eine Auslandsreise beantragten.« So wurde etwa ein bestimmtes Forschungsprojekt finanziert, um den Beweis zu erbringen, »daß die Germanen den Dur-Dreiklang ebenso wie die Polyphonie □erfunden□ hätten«. Nach Kriegsbeginn bestand die Hauptaufgabe des »Ahnenerbes« darin, überall in den eroberten Gebieten Artefakte zu beschlagnahmen, SS-Musikwissenschaftler beschränkten sich weitgehend darauf, Daten über »deutschstämmige« Kultur zu sammeln. Die Beschlagnahmungen selbst überließen sie anderen Gruppierungen des »Ahnenerbes« – im Gegensatz zu Musikwissenschaftlern des Amts Rosenberg, die ihren Forscherdrang während des Kriegs ganz auf Plünderung konzentrierten.

Das Amt Musik unter der Leitung des Musikwissenschaftlers Herbert Gerigk war überhaupt die aktivste Abteilung im ganzen Amt Rosenberg. Das hat nicht nur bereits Villem de Vries' Band über den *Sonderstab Musik* deutlich gemacht (siehe KONKRET 2/99), sondern auch ein neueres Buch von Eva Weissweiler, das die vielleicht wirksamste Leistung dieses Amts dokumentiert: das *Lexikon der Juden in der Musik*, von Gerigk und Theophil Stengel 1940 herausgegeben. Weissweilers Publikation enthält einen Faksimile-Abdruck des gesamten Lexikons mit einer ausführlichen Darstellung über das Amt Musik und seinen beachtlich ausgebauten akademischen Mitarbeiterstab sowie einen abschließenden Teil über die »mörderischen Auswirkungen« des Lexikons, worin in paralleler lexikalischer Form rekonstruiert wird, was mit den vom Amt Musik ausgeforschten Musikern und Musikerinnen schließlich geschah.

Das Lexikon schaffte die Voraussetzungen, Juden und Jüdinnen in allen Sparten der Musik aufzuspüren und aus dem Musikleben endgültig auszugrenzen. So wurden auch die Pseudonyme aufgedeckt, damit sich niemand mehr hinter einem falschen Namen verstecken konnte; soweit möglich ist auch der Ort angegeben, wo der Gesuchte und zu Verfolgende sich gerade befindet. Und besonderes Augenmerk wird auf die Ausforschung von »Halbjuden« gelegt, die mit der Abkürzung »H« gekennzeichnet sind. Da findet sich dann über »Theodor Wiesengrund-Adorno« folgende Eintragung: »Dr. phil., Komponist, Musikschriftsteller; einer der betriebsamsten Wortführer der jüdischen Neutöner – Frankfurt/M.«

Aber bereits vor 1933 hatte die deutsche Musikwissenschaft dafür gesorgt, daß keine Juden in ihren eigenen Reihen Karriere machen konnten. Die vielen aus Deutschland flüchtenden Musikgelehrten, die den späteren Ruf der deutschen Musikwissenschaft im Ausland begründeten (Alfred Einstein, Robert Lachenmann, Hugo Leichtentritt, Paul Nettl etc.), mußten erst gar nicht von den Ordinariaten vertrieben werden. Nur in Deutschösterreich war die Situation mit Guido Adler

am Wiener Institut etwas anders. Adlers späterer Nachfolger Erich Schenk übernahm dann auch hier die musikwissenschaftlichen Aufgaben der Arisierung, und als er um Mithilfe beim *Lexikon der Juden in der Musik* gebeten wurde, gab er prompt und bereitwillig Auskunft über die fraglichen Absolventen jüdischer Herkunft an seinem Institut. Gerigk bedankte sich herzlich bei Schenk und ermunterte ihn mit den Worten: »Eine genaue Durchsicht der Wiener Promoventen (sic!) würde wahrscheinlich noch manchen fetten Juden zu Tage fördern.« Erich Schenk konnte nach 1945 seine Tätigkeit als Ordinarius in Wien fortsetzen. Hier über einen Komponisten wie Franz Schreker (im *Lexikon der Juden in der Musik* als »H« und Darsteller »sexueller Verirrungen« gekennzeichnet) zu dissertieren war weiterhin so gut wie unmöglich – es sei denn, man war bereit, ihn gegen die Neue Musik auszuspielen. Diese Erfahrung mußte etwa der junge Gösta Neuwirth um 1960 machen.

Was die anderen NS-Musikwissenschaftler betrifft, so gaben sich manche, die, wie Heinrich Besseler oder Robert Lach, im Konkurrenzkampf der verschiedenen Cliquen Niederlagen erlitten hatten, nach 1945 gern als Opfer des Nationalsozialismus oder gar als Widerstandskämpfer aus. Besseler, NSDAP- und SA-Mitglied, der dann in Heidelberg seine Karriere nicht fortsetzen konnte, gelang es schließlich, sich in der DDR zu etablieren; ebenso Walther Vetter, im »Dritten Reich« ein Liebling Rosenbergs, der alle kritisiert hatte, die der »Judenfrage« zuwenig Aufmerksamkeit schenkten. Vetter bekam schließlich Georg Knepler und Ernst Hermann Meyer als Kollegen – zwei von den Nazis als Kommunisten und Juden verfolgte Musiker beziehungsweise Musikwissenschaftler. »Abgesehen von der Rückkehr der emigrierten Kommunisten nach Ostberlin und der Wiedereinstellung von Willibald Gurlitt in Freiburg kam keiner der prominenten Musikwissenschaftler, die aus Deutschland vertrieben worden waren, zurück, um auf eine der akademischen Positionen zu gelangen, die nach dem Krieg frei geworden waren. Statt dessen wurden viele, die sich bereits im Dritten Reich hervorgetan hatten, zentrale Figuren für das weitere Gedeihen der Musikwissenschaft in Deutschland.«

Jemand wie Gerigk war als Verfasser des Nazi-Lexikons der Juden allerdings zu auffällig geworden, um das bereits im »Dritten Reich« eingeleitete Unternehmen der größten deutschen Musikenzyklopädie *Die Musik in Geschichte und Gegenwart* (MGG) in Westdeutschland weiter durchzuführen. Viele seiner einstigen Helfer aber – Boeticher, Osthoff, Gerber, Fellerer, Danckert, Jammers, Schenk usw. – tauchen als Mitarbeiter in den schließlich seit 1948 erscheinenden Bänden auf. Auch ihr neuer, mit der Nachkriegsordnung kompatibler Herausgeber war bereits vor dem Ende des Kriegs ernannt worden: Friedrich Blume, der sich durch eine vorsichtigere Rassentheorie von Gerigk unterschied, hatte sich mit einer Festrede zum Thema »Musik und Rasse« auf den Reichsmusiktagen und mit einem Beitrag für die Festschrift zu Hitlers 50. Geburtstag einen Namen gemacht. Einen Kollegen wie Hans Joachim Moser, der die Zeichen der Zeit nicht verstand und noch immer über die Musik der »deutschen Stämme« und »Mozart den Deutschen« schwadronierte, obwohl Mozart nunmehr per Staatsvertrag dem neuentdeckten österreichischen Stamm zugeschlagen worden war, konnte Blume darum als seltenes Beispiel eines unverbesserlichen nationalistischen Ideologen vorführen. Bei den Literaturangaben der MGG zum Stichwort »Musikwissenschaft« aus dem Jahr 1961 findet sich dann aber die Abteilung »Rassen- und Volkstumskunde« mit Angaben einschlägiger Literatur aus dem »Dritten Reich«.

Um Förderung für solche Projekte zu bekommen, argumentierte man mit dem Hinweis auf die Konkurrenz: »In dem Gesuch, Institutionen und Projekte wiederzubeleben, die mit dem Ende des Krieges zerfallen waren, das Blume 1952 bei der Regierung einbrachte, klagte er darüber, daß Deutschland hinter den Leistungen in anderen Ländern zurückgeblieben sei, sogar hinter Österreich. Er verwies auf die □Aneignung□ deutscher Arbeit durch den Nachdruck von Gesamtausgaben, die □Übernahme□ von deutschen Initiativen durch die amerikanische Haydn-Gesellschaft und das American Institute of Musicology ...«

Es war eine narzißtische Kränkung. Noch 1944, auf dem Höhepunkt des Kriegs, hatte sich Deutschland mehr musikwissenschaftlicher Institute rühmen können als jedes andere Land der Welt; die Publikationsflut von Denkmälern der Tonkunst, deutscher Volksmusik und Gesamtausgaben deutscher Klassiker wollte kein Ende nehmen.

Pamela M. Potter: *Die deutscheste der Künste. Musikwissenschaft und Gesellschaft von der Weimarer Republik bis zum Ende des Dritten Reichs*. Klett-Cotta, Stuttgart 2000, 416 Seiten, 68,50 Mark

Eva Weissweiler: *Ausgemerzt! Das Lexikon der Juden in der Musik und seine mörderischen Folgen*. Dittrich-Verlag, Köln 1999, 444 Seiten, 58 Mark

---

Gerhard Scheit schrieb in KONKRET 6/01 über Arnold Schönberg

Konkret 08/01, S. 58

André Thiele

Durchs wilde Kommunistan 2

Von einer unbedachten Handbewegung aus seiner gewohnten Welt gerissen, durchleidet der Autor auf der Suche nach einer politischen Heimstatt eine Reise der Mühsal und der Qualen durch Länder und Reiche, in denen Vernunft und Kommunismus sich hart im virtuellen Raume stoßen. Zweiter Teil seines Berichts

In den Abgründen

Nein, liebe Herrn, denkt noch ans Weggehn nicht! Ein kleines schlechtes Mahl ist noch bereitet:

Zwar ist Stalin ein Teil der kommunistischen Geschichte, dennoch war die Politik Stalins in niemals kommunistisch, sondern Absolutistisch und ohne Menschenrechte und Redefreiheit.

Wer folgt ihm da, der gar nicht tanzen wollte?Die Kommunistische Partei Bayerns ist's, bloß weil sie die Prowerka nicht bestanden hat. Aber ich bin, o Wunder der Informationstechnologie!, schon entwischt, hin zu *Kommunistische Einheit Deutschlands*. – Ob Dach und Lager hier man für mich hat?

Willkommen beim neuen Kommunismus!

Ein schöner Haufe! Wohin lädst du sie?

Zum Kampf gegen seuchenden Imperialismus und Kapitalismus in Europa!

Hier! mein Gewehr ist blank. Fang nur Händel an: ich will den Rücken decken.

Für die Freiheit des Proletariats und die natürliche kommunistische Grundordnung!

»Natürliche kommunistische Grundordnung«, wenn Adenauer das noch hätte erleben dürfen. – Ein Begriff wie eine Knospe, die ein Wurm zernagt, Eh sie der Luft ihr zartes Laub entfalten, Und ihren Reiz der Sonne weihen kann.

Arbeitet mit uns und teilt unsere Ideologie!

Jawohl!, sobald im fernsten Ost die Sonne, Die allerfreu'nde, von Auroras Bett Den Schattenvorhang wegzuziehn beginnt. – Arbeiten also, einverstanden; nur, was die Ideologie betrifft: teilen wie der Jesus das Brot oder wie der Moses die Wasser?

Motto: Auf der Schwelle zum Millenium – auf der Schwelle zum Kommunismus!

Still, o still, Motto! Du sprichst von einem Nichts. Von Träumen, Kindern eines müß'gen Hirns, Von nichts als eitler Phantasie erzeugt, Die aus so dünnem Stoff als Luft besteht, Und flücht'ger wechselt, als der Wind, der bald Um die erfrorne Brust des Nordens buhlt, Und schnell erzürnt, hinweg von dannen schnaubend, Die Stirn zum taubeträuften Süden kehrt.

Wir arbeiten f?r EUCH!

Das tut doch nicht n!tig.

Helft uns unser Ziel zu erreichen und den wahren Wohlstand in Europa, den Wohlstand des Proletariats, wiederherzustellen!

O weh, mein Herz erbangt, Und ahnet ein Verhängnis, welches noch Verborgen in den Sternen.

Seit fast einem halben Jahrhundert siecht Europa dahin in den Abgründen des Imperialismus. Auf den ersten Blick erfuhr Europa dadurch einen Aufschwung,

Einen Aufschwung erfahren durch siechen in den Abgründen? – Fürwahr, bei meines Stammes Ruhm und Adel! Wer tot ihn schlüg', verdiente keinen Tadel!

der Wohlstand und Frieden mit sich brachte. Doch dahinter stehen die dafür schuftenden Arbeiter!

Die Schufterle, stehen die dahinter! Und wer, denkt man, steckt noch dahinter?

Die Kapitalisten bereicherten sich ungeniert an ihnen und lebten in Luxus, wogegen der Arbeiter sein Leben und seine Arbeitskraft preisgeben musste.

Und um welchen Preis er geben musste. Und wogegen. Wohingegen er gleichwohl dahinter steht. Versteh' einer den Arbeiter. Was nu?

Das muss aufhören! Beteilige auch Du dich am Kampf gegen das Kapital! Anmeldeformular!

Wenn der Kampf gegen das Kapital ein Anmeldeformular verteilt, will ich nicht rumzicken. Wer ist denn schon registriert?

Die Liste der Mitglieder des neuen Kommunismus!

Wir meinen's gut, da wir zum Balle gehen, Doch es ist Unverstand. – Wie? laßt doch sehen!:

Aktuelle Mitgliederzahl: 7

Sieben sind zweifellos genug für einen Streich. – Die sieben Tapferen heißen Bernd, Martin, Michael, Juri, Timo, Verena und Max. Das Geschlechterverhältnis ist wenig befriedigend, rein zahlenmäßig, noch dazu wo alle Jungens in Delmenhorst logieren, Verena aber nach Linz in ein Internat verbannt wurde. Sollte hier vor unseren Augen eine Tragödie sich ereignen?, zumal alle Beteiligten circa im Alter von Romeo und Julia sind; noch verzeichnet sich keiner mit einem Alter über 18.

Zwei Häuser hoch im Norden, würdevoll, Wohin als Szene unser Spiel euch bannt, Erwecken neuen Streit aus altem Groll, Und Bürgerblut befleckt Arbeiterhand. – Delmenhorst!, Heimstatt zweier Häuser, welche in Zwist miteinander sind: Montage und Caputal. Wenn Verenas Eltern sich eine österreichische Privatschule leisten können, so ist sie eine Caputal. Ihr Romeo dann stammt von solchen, wo der Vater auf Montage geht. Wollt ihr geduldig euer Ohr dem leih'n?

O Himmel! Ins Internat in Zeiten des Internet. Soll man das etwa nicht grausam finden? Soll man das etwa nicht seuchenden Imperialismus nennen? Und alles bloß, weil Verena den Kommunismus in Delmenhorst zu praktizieren nicht unterlassen konnte. Dabei war's doch der neue.

Romeo, ich sage: es ist Bernd. »Bernd«, das ist nun kein Name für einen Romeo. Zum Glück ist Bernd nicht einfach Bernd, sondern Bernd ist zugleich jener Comrad, den die Kommunistische Partei Bayerns als »*ein besonderes Mitglied in unserer Partei, als Ehrenmitglied, Willkommen zu heißen«* hat. Bernd ist also von Delmenhorst gen Süden gezogen, Linz entgegen, und hoffentlich nicht bloß virtuell. Werden wir je erfahren, ob Comrad und Verena inzwischen sich miteinander den Kapitalismus abstreifen, um den hellen Schein des Kommunismus auf sich bzw. sich in diesem aufeinander fallen zu lassen, um anschließend in der natürlichen kommunistischen Grundordnung beieinander zu liegen? Werden wir je erfahren, ob »*Millenium«* und Kommunismus schwellen, auf daß Deutschland aufstehe?

In einem Punkt immerhin kann ich beruhigen, wenn nicht aus anderem Grund, so kriegt Bernd wenigstens keinen Ärger mit den Behörden wegen Verführung Minderjähriger, denn Verena ist am 31.Jänner 2001 immerhin 16 Jahre alt geworden, wozu ihr von dieser Stelle herzlich gratuliert sei.

Also, Bernd in Bayern, und die KPB freut sich, »*eine starke Vereinigung, im Kampf gegen den Kapitalismus sowie Imperialismus, an unserer Seite zu haben«* – ist das etwa ein Code?, ist das ein Parteijargon?, eine neuer Kommunismus gar? Bedeutet das, daß Verena gleich mit Bernd mitgekommen ist, bzw. kurz nach ihm zur KPB stieß, respektive sich mit ihm in ihr? Gab es eine starke Vereinigung? Ist Verena am Ende »*Musch«* in »*Bender, Musch, Albert«*?

Ach Jugendzeit, Jugendglück!, wo bist du hingeflossen?!

Wie war das schön, als einem noch ein heller Schein auf den nackten Hintern einen Sozialismus bedeutete. Ob ich's den Kleinen sagen soll, wie das im Herzen zu bewahren geht?

Sendet Eure Kommentare an Eure Räte! Für Tips und dergleichen sind wir jederzeit offen!

Kinder, Kinder, beinahe, und ich tät's! Schon um zu erfragen, wer für was und dergleichen jederzeit offen ist. Aber so ein Rat, wenn der einen Rat erhält, dann gibt der leicht einen Kommentar ab, und dann habe ich eine Korrespondenz am Hals, und was dann?

Denkt an unser Motto : Proletarier aller Länder und Nationen vereinigt Euch!

Aber erst, wenn ihr an die Kommata denkt. – Wenn man sich mit einer vereinigen will, die in Linz gehalten wird, dann hat man natürlich leicht Länder und Nationen mit reinziehen. – Und noch verbannt? Hängt die Philosophie! Kann sie nicht schaffen eine Verena, Aufheben André Thieles Urteilsspruch, Verpflanzen eine Stadt: so hilft sie nicht. So taugt sie nicht; so rede länger nicht! –

Du kindisch blöder Mann, hör' doch ein Wort:

Nein, der Kommunismus, für Menschen unter 30 ist er einfach nicht gemacht. Menschen unter 30 sollen lernen lernen, sollen lieben lernen und sich ansonsten die Unterschiede zwischen Linz und Delmenhorst einprägen. Jungsein?, eine Sünde ist es doch. Jugend? Das muß aufhören!

Ich ziehe weiter. Hier ist des Bleibens nicht. – Ich bitt' dich, Freund, laß uns nach Hause gehn! Der Tag ist heiß, die Caputals sind draußen, Und treffen wir, so gibt es sicher Zank.

Die kursiven Textstellen genau so unter www.ked.da.ru und unter www.fortunecity.de/

lindenpark/lilienthal/73. Einzig die sparsamen Sperrungen sind von mir. Die Stellen in meinem Text, die Sie mir nicht zutrauen mögen, finden Sie leicht in Herrn William Shakespeares Drama *Romeo und Julia*. – Eine *Prowerka* ist eine parteiamtliche Prüfung über Wissensdinge.

In KONKRET 7/2001 beschäftigte sich André Thiele mit der Kommunistischen Partei Bayerns

Konkret 08/01, S. 60

Alexander Bogner

Unterwegs in die Biotech-Republik

Ob Embryonenforschung oder Euthanasie: Die Deregulierung moralischer Standards zum Wohl des Standorts erfordert Fingerspitzengefühl. Der Bioethiker Reinhard Merkel verfügt darüber

Der Embryonen-Krimi geht weiter. Unversehens sind nun die Hauptdarsteller dieses Debatten-Schlagers aufgetaucht, die herbeizusehnen oder hinwegzubeschwören, die ganze politische Rhetorik der Republik in den letzten Wochen aufgeboten wurde. Die embryonalen Stammzellen, als neuer Wunderstoff der Biomedizin gehandelt, weil sie zu paßgenauen Ersatzzellen und -organen gezüchtet werden sollen, sind - Schröder hin, Rau her - längst mitten unter uns. Ein Kieler Biochemiker, so wurde bereits Ende Juni durch eine Indiskretion öffentlich, hat mit dem australischen Unternehmen ES Cell International eine Lieferung embryonaler Stammzellen angebahnt. Die Medien wachten auf. In welchen deutschen Kliniken und Labors lagerte wohl noch weitere heiße Ware? Es ging Schlag auf Schlag. Ein Münchner Oberarzt hatte für das Universitätsklinikum eine Ladung embryonaler Stammzellen bestellt, die vom WiCell Research Institute in Madison stammen und an der Universität Lübeck seit einem Jahr in gefrorenem Zustand gelagert werden. Zuvor war eine erste Lieferung bereits bei der Ankunft in Deutschland aufgetaut gewesen und daher, so der Mediziner, »sofort verworfen« worden. Auch an die Universität Köln sind bereits im Oktober letzten Jahres Stammzellen aus den USA geliefert worden, doch eine Forschung daran, so beeilte sich die Pressestelle mitzuteilen, sei nicht beabsichtigt wegen mangelhafter Qualität der Ware.

Während unsere Politiker munter debattieren, schaffen die Wissenschaftler längst Fakten, entsetzte sich die Presse unisono. Doch die Importe sind strafrechtlich einwandfrei, es gibt kein Verbot für die Einfuhr von embryonalen Stammzellen. Eine derartige Situation war im Embryonenschutzgesetz von 1991 nicht bedacht worden. Ungelegen kommt dies den regierenden Modernisierern nicht. Seit Schröder mit seinem Votum für die Embryonenforschung und eine begrenzte Freigabe der Präimplantationsdiagnostik eine Grundsatzdebatte im Bundestag auslöste um ethische Grundsätze neu zu definieren, bemühen sie gegen moralische Einwände gern die Ethik des Standorts und der Forschungsfreiheit. Daher kann sich auch die SPD der Forderung von Teilen der CDU und der Grünen nach einem Moratorium für den Import von Stammzellen nicht anschließen.

Andererseits: Wirklich politisch gewollt sind die ethischen Grenzgänge der ambitionierten Forscher auch nicht. Ein bißchen mehr zivilgesellschaftlicher Konsens sollte den stetigen Fortschritt in die Biotech-Republik Deutschland schon begleiten. Waren die Aufregungen in den Wochen zuvor nicht schon groß genug gewesen? Der Sozialdemokraten profiliertester Standortkrieger, Clement, war nach Israel gereist, um mit den dort gezüchteten embryonalen Stammzellinien ein Stück Zukunft nach Nordrhein-Westfalen zu importieren. Mit im Gepäck zwei Bonner Neurophysiologen, deren offizielle Forschungspläne die Zielsetzungen des nach wie vor gültigen Embryonenschutzgesetzes karikieren. Gleichzeitig war die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) aus der Deckung und mit einem Plädoyer an die Öffentlichkeit getreten, das für die Vernutzung von überzähligen, bei der künstlichen Befruchtung angefallenen Embryonen zu Forschungszwecken warb. Und nun, noch während der Nationale Ethikrat von Kanzlers Gnaden bei seiner ersten Zusammenkunft darüber beriet, wann man sich das nächste Mal treffen wolle, hatte bereits eine kleine Allianz von karrierebewußten Wissenschaftlern dem politischen Willen vorgegriffen.

»Rambo-Methoden«, erscholl es daher erwartungsgemäß aus dem Kreis der Lebensschützer. Eine Biopolitik mit der Brechstange diagnostizierten jene Abgeordneten des Bundestages, denen die Feinabstimmung der Forschung mit der zivilgesellschaftlichen Gemütslage fehlte. Den Respekt dafür, »daß wir eine Debatte im Lande brauchen«, vermißte Embryonenforschungsministerin Buhlman. Denn nur ein dissonanter Hintergrundchor vermag den Verdacht zu übertönen, daß die Weichen für den biomedizinischen Fortschritt in erster Linie durch präzise kalkulierte »Tabubrüche« einer hemdsärmeligen Modernisierungskoalition ` aus fröhlichen Wissenschaftlern und eilfertigen Politikern gestellt werden. Die Debatte läuft, und gestritten wird - wie üblich in der Bioethik - um die absoluten, ewigen Kategorien, den Umgang mit »Leben«, die Frage der »Würde« und darum, wann denn nun dem menschlichen Leben diese Würde zustehe. Ja, was ist denn nun würdiger, will die Öffentlichkeit wissen, das Leben in frühesten Stadien zu schützen oder vielleicht irgendwann einmal Menschenleben mit Hilfe gezüchteter Zellhaufen zu retten?

Eine Antwort, die nicht nur für die Freigabe der Embryonenforschung praktikabel ist, lieferte Reinhard Merkel in der »Zeit«. Ein Embryo, dozierte der Hamburger Rechtsprofessor dort, werde nicht seiner selbst wegen geschützt, denn ein Embryo im Frühstadium lebe zwar, er »erlebt« aber nichts. Daher könne er durch seine Tötung auch gar nicht geschädigt

werden. Schließlich hat er nichts von seiner Existenz. Grundrechtlich geschützt ist der menschliche Embryo aufgrund seiner Entwicklungsmöglichkeiten, seiner Zukunft. Ein derart begründeter Lebensschutz aber ist relativierbar, denn für eine solche »Zukunftsgarantie« sieht Merkel im Unterschied etwa zu Jürgen Habermas, keine moralische Verpflichtung. Es sei vielmehr human, die Zukunft von Embryonen zugunsten der Zukunft gesunder, durch die Stammzellforschung geheilter Menschen zu opfern. Eine logisch saubere Operation. Wer nichts erlebt, warum soll der leben?

Mit diesem Credo treibt Merkel bereits seit Jahren auch die Euthanasie-Debatte hierzulande voran. 1995 hatte er in einer juristischen Fachzeitschrift Koma-Patienten als »personal entleerte Hüllen« bezeichnet, die unter Umständen auch gegen ihren früher geäußerten Willen getötet werden dürfen. Wer allem Anschein nach rein gar nichts von seinem Leben hat, warum soll der am Leben gehalten werden? Und nur Merkels rhetorischem Fingerspitzengefühl ist es zu danken, daß bewußtlose oder Schwerbehinderte Menschen noch 'nicht in der Art eines Peter Singer als »human vegetable« verbal entsorgt werden. Zwar warf Merkel sich in der »Zeit« schon früh für den australischen Bioethiker in die Debatte, zieh dessen Gegner/innen einer »aggressiv disponierten Ignoranz«, huldigte Singer als »einer der international profilierten Gestalten seines Fachs« und belobigte dessen Vorschläge zur Tötung von behinderten, bis zu vier Wochen alten Neugeborenen als »diskutabel«; jedoch war für Merkel Singers Ethik zunehmend weniger ein gangbarer Weg als vielmehr eine willkommene intellektuelle Anregung und überdies heilsame Invektive gegen spezifisch deutsche Tabus. Denn nur der Schatten der NS-Geschichte verhindere, daß Fragen der Sterbehilfe endlich auch in Deutschland vernünftig diskutiert werden, resümiert der Rechtsphilosoph in seiner soeben erschienenen und mit Unterstützung der DFG gedruckten Habilitationsschrift und vernünftig heißt, daß das neue Räsonnieren das formelle Verbot der aktiven Sterbehilfe in Deutschland endlich lockern soll. Das Rezept dafür hat Merkel auf satten 700 Seiten ausgebreitet.

»Probleme der Entscheidung zwischen Leben und Tod in der Neugeborenenmedizin stehen in Deutschland noch immer im Schatten der nationalsozialistischen Verbrechen und damit unter einem lastenden Tabu«, meint Merkel der sich verschärfenden »Lebenswert«-Debatte zum Trotz. »Doch haben sie in jüngster Vergangenheit durch die Entwicklung der hochtechnisierten Neonatalmedizin eine quälende Schärfe erhalten.« Viel Medizintechnik = viel Leid = wenig »Lebenswert«: Mit dieser kurzschlüssigen, aber suggestiven Logik strukturiert sich die liberale Bioethik den Problembereich in einer Weise, daß sich als humane Patentlösung die Freigabe der Sterbehilfe geradezu aufdrängt. Wie in den Niederlanden. Dort wird die Euthanasie in erster Linie als ein probates Mittel gesehen, den Radius der Selbstbestimmung zu erweitern. Große Aufregung hatte das in diesem Sommer in Kraft getretene Sterbehilfe-Gesetz nicht verursacht. Nun wiegen sich deutsche Bioethik-Kritiker gern in dem sicheren Gefühl, das grundgesetzlich verbriefte Recht auf Leben vertrage sich kaum mit einer Freigabe der Sterbehilfe nach holländischem Vorbild. Doch das ist falsch. Nicht zuletzt Merkels opulentes Werk demonstriert, wie das Recht auf Leben mit dem Recht auf Sterbehilfe beinahe mühelos zu vereinbaren ist.

Anders als der tolpatschige Norbert Hoerster, Singen-Intimus und inzwischen emeritierter Mainzer Rechtsphilosoph, geht Merkel nicht frontal auf das Lebensrecht los. Seine Euthanasie-Rezeptur basiert nicht auf einer Relativierung der Reichweite, sondern der Bedeutung des Lebensrechts. Ein Recht auf Leben mögen Neugeborene jederzeit haben -die entscheidende Frage ist für Merkel freilich, ob sie auch ein Interesse an ihrem Weiterleben haben können. Schwerbehinderte Neugeborene müssen einen irgendwie erkennbaren Lebenssinn realisieren können. Andernfalls sei der intensivmedizinische Aufwand nichts anderes als eine Qual für das Kind. Diejenigen Neugeborenen aber, denen der Bioethiker ein irgendwie vernünftig begründbares Interesse an ihrem Leben abspricht, wollten in Wirklichkeit gar nicht auf ein (Lebens-)Recht verzichten sie hätten Schlichtweg kein Interesse mehr an ihrem Leben. Sondern ein -virtuelles »Sterbeinteresse«, für dessen angemessene Berücksichtigung im Strafrecht jedoch (noch) kein Platz sei. Durch die geltende Rechtsordnung werde daher ein »Recht auf Leben« geschützt, das im betreffenden Fall jedoch gar nicht zur Disposition stehe. Entscheidend sei, »ob das Kind den therapeutischen Sinn der quälenden Behandlung erkennen kann oder immerhin die Aussicht auf eine >belohnende< Kompensation durch das für *dieses* Kind erreichbare Überleben besteht«.

Das heißt: ohne einen erwartbaren Mindestwert auf der Merkelschen »Lebenswert«-Skala keine Therapie. Diese Rationierung der Medizin nach bioethischen Qualitätskriterien will juristisch sachte operationalisiert sein. Merkel plädiert dafür, das Schicksal schwerbehinderter Neugeborener im Normbereich des Notstands zu verhandeln (Paragraph 34 StGB). Denn dort spielt nicht mehr das (abstrakte) Recht auf Leben die entscheidende Rolle, sondern die Frage, ob ein konkretes Interesse am Weiterleben vorliegt beziehungsweise vorstellbar ist. Ist Behinderung erst mal derart als Indikation für den »Notstand« deklariert, wird das Überleben des einzelnen zur Verhandlungssache - und der »Lebenswert« zur alles entscheidenden Richtschnur ärztlichen Handelns. Die vorgebliche Stärkung des Patientenwillens resultiert damit praktisch in der Zurichtung der Betroffenen durch den Kollektivwillen. Auf diese Weise nährt gerade die relativistische Wertethik der liberalen Bioethiker, die den Lebensrecht-Universalismus als totalitäre Pflicht abkanzeln, einen neuen Autoritarismus. In

der Absicht, traditional und dogmatisch verkrustete Verhältnisse zu normalisieren, drängt die Bioethik praktisch auf die Durchsetzung einer Normalität, in der Behinderte zur gesellschaftlichen Verfügungsmasse werden.

Doch Merkel glaubt fest daran, daß er ein Plädoyer für die Durchsetzung des Individualinteresses gegen den Kollektivwillen hält. Erlaubt sich seiner Meinung nach die Gesellschaft doch den Luxus, die fragwürdige Erhaltung von normativ abgesicherten Tabuzonen mit dem Leid der einzelnen teuer zu bezahlen. Um nicht eine Erosion des Tötungsverbots zu riskieren, würden Patienten gegen ihren eigentlichen Willen am Leben gehalten. Gegen dieses Unrecht nun steht Merkel auf. Allein gegen die Lebensrecht-Mafia, will er verhindern, daß einem schwerbehinderten Neugeborenen sein Leben gegen dessen »wirkliche« - nämlich von der Bioethik abgewogene - Interessen »aufgezwungen« wird. Zwar, gesteht Merkel zu, könne man natürlich strikt ablehnen, daß Dritte über den »Lebenswert« anderer Menschen entscheiden. Und »dies wiederum könnte man zum Anlaß nehmen, nun gegen jede Form von Sterbehilfe zu votieren«. Wer aber als Tabubrecher in Singens Windschatten sein Geld verdienen will, findet einen anderen Ausweg.

Ähnlich wie die Bundesärztekammer in ihren vor drei Jahren verabschiedeten Sterbehilfe-Grundsätzen predigt Merkel einen Humanismus der anderen Art: Gegen den »Totalitarismus« des universellen Lebensrechts wird der individuelle Patientenwille in Anschlag gebracht - mit dem Ergebnis, daß dieser individuelle Wille im konkreten Fall durch den Willen der Bevölkerungsmehrheit bestimmt wird beziehungsweise wie Merkel es formuliert: durch eine »objektive Interessenabwägung«. Die linke Vermutung, daß diese objektive Interessenabwägung gern auch mal im Gewande des nackten ökonomischen Zwangs daherkommen kann, bestätigt Merkel ganz nebenbei: Natürlich darf das Lebensinteresse eines Menschen niemals »Drittinteressen«, also den eigennützigen Interessen der Angehörigen oder dem biopolitischen Kalkül des Staates, geopfert werden. »Mittelbar ... können solche Drittinteressen freilich sehr wohl eine wichtige Rolle spielen, z.B. das allgemeine Interesse an der Vermeidung extrem hoher Kosten im Gesundheitswesen.« Sterbehilfe nach dem Daumenzeig der Steuerzahler - das logische Ende eines Weges, an dessen Anfang die für alle Selbstverwirklicher so suggestive Frage stand: Wer nichts oder nur Negatives erleben kann, warum soll der leben müssen?

Ein Mindestmaß an positiver Erlebnisfähigkeit muß also erkennbar sein. Andernfalls ist das Neugeborene nicht anders zu behandeln als der Embryo im Frühstadium. Oder eine Blattpflanze. Ob Embryonenforschung oder Sterbehilfe: Merkels Rezepte machen den Aufbruch in die humangenetische Zukunft möglich - und zwar ohne allzu energisch die Grundrechte zu attackieren. Eine durchaus praktische Ethik. Merkel sitzt nicht im Nationalen Ethikrat. Es bleibt abzuwarten, wie lange Schnöder noch auf diesen Mann verzichten will.

Reinhard Merkel: *Früheuthanasie. Rechtsethische und strafrechtliche Grundlagen ärztlicher Entscheidungen über Leben und Tod in der Neonatalmedizin.* Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2001, 698 Seiten, 148 Mark

---

Alexander Bogner ist Autor des Buches »Bioethik und Rassismus« (Argument Verlag)

Konkret 08/01, S. 62

Ulrich Holbein

»Denn Gott hat mich gelangweilt angepißt«

War Klaus Kinski ein Dämon? Und wenn ja, was für einer? Neue Bildbände zeigen zu seinem 75. Geburtstag den jungen und den alten Kinski

Das einzige Genie, das Jürgen Habermas je traf, hieß Adorno. Das einzige Genie, das Werner Herzog je traf, hieß Kinski (ebenfalls mit 65 verstorben). Traf also Herzog nie Ulrich Wildgruber, Gerard Depardieu und Kevin Spacy? Die alle drei wortgleich zu Protokoll gaben, die Schauspielerei habe sie bewahrt, kriminell zu werden. Klassische Stürmer und Dränger, selbst so cholerische wie Beethoven, kamen nie so telegen raus wie Kinski, der dafür so aussieht, wie Videofans und Bürotypen, von Klein-Maxi bis Frau Dr. Liesel Müller, sich ein echtes Saft- und Kraftgenie vorstellen mögen. Kein Wunder, daß in einer Gesellschaft unaufmüpfiger, einfühlsamer, undämonisch bebrillter Zivilisationsträger betont ungehobelte Typen auffällig werden, von Kohl bis Ranicki. Das Geniale an liebeshungrigen Monstern: daß sie überhaupt noch vorkommen.

Nicht nur Arnold Schwarzenegger zeigte sich neulich erstmals verletzlich. Überpünktlich zum 75. Geburtstag am 18.10.2001 und zum 10. Todestag am 23.11.2001 tauchte verschollene Kinskilyrik auf, von 1952, sowie nicht minder verschollene, legendäre Tondokumente von 1947, Kinski als Romeo, sowie bisher z.T. noch nicht gezeigte Kinskifotos im Großformat. Und schon steht der bemooste Bürgerschreck arg grobstofflich, durch Bildbanddeckel getrennt, neben einem unbekannteren, jungen, weichen, sensiblen Milchbart, und beide, jung wie alt, stellen sich dem Direktvergleich. Schier hätte aus dem jungen etwas anderes werden können als bloß des späten Kinski vollzählige bis hypertrophe Überpräsenz aller Bad-Boy- und Wild-Man-Symptome, Übermenschengebärdik, priapische Arroganz-Larve, milde gesagt: Ausstrahlungsintensität. Archetypus: mythischer Unhold, Vulcano, Hephaistos, Tarzan. Die Abwesenheit unmänadischer Anima führte zum berüchtigten Nix dahinter beziehungsweise dahinter west dasselbe wie davor: Eruptivität, Dauerpower. Einziger Störfaktor auf den Beat-Presser-Fotos des späten Kinski, dieser gemeißelten Hartkantigkeit: die hollywoodeske Universal-Kukident-Blendax-Zahnleiste mitten im ansonsten so unversöhnlichen Fitzcarraldo-Antlitz, so superschneeweiß wie nur noch bei Inge Meysel, Ignatz Bubis und Lilo Wanders, ein Stück abstrakter Blickfänger mitten in der Macho-Fassade. Der 26jährige Kinski hingegen riecht noch nicht zwölf Seemeilen gegen den Wind nach Mann, wenn nicht gar nach Hemingway, sondern könnte noch auf Künstlerart Weib und Mann im innersten Busen synthetisieren. Der weiche Kern, beim alten Kinski kaum mit der Lupe auffindbar, scheint noch sehr vorhanden, bis in die zarte Schale hinein, damals, als er Torquato Tasso spielte, Prinz Hamlet und Fürst Myschkin; Villons Lästerzungen würden sagen: als er anhand guter Texte beziehungsweise fremder, simulierter Seele sich durchglühen ließ. Auf manchen dieser Duoton-Fotos sieht der junge Kinski sogar – weit über Frau Dr. Müller hinaus – ungeheuer nach Dostojewskis bleichem Verbrecher aus, zur ewigen Schande aller Pickelfaces und Lebensmittelchemiker, die zusammen mit Werner Herzog bang fragen: »Wie ihn beschreiben? Wie ihn fassen, den Dämon?«

Kinskilyrik haut aber schon im Frühstadium so drauf, als wäre der späte Kinski auch vorher schon übel präsent. Zeilen wie »der Wahnsinn hat mir schon ein Angebot gemacht«, »der Tod sitzt furzend auf dem Topf«, »auf meinen Augen eitert ein zertretner Kuß«, »weil sie mir Eiter in die Seele pissen« oder »und sie stürzt sich eiterwild/vor das müde Christusbild«, zudem leberkranke Bäume, hinkende Visionen und angstzerfurzte Totenhemden klingen gewiß sprachmächtiger als Adjektive von Reiner Kunze und anderen Bundesverdienstkreuzträgern. Doch kam die 1999 von Peter Geyer ausgegrabene Kinskilyrik bereits 1952 arg spät: Im Zeitalter der Schluckimpfung geht's ständig um bereits nach dem Ersten Weltkrieg antibiotisch besiegte Syphilis, plus Pockenschorf und Mutterpocken, und in der BRD der abgeschafften Todesstrafe ständig wie bei François Villon um Galgenstrick und vollgepißte Marterpfähle, stets ums Bordell statt um den Puff, statt um Prostituierte um Huren, nirgendwo nachklingendes Nachkriegsdeutschland und anlaufendes Wirtschaftswunder.

Nichts gegen Blut spucken, in Brüste beißen und auf Hostien scheißen, kochende Gebete, vollgeschißne Kutten, was Jahrhunderte nach Voltaire und Feuerbach arg antiquarisch klingen könnte: »Ich glaubte stets an Gott – doch ich bespuckte ihn.« Dämonen als abgefallene Engel, die das dann lyrisch bewältigen. Nur erliegt auch Kinskis Lyrik der Kardinaluntugend aller Lyrik: daß sie immer gleich so lyrisch klingt, in dem Fall: nach Expressionismus, genauer: nach Paul Zech, noch genauer: nach Paul Zechs nachgedichtetem François Villon – bloß Narr, bloß Dichter. Wobei Zeilen wie »und gib mir Demut für den großen Schoß« oder »und seine Sommer halten nicht mehr still« eher rilkisieren als krolowenzeln oder hucheln. Villon, Zech und Kinski wurden als flotter PR-Dreier zur Triangel-Hinaufschaukel-Supersymbiose – connections! Feedback-Sponsering dreier Männer in einem Boot: Ohne den dicklichen Paul Zech, der phänotypisch kaum halb so ungekämmt aus der Wäsche sah wie Kinski, klängen die Kehrreime Villons zeitverhaftet, gesittet, präexpressionistisch, »ich sterb vor Durst ganz nahe bei der Quelle«, also relativ brav, gar nicht so schön bös, baudelaireoid, villonesk wie beim hochdämonischen, mehr als kongenialen Kinski: »Vor vollen Schüsseln muß ich Hungers sterben.«

Ohne Kinski als Sprachrohr klänge Villon, der das damals, 1463, kaum so studiomäßig gestylt hingekriegt hätte, sicher viel ungeschulter, struppiger, bärbeißiger, falls überhaupt. Und ohne den im 20. Jahrhundert notwendig verblaßten, aber aufmöbelbaren Gossenpoeten Villon hätte Zech nichts halbwegs Saftiges zum Nachdichten und Nachwürzen gehabt, und Charakterdarsteller Kinski, eine unverwechselbare Stimme mit nicht ganz so unverwechselbaren seelischen Dimensionen, keinen großen Namen als Deklamier- und Randaliervorlage. Immerhin erweitern Kinskis Jugendsünden die beiden Charakterzüge, die Kinski in seinem Erdbeermund-Elaborat zelebriert, Hochdrucksex plus Aggressivität (kaum angereichert durch Ehrgeiz und Verschwendungssucht), um einige Zwischentöne und Lieblingstermini wie besagten Eiter, zuzüglich Frauenkrebs, Kerzenmund, kochendheißes Herz, Maden, wüste Qualen, euterwarmer Blutschaum, Fliederbrüste, verwester Lebertran, Asche. Und nicht zuletzt um »wunde Seele«. So als hätte ein gewalttätiger Kopulierroboter so eine nötig oder zu bieten, wie 1919 der asoziale Herr Baal von Brecht. Einerlei, welche Memoiren man danebenhält, Anthony Quinn (*Ein-Mann-Tango*), Will Quadflieg (*Wir spielen immer*), Bill Gates (*The Road Ahead*), Nancy Reagan (*My turn = Jetzt kann ich reden*), Osho (*Goldene Augenblicke*), alle erscheinen neben Kinskis Selbstdarstellung zwar nicht just als dämonische Genies, immerhin als volltönende Menschen, selbst Prof. Elisabeth Kübler-Ross und Joachim-Ernst Berendt, neben denen der epochale, monumentale Herzogfreund Kinski zum Seelenkrüppel diminuiert: Zwischen Koitus und Draufhaun in Permanenz entfaltet sich nichts, null Eleganz oder Ironie, wenig Zeitgeschichte: Neben Casanova-Erotomanen schrumpft Kinski zum dauererigierten Phallokraten. »Ich bin der Wurm, der in den Brüsten wohnt.« Kinskis Selbstdefinition als ein in Menschenhaut gesperrtes Tier trifft voll ins Schwarz- oder auch Blondbehaarte.

Entertainer Salvador Dalí kreiert wenigstens neue Perversitäten, schmiegt die Wange sympathetisch in die Rundung oller Lederkrücken, protzt mit Keuschheit statt Quote; Kinski, dem nicht mal Synonyme zu »ficken« einfallen, hebt sich autobiographisch vom Normalporno kaum ab. Und bei seinen legendären Tobsuchtsanfällen fällt ihm in Herzogs Doku »Mein liebster Feind« auch nichts Dämonischeres ein als »Du Arsch!« und das biederspießige »Das werden wir ja sehn!«. Dämon wuchert eher in Alfred Döblin, Hans Henny Jahnn, vielleicht gar im frommen Anton Bruckner, über deren unauffällige Gesichter Kinski dichtete: »Ich kann mich nicht an eurer Fratze freun« oder auch: » – – und sitzt mit eurem Arsch auf meinen Schmerzen«. Warum soll Dämon ausgerechnet dort zu finden sein, wo er sowieso als Markenzeichen raushängt, extra schön dämonisch ausgeleuchtet von unten her, fotografiert von Beat Presser aus Zürich, der selbst fast so markig ausschaut wie sein Freund Klaus? Fast so dämonisch, epiphanisch und panisch wie Auguste Rodins Balzac!

Wer aber wollte einem Schauspieler das Schauspielern verargen? Wenn man von Kinski alles Plakatöse, Flitter, Pose, Lyrik abwaschen und seiner naturmystischen Umarmung südamerikanischer Urwaldriesen den Fototermin nehmen könnte, bliebe vielleicht ein Quantum ungespielte Naturgewalt übrig, also doch wohl Dämon, also etwa der Zechsche Furz, der eine Mäusin zur Frühgeburt veranlaßt, im Vollmond, dem ein Kissen zum Ausruhn hingerückt wird, oder das Schwein, für das Fitzcarraldo eine Extra-Loge einbauen lassen will in seiner Dschungel-Oper, oder der Schmetterling, der dem alternden Schauspieler ums Haupt flattert, neulich auf »Arte«, bis hin zur eigentlich ausgestorbenen Robbe, die exakt auftauchte an jener Stelle am Meer, wo Werner Herzog Kinskis Asche verstreute – alles hochprozentig dämonische Augenblicke, Nachboten jenes Erlebnisses, wo der junge Apfeldieb Kinski im »Erdbeermund« einen bissigen Hund zurückbeißt und ihm die Schnauze aufsperrt und blockiert. Also doch ein Dämon! Auch wenn Dämonen nicht zum Lyrikverfassen tendieren. »Doch in den letzten Fenstern turnte die Verwesung.«

Literatur:

Klaus Kinski: *Fieber – Tagebuch eines Aussätzigen. Gedichte.* Eichborn Verlag, Frankfurt, 2001, 128 Seiten, 49,80 Mark

Gisela Kayser/Ernst Volland (Hg.): *Klaus Kinski.* Porträtiert von Beat Presser, Fotoband mit Beiträgen von Werner Herzog, Georg Seeßlen und Thomas Brandlmeier. Arte Edition, Parthas Verlag, Berlin 2000, 120 Seiten, 58 Mark

Romeo und Julia. *Der junge Kinski als Romeo*, 1947. Regie: Alfred Braun, Doppel-CD, 86 Minuten, Zweitausendeins, 24,95 Mark

Ausstellungen:

»Ich, Kinski.« Deutsches Filmmuseum, Frankfurt/M. 24.10.2001 – 3.2.2002

»Klaus Kinski – Ich bin so wie ich bin«, Deutsches Theatermuseum München (Galeriestr. 4 a), 22.6. – 2.9.2001

Ulrich Holbein schrieb in KONKRET 7/2001 über Lexika zur Jugend- und Szenesprache

Konkret 08/01, S. 64

Martin B□ sser

FilmTheater

Tomb Raider

Regie: Simon West; mit Angelina Jolie, Iain Glen; USA 2001(Concorde); 105 Minuten; seit 28.6. im Kino

Aus der Pixelfigur der Videospielvorlage zu »Tomb Raider« wurde zwar dank Angelina Jolie eine Heldin aus Fleisch und Blut. Aber auch die Filmfigur bleibt charakterlos und fahl, dafür ebenso sexy wie unzerstörbar, ein Abziehbild aus Männerphantasie und falsch verstandenem Feminismus unter Pop-Vorzeichen: Wo virile Film-Stereotypen von Coolness, gestähltem Körper und wildem Rumgeballere einfach auf weibliche Darsteller übertragen werden, mag in Sachen Gleichberechtigung ähnlich viel gewonnen sein wie bei Soldatinnen in der Bundeswehr, nichts aber für den Feminismus.

Weshalb überhaupt mit Feminismus argumentieren im Zusammenhang mit einem Film, bei dem nicht nur dem männlichen Publikum, sondern auch der Presse und der Hauptdarstellerin außer einem Brustvergleich nichts einfällt (»Laras Brüste sind im Spiel noch größer!«; Jolie)? So wurde auch für die Vorzüge der Schauspielerin geworben: »Nur ein Eunuch würde jetzt nicht nervös« (»Cinema«). Kaum hat im Film eine Frau die Hosen an und schießt um sich wie John Wayne, greift die Männerwelt kompensatorisch zu den abgedroschensten sexistischen Vokabeln.

Wer bemängelt, daß sich das Kino inzwischen schon der Computerspiele als Vorlage bedient, und wer solch Machwerk schließlich mit Züchtungen und Menschenparks in Verbindung bringt, übt Kulturpessimismus an der falschen Stelle. Als Superheldencomics noch profitabel abzusetzen waren, dienten sie bereits als Vorlage für ähnlich einfach gestrickte actionreiche Verfilmungen. Davon, daß Computerspiele die Comics bei Pubertierenden aller Altersklassen abgelöst haben und nun folgerichtig auch vom Mainstream-Kino geplündert werden, geht weder das Abendland unter noch dessen meist von unliebsamer Seite verteidigte Kultur.

Ärgerlicher ist, daß dabei nur ein weiterer schlechter Actionfilm herauskam, bei dem jegliche Handlung zugunsten möglichst vieler Jagden durch möglichst viele Gegenden dieser Erde geopfert wurde. Mit »Tomb Raider« ist eine Superhelden-Generation angebrochen, die keine explizit hervorgehobenen außer- oder übermenschlichen Fähigkeiten mehr besitzt, dafür aber auch keinerlei Brüche in ihrem Charakter aufweist. Vorbei die Zeit, in der sich Superman noch schweißgebadet in der Telefonzelle umziehen mußte. Vorbei auch die Zeit einer latent homoerotischen Superhelden-Ästhetik. Nachträglich betrachtet waren blaue Ganzkörperanzüge an Männern unter Gender-Gesichtspunkten dann doch fortschrittlicher als Superweiber, die den Joystick im Kopf ihrer männlichen Betrachter nicht stillstehen lassen.

Konkret 08/01, S. 64

Jürgen Kiontke

FilmTheater

Ressources Humaines

Regie: Laurent Cantet; mit Jalil Lespert, Jean Claude Vallod; Frankreich 1999 (Neue Visionen); 100 Minuten; seit 19.7. im Kino

Vater hat sich krummgelegt, damit aus dem Sohn mal was wird. Und es sieht verdammt gut aus: Sohnemann Frank kommt nach erfolgreichem BWL-Studium in Paris zurück in das Kaff, wo der Vater seit 30 Jahren an der Blechpresse steht. Und steigt als Werkstudent in die Fabrikleitung ein. Frank sieht nicht nur gut aus, er hat Talent in Verhandlungen und kann sogar die aufsässige Gewerkschaftschefin kaltstellen – »Kommunisten sehen aus wie Witzfiguren, können dir aber das Leben zur Hölle machen«, warnt der Boß. Um die Produktivität zu steigern, wird der Betrieb umstrukturiert. Betriebsrat und CGT machen aber nicht mit. Als Frank erfährt, daß sein Vater und elf Kollegen gefeuert werden sollen, besetzt er die Fabrik. Die Arbeiter solidarisieren sich, die Gewerkschaft bittet zum Streik – wie man sieht, ist aus Frank wirklich was geworden.

Im Zentrum von »Ressources Humaines« – zu deutsch: Personalabteilung – steht der Vater-Sohn-Konflikt. Funktionierende Kommunikation gibt es zwischen Vater und Sohn nur beim Heimwerken in der Garage. Denn der arbeitsame Alte ist von seinem Sohn und der Gewerkschaft schlicht überfordert, sie langweilen ihn mit seinen eigenen Interessen. Am Streiktag gehört er zu den Streikbrechern, und Frank verliert die Nerven.

Mit »Ressources Humaines« hat Spielfilmdebütant Laurent Cantet ein exzellentes Werk in Szene gesetzt, das sich mühelos ins sozial engagierte französische Kino einpaßt. Hervorragendes Schauspiel, kein Wort zuviel, kein Plot zuwenig. Daß der Film seit zwei Jahren auf allen möglichen Filmfesten Preise abräumt, sagt etwas über Angebot und Nachfrage des europäischen Festivalwesens. Daß er mit zwei Jahren Verspätung hierzulande anläuft, viel übers deutsche Kino.

Konkret 08/01, S. 64

Dietrich Kuhlbrodt

FilmTheater

Final Fantasy

Regie: Hironobu Salaguchi und Motonori Sakakibara; USA 2001 (Columbia Tristar); 90 Minuten; ab 23.8. im Kino

Am Anfang war das Wort. Und das kommt in diesem Film so lecture-mäßig daher, daß es eine Freude ist, jedenfalls für den, der die Originalfassung sieht und sich an den Stimmen von Alec Baldwin, Donald Sutherland und Steve Busceme erfreuen will. Am Anfang der Produktionsgeschichte der »Final Fantasy« also war das Hörspiel. Erst später wurde visualisiert, computergeneriert, gerendert und mode geshaded. Drum hören wir die Botschaft wohl, allein es fehlt der Glaube □ ans Visuelle. Und das ist gut so. »Final Fantasy« ist das bessere Computerspiel; daß müssen die 33 Millionen interaktiven Serienkäufer im Kino inaktiv bleiben.

»Tomb Raider« hatte noch damit genervt, die Spielfigur Lara Croft durch einen dieser realen Filmstars zu ersetzen. »Final Fantasy« verpaßt dagegen der Computergrafik einen fotorealistischen Look beziehungsweise der Heldin Aki 60.000 einzeln bewegliche Haare auf dem Kopf. Das wird auch Frau Schröder-Köpf gefallen, denn so wie in »Final Fantasy« muß sie aussehen, die Frau, die die drei fernöstlichen Tugenden von Mut, Hingabe und Liebe verkörpert.

Aki wird die Erde erlösen: von Alien-Geistern, die böse ökologische Schäden angerichtet haben. Ihr gelingt das, weil sie selbst von einem Geist infiziert ist und weiß, was gesungen wird. Titelsong: »The Dreams Within«. General Hein hält sie folgerichtig für eine Landesverräterin; er zieht das finale Geisterschießen vor. Da die Heldin wie immer überlebt, haben wir ein befriedigendes Ergebnis und gleichzeitig ein ausgewogenes Nebeneinander von Comic-Mysterienspiel und Videospielgeballere. »Final Fantasy«-Leser wie -Nutzer werden vom Spielfilm bestens bedient. Zu Hause gibt□s das nicht, daß der Boden vibriert, wenn im Kino die Bässe dröhnen.

Das Gewese, das die Promotion macht, wie toll realistisch die Computergrafik-Figuren agieren, ist im Ergebnis o.k., aber falsch begründet. Weil es zum Realistischen stets eine hübsche und plausible Differenz gibt. Aki und die anderen bewegen sich um eine Spur zu weich, zu verträumt, zu verzögert, wenn Sie sich erinnern, wie es ist, wenn Sie ordentlich was geraucht haben. Paßt! Wir haben Kontakt! Jede Bioform hat ihren Geist, sagen sowohl Film wie Mystik. Und am Ende können auch wir glauben, hypnotisiert von Akis Fließbewegungen und infiziert von der expliziten Audio-Botschaft. Wir sind sogar programmiert worden, uns mit Akis futuristischer Uhr vor Ungemach schützen zu wollen. Seiko Deutschland rät, den toll gestylten Zeitmesser (limitierte Auflage!) im führenden Fachhandel zu kaufen. Jetzt!

Konkret 08/01, S. 65

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Herrn Karl Heinz Bohrer

c/o Deutschland

Betrifft: Die von Ihnen beschworene terroristische Okkupation des gesamten Raumes des historischen Bewußtseins seitens der Naherinnerung, von Ihnen genannt auch die »Erinnerungsschmelze«

Sehr geehrter Herr Bohrer!

Heut ist Montag, der 16. Juli, und ich hab grad vorhin im Fernsehn einen sogenannten Extremsportler aus dem Bayerischen Wald gesehen, wie er einen Weltrekord im, man könnte sagen Bio- oder Natur-tauchen aufstellte. Also ohne Kunstluft aus dem Kanister, sondern lediglich mit seiner eignen. Das heißt: Er tankte an Land soo viel Schnauf auf, daß er damit in die Weltrekordtiefe von sage und schreibe einhundertzwanzig Metern, und zwar im österreichischen Attersee, vorzustoßen vermochte. Allerdings – zwei Hilfsmittel standen ihm bei. Das war einmal ein vierzig Kilogramm schwerer quadratischer Gewichtsblock, den er v o r den (Herr im Himmel! wasn Exemplar von:) Waschbrettbauch geschnallt hatte (weil wenn er ihn auf dem Rücken gehabt hätte, dann wäre der Schriftzug des Sponsors des Rekords, eines Schmuckverditschers namens Weissmeyer, nicht zu lesen gewesen). Bestand nun die Aufgabe dieses Körperbeschwerers darin, den Mann, dem übrigens ein Seil als Lot und Halt in der Not beigegeben war, möglichst zügig nach unten zu spedieren, so hatte Hilfsmittel zwo, ein am point of return gezündeter Preßluftballon, die Funktion, dem Wiederauftrieb des Mannes an die Wasseroberfläche quasi Beine zu machen. Danach konnte ich sehen, wie der Mann beim Inhaliertraining die Lunge derart üppig belüftete, daß man angestiftet ist zu meinen, daß zwischen dem eingezogenen Abdomen und dem Steißbein garantiert nicht mehr als ein Blatt Papier paßte. Nein, einen derart nicht nur eingezogenen, sondern praktisch ins Introoff gebeamten Bauch hab ich meiner Lebtag nicht, weder im Fernsehn noch sonst wo, gesehn. Da, wo wir, lieber Herr Bohrer, eine Wampe haben, da ist bei dem die Kuhle pur.

Wie ich nun mit dem Fernsehn fertig war, hungerte es mich. Und ich bin mit dem Radl nach Inning hinauf, am Nordufer des Ammersees, und habe dort, im »Grünen Baum«, ein Schweineherz mit Salzkartoffeln und Prinzeßböhnchen zu mir genommen, für DM 16,80, wo man, m. E., nicht meckern kann. Nebenher hab ich in der »Bild«-Zeitung gelesen: »Steffi Graf (32) und Andre Agassi (31) sind die glücklichsten Menschen der Welt. Sie lieben sich wie am ersten Tag. Sie bekommen einen Jungen (im Dezember). Und sie werden heiraten. Allerdings erst im Januar, in seiner Heimatstadt. Der Grund der Verzögerung: Der Ehevertrag ist noch längst nicht fertig. Für die Anwälte ein Job wie ein Pokerspiel. Das gemeinsame Vermögen von Steffi und Agassi beträgt 500 Millionen Mark.«

Ich bin dann wieder aufs Rad, habe mich aber unterwegs im Arzlaer Wald in die Himbeerbüsche geschlagen, die dieser Tage reichlich Frucht tragen. Ja, dachte ich, die brave Waldhimbeere, da hängt sie am Stengel, und keine Sau pflückt sie; lieber kauft man die norwegischen im Supermarkt, das Schälchen für ein Vermögen. Nach dem Füttern der Enten auf der von den zwei Armen der Amper umfangenen Kapelleninsel zu Wildenroth war’s dann wieder Zeit für die Schreibmaschine im Gartenhäuschen. Ein Appell an die Mütter der palästinensischen Kamikaze (Ihr Mütter in Nahost, ihr Mütter / Ihr Mütter von den Söhnen der Hamas / Meine Miene ist von all den Leichen bitter / Die zum Ergebnis hatte eur und eurer Söhne Haß) soll bald fertig sein und auch ein gerharnischter Hörma!-Zuruf an Gysis Rote Garde (Ja, liebe Partei des Demokratischen Sozialismus, warum zierst du dich denn soo / Wie ein kleines Mädchen, das mal dringend muß, vor dem Herrenklo / Du willst doch in die allerhöchste Mitgestaltung rein / Ja, da kannst du doch nicht so etepetete, so gschamig, so huchwieistmirdaspeinlich sein / Hast ein so ein schönes porentief reines Mitmachprogramm / Und machst in der Frage des Bedauerns betreffend das Erbaun der Mauer durch deine tote Patentante so ein dialektisch windiges Trara und so ein nicht einmal von halbem Herzen kommendes Tamtam) bedarf noch des einen oder anderen hammerharten und sichelscharfen Wortes.

Ja, und nun ist es gleich Mitternacht, Doktor Schweizer, und in der Früh um halber siebene geht’s wieder rüber nach Berchtesgarden, zum »Tierarzt Dr. Engel«, wo ich als Amtstierarzt a.D. im Bild 41 der Folge 56 im Dorfgasthaus Bauersleuten die »platonische Liebe« zu erläutern habe: Ratzfatz – in einem Satz! Warum erzähle ich Ihnen das? Nun, lieber Karl Heinz, ich glaube, daß dies, und nicht die Erinnerungsschmelze, das wahre Leben ist: das Entenfüttern, das Amtstierarztschauspielern, das Schweineherz, der Liebesvertrag (Streitwert 1/2 Mrd.), das Radfahrn, das

belehrendaufrüttelnde Gedicht, das Himbeerbrocken (= bayrisch für pflücken) und natürlich das Luftanhalten sowie das Schmuckbewerben unter Wasser. Sie sind ein bekannter Mann und haben einen Namen, aber mit Ihrem Lamento, daß die Naherinnerung (also die zwölf dunklen Jahre) der Fernerinnerung (Karl der Große) die Kehle zudrücke, sorry, stimmt was nicht. Als mich das »Kritische Tagebuch« des WDR unlängst fragte »Was verbindet Karl Heinz Bohrer, die Erinnerung und Ihre Telefonnummer?« sagte ich:

Karl Heinz Bohrers »Kritik der Naherinnerung« hat mir die Augen für die historische Beschränktheit meiner Telefonnummer geöffnet. Diese, lautend auf 45 33 12, habe ich bisher auf krude Naherinnerungsart allerweil soo interpretiert: 45: Ende des Faschismus, 33: Beginn des Faschismus, 12: Dauer des Faschismus. Ich will nun, angeregt von Herrn Bohrer, aus dem Bannkreis dieser Nummer aussteigen und habe deshalb bei der Telekom einen neuen, wie ich festgestellt habe, freien! Anschluß bestellt: 20 11 1602. Das ist das Geburtsdatum des Deutschen Otto von Guericke, des Erfinders der deutschen Luftpumpe, die mir, einem deutschen Radfahrer, stets der Garant für den prallen Pneu unterm Arsche war, ist und sein wird.

Wenn Sie mal nach Hamburg kommen sollten, würden Rayk Wieland und ich Ihnen gern von unserm klandestinen Busausflug mit der DVU (von HH nach Gardelegen) erzählen. Bei einem Gläschen Rhein, Mosel, Saar oder Ruwer. Dabei könnte man sich locker nebenbei einmal kennenlernen über die Erinnerungsschmelze hinaus. Ehrlich! Freundlichen Gruß, Ihr Obiger

Konkret 08/01, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas Express

Die Frauenzeitschrift »Allegra« aus Frau Springers Verlag weist den Frauen den Weg in die Zukunft:

Wenn die Handtasche zu den Schuhen paßt, muß auch die Slipeinlage mit dem Höschen harmonieren.

Eine Untenrumexpertin des Blattes möchte allerdings nicht zu weit gehen:

Man darf nicht versuchen wollen, jeder Frau eine Slipeinlage aufs Auge zu drücken.

Denn nicht jede käme damit so vorteilhaft raus wie die Verlegerin.

»Bild«, das Fachblatt von Schumi-Bewunderern für Schumi-Bewunderer, schreibt noch besser als Schumi aussieht. Von einer Techno-Parade wird berichtet, es habe

etliche Turbolenzen

gegeben. Ob es hülfe, wenn man der Redaktion ein paar kalte Kompressoren auflegte?

Daß ich das der zeitgenössischen polemischen Literatur (Henscheid und Nachahmer) unentbehrliche Wort inkommensurabel noch nie benutzt habe, liegt daran, daß ich nicht so recht wußte, was es heißt. Bis die »Bild«-Zeitung den »Verlierer des Tages« vorstellte:

Mode-Designerin Donatella Versace wurde vom Türsteher des New Yorker Promi-Clubs »Splash« wegen ihres »gewagten Schuhwerks« abgewiesen. Sie trug Versace-Schuhe. »Bild« meint: Ja, man kann auch über schlechten Geschmack stolpern.

Wenn ein Hundekötel zu einem Parfumfläschchen sagt: Du stinkst – das ist inkommensurabel.

Nichts regt die Poesiedrüse stärker an als das Bedürfnis nach Rache. Es macht den dümmsten Nachrichtenmelder über Nacht zum Dichter:

Nachts schreckt er schweißgebadet aus dem Schlaf hoch und ruft nach »Maèka«. Denn der Aufseher mit dem Namen »Katze« ist der einzige, dem der Häftling noch Vertrauen schenkt. Die Katze beruhigt ihn und verspricht, am Bett bis zum Morgen zu wachen.

Im Traum saß sie bis zum Morgen an Milosevics Bett, die rasende »Spiegel«-Reporterin Renate Flottau. Bis der Kollege Poet von der »Bild«-Zeitung sie ablöste:

Ein alter Mann schlurft über den braunen Linoleumboden. Blauer Pyjama, blaue Gummilatschen, Anstaltskleidung: Slobodan Milosevic (59), Jugoslawiens Ex-Diktator. Seit drei Tagen lebt der »Schlächter von Belgrad« in seiner isolierten 12-qm-Zelle im Krankentrakt des Den Haager Kriegsverbrecher-Gefängnisses. Später liegt der Häftling auf dem Bett, starrt an die Decke.

Und da meinen Leute, Journalismus sei keine Kunst.

Wenn das »Hamburger Abendblatt« mich schon balkendick fragt:

Wer muß als nächster nach Den Haag?

bin ich so frei: Wenn's nach mir ginge, der Fischer. Und der Scharping. Und der Schröder. Gern auch mit der Doris.

Was ist eigentlich aus den ruhmreichen Osteuropakomitees geworden, die dem Kommunismus ein menschliches, allzu menschliches Antlitz hatten verpassen wollen? Darf man sich freuen, daß sie, die an ihrer Aufgabe gewachsen waren, an der Aufgabe ihres Feindes eingegangen sind? Denkste:

»Ost-West-Gegeninformationen« werden vom alternativ-sozialistischen Osteuropakomitee Graz zu aktuellen Fragen in den Staaten Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion herausgegeben. Die »Ost-West-Gegeninformationen« fühlen sich einer pluralistischen Berichterstattung verpflichtet, verwechseln dies jedoch nicht mit Standpunktlosigkeit: Solidarisch fühlt sich die Redaktion mit jenen Gruppen und Personen im Osten, die demokratische, solidarische und ökologische Wege abseits von Stalinismus und Kapitalismus beschreiten.

Wenn auch der Bauch schmeißt Falten, sie bleiben doch die alten Privatmänner (griechisch: Idiotes).

Neues vom toten Adorno, nämlich vom Hamburger Institut für Sozialforschung, das einen weiteren »Instituts-Montag« ankündigt:

Dr. Werner Konitzer: Grenzen der Moral. Gibt es ein rechtes Maß der Erinnerung? Moderation: Dr. Ulrich Bielefeld

Befassen wir uns zu sehr mit der nationalsozialistischen Vergangenheit? Werden die Auseinandersetzungen um den Nationalsozialismus irgendwann ein Ende finden? Und wenn ja – wann wird es soweit sein? Wenn Fragen dieser Art gestellt werden, geht es meist nicht um Kontroversen über historische Fakten. Entscheidend ist vielmehr der Aspekt, den man in den letzten Jahren als Geschichts- oder Erinnerungspolitik zu bezeichnen begonnen hat. In seinem Zentrum

nämlich im Zentrum des Aspekts, dem bekannten Aspektzentrum,

liegt die Frage danach, welche Verpflichtungen für wen aus vergangenem Unrecht entstehen. Diese Frage wurde und wird in Deutschland vor allem im Rahmen dreier theoretischer Entwürfe diskutiert:

Dessen erster aber nicht heißt: Wer hat den Käse zum Bahnhof gerollt bzw. den Entwürferahmen ins Aspektzentrum?, sondern:

dem psychoanalytischen Entwurf mit seinen Konzeptionen von Verdrängung und Verleugnung,

den allseits beliebten Entwurfkonzeptionen bzw. Konzeptionsentwürfen,

dem politikwissenschaftlich orientierten Entwurf der Erinnerungspolitik und der Konzeption des kulturellen, kollektiven oder sozialen Gedächtnisses. Alle drei Entwürfe betrachten die Diskussionen um die NS-Vergangenheit aus der Perspektive wissenschaftlicher Beobachter.

Alle drei Entwürfe betrachten die Diskussionen aus einer Perspektive? Das hätte nicht mal ich einem Entwurf zugetraut.

Die Fragen ethischer Art ergeben sich jedoch aus einer Situation heraus, in der wir handeln und Stellung nehmen müssen. Sie lauten: Welche Verpflichtungen ergeben sich aus den vergangenen Verbrechen? Gibt es eine Pflicht sich zu erinnern? Gibt es ein rechtes Maß der Erinnerung?

Sozialforschung ist das langsame Bohren verstopfter Nasen mit Geduld und Augenmaß. Aber nachdem diesen Schülern Max Webers sich schon die Fragen und die Verpflichtungen ergeben haben, will auch ich's tun. Zumal es den Abscheu vor dem Nationalsozialismus nur steigern kann, daß er fünfzig Jahre nach seiner Kapitulation noch solche Afterwissenschaft nährt.

Vor fünf Jahren hatte der Bundesgerichtshof den Verleger Hubert Burda zur Zahlung von 30.000 Mark Schmerzensgeld verurteilt, weil er in seiner Illustrierten »Bunte« ein Interview mit der Prinzessin Caroline von Monaco, das diese nicht gegeben hatte, dennoch veröffentlicht hatte, und zwar, weil sie es nicht gegeben hatte, als »Exklusiv-Interview«. Damals hatte Burda geklagt:

Nach diesem Urteil können Journalisten ihre Leser nur noch teilweise informieren,

um dann doch nicht klein beizugeben, sondern die Fackel der Freiheit, zu sagen, was nicht ist, durchs Land zu tragen, und schließlich bis ins Schlafzimmer von Carolines Schwester Stephanie. Nun muß Nikolaus von der Decken, der wirklich so heißt und seinen Namen strebend sich zu verdienen bemüht, in Hubert Burdas Namen klagen:

Der »Bunte Entertainment Verlag« weist die Vorwürfe der Ehefrau von Zirkusdirektor Franco Knie, Claudine Knie, entschieden zurück. Gegenüber der Schweizer Zeitung »Blick« bestreitet Frau Knie, der »Bunten« ein Interview gegeben zu haben und sich darin kritisch über ihren Mann und dessen neue Lebensgefährtin, Prinzessin Stephanie von Monaco, geäußert zu haben. Hierzu stellt der »Bunte Entertainment Verlag« fest: Mit Frau Claudine Knie wurden von der »Bunte«-Korrespondentin Frau Brita von Maydell zu zwei Gelegenheiten telefonische Gespräche in Paris geführt. Das erste Gespräch fand am 1. Juni 2001 um 11 Uhr statt, das zweite am 6. Juni um 11 Uhr 30. Das zweite Gespräch wurde zu Dokumentationszwecken aufgezeichnet. Es bildete die Grundlage für das Interview in der aktuellen »Bunte« vom 13. Juni und liegt der Redaktion in Abschrift vor. Ihre Statements

nämlich dem Interview ihre

wurden in allen Punkten wortwörtlich übernommen.

Burdas deckender Nikolausbub schildert, wie mit Frau Knie kein Interview geführt, sondern ein Telefongespräch widerrechtlich mitgeschnitten und ein Teil davon ebenso widerrechtlich veröffentlicht wurde. Burda läßt, was er selber schildern läßt, selber entschieden zurückweisen. Der allgemeine Werteverfall, den Burdas Publikationen beklagen, ist weit fortgeschritten. Jetzt gilt schon die Ganovenehre nichts mehr.

In Hamburg haben sie einen, den die Lokalpresse einen

Serienvergewaltiger

nennt, vor Gericht gestellt. Als ob es Aufgabe der Justiz wäre, Ehre und Unversehrtheit der Lindenstraße, des Tierarztes Dr. Engel und der Verbotenen Liebe auf dem Marienhof zu verteidigen. Einen Orden hat der Mann verdient.